

DM 7,50 Österreich 65,– ÖS Schweiz 7,50 sfr Nr. 1 Januar 1990 E 8080 E

CODE

Exclusives aus Politik und Wirtschaft

Bonn:

Hilflose Politik in der nationalen Frage

Wiedervereinigung Deutschlands steht auf der Tagesordnung der Weltpolitik

KGB:

Haupttätigkeit Industrie-Spionage

US-Dollar:

Probleme mit Zinsen und Inflation

Ronald Reagan:

Japan zahlt ehemaligen US-Präsidenten aus

Presse:

Presseamt belohnt politischen Gehorsam mit Staats-Subventionen



Gesunde Medizin
4/89
E 4877 F
Zeitschrift für eine natürliche Lebensweise
November – Dezember – Januar
DM 5,–
ÖS 40,– SFr 5,–
Krebs: »Ich will mich richtig ernähren«
Naturarzt: Kneippkur im eigenen Bad
Ernährung: Training gegen Übergewicht
Therapie: Hilfe für Rheuma-Kranke
Heilpflanzen: Gesund durch Knoblauch



Lieber Leser

CODE ist ein Nachrichtenmagazin, das sich vorwiegend Themen widmet, die in der Establishment-Presse einseitig, tendenziös oder gar nicht dargestellt werden.
CODE ist politisch, wirtschaftlich unabhängig und keinen gesellschaftlichen Gruppierungen verpflichtet.
CODE hat weltweit einen Mitarbeiterstab von 80 Korrespondenten und arbeitet mit der amerikanischen Zeitung »The Spotlight« und dem Nachrichtendienst »New American View« zusammen.
CODE bietet einer Reihe jüdischer Journalisten und Rabbiner die Möglichkeit, ihre politischen Bedenken gegen den Zionismus zu äußern. Diese jüdischen Autoren gehen davon aus, daß der politische Zionismus nichts mit ihrer Religion zu tun hat, und sie halten jene nicht für antisemitisch, die gegen den Zionismus vorgehen.
CODE wird in den Fragen des Antizionismus von jüdischen Persönlichkeiten beraten, die der Redaktion ausdrücklich bestätigt haben: »Wir kennen die Zeitschrift und finden darin kein Material, das seiner Natur nach anti-semitisch ist, und verstehen die Position, die Unterschiede zwischen Zionismus und Judaismus aufzuzeigen. Obwohl wir nicht mit allen vertretenen Positionen übereinstimmen mögen, unterstützen wir das Recht darauf, politische Ansichten darzustellen.« Dieser Satz wurde von sechs namhaften Rabbinern unterzeichnet.
CODE verfügt auch auf anderen Gebieten über kompetente Mitarbeiter: Victor Marchetti, Autor des bekannten Bestsellers über den CIA, war stellvertretender Direktor des CIA; Mark Lane, ein bekannter Washingtoner Rechtsanwalt, hat Prozesse wegen der Ermordung des US-Präsidenten John F. Kennedy gegen CIA-Mitarbeiter geführt; C. Gordon Tether, der für den Finanzteil zuständig ist, arbeitet seit langem für die »Financial Times«.
CODE ist weder antiamerikanisch noch antisemitisch, weder rechts, noch links, auch nicht rot, schwarz, grün oder braun. Dadurch paßt dieses Nachrichtenmagazin auch nicht in das Schablonendenken der im Auftrage des Bonner Staates tätigen »Aufsichtsbeamten«.
CODE ist national, konservativ, patriotisch und dadurch den deutschen Belangen und Problemen besonders aufgeschlossen.

Als Leser von **CODE** kennen Sie bereits die offene kritische Haltung dieser Zeitschrift. Wir bitten Sie daher, zu überlegen, wer aus dem Kreis Ihrer Familie, Ihrer Bekannten, Kollegen und Freunde Abonnent von **CODE** werden könnte.

Für Ihre Mühe möchten wir Sie gerne entschädigen. Wenn Sie uns einen neuen Abonnenten, der noch nicht Bezieher der Zeitschrift war, werben, erhalten Sie als **Prämie das Buch »Der namenlose Krieg«**

Vielen Dank
Ihr Verlag Diagnosen

Verlag Diagnosen · Untere Burghalde 51 · D-7250 Leonberg

Ich habe einen neuen Abonnenten für CODE geworben.

Senden Sie CODE ab ____________
bis auf weiteres zum jährlichen Abonnementspreis von 72,– DM einschließlich Porto und Mehrwertsteuer (im Ausland DM 72,– zuzüglich DM 15,– Versandkosten für den einfachen Postweg, der Betrag wird zum Tageskurs umgerechnet) an:

Name

Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

☐ Der neue Abonnent ist damit einverstanden, daß das Abonnentengeld von seinem Konto (Bank- oder Postscheckkonto) abgebucht wird.

Bank/Ort

Bankleitzahl

Kontonummer

☐ Der neue Abonnent legt einen Verrechnungsscheck über den Betrag von 72,– DM anbei (Ausland: DM 87,– Gegenwert in ausländischer Währung zum Tageskurs)

☐ Bittet um Übersendung einer Rechnung.

Die Einziehungsermächtigung gilt bis auf Widerruf und erlischt automatisch bei Beendigung des Abonnements.

Datum

Unterschrift des Abonnenten/Kontoinhabers

Ich bin darüber belehrt, daß ich diese Bestellung des Abonnements ohne Angabe von Gründen gegenüber dem Verlag Diagnosen, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, binnen einer Woche schriftlich widerrufen kann, daß es zur Fristwahrung genügt, wenn der Widerspruch innerhalb der laufenden Frist abgesandt wird.

Unterschrift

Ich habe den neuen Abonnenten geworben und erhalte dafür das Buch »Der namenlose Krieg«. Der neue Abonnent war noch nicht Bezieher dieser Zeitschrift, ist nicht mit mir identisch, und ihm wurde eine Kopie dieses Bestellscheins ausgehändigt. Meine Anschrift:

Name

Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

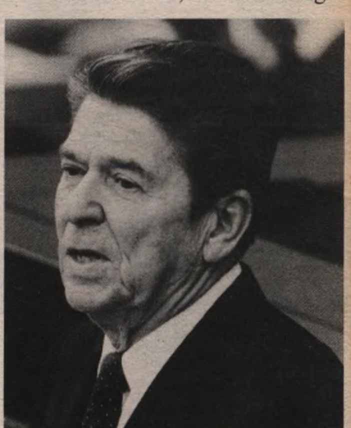


Deutschland



Bundeskanzler Helmut Kohl gab viel Geld den Polen für Mini-Zugeständnisse.

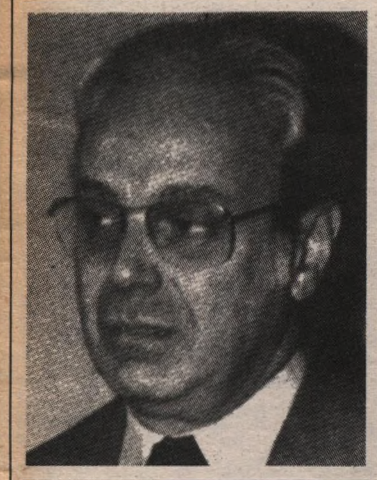
Finanzen



Ronald Reagan, ehemaliger US-Präsident, fuhr auf Staatskosten nach Japan, um seine Belohnung zu kassieren.

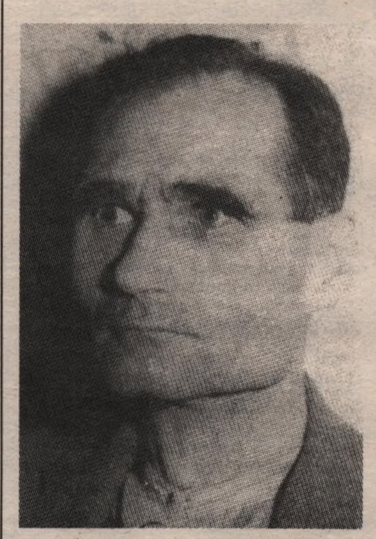
Internationales

Nr. 1 Januar 1990



Javier Perez de Cuellar, UN-Generalsekretär, wird von lateinamerikanischen Politikern immer dringender um Hilfe gebeten.

Revisionismus



Rudolf Heß hätte der Welt sehr viel über jene Zeiten mitteilen können, aber er mußte sein Wissen mit ins Grab nehmen. Und die Akten sind bis 2017 unter Verschluß.

Medizin

Ständige Rubriken

Helmut Kohl

Polenreise brachte wenig Positives

Klaus Baumann

Was sich bereits vor der Fahrt von Bundeskanzler Helmut Kohl nach Polen abzeichnete, hat sich dann während seines sechstägigen Aufenthalts bestätigt: Zwar sprach Kohl keinen Verzicht auf die deutschen Ostgebiete aus, erkannte aber den polnischen Besitzanspruch an. Dennoch gab es auch Positives zu berichten: So Kohls Verweis, daß eine endgültige Grenzfrage erst nach einem Friedensvertrag zu klären ist, und seine Weigerung den unberechtigten Entschädigungsforderungen polnischer Zwangsarbeiter während des Dritten Reiches stattzugeben. Auch der Besuch des Bundeskanzlers in Auschwitz war diplomatisch. Dennoch war die Reise von vielen Peinlichkeiten begleitet.

Eine kurze Chronologie wird das bestätigen. Lobenswert war die ursprüngliche Absicht des Bundeskanzlers, eine Messe auf dem Annaberg, einem der wichtigsten Wahrzeichen deutscher Geschichte, zu besuchen. Darauf reagierte die polnische Regierungszeitung „Trybuna Ludu“ mit schärfsten Angriffen auf Deutschland. Der Annaberg sei ein Symbol des Nazismus und ein Ort des deutschen Herrendenkens. Dies könne nicht akzeptiert werden.

Wie sieht die Wirklichkeit aus?

Der Annaberg und damit Oberschlesien gehört seit dem Vertrag von Trentschin im Jahr 1335 zum Deutschen Reich. Bis 1921 wurde die dort aufbewahrte Reliquien-Statue der heiligen Anna Selbdritt über Jahrhunderte gemeinsam von Polen und Deutschen verehrt. Nach dem Ersten Weltkrieg wollte sich Polen völkerrechtswidrig Oberschlesien einverleiben, nachdem sie bereits Rußland große Teile ihres Staates geraubt hatten.

Bei einer Volksabstimmung votierten aber am 20. März 1921 59,6 Prozent der Oberschlesier für einen Verbleib beim Deutschen Reich. Dennoch stürmten polnische Freischärler den Annaberg und konnten erst Wochen darauf von oberschlesischen Selbstschutzverbänden und deutschen Freikorps, unter ihnen der deutsche Nationalheld Albert Leo Schlageter, besiegt werden.
Sicher weist der Annaberg auf eine schändliche Niederlage Polens hin, ist aber dennoch ein Ort, den der Bundeskanzler auf jeden Fall hätte aufsuchen müssen. Schon alleine um den Polen zu zeigen, daß ein gutes beiderseitiges Verhältnis aus Geben und Nehmen und nicht nur aus Nehmen besteht.

Am 8. November, also nur einen Tag vor Kohls Abfahrt, beschloß dann der Bundestag nahezu einstimmig den zwar nicht de jure-, so aber doch de facto-Verzicht auf Ostdeutschland. So heißt es in dem „Entschließungsantrag“, in dem wörtlich wesentliche Teile der skandalösen Verzicht-Erklärung Genschers vor der UN übernommen wurden: „In diesem Vertrag (dem ‚Warschauer Vertrag‘; der Verfasser) bekräftigen die Bundesrepublik Deutschland und Polen unter anderem: ‚. . . die Unverletzlichkeit ihrer bestehenden Grenzen jetzt und in der Zukunft und verpflichten sich gegenseitig zur uneingeschränkten Achtung ihrer territorialen Integrität. Sie erklären, daß sie gegeneinander keinerlei Gebietsansprüche haben und solche auch in Zukunft nicht erheben werden.‘

Nur 26 Abgeordnete waren dagegen

Das polnische Volk ist vor 50 Jahren das erste Opfer des von Hitler-Deutschland vom Zaune gebrochenen Krieges geworden. Es soll wissen, daß sein Recht, in sicheren Grenzen zu leben, von uns Deutschen weder jetzt noch in Zukunft durch Gebietsansprüche in Frage gestellt wird.“

Für diesen „Entschließungsantrag“ stimmten 400 Abgeordnete, während vier mit „Nein“ votierten und 33 sich der Stimme enthielten. Zwar meldeten 26 Politiker der Union Vorbehalte gegen diesen Antrag an, darunter Herbert Czaja, Philipp Jenninger und Hans Graf Huyn, doch wagte es nur einer dieser 26, dann auch mit „Nein“ zu votieren.

Die Japaner kämpfen auch heute noch mit aller Kraft um die Rückgabe der von den Sowjets geraubten Kurilen-Inseln, und „unser“ Parlament verzichtet einfach mal so kurzerhand auf 108 000 Quadratkilometer von Deutschland!

Damit nicht genug, mußte der geplante Besuch im Konzentrationslager „aus Rücksicht auf das internationale Judentum“, wie Regierungssprecher Klein erklärte, auf Dienstag verschoben werden. Man könne es den Juden nicht antun, am geheiligten Sabbat das angebliche Vernichtungslager zu besuchen. Wie gerüchteweise zu erfahren war, sollen die mächtigen amerikanischen Organisationen des Judentums den Vorsitzenden des Zentralrates der Juden in Deutschland, Heinz Galinski, zu diesem Protest gezwungen haben. Sie hätten damit die „offene Rechnung“ des Besuchs von Kohl und Reagan am Soldatenfriedhof in Bitburg begleichen wollen. Dort liegen auch Angehörige der Waffen-SS.

Also wurde der Besuch in Auschwitz nach dem Motto „Ihr Wunsch ist mir Befehl“ auf Dienstag verschoben. Sowohl im Stammlager Auschwitz als auch in Birkenau, wo die angeblichen Gaskammern gestanden haben sollen, legte Kohl einen Kranz nieder und beklagte das „schreckliche Elend“ und das „unsagbare Leid“, das dort im Namen des deutschen Volkes geschehen sei. „Die Mahnung dieses Ortes darf nie vergessen werden“, schrieb der Bundeskanzler in das „Buch des Gedenkens“.

In der am letzten Besuchstag Kohls unterschriebenen gemeinsamen Erklärung verpflichtete sich die Bundesrepublik dann, den Polen zur Unterstützung ihres Reformprozesses rund 740 Millionen DM aus dem Milliarden-Kredit von 1975 zu erlassen. Und die bis Ende des Tilgungszeitraums 1999 fällig werdenden weiteren 570 Millionen DM sollen in Zloty umgewandelt und für Projekte von gemeinsamem Interesse in Polen verwandt werden. Dessen nicht genug, sagte Bonn den Polen zudem Finanzhilfen in einem Umfang von drei Milliarden DM zu.

Im Gegenzug hierzu sichert Warschau den in Polen lebenden Deutschen — man müßte besser sagen, den in den von Polen geklauten deutschen Ostgebieten lebenden Deutschen — mehr kulturelle Rechte zu. Sie sollen künftig ihre kulturelle Identität wahren und entfalten können. Zudem soll — 45 Jahre nach Kriegsende — endlich die Pflege von Gräbern gefallener deutscher Soldaten möglich sein.

Man stelle sich einmal vor, da gibt ein Bundeskanzler einfach den absolut ungerechtfertigten Ansprüchen eines schon immer imperialistisch eingestellten Staates nach, zahlt Milliarden und Abermilliarden — und das einzige Zugeständnis ist die Gewährung von mehr kulturellen Rechten, was heute selbst im fernen, ach so „rassistischen“ Südafrika für den kleinsten Negerstamm bereits eine Selbstverständlichkeit ist. □



Bonn

Zahlmeister Europas

Alfred König

Der europäische Binnenmarkt, der ab 1993 verwirklicht sein soll, wird nach Angaben von Politikern der etablierten Parteien der Bundesrepublik nur Vorteile bringen. Doch leider entpuppt sich dies bei genauerem Hinsehen als falsch. Vielmehr dient der Binnenmarkt vor allem den Franzosen, aber auch den Südeuropäern nur zur Subventionierung ihrer maroden Wirtschaften — zu Lasten der Bundesrepublik und Großbritannien. Während Maggi Thatcher dies aber erkannt hat und versucht das schlimmste zu verhindern, schwelgt die bundesdeutsche Regierung in ihren Europa-Träumen und verrät damit deutsche Interessen.

Besonders das bundesdeutsche Sozialwesen hat es den oben erwähnten Staaten angetan. Hierzu hat jetzt der Europäische Gerichtshof ein entlarvendes Musterurteil gefällt.

Brüssel ist großzügig auf Kosten Bonns

Es ging um den italienischen Staatsbürger Felice Antonio Salzano, der in der Bundesrepublik arbeitet, während seine Frau und Kinder in der Heimat geblieben sind. Da das italienische Kindergeld aber deutlich niedriger als das bundesdeutsche ist, besann sich Salzano auf die EG und verklagte die Bundesrepublik auf Zahlung des höheren Kindergeldes. Und was kaum jemand glaubte, geschah dann auch: Der Europäische Gerichtshof entschied auf der Basis der „Gleichbehandlung und der Nichtdiskriminierung".

Danach wäre Salzano diskriminiert, wenn seine Kinder lediglich Kindergeld in italienischer Höhe erhalten. Die Gleichbehandlung gebiete dagegen die Zahlung in deutscher Höhe. Ein Urteil, das alle Sozialpolitiker erschauern läßt, denn mit dem Hinweis „Salzano" werden jetzt immer mehr gleichartige Anträge gestellt.

Aber Brüssel ist auch großzügig: So braucht die Bundesrepublik ab dem 1. Mai 1990 nur den über das italienische Kindergeld hinausgehenden Betrag zu überweisen.

Die Konsequenzen dieser Entscheidung sind kaum absehbar, denn das deutsche Kindergeld beträgt für drei Kinder jährlich 4 400 DM. Ein ungelernter Bauarbeiter verdient dagegen in Portugal lediglich 3 400 DM netto pro Jahr. Und ein Busfahrer bringt es dort gerade einmal auf 6 000 DM jährlich. Ein Schelm, wer böses dabei denkt.

Diesem Urteil liegt folgender Grundsatz zugrunde: Wenn ein Erwerbsloser von Schleswig-Holstein nach München zieht, erhält er die gleiche Arbeitslosenunterstützung. Und dieses müsse auch EG-weit gelten, da im Prinzip nach dem Wegfall der Grenzen kein gravierender Unterschied bestehe, ob jemand von Schleswig-Holstein nach Bayern, an die Algarve oder in die Toscana zieht — und dies obwohl der Betreffende dem deutschen Arbeitsmarkt dann nicht mehr zur Verfügung steht.

Auch im Binnenmarkt bleibt das Gefälle

Und dies war nur der Anfang. Als nächstes Ziel hat sich die EG die Kindererziehungszeiten im deutschen Rentenrecht erkoren. Hierzulande erhalten Mütter durch die Erziehung eines Kindes einen eigenständigen Rentenanspruch — pro Kind monatlich 27 DM,—, ohne die fünfjährige Wartezeit und ohne je gearbeitet oder Beiträge gezahlt zu haben.

Die einzige Voraussetzung hierfür ist lediglich, daß der Wohnsitz oder ständige Aufenthalt in der Bundesrepublik sein muß. Dieses „Territorialitätsprinzip" diskriminiert nun aber nach Ansicht aus Brüssel andere EG-Mütter, woraufhin prompt ein sogenanntes Vertragsverletzungsverfahren gegen die Bundesrepublik eingeleitet wurde. Denn so meint zumindest die EG, alle EG-Mütter müßten, selbst wenn sie noch nicht einen Meter aus ihrem Dorf in Süditalien herausgekommen sind, einen Anspruch auf die Kindererziehungsrente haben. Das Bundesarbeitsministerium hat bereits ausgerechnet, daß dies Bonn die lächerliche Summe von nur 21 Milliarden DM kosten würde.

Das Problem ist darin zu sehen, daß das Wohlstandsgefälle zwischen den reichsten und den ärmsten EG-Ländern bei 11 zu 1 liegt. Gleichzeitig wird nun aber krampfhaft versucht, einen einheitlichen Binnenmarkt zu schaffen, in dem jedes Land die gleichen Rechte und Pflichten hat — zumindest im Grundsatz. Denn angesichts der Finanzsituation und des in Jahrzehnten wenn nicht sogar in Jahrhunderten aufgebauten Wirtschaftswesens und der territorialen Unterschiede, bleibt ein Gefälle nicht aus, ist vielmehr natürlich.

Und die USA können nicht als Beispiel dienen. Denn ihre Bundesstaaten wurden frühzeitig vereint, als jeder Staat noch im Aufbau begriffen war.

Daß von diesen Staaten nicht nur über die Sozialleistungen versucht wird, den EG-Binnenmarkt zu ihren Gunsten auszunutzen, zeigt sich unter anderem auch bei der Fusionskontrolle, der sogenannten „Dienstleistungshaftung" und dem Mitbestimmungsrecht bei der Europäischen Aktiengesellschaft („Societas Europaea — SE"). Alle drei Vorhaben stellen einen Großangriff gegen den Mittelstand dar, der besonders stark in der Bundesrepublik ist. Nutznießer hiervon wären zum einen die multinationalen Konzerne, zum Teil aber auch die Gewerkschaften.

Benachteiligung des Mittelstandes

So übte die Arbeitsgemeinschaft selbständiger Unternehmer (ASU) jetzt scharfe Kritik an dem Entwurf zur EG-Fusionskontrolle. Denn bei einer Annahme dieses Vorordnungsvorschlags, würde die industriepolitisch begründete Ausnahmegenehmigung von Größtfusionen zum Normalfall werden. „Aus mittelstandspolitischen Gründen" sei dies aber abzulehnen. Und wie recht die ASU hat, läßt sich auch aus folgendem erkennen. Alleine im ersten Halbjahr 1989 gab es 587 Fusionen in Europa — mit monatlich steigender Tendenz.

Die „Dienstleistungshaftung" besagt, daß der Dienstleister auch ohne Verschulden für Körper- und Sachschäden haften soll, die durch fehlerhafte Dienstleistungen verursacht worden sind. Vermögens- und immaterieller Schaden seien ebenfalls zu ersetzen.

Hiergegen hat der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) schwere Bedenken erhoben. Nicht nur, daß nicht erklärt werde, bei welcher Dienstleistung ein so hohes Gefährdungspotential bestehe, das nicht sowieso vom Verschuldensprinzip abgedeckt sei, würde sich „die Richtlinie auf den Mittelstand, den größten Erbringer von Dienstleistungen, besonders stark auswirken".

Und die Mitbestimmungsrichtlinie der EG geht deutlich über das ohnehin schon in vielen Punkten nicht zu verstehende deutsche Mitbestimmungsrecht hinaus. So sieht die Richtlinie zwar ein Patt zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern vor, zeigt aber nicht auf, wie dieses Unentschieden aufgelöst werden kann. In der Bundesrepublik geschieht dies bekanntlich nach dem „Primus inter pares"-Prinzip, bei dem der Aufsichtsratsvorsitzende bei einer Patt-Situation eine entscheidende Zweitstimme hat.

Während das deutsche Mitbestimmungsrecht nach Größe der Unternehmen gestaffelt ist, was besonders bei etwas größeren Familienunternehmen wichtig und richtig ist, sieht die EG-Richtlinie lediglich eine frei auszuhandelnde Bandbreite von „mindestens zu einem Drittel und höchstens zur Hälfte" an Arbeitnehmervertretern im Aufsichtsrat vor. □

Deutschland

Wiedervereinigung als Forderung des Friedens

Siegfried Gärtner

Noch nie seit 1945 gab es eine Situation, die lauter und eindringlicher nach einer Wiedervereinigung der getrennten deutschen Volksteile geschrieen hätte, als die jetzige, sieht man von der Zeit kurz vor dem Mauerbau ab.

Inzwischen haben Tausende von Mitteldeutschen, die den DDR-„Sozialismus" satt haben, eine Urlaubsreise nach Ungarn oder die Botschaften in Prag und Warschau zur Flucht in den Westen benutzt. Keiner weiß, wie es weiter gehen wird.

Der Abschied von der Nation

Die Spalter in Bonn und Pankow wurden plötzlich zu ihrem tiefen Erschrecken von der geschichtlichen Wirklichkeit eingeholt. Denn kein ehrlicher Beobachter wird ernstlich bestreiten, daß in den letzten Jahrzehnten eine Politik zur systematischen Zementierung der deutschen Spaltung betrieben wurde. Die jetzige Fluchtbewegung der Mittel- und Ostdeutschen steht aber in direktem Zusammenhang mit dem Verrat an dem Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland. Denn diese Menschen befürchten zu Recht, daß mit der Vollendung der Bonner EG-Politik der bundesdeutsche Abmarsch nach Westen endgültig sein wird und damit die territoriale Zerstückelung Deutschlands staatsrechtlich festgeschrieben werden soll. Damit fühlen sich diese Deutschen im Stich gelassen. Mitteldeutschland droht auszubluten.

In einer solchen Lage genügt es aber nicht, „humanitäre Erleichterungen" für die Landsleute in der DDR zu fordern, während gleichzeitig machtvolle Kräfte im Westen alles tun, um das dortige Regime zu stützen und das Sowjetimperium insgesamt unversehrt zu erhalten, alles zu dem Zweck, einen Vorwand zur dauernden Besetzung und Zerstückelung Mitteleuropas zu haben.



Bundeskanzler Helmut Kohl hat die Chance einer deutschen Neuvereinigung erkannt und entsprechende Vorschläge gemacht.

Die Politik Bonns gleicht der Haltung von Rabeneltern, die Kinder aussetzen und ihnen schnell vorher noch ein paar Bonbons in die Hand drücken. Der Abschied von der Nation und die Hinwendung zu einer sogenannten „multikulturellen Gesellschaft" wird als großer Fortschritt gepriesen, obwohl solche Gesellschaften stets in der Geschichte gescheitert, in den meisten Fällen aber im blutigen Chaos versunken sind, wie sich an vielen Beispielen belegen läßt. Leute wie Geißler wollen gerade die Nation, für die sie laut Eid verpflichtet wären, Politik zu machen, verschwinden lassen. Sie schwelgen in theologisch-moralisierenden Phrasen, die Wirklichkeit kommt für sie nicht in Betracht.

Viele verpaßte Chancen

Die Wiedervereinigung wenigstens bis zur Oder-Neiße wäre längst vollzogen, wenn die etablierten Parteien auch nur den fünften Teil der Energie und Begeisterung dafür aufgebracht hätten, die sie an die sogenannte „europäische Integration" verschwendet haben. Letztere aber bringt uns außer enormen Kosten nichts und läuft auf eine „Verelsässerung" der Bundesrepublik hinaus. Doch wäre dies ein Thema für sich.

Die Wiedervereinigung unseres Volkes hätte zentrales Thema jeder Veranstaltung, jeder Wahl und jeder Geschichtsstunde sein müssen. Wenn eine Sache so psychologisch vorbereitet ist, kann man ruhig auf die günstige historische Stunde warten und sie dann als Chance zur Verwirklichung des Zieles nutzen. Stattdessen gab es Fehlanzeigen und bewußte Gegenarbeit auf der ganzen Linie.

Diese Chance könnte jetzt mit der Umwälzung im Osten in Aussicht stehen. Aber Moskau findet weder in Bonn noch in Pankow einen Ansprechpartner, der gewillt wäre, deutsche Politik zu betreiben. Stattdessen spricht man dort immer nur, bildlich ausgedrückt, amerikanisch, französisch oder sowjetisch mit ihm. So wurden die wirtschaftlichen Trümpfe, die Bonn in der Hand hatte, anläßlich des Gorbatschow-Besuchs in der Bundesrepublik ohne politische Gegenleistung vergeudet.

Diejenigen, die die deutsche Einheit aus welchen Gründen auch immer, verhindern wollen, wenden einige Tricks an, um ihre wahren Absichten zu tarnen. Zunächst spekulieren sie auf das Trägheitsmoment und den Gewöhnungsfaktor, auch „normative Kraft des Faktischen" genannt. Sie glauben, die westdeutsche Bevölkerung sei bereits zu einer solch ehrlosen, nur am Konsum orientierten Helotenherde geworden, daß ihr nationale Schicksalsfragen ganz gleichgültig seien. Mehr kann man ein Volk eigentlich nicht beleidigen.

Psychologische Hemmungen und Irreführung

Für die ganz Dummen und Langmütigen hält man die Mogelpackung bereit, die deutsche Einheit lasse sich über eine westeuropäische Integration erreichen, wo doch jeder wissen müßte, daß der Hauptreiz dieser Integration etwa für die französische Politik gerade darin besteht, jegliche deutsche Wiedervereinigung durch eine politische Konstruktion für immer auszuschließen.

Auch bei vielen Deutschen hat eine jahrzehntelange Umerziehung, die den wahren Ablauf der Geschichte fälscht, zu inneren Hemmungen und zur Abkehr von der Politik geführt. Die Partei der Grünen zum Beispiel agiert ganz offen für die Zerstückelung des eigenen Vaterlandes, indem sie ständig Standardargumente aus der Kiste der alliierten Kriegspropaganda verwenden.

Viele dieser Leute glauben, man könne „den anderen" eine deutsche Wiedervereinigung nicht zumuten; denn von deutschem Boden sei „schon zweimal ein Weltkrieg" ausgegangen. Das ist die Pankower und Bonner Lieblingsfloskel.

Nun ist aber gerade eine solche Sicht der Dinge falsch. In Wirklichkeit haben die alten etablierten Weltmächte das Deutsche Reich, in dem sie eine Konkurrenz sahen, zweimal vernichtet. Nur so wird „ein Schuh" aus der Sache. Diese Leute sollten die Weißbücher lesen, die Lenin nach dem Ersten Weltkrieg herausbringen ließ und in denen er überdeutlich die kriegstreiberischen Machenschaften des zaristischen Rußlands gegeißelt hat. Außerdem ist die heutige Weltlage eine völlig andere als 1910 oder 1938. Gerade um des Frie-

dens und der Ökologie willen muß die Spaltung Europas überwunden werden und müssen die Militärblöcke aus Deutschland verschwinden.
Das Argument, ein vereinigtes Deutschland in Europa sei „zu groß“, ist abwegig. Diejenigen, die es verwenden, geben damit indirekt zu, daß die beiden Weltkriege gerade mit dem Ziel der Zerschlagung des deutschen Volkes geführt wurden.

Demgegenüber stellen wir klipp und klar fest: Die nationale Einheit ist unser Naturrecht. Kein Volk der Welt hat sich für seine Kopfzahl, seine Geographie oder seine Tüchtigkeit zu entschuldigen. Dies tun weder die Japaner, die Russen, die Nordamerikaner noch die Chinesen mit ihrer Milliardenmasse. Eine Einwohnerzahl selbst von 75 Millionen ist heute lächerlich, wenn allein Indien einen jährlichen Geburtenüberschuß von zwölf Millionen aufweist. In wenigen Jahren werden die Weißen auf allen Kontinenten nur noch zehn Prozent der Weltbevölkerung ausmachen. Es ist also allerhöchste Zeit, daß Europa mit diesem törichten, verbohrten und antiquierten Antigermanismus aufhört, der schon so viel Unheil angerichtet hat. Und vor allem sollten wir Deutschen diesen Antigermanismus nicht selbst übernehmen.

Alle Argumente, die gegen die deutsche Einheit vorgebracht werden, sind also falsch.

Es gibt aber zu viele Nutznießer der deutschen Spaltung. Es gibt zu viele lukrative Posten bei der NATO, EG und Warschauer Pakt. So erhält ein deutscher Ministerialdirektor rund 9 000 DM netto pro Monat. Wäre er an der Stelle seines Brüsseler EG-Kollegen, so würde er 17 000 DM kassieren. Der Präsident der EG-Kommission bringt es auf stattliche 32 663 DM monatlich. Diese Leute glauben schon aus Egoismus selbst an die Unwahrheiten, die von den Massenmedien verbreitet werden.

Die Deutschen sollen sich selbst vernichten

So geraten denn EG und NATO zu „heiligen Kühen“, die nicht angetastet werden dürfen. Sie nehmen somit schnöde die stetig drohende Gefahr in Kauf, daß Deutsche auf beiden Seiten in die Militärblöcke integriert, auf einander schießen müssen, für „Frieden und Freiheit“ hier, für „Frieden und Sozialismus“ dort. So dürfen die Deutschen dann ihre Selbstvernichtung herbeiführen. Es ist dies eine zutiefst antinationale, volksfeindliche Politik.

In Wahrheit haben die Besatzungszonen in Deutschland keinen Krieg verhindert. Ein Krieg in Europa wurde bisher vermieden, weil zumindest die Russen die technologische Überlegenheit des Westens kennen und auch wissen, daß die Angelsachsen nach wie vor die Weltmeere beherrschen. Außerdem scheuen sie mit Recht die atomare Verwüstung des Landes. Sie glauben längst nicht mehr an die Möglichkeit, die rote Weltrevolution militärisch vorantreiben zu können, ja, sie haben mehr als der Westen erkannt, daß der Marxismus selbst überall und in allen seinen Teilen völlig gescheitert ist. Eine militärische Aggression in Europa wäre für Moskau, das China im Rücken hat, heller Wahnsinn, auf den es sich niemals einlassen wird.

Vor 50 Jahren unter Stalin sah die Sache noch anders aus. Moskau hat heute alle Hände voll zu tun, sein Riesenreich, das voller Sprünge und Risse ist, zusammenzuhalten. Dazu kommt der zunehmend rebellischer werdende Satellitengürtel. All diese entscheidenden Faktoren haben mit der Anwesenheit amerikanischer, britischer und französischer Truppen in Westdeutschland nichts zu tun.

Die Stunde der Politik

Die Angst vor einer östlichen Aggression wird nur vorgeschützt, um Deutschland und seine Hauptstadt weiter besetzt und geteilt halten zu können. Daß dies so ist, geht schon aus dem hektischen Eifer hervor, mit dem der Westen den Ostblock wirtschaftlich und finanziell unterstützt, um ihn vor dem Zerfall zu retten: Der Westen braucht den östlichen Popanz, um in geheimer Kumpanei mit ihm die weitere militärische Besetzung Mitteleuropas rechtfertigen zu können. Deutsche Politik kann eben nur gesamtdeutsche Politik sein. Anstatt die Weltmächte in unseren engen Raum förmlich hereinzuziehen, müßten wir sie dazu bringen, Mitteleuropa zu verlassen. Stattdessen tut Bonn so, als gäbe es für uns nur „westliche“ Politik. Sklavische Hörigkeit den „Schutzmächten“ gegenüber nennt man dann die „Berechenbarkeit“ der Deutschen. Westliche Politik ist aber die Sache von Paris, London und Washington mit ihren jeweiligen nationalen Sonderinteressen. Bonn spielt dabei höchstens die Rolle des ewigen Zahlkulis, der ein bißchen mitblöken darf. Eine solche Politik könnte aber jeder Briefträger auch machen.

Wir können natürlich nicht verlangen, daß die Russen deutscher sind als die Deutschen und uns die Wiedervereinigung aufzwingen. Eine einfache Ausdehnung von EG und NATO bis zur Oder und Neiße werden sie natürlich auch nicht akzeptieren.

Es weist aber alles darauf hin, daß sie die militärische Frontstellung mitten in Europa nach 45 Jahren gründlich satt haben. Sie würden ihre Truppen gerne zurückziehen und dabei ihre Besatzungszonen, die „DDR“, politisch opfern, wenn im Gegenzug die NATO Westdeutschland räumt. Und hier hätte eine vernünftige deutsche Politik längst ansetzen müssen.

Nach Abzug aller Besatzungstruppen müßte — wenn man nicht auf die nach wie vor gültige Weimarer Verfassung zurückgreifen will — eine gesamtdeutsche verfassungsgebende Nationalversammlung unter Zulassung aller Parteien gewählt werden. Ost und West hätten dann die Neutralität dieses neuen deutschen Staates, in dem wir endlich wieder Herr im eigenen Haus wären, zu garantieren.

Um diesen einzig möglichen und vernünftigen Weg zu blockieren, wurden Schlagwörter erfunden, von denen „Finnlandisierung“ das dümmste ist. Denn selbstverständlich ist Finnland heute tausendmal sicherer als das gespaltene und besetzte Deutschland, in dem ein halbes Dutzend fremder Staaten ihre Arsenale mit Kernwaffen, chemischen Kampfmitteln und Vernichtungsgeräten aller Art angelegt haben. Schon in Friedenszeiten verursachen diese fremden Armeen einen enormen Landschaftsverbrauch und gewaltige ökologische Schäden.

Das Versagen aller Bonner Parteien

Das Wort „Finnlandisierung“ soll aber gerade das Gegenteil vorgaukeln und uns weismachen, daß diese perverse Situation in Mitteleuropa das Ergebnis einer Friedens- und Sicherheitspolitik darstelle, während die Lage des neutralen Finnlands unsicher sei.

Auch der Einwand, große Staaten könne man nicht wie kleine neutralisieren, ist irrig. Im Gegenteil, die Neutralität eines kleinen Landes kann leichter verletzt werden, ohne daß der Angreifer weitreichende Folgen befürchten müßte, als dies bei einem größeren Land der Fall wäre.

In diesen entscheidenden Fragen haben bisher alle Parteien versagt. Es dürfte aber kein Tag vergehen, ohne daß die Forderung nach Abzug aller fremden Truppen in Ost und West sowie nach Wiedervereinigung unseres geschundenen Landes laut wird. Dieser Ruf darf nie mehr verstummen. Das sind wir unserer nationalen Ehre und Würde, aber auch dem Frieden in Europa schuldig.

Weitere Besetzung bedeutet Kolonialismus mitten in Europa. NATO und Warschauer Pakt „schützen“ gar nichts als unsere Spaltung und führen darüber hinaus die dauernde Gefahr eines kriegerischen Konflikts in Mitteleuropa mit sich.

Diese Gefahr aber ist tödlich. Durch viele Jahrhunderte war Deutschland zerrissen und geschwächt und wurde so zum Kriegsschauplatz für fremde Mächte. Erinnert sei an den furchtbaren Dreißigjährigen Krieg von 1618 bis 1648, der zwei Drittel unserer Volkssubstanz vernichtet hat.

Nur durch ein Auseinanderrükken der Blöcke mit einem friedlichen, auf Ausgleich bemühten neuvereinigten Deutschland in der Mitte Europas wird die Gefahr beseitigt, daß West- und Mitteldeutschland zum dritten und letzten Mal Kriegsschauplatz werden. □

Deutschland

Die nationale Frage

Hans W. Schimmelpfeng

Wo auch immer in der internationalen Politik die Frage auftaucht, ob nicht der Zweite Weltkrieg mit einem Friedensvertrag abgeschlossen werden müsse, wird gefragt, mit wem die Sieger- und Besatzungsmächte über diesen Vertrag eigentlich verhandeln sollen.

Die Sieger- und Besatzungsmächte haben sich das gesamte Gebiet des unterworfenen Deutschen Reiches und Volkes geteilt, seine Regierung völkerrechtswidrig festgenommen und abgesetzt. Sie haben sich ihre Satellitenstaaten geschaffen, deren Gebiet sie bis auf den heutigen Tag in dürftig getarnter Weise militärisch besetzt halten. Damit haben sie die Hoffnung verbunden, daß sich das unterworfene und geteilte Volk mit diesem Zustand abfindet, zudem man ihm die wirtschaftliche Erholung durch eigenen Fleiß gestattete und ihm durch seine eigenen Herrschenden und seine Massenmedien einen tiefsitzenden — wenn auch auf verlogener Geschichtsdarstellung beruhenden Schuldkomplex eingetrichtert hat.



Auf der Jalta-Konferenz gestand Roosevelt Stalin alles zu, was dieser haben wollte - ohne jede Ausnahme. Roosevelt bekam dafür Stalins Zusage, bei den Vereinten Nationen mitzumachen.

Das Experiment Umerziehung ist mißglückt

Eine gute geplante und gesteuerte Vermischung mit fremdvölkischen „Asylanten", die auch die volkseigene Gesellschaftsordnung auflöst und in einen sich immer weiter ausbreitenden materiellen und moralischen Sumpf zu verwandeln hilft, soll den Rest völkischen Selbstbewußtseins beseitigen und die endgültige „Integration" des geteilten Volkes in die gewünschten politischen und wirtschaftlichen Blöcke vollenden.

Eine Instanz die berechtigt ist, für das ganze Deutschland zu sprechen, gibt es zur Zeit nicht.

Dennoch: Das Experiment der „Umerziehung" zur Selbstaufgabe ist mißglückt. Die irrsinnige Grenze mitten durch Deutschland und damit durch ganz Europa wird immer morscher und die Forderungen nach einer Neuordnung des ganzen Europa durch geordnete Wiederherstellung seiner deutsch-europäischen Mitte läßt sich nicht beseitigen durch die jetzt häufig gehörte Behauptung, man habe neue historische Tatsachen geschaffen und „das Rad der Geschichte" könne nicht zurückgedreht werden.

Was man in Wirklichkeit in Europa geschaffen hat, ist ein hoch gefährliches und der Hochfinanz verschuldetes Wirtschaftsmonstrum und daneben eine Welt voller unerklärter Kriege, in der das vielzitierte Völkerrecht keine ernsthafte Rolle mehr spielt.

Man beachte in unseren Massenmedien die ansteigenden Katastrophenmeldungen und die Auflösungserscheinungen weltweit. Man bedenke die Auflösung der Ordnung zum Beispiel in beiden Teilen des zertrennten Berlins und auch in beiden deutschen Teilstaaten, den Zusammenbruch des Raubstaates Polen, der blühende Ostprovinzen ruiniert hat und nun — laut Walesa — nicht mit Millionenhilfe zufrieden ist, sondern Milliarden „fordert".

Vorwand um Zeit zu gewinnen

Man beachte, daß der wankende russisch-bolschewistische Vielvölkerstaat um eine notwendige neue Ordnung ringt, daß Israel aus dem arabischen Bereich eine für den Weltfrieden gefährliche Gefahrenzone gemacht hat, daß das vom „Kolonialismus" befreite Afrika auf den Hund gekommen ist, daß es in Südamerika nur noch „kriselt".

Dazu kommt der begründete Verdacht, daß die äußerlich so edel erscheinenden Abrüstungsverhandlungen der Siegermächte USA und UdSSR nur den Zweck verfolgen, die alten Mordwaffen zu verschrotten und inzwischen Zeit zu gewinnen, um modernere, noch vernichtendere Waffen einzuführen.

Unter diesen Umständen ist nicht ersichtlich, wer eigentlich mit wem Friedensverhandlungen mit Aussicht auf Erfolg führen kann. Die „Sieger" des Zweiten Weltkrieges sind unter sich uneins. Voraussetzung für die Wiederherstellung und Befriedigung eines geordneten Europas, das vom Atlantik bis zum Ural reicht, ist die Neuordnung seiner Mitte.

Wer wirklich Frieden und nicht ewigen Streit oder gar den dritten Weltkrieg wünscht, muß zugeben, daß nur das zu einem gesamtdeutschen Staat und in seinem historisch zustehenden Raum zusammenzufassende deutsche Volk die Weltmächte in Europa trennen und den Erdteil auch wirtschaftlich ordnen kann — zum Wohle aller seiner Teile.

Unerwünschte Wahrheiten stehen unter Strafe

Voraussetzung einer solchen Neuordnung ist die Beendigung des „kalten" Krieges gegen Deutschland, in dem bewußt wahrheitswidrig dem deutschen Volk alle Schuld des Jahrhunderts aufgeladen wird. Während in der Bundesrepublik immer noch auf diesem Gebiet die Feststellung unerwünschter Wahrheiten unter Strafandrohung steht, setzt sich die Wahrheit durch mutige Geschichts-Revisionisten in aller Welt bereits durch.

Aufgabe der Deutschen in beiden Teilstaaten ist es nun, ihr Selbstbewußtsein wiederzugewinnen, einigungswillige Frauen und Männer an die Spitze zu heben, die Besatzungsmächte aus dem Lande zu komplimentieren und einen sozialen gesamtdeutschen Staat auf der Grundlage politischer und wirtschaftlicher Vernunft zu bauen, statt um westliche oder östliche, kapitalisitische oder bolschewistische Staatsideologien zu streiten. Dann erst wird der Zweite Weltkrieg zuende sein und der Frieden geschlossen. □

Deutschland

Der erste Schritt zur Einheit

Martin Voigt

Niemand weiß in diesen Tagen und Wochen, in denen sich in Berlin Deutsche mit Freudentränen in den Augen in den Armen liegen, welche Entwicklung eingetreten sein wird, wenn Sie diese Zeitschrift in den Händen halten.

Eines aber wissen wir: Das ganze dumme Gerede unserer etablierten Spaltungspolitiker ist von der Geschichte weggefegt und überholt worden. Es klingt uns noch in den Ohren: „Die Wiedervereinigung steht nicht auf der Tagesordnung der Weltgeschichte", „Der Nationalstaat der Deutschen ist zerbrochen", „Einen deutschen Nationalstaat im Sinne Bismarcks wird es nicht mehr geben, weil niemand in Ost und West ein so wiedervereinigtes Deutschland mit 80 Millionen Einwohnern will", „Die Einbindung der Bundesrepublik in den Westen ist endgültig und unwiderruflich", „Wir müssen die Realitäten anerkennen".

Die Mitteldeutschen — die besseren Deutschen

Wo sind diese „Realpolitiker" heute, von einer Stunde zur anderen? Hilflos und im Eimer! Das Volk, die Deutschen in Mitteldeutschland machen Realpolitik.

Und wie die Riege der von der östlichen Besatzungsmacht eingesetzten und gestützten Nachkriegsherrscher in Mitteldeutschland abgetreten ist, müssen sich auch in Westdeutschland die Politiker der lizensierten Nachkriegsparteien fragen, ob ihre Zeit nicht abgelaufen ist. Die Mitteldeutschen sind die besseren Deutschen!

Bereits 1975 schrieben wir: „Wenn, aus irgendeinem Grund, der Tatzengriff der Supermächte locker wird, so ist die Wiedervereinigung eine Sache von Stunden. Der einzige Bürgerkrieg wird dann darin bestehen, daß jene Funktionäre und Ideologen — welcher Farbe auch immer —, die die Spaltung konservieren wollen, weggefegt werden."

Daß der erste Schritt zur — noch lange nicht erreichten — Einheit und Selbstbestimmung aller Deutschen nicht von den satten Westdeutschen, sondern von den fühlbarer und offener unterdrückten Mitteldeutschen ausging, ist traurig und eine Schande, aber verständlich.

Willy Brandt-Frahm, der sich am Tag nach der Maueröffnung in Berlin in den Vordergrund spielte, schrieb einmal: „Die Okkupation (also die Besatzung) ruft ein Erwachen der nationalen Leidenschaften hervor und eine Brutalisierung der Gemüter, die den Grund für den Übergang der großen Massen von der waffenlosen Opposition zum Aufruhr bilden können . . . Die Not eines ganzen Volkes kann es zu einem Unternehmen zwingen, das vielleicht nicht ganz mit gewissen völkerrechtlichen Regeln übereinstimmt."

„Wir können ja doch nichts ändern!"

Die Taktik des Westens, unsere Ketten unsichtbarer zu machen, beziehungsweise sie zu vergolden und den Bundesbürgern ein „Ersatzvaterland Europa" vorzugaukeln, hat gewirkt. Sie hat die Westdeutschen verdummt und paralysiert.

Trotz aller unserer jahrzehntelangen Mühen konnten wir hier im Westen nur einer Minderheit von Deutschen ins Bewußtsein prägen, daß wir ein okkupiertes Land sind.

„Wir können ja doch nichts ändern!" Wie oft mußten sich alle wiedervereinigungsbestrebten, volksbewußten Deutschen in den vergangenen 28 Jahren diesen Spruch anhören. Was 60 Millionen nicht konnten, haben 17 Millionen nun vollbracht: ein erster Schritt ist getan!

Daß von den Förderern und Nutznießern der deutschen Spaltung von Adenauer-Ulbricht bis Kohl-Honecker nichts zu erwarten war und ist, haben wir seit Jahrzehnten an deren Taten nachgewiesen und belegt. Zusätzlich zu ihrer west- oder ostextremistischen ideologischen Verblendung fürchteten und fürchten die Funktionäre der „staatstragenden Kräfte" hüben wie drüben um ihre Macht, um ihre Posten, Pfründe und Privilegien — von den Regierenden bis zu den Grenzbeamten.

Was würde aus ihnen allen, wenn der Tag käme, den die deutschen Separatsstaatler genau so fürchten wie viele unserer „Freunde und Verbündeten"?

Auf der Kundgebung in Berlin hat Helmut Kohl, dessen Rede in Pfiffen und Buhrufen fast unterging, einen ersten bitteren Vorgeschmack davon erhalten, was ihm blühen könnte.

Beschämend vor aller Welt, wie mühsam und ohne in den Himmel steigendes Echo, Kohl, Brandt und Momper unter Unruhe und Rumoren das amputierte Deutschlandlied anstimmten. Das waren Eure Deutschen, die Ihr vierzig Jahre lang umerzogen habt!

Die Bonner sind hilflos

Vierzig Jahre ist die Masse der westdeutschen „Wohlstandsbürger" zu Egoismus, gegenseitigem Neid, zur Anbetung des Geldes und des Verdienens als alleinigem Wertmaßstab umerzogen worden. Jedes gesunde Nationalbewußtsein wurde als „ewiggestrig" vermiest.

Jeder Hinweis auf die Verantwortung gegenüber der Volksgemeinschaft aller Deutschen wurde verhöhnt, ja selbst schon der Begriff wurde fast kriminalisiert.

Nun ist Hilfe und Solidarität gefragt, und die Bonner wundern sich und beklagen, daß in ihrer „pluralistischen Gesellschaft" einer umerzogenen, entwurzelten „Wohnbevölkerung" hier und da Mißgunst aufkommen. Jetzt sind volksbewußte Deutsche gefragt, sich als Vorbilder zu beweisen.

Helfen wir, wo wir können! Keine Mark mehr an die Polen in dieser Situation, die zu allen bisherigen Milliarden nun auch noch Wiedergutmachung fordern. Warum hören wir kein Wort über die Wiedergutmachung der Vertreibungsverbrechen?

Keine Mark mehr an Schein- und Wirtschaftsasylanten aus aller Welt, sofortige Rückführung aller abgelehnten Asylbewerber.

Jeder vernünftige Mensch in der Welt muß und wird Verständnis dafür haben, daß es jetzt gilt, zuerst den Deutschen zu helfen, in Mitteldeutschland Lebensverhältnisse zu schaffen, durch die die Flucht aus der Heimat gestoppt wird.

Der Weg zur deutschen Einheit ist noch weit. Berge von Problemen sind noch zu bewältigen: Innenpolitisch ist den selbstbewußt gewordenen Mitteldeutschen zum Beispiel nicht zuzumuten, daß Massen von Asylanten und Ausländern ihre Heimat überschwemmen, daß die westdeutsche Ellenbogenwirtschaft mit allen ihren Sumpfblüten dort noch gesunde Strukturen zerstört.

Außenpolitisch ist die Voraussetzung allen weiteren Fortschritts das, was wir seit langem fordern: Raus aus Nato und Warschauer Pakt!

Wenn das gelingt, wäre der zweite Schritt getan. Drückt den Verbündeten, die uns angeblich voreinander beschützen müssen, Blumen in die Hand, dankt ihnen und bittet sie, nach Haus zu gehen. Die für sie gebauten Kasernen und Wohnungen werden für friedliche Zwecke gebraucht. □



Richard von Weizsäcker

Solidarität mit dem Klassenkampf

Alfred König

Die skandalösen Vorfälle rund um Bundespräsident Richard von Weizsäcker nehmen langsam, aber sicher die Form einer „Unendlichen Geschichte" an. Fast kein Monat vergeht, in dem der höchste bundesdeutsche Repräsentant nicht in ein neues Fettnäpfchen tritt. Trotz vieler sicherlich richtiger Vorbehalte gegen die früheren Bundespräsidenten kann bereits heute, nur wenige Monate nach Beginn der zweiten Amtszeit von Weizsäcker, gesagt werden, daß er alle seine Vorgänger in dieser Beziehung übertrumpft.

Nun hat der Herr Bundespräsident sogar den Rocksänger Udo Lindenberg mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. Er sei ein Vorbild für die Jugend und habe mit seinen Liedern und seinem Engagement zur Verständigung zwischen der Bundesrepublik und der DDR beigetragen. Wem es bislang noch nicht klar war, daß das Bundesverdienstkreuz heutzutage praktisch nichts als ein wertloses Stückchen Blech ist, dem wurde es damit in aller Deutlichkeit vor Augen geführt. Nicht mehr der, der sein Leben durch die Betreuung Schwerstkranker oder mit sonstigem Engagement in den Dienst der Öffentlichkeit stellt, wird heutzutage ausgezeichnet, sondern der, der — sicherlich neben schönen gefühlvollen Liebesliedern — linke und linkeste Ansichten in vielen, wenn nicht den meisten seiner Lieder und auch seinem sonstigen Auftreten vertritt.

Aufwertung der IG-Metall

Doch wurde diese absolut unverständliche Entscheidung von Weizsäcker noch von seiner Teilnahme am IG-Metall-Kongreß Ende Oktober 1989 übertroffen. Damit wurde diese Organisation wenige Monate vor einem für die weitere konjunkturelle Entwicklung der Bundesrepublik schwerwiegenden Arbeitskampf aufgewertet, der es heute mehr um Klassenkampf als um wirkliche Vertretung der Arbeiterschaft geht.

Die Befürworter der Teilnahme von Weizsäcker werden jetzt natürlich sagen, der Bundespräsident ist sozusagen eine überstaatliche Person. Er dürfte sich nicht von irgendwelchen Interessen leiten lassen, sondern habe — unabhängig von seiner persönlichen Einstellung — für jeden, egal ob links oder rechts, da zu sein. Dies schließe die DGB-Gewerkschaften ein.

Dies stimmt auch bis zu einem gewissen Punkt. Ihr Ende findet diese „Überstaatlichkeit" aber da, wo sie über einen „normalen" Gastauftritt des Bundespräsidenten hinweggeht und Akzente für die Zukunft setzt. Und angesichts der bereits schon Wochen vorher angekündigten harten und härtesten Gangart für die Tarifauseinandersetzung der Metallindustrie im Frühjahr 1990 war dies eben der Fall.

Wie sehr diese Vorwürfe zutreffen, läßt sich alleine an einem einzigen Beispiel anführen. Ohne Wirtschaftsminister Haussmann (FDP) beim Namen zu nennen, betonte der Herr Bundespräsident bei der Eröffnung des 16. Ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Metall in Berlin, „der Staat hat, soweit er nicht selbst Tarifpartei ist, am Verhandlungstisch nichts zu suchen". „Das kostbare Gut der Tarifautonomie" dürfe nicht in Frage gestellt werden, so von Weizsäcker weiter.

Zweierlei Maß bei der IG-Metall

Damit reihte sich von Weizsäcker in die Reihen der Gewerkschafter ein, die Haussmanns Warnung, weitere Arbeitszeitverkürzungen gefährdeten das weitere konjunkturelle Wachstum in der Bundesrepublik, vehement attackierten. Man muß sich einmal die Frage stellen: Ist es heutzutage bereits einem Bundeswirtschaftsminister des angeblich „freiesten Staates, den es jemals auf deutschem Boden gab", nicht erlaubt, vor einer seiner Ansicht nach die Konjunktur schädigenden Entwicklung zu warnen? Ganz im Gegenteil, gerade dies gehört doch zu seinen wichtigsten Aufgaben. Womit hat er also das Geschrei der IG Metall, die diese Warnungen als massiven Angriff auf die Tarifautonomie bezeichnete, und des Bundespräsidenten verdient?

Interessant ist aber, daß die Äußerungen des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Walter Momper (SPD) auf eben diesem Gewerkschaftstag keine Einmischung in die Tarifautonomie darstellen. Aber Momper setzt sich ja auch vehement für eine „drastische Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit" ein. Auf keinen Fall dürfe es die „Rund-um-die-Uhr-Gesellschaft" geben. Dieser Auftritt Mompers, der natürlich keine Angriffe der Gewerkschafter auslöste, zeigt deutlich auf, welch leeres Geschwätz die Worte Steinkühlers in Wirklichkeit sind. Sagt ein Politiker etwas, das nicht den Forderungen der IG-Metall entspricht, ist es ein Eingriff in die Tarifautonomie, befürwortet ein anderer Politiker dies dagegen, dann zeugt dies von seiner Weitsicht. Logisch?!

Die drei Hauptforderungen der IG Metall lauten: Mindestens acht Prozent mehr Lohn, die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit in der Metallindustrie von derzeit 37,5 auf nur noch 35 Stunden sowie ein arbeitsfreies Wochenende. Zusätzlich wurde dann noch auf dem Gewerkschaftstag das Verbot von Überstunden beschlossen.

Angesichts der unbestritten sehr guten Unternehmensgewinne in der Bundesrepublik — nicht zuletzt auch in der Metall- und Stahlindustrie — ist eine deutliche Erhöhung der Löhne und Gehälter, gegebenenfalls gekoppelt mit einer weiteren moderaten Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit, sicherlich absolut gerechtfertigt. Aber allein die ersten beiden Forderungen der IG Metall würden die Betriebe mehr als 13 Prozent kosten. Und dies ist alles andere als akzeptabel.

Das Land mit den höchsten Personalkosten

Gerade die in den vergangenen Jahren stabilen Lohnstückkosten waren nach einhelliger Ansicht aller Experten eine, wenn nicht die Hauptstütze des konjunkturellen Aufschwungs in der Bundesrepublik. Man schaue sich nur die konjunkturelle Entwicklung vieler anderer Länder an, in denen Gewerkschaften deutlich höhere Forderungen durchsetzten. Dort ist die Inflation und die Arbeitslosigkeit meist deutlich höher, so daß ein höherer Lohnanstieg dadurch oftmals wieder aufgefressen wird, beziehungsweise nur viel weniger Personen als hierzulande zugute kommt.

Und man darf zweierlei nicht vergessen. Zum einen ist die Bundesrepublik bereits heute das Land mit den höchsten Personalkosten für die Unternehmen und zum anderen das Land mit den geringsten Arbeitszeiten. Während ein Industriearbeiter in der Bundesrepublik heute jährlich nur 1 697 Stunden arbeitet, muß der Brite, dessen Land in dieser Statistik einen Platz vor der Bundesrepublik liegt, bereits 1 763 Stunden „malochen". Der Arbeiter in den USA 1 912 Stunden, und der japanische sogar 2 201. Dieser hat aber gleichzeitig mit durchschnittlich nur 36 Stunden die geringste Fehlzeit, gefolgt vom amerikanischen Arbeiter mit 65 Stunden. Demgegenüber fehlt ein Arbeiter in der Bundesrepublik jährlich durchschnittlich 137 Stunden und wird nur noch vom Franzosen um acht Stunden übertroffen.

Man rechne sich dies nur einmal um: Während die in der Bundes-

republik geleistete Arbeitszeit in der Industrie damit nur 1 560 Stunden beträgt, sind es in Japan 2 175 Stunden, also um über ein Drittel mehr. Damit beantwortet sich die Frage, warum die konjunkturellen Wachstumsraten im Land der aufgehenden Sonne jährlich zweistellige Zuwachsraten verzeichnen und warum die Arbeitslosigkeit dort viel geringer ist. Auf der anderen Seite ist natürlich nicht zu verkennen, daß die Arbeitsqualität dort auch heute noch auf einem Level ist, der hierzulande zu recht vollkommen abzulehnen ist.

Und noch ein anderer Punkt muß beachtet werden. Bei den ausländischen Direktinvestitionen in EG-Ländern liegt die Bundesrepublik recht deutlich auf dem letzten Platz (Stand 1987). Während diese hierzulande lediglich 3,5 Milliarden DM betragen, sind es in den kleinen Ländern Belgien, Luxemburg und Holland bereits 4,1 Milliarden DM. Auf dem ersten Platz liegt Großbritannien mit 17,5 Milliarden DM, weit gefolgt von Spanien mit 8,1 Milliarden DM.

Mehr Arbeitslose bei kürzerer Arbeitszeit

Die IG Metall rechtfertigt ihre Forderungen damit, daß die deutschen Arbeiter durch vor zwei Jahren abgeschlossene längerfristige Tarifverträge unterdurchschnittlich an der Gewinnentwicklung der Unternehmen partizipiert hätten. Dem ist sicherlich in gewissem Rahmen zuzustimmen.

Nur muß eines doch auch beachtet werden. In der Bundesrepublik sind in den vergangenen Jahren hunderttausende neue Arbeitsplätze geschaffen worden, viel viel mehr, als in jedem anderen Land. Nur dadurch konnte trotz des großen Ausländerzustroms in die Bundesrepublik und trotz der hohen Aus- und Übersiedlerzahlen die Arbeitslosenzahl wieder deutlich auf unter zwei Millionen Personen gedrückt werden. Und würde man diese Statistik auf Basis der Berechnungsmethode der OECD berechnen, läge sie bei etwa 1,2 Millionen Personen.

Damit haben die Arbeitnehmer in der Bundesrepublik zwar auf einen von der Unternehmensentwicklung sicherlich gerechtfertigten Lohnzuwachs verzichtet, gleichzeitig aber einen Solidaritätsbeitrag geleistet, der vielen Arbeitslosen wieder Brot und soziale Anerkennung gebracht hat. Und im Gegensatz zur IG Metall, die behauptet, die von ihnen durchgesetzte Verkürzung der Arbeitszeit habe zur Einstellung von 200 000 Beschäftigten geführt, ist genau das Gegenteil der Fall. Als die Arbeitszeit in der Metall- und Elektroindustrie 1988 um eine volle Stunde gekürzt wurde, sank die Zahl der Beschäftigten in diesen Industrien um 14 000 Personen.

Auch das generelle Arbeitsverbot an Wochenenden ist in einer modernen Industriegesellschaft nicht praktikabel, zumal dies beispielsweise in der Metallindustrie nur zehn bis 15 Prozent aller Beschäftigten treffen würde, die zudem an höchstens acht bis zehn Samstagen im Jahr arbeiten müßten. Das Verbot von Überstunden würde aber noch mehr Rationalisierungen — und damit Entlassungen oder Verzicht auf Neueinstellungen — sowie gerade im Hinblick auf den europäischen Binnenmarkt einen nicht wiedergutzumachenden Wettbewerbsnachteil deutscher Unternehmen nach sich ziehen. Denn speziell ein mittelständisches Unternehmen kann nicht sofort neue Leute einstellen, wenn es einen schwerumkämpften größeren Auftrag hereinbekommt. Denn wie sollen diese Leute weiterbeschäftigt werden, wenn der Auftrag abgewickelt und kein neuer in Sicht ist?

Wie der Bundespräsident Forderungen sanktioniert

Schon jetzt gibt es mehr als 500 deutsche Unternehmen, die sich in den vergangenen Jahren aus Kostengründen in Spanien angesiedelt haben, mit all den Konsequenzen für den deutschen Arbeitsmarkt. Und die Gewerkschaften haben hieran einen großen Anteil.

Sicherlich gibt es für den Arbeiter noch viel zu tun, sicherlich ist auch eine größere Umverteilung hin zu den Arbeitnehmern notwendig — doch darf diese nicht mit der Brechstange erfolgen. □

Deutschland

Das sind unsere „Verbündeten“ und „Freunde“

Martin Voigt

Die britische Zeitung „Sunday Correspondent“ verrät die Wahrheit. Es ging beim Zweiten Weltkrieg um die Vernichtung Deutschlands und nicht um Hitler oder Auschwitz.

Die Frankfurter „Allgemeine Zeitung“ zitierte was in der britischen Zeitung „Sunday Correspondent“ zu lesen stand: „Wir müssen jetzt ehrlich über die deutsche Frage sein, so unbequem sie auch für die Deutschen, für unsere internationalen Partner und uns selbst sein mag . . . Die Frage bleibt in der Essenz die gleiche. Nicht, wie wir es verhindern, daß deutsche Panzer über die Oder oder Marne rollen, sondern wie Europa mit einem Volk fertig wird, dessen Zahl, Talent und Effizienz es zu unserer regionalen Supermacht werden läßt. Wir sind 1939 nicht in den Krieg eingetreten, um Deutschland vor Hitler oder die Juden vor Auschwitz oder den Kontinent vor dem Faschismus zu retten. Wie 1914 sind wir für den nicht weniger edlen Grund in den Krieg eingetreten, daß wir eine deutsche Vorherrschaft in Europa nicht akzeptieren konnten.“

Nur Unwissende können verharmlosen

Diese Feststellungen einer auflagenstarken britischen Sonntagszeitung muß man nicht nur zweimal lesen, man sollte sie jeden Tag sich selbst und einem weiteren Deutschen laut vorlesen.

Nur Unwissende können sie verharmlosen und abwinken: Es sei ja nur eine einzelne Stimme in irgendeiner Zeitung. So wurde die Meinungsmache zur Vernichtung Deutschlands seit 1897 betrieben.

Wenn man auf diese Zitate und auf die Aussprüche Churchills in den dreißiger Jahren hinwies, wurde das bis heute als „alte Kamellen“ rückwärtsgewandter und in der Vergangenheit stekkengebliebener Ewiggestriger abgetan. Nun aber schreiben wir 1989, und unsere „Freunde und Verbündeten“ haben die gleichen Ziele wie seit 1897!

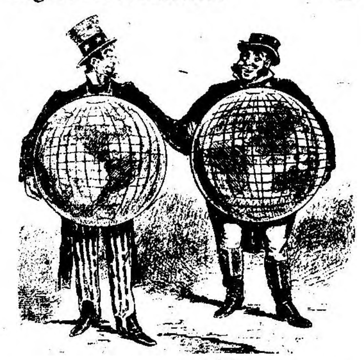
Wenn endlich öffentlich zugegeben wird — und die „Frankfurter Allgemeine“ das auch abdruckt —, daß der Krieg gegen Deutschland nicht wegen Hitler oder wegen des Wohlergehens der Juden in Deutschland geführt wurde, entspricht das nur dem Geschehen in anderen Bereichen, in denen das Lügengebäude der Nachkriegspropaganda immer mehr zusammenbricht.

Aber es geht nicht nur um die Vergangenheit, es geht um heute und morgen: Wir können unserer Regierung, allen Parteien und Politikern nur raten, ihre euphorische EG-Europapolitik und ihre Europa-Union-Drängelei schnellstens einzustellen.

Höchste Vorsicht ist geboten

Unsere Bonner Politiker reden von „deutschen Modellen“, mit denen sie das EG-Teileuropa gestalten wollen. Sie fordern, unsere Sozialbestimmungen, Arbeitnehmergrundrechte und andere Vorschriften auf Europa zu übertragen. Sie wollen Länder mit ganz anderen Lebensverhältnissen und Lebensweisen mit „deutschem Wesen“ beglücken — Wasser auf die Mühle derer, denen „Talent und Effizienz“ der Deutschen schon seit 1897 ein Dorn im Auge sind.

Im Gegensatz zu Bonn wollen wir Nationaldenkenden weder eine „regionale Supermacht“ sein, noch die „Vorherrschaft in Europa“ haben. Wir sind viel bescheidener. Wir wollen nichts als ein friedliches, wiedervereinigtes Deutschland. □



Auf dem Weg zu einem Nationalbewußtsein

Hans Glaukert

Die jüngsten Kommunalwahlen in der Bundesrepublik mit den starken Gewinnen der Republikaner haben bei den etablierten Parteien, den Wahlforschungsinstituten und vielen anderen Institutionen zu Analysen mit den unterschiedlichsten Ergebnissen geführt. Wie nicht anders zu erwarten, wurde das Hauptmotiv für die starken Erfolge der Schönhuber-Partei nicht genannt: nämlich das wieder wachsende Nationalbewußtsein in der bundesdeutschen Bevölkerung.

Denn die Ergebnisse der Republikaner bei den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg sind als phänomenal zu bezeichnen, wenn man sich das derzeitige desolate Erscheinungsbild dieser Partei anschaut. Es vergeht kaum eine Woche, in der nicht – allem Anschein nach künstlich von eingeschleusten V-Männern ausgelöst – Skandale die Überschriften der Medien prägen. Und dennoch gelang es den Republikanern in fast allen Großstädten, in denen sie kandidierten, auch der mühelose Einzug in die Stadtparlamente; oftmals wurde sogar die FDP auf den fünften Rang verwiesen.

Die inszenierten Streitigkeiten

Und dies, obwohl die etablierten Parteien und der Verfassungsschutz alles versuchten, dies zu verhindern. In Kleinstädten und Gemeinden, in denen nur wenige Dutzend Unterstützungsunterschriften für die Teilnahmeerlaubnis an der Kommunalwahl gebraucht wurden, erwiesen sich auf einmal fast die Hälfte als gefälscht. Selbst wenn man bedenkt, daß die Bereitschaft vieler Wähler, sich zu der derzeit erfolgreichsten rechten Partei zubekennen, nicht besonders ausgeprägt ist, besonders in kleinen Gemeinden, drängt sich jedem klar Denkenden der Eindruck auf, daß hier etwas „gedreht" wurde.

Das gleiche gilt für die vielen oftmals sogar noch kurz vor den Wahlen inszenierten Streitigkeiten in der Hauptsache um Personen. Da stellt sich die Frage, warum nicht direkt bei der Kandidatenaufstellung Protest laut wurde, sondern dies erst wenige Wochen oder gar Tage vor dem Wahltermin geschieht? Auch müßte doch bei jedem, der in diese Partei eintritt oder gar Mandatsträger werden will, Klarheit über die dort vertretenen Positionen herrschen, so daß der dann plötzlich geäußerte Protest unglaubwürdig erscheint.

Umso erstaunlicher sind dann die Erfolge der Republikaner. Diese basieren darauf, daß endlich mehr als vier Jahrzehnte nach dem verlorenen Zweiten Weltkrieg und der unmittelbar daran begonnenen massiven Umerziehung des deutschen Volkes sich auch hierzulande ein zunehmendes nationales Bewußtsein manifestiert, beziehungsweise sich das bereits seit Jahren vorhandene nunmehr öffentlich zu artikulieren wagt. Ein ganz klares Indiz hierfür sind die Leserbriefe in den Tageszeitungen.

In einem bisher nicht gekannten Ausmaß werden hier öffentlich nationale Positionen vertreten, wie sie noch vor kurzem nahezu unbekannt waren. Kohls skandalöse Polen-Reise, die nicht minder skandalöse Behandlung der gewählten republikanischen Abgeordneten durch die Vertreter der etablierten Parteien, der Rassismus in Israel an den Palästinensern, kaum ein Thema bleibt aus. Und auch Richtigstellungen bezüglich Geschehnissen im Dritten Reich werden von manchen sicherlich nicht als rechts geltenden Zeitungen abgedruckt – wenngleich manchmal nur zögerlich.

Öffentlich nationale Positionen vertreten

Und die etablierten Kreise merken natürlich, daß ihnen der Wind ins Gesicht bläst und daß dieser Wind vor allem stetig an Stärke zunimmt. Ihre Antwort ist der Versuch, die nationale Wiedererwachung mit allen nur möglichen Mitteln zu verhindern. Wenn es nicht schon vor den Wahlen gelingt, die Wähler von den Republikanern abzubringen, so muß dann nach den Wahlen zumindest versucht werden, die republikanischen Abgeordneten mit allen möglichen Mitteln in ihrer Arbeit zu behindern.

Besonders skandalös geschieht dies in der nordrhein-westfälischen Landeshauptstadt Düsseldorf, in deren Rat die Republikaner mit fünf Abgeordneten einzogen – von denen einer allerdings bereits schon wieder ausgetreten ist und versucht, sich anderen Parteien anzubiedern. Hierzu muß man wissen, daß CDU, FDP und Republikaner theoretisch eine Stimme Mehrheit vor SPD und Grünen haben.

So soll die Fraktion der Republikaner „für eine Übergangszeit" Büroräume erhalten, die rund fünf Kilometer vom Rathaus entfernt sind und zu deren Erreichen man die ganze Innenstadt durchqueren muß. Wer die Straßenverhältnisse in Düsseldorf kennt, weiß was das bedeutet. Gab es bislang eine quasi-rotgrüne Koalition im Düsseldorfer Stadtrat, taten sich nun CDU und SPD zusammen, um einen republikanischen Einfluß von vorneherein auszuschalten. Ergebnis war die erneute Wahl von Klaus Bungert (SPD) zum Oberbürgermeister.

Auf den linken Augen blind

Von einer CDU, die zusammen mit der FDP massive Kritik an der Politik eben dieses Klaus Bungerts geäußert hatte. Und dies zu recht. Mit der Kiefernstraße wird ein Hort des Terrorismus ähnlich dem der Hamburger Hafenstaße geduldet; statt sich der vielen sozialen Probleme dieser Stadt anzunehmen, wurde dem verbrecherischen Regime in Nicaragua ein teurer Krankenwagen gespendet.

Die FDP, deren Spitzenkandidat Schroer kurz vor der Wahl sogar den Ausschluß der beiden Spitzenkandidaten der Republikaner aus dem Heimatverein „Düsseldorfer Jonges" gefordert hatte – was allerdings unter stürmischem Beifall der Mitglieder abgelehnt wurde –, fordert sogar den Verzicht auf Anträge, sofern diese nur mit Unterstützung der Republikaner eine Mehrheit erreichen würden. Dies ähnelt der Gewerkschaft ÖTV, die forderte, daß alle Anträge der Republikaner grundsätzlich von den etablierten Parteien abgelehnt werden müßten.

Dies bedeutet nichts anderes, als daß auch auf die Durchsetzung von im Interesse der Bürger liegenden Anträgen verzichtet werden soll, wenn sie nur mit den Republikanern durchgesetzt werden können. Kennzeichnet dies nicht in aller Deutlichkeit, wo die Feinde der Bürger in Wirklichkeit sitzen, nämlich nicht bei den von ihnen stets verächtlich als „Nazis" bezeichneten rechten Parteien, sondern bei den etablierten. Und Düsseldorf ist nur ein Beispiel von vielen und bei weitem keine Ausnahmeerscheinung.

Der Verfassungsschutz, der in Wirklichkeit schon seit langem sogenannte V-Männer in die Partei der Republikaner eingeschleust hat, gibt jetzt wenigstens in Nordrhein-Westfalen öffentlich zu, diese Partei zu überwachen. Und deren Vorsitzender Fritz-Achim Baumann scheute sich in einem Interview nicht, dies ganz klar als politisches Signal darzustellen. □

Medizinbetrieb

Weiter Berufsverbot für Krebsarzt Hamer

Hans-Joachim Gerdesheim

Das gegen den von der Schulmedizin mit allen Mitteln bekämpften Internisten und Krebsforscher Dr. Ryke Geerd Hamer erlassene Berufsverbot ist jetzt auch vom Verwaltungsgericht Koblenz nach dreieinhalbjähriger Dauer in der ersten Instanz bestätigt worden (Aktenzeichen: 9 K 215/87). Dies ist der bislang traurige Höhepunkt einer Kampagne gegen einen Arzt, der glaubt, hinter die Geheimnisse des Krebses gekommen zu sein. Eine Krankheit, die trotz jahrzehntelanger Forschung der Schulmedizin noch immer Todesursache Nummer eins ist.

CODE hatte bereits im April 1989 ausführlich über die Hintergründe informiert. Kernpunkt der Hamerschen Thesen ist die Aussage, daß Krebs keine Zellkrankheit ist, sondern vielmehr auf einem tiefen Konfliktschock beruht, der auch immer an der jeweils gleichen Stelle einen „Hirntumor" entstehen läßt. Und laut Hamer gibt es auch keine Metastasen. Vielmehr sind dies neue eigenständige Krebse, ausgelöst zum Beispiel durch den Schock der Mitteilung: „Sie haben Krebs". Daß Metastasen keine Ableger des Erstkrebses sein könnten, könne man auch daran erkennen, daß bislang kein Beweis vorliegt, daß Metastasen durch vom Blut hergeschwemmte Krebszellen entstehen — dann müßte zum Beispiel ein Krebs sich auch künstlich erzeugen lassen, was bisher noch nie gelang —. Dies ist, natürlich vereinfacht, die von Hamer so bezeichnete „Eiserne Regel des Krebses".

Keine objektive Prüfung der Ergebnisse

Man braucht also „nur" diesen Schock zu behandeln — und schon löst sich der Krebs auf. Operationen mit Entfernen wichtiger Körperteile, Bestrahlungen mit chemischen Bomben und Behandlungen mit starken Chemotherapeutika sind weitgehend überflüssig. Es klingt fast zu einfach, doch Heilungsraten von mehr als 90 Prozent sprechen für sich. Und auch die Behandlungskosten machen nur einen Bruchteil der Kosten der bislang üblichen Therapie aus.

Man sollte also meinen, daß die Schulmedizin die Hamerschen Foschungsergebnisse objektiv überprüft, obwohl diese der bislang vorherrschenden Meinung total widersprechen. Ein Menschenleben sollte doch eigentlich mehr wert sein, als das sture Beharren auf irgendwelchen Dogmen nach der Art: Wie sollen wir den Menschen erklären, daß wir sie viele Jahre absolut falsch behandelt haben und der Großteil der gestorbenen Personen heute noch leben könnte?

Doch weit gefehlt: Obwohl die Hamerschen Forschungsergebnisse binnen kürzester Zeit durch Computer-Tomographien des Hirns auf ihre sogenannte Reproduzierbarkeit überprüft werden können und viele medizinische Kapazitäten Hamer unterstützten, so der österreichische Professor Birkmayer, weigert sich die Schulmedizin nach Angaben Hamers, diese Überprüfungen vorzunehmen. Zumindest offiziell. Denn inoffiziell soll dies, so Hamer, bereits mehrfach geschehen sein, unter anderem auch von der Deutschen Krebshilfe. Wie Hamer bestätigt, habe ein Mitarbeiter der Krebshilfe seine Thesen in den Heidelberger Universitätskliniken auf Reproduzierbarkeit überprüft und sei zu dem Ergebnis gekommen, daß Hamers Theorie bei 80 Prozent der untersuchten Fälle gestimmt habe. Die restlichen 20 Prozent könnten nicht genau bestimmt werden.

Mit Hamer ist kein Geld zu verdienen

Warum weigert sich also die Schulmedizin, Hamers Erkenntnisse als richtig anzuerkennen und die Behandlung umzustellen. Hamer dazu: „Ganz einfach, die Schulmedizin und die mit ihr verbundene Chemie-Lobby will auch weiterhin das große Geld verdienen. Und dies können sie mit meiner Behandlungsmethode nicht".

Was geschieht also? Zuerst wird Hamer von der Universität Tübingen die Habilitation verweigert, wegen angeblich fehlender Unterlagen, und dann wird flugs ein Berufsverbot gegen ihn verhängt wegen „geistiger Schwäche" und „Nichtabschwörens der ‚Eisernen Regel des Krebses'". Auch habe Hamer noch versucht, verschiedene Professoren von seiner Theorie zu überzeugen. Versuchte Aufklärungsarbeit scheint also hierzulande verboten zu sein!

Zusätzlich wurde von der Universität Tübingen eine „Lex Hamer" geschaffen, wonach nur der eine Habilitation erlangen kann, der auch als Arzt zugelassen wird. Diese ist aber wiederum notwendig, um das Berufsverbot aufzuheben. Ein Teufelskreis, aus dem kaum herauszukommen ist.

Hamer klagte natürlich gegen das ihm verhängte Berufsverbot. Dreimal darf geraten werden, wie das Verfahren vor dem Verwaltungsgericht Koblenz ausging. In der Begründung wurden ganze Teile des Wortlautes des von der Bezirksregierung Koblenz gegen ihn verhängten Berufsverbotes übernommen. So heißt es dort unter anderem: „Der Kläger sei wegen einer nachträglich eingetretenen Schwäche seiner geistigen Kräfte zur Ausübung des ärztlichen Berufes unfähig geworden, da er mangels entsprechender Einsicht nicht mehr in der Lage sei, den ärztlichen Pflichten bei der Behandlung von Krebskranken nachzukommen. Nach dem Ergebnis der angestellten Ermittlungen verfüge er infolge seiner psychopathischen Persönlichkeit nicht über die notwendige Einsichtsfähigkeit, um zu erkennen, daß die Richtigkeit seiner Theorie der ‚Eisernen Regel des Krebses' nicht bewiesen sei . . . Dafür aber, daß die bei dem Kläger vorhandene Schwäche der geistigen Kräfte nur vorübergehender Art wäre, fehlen indes zuverlässige Anhaltspunkte."

Man stelle sich einmal vor: Die Schulmedizin weigert sich also kategorisch, die Hamerschen Theorien auf ihre Reproduzierbarkeit zu überprüfen und das Gericht begründet das Berufsverbot damit, daß die „Richtigkeit . . . nicht bewiesen sei". Wie soll diese aber bewiesen werden, wenn niemand sie offiziell nachprüft?

Wie skandalös das Verhalten der Schulmedizin ist, läßt sich auch sehr gut aus folgendem erkennen: Am 7. Juli 1989 hatte Hamer alle Dekane der medizinischen Fakultäten deutschsprachiger Universitäten — insgesamt 45 — in den Kursaal von Bad Honnef eingeladen, um mit ihnen über seine Forschungen zu diskutieren. Nicht ein einziger kam. Einige sollen zwar Interesse bekundet haben, aber es soll auf sie laut Hamer ein derartiger Druck ausgeübt worden sein, daß auch sie dann ihre Nichtteilnahme beschlossen hätten.

Lediglich einer, der Dekan der medizinischen Fakultät der Universität Düsseldorf, Professor Dr. Dr. Pfitzer, erklärte sich dann nach entsprechender Nachfrage wenigstens zu einem Interview mit Hamer bereit. Und die Ergebnisse dieses Interviews sind sehr interessant, obwohl Professor Pfitzer den Wortlaut noch zweimal korrigierte, ehe er ihn dann für die Öffentlichkeit freigab. □

Nähere Informationen können über Dr. Ryke Geerd Hamer, Sülzburgstraße 29, D-5000 Köln 41, bezogen werden.

Die Presse-„Un“freiheit

Ekkehard Franke-Gricksch

In der Bundesrepublik herrscht angeblich Pressefreiheit. Ja, sogar im Grundgesetz ist diese ausdrücklich verankert. So besagt Artikel 15, Absatz 1: „Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.“

Nur einen Absatz später kommt dann aber bereits das „Ja, aber“. Dort heißt es nämlich: „Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutz der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.“ Alles schon in sich äußerst schwammige Begriffe, die hauptsächlich — und dazu sind sie wohl gedacht — der Indizierung von Veröffentlichungen dienen, die die geschichtliche Wahrheit über die Vorfälle zwischen 1933 und 1945 darstellen wollen und nicht die von den Umerziehern in ihrem Sinne gefälschte.

Bundespresseamt zahlt Honorare

Eines der wichtigsten von vielen weiteren Hilfsmitteln ist auch das Bundespresseamt (BPA), von deren Honoraren die deutschen Nachrichtenagenturen abhängig sind. Es ist ein offenes Geheimnis, daß die deutschen Nachrichtenagenturen — wozu in erster Linie als Allgemeinagenturen die Deutsche Presse-Agentur (dpa) und der Deutsche Depeschendienst (ddp) zählen — ohne die Zahlungen des BPA kaum existieren könnten, sondern in ernsthafte finanzielle Schwierigkeiten gerieten.

Ebenfalls ein offenes Geheimnis ist, daß das BPA die höchsten Abogebühren für den Bezug der Dienste zahlt. Genaue Summen sind natürlich aus auf der Hand liegenden Gründen nicht oder kaum zu erhalten. Bekannt ist aber, daß dieser vom BPA gezahlte Betrag in die Hunderttausende geht und damit um ein vielfaches über dem der normalen, also zumeist Presse, Rundfunk und Fernsehsender, aber auch Parteien und Unternehmen liegt.

Womit rechtfertigt das BPA diese hohe Summe nun? Die Bundesregierung sei auf umfassende Informationen angewiesen, mit der Zahlung der Abogebühren erhalte man gleichzeitig das Recht, die Nachrichten, Interviews und Berichte an die untergeordneten Stellen weiterzugeben. Unter der Hand ist dann zu erfahren, daß der extrem hohe vom BPA gezahlte Betrag allerdings auch eine Art Anerkenntnis ist, daß umfassend über die Bundestags- und Bundesratssitzungen sowie Pressekonferenzen der Bundesregierung berichtet wird.

Von allen Beteiligten energisch abgestritten wird aber, daß die gezahlte Summe nur deshalb so hoch ist, um die Agenturen in eine Art Willfährigkeit oder gar Abhängigkeit vom BPA zu treiben. „Es wird keinerlei Einfluß vom BPA auf die Berichterstattung genommen“, heißt es hierzu aus Regierungskreisen. Abgestritten wird dagegen nicht, daß man über die Form der Berichterstattung „im großen und ganzen“ zufrieden ist.

Schon die Wortwahl zeigt die Tendenz

Auffällig ist aber, daß sämtliche der derzeit auf dem deutschen Markt tätigen größeren und kleineren Agenturen zum Teil deutlich links von der Mitte angesiedelt sind. Und das, obwohl Nachrichten doch eigentlich wertneutral sind. Aber oft macht schon die Wortwahl die Tendenz aus.

Ein ganz klarer Beweis für die Richtigkeit des im vorherigen Absatz Gesagten, ist die Berichterstattung der Agenturen über den Revisionismus. In keiner einzigen Agentur ist auch nur einigermaßen ausführlich — wenn überhaupt — über den Leuchter-Bericht berichtet worden. Der Zündel-Prozeß in Kanada wird ebenso totgeschwiegen wie die Bundespräsident von Weizsäcker belastenden Erkenntnisse, angefangen von der Fahnenflucht-These des Historikers Karl Salm bis zu den Ermittlungen des früheren Amtsgerichtsdirektors Rudolf Deichner.

Ein besonderes Kapitel ist David Irving. Der Brite ist zwar — hauptsächlich durch linke Haßtiraden — ein sicherlich nicht unumstrittener Historiker, konnte bislang aber noch in keinem Fall widerlegt werden. Und alles in allem gesehen sind viele seiner Arbeiten heute Standardwerke und werden international anerkannt. Umso größer hätte doch das Interesse deutscher Nachrichtenagenturen wie auch deutscher Medien ganz allgemein sein müssen, als Irving Mitte dieses Jahres in einer Pressekonferenz in London erklärte, daß für ihn aufgrund des Leuchter-Gutachtens und der von ihm beim Amt für psychologische Kriegsführung (PWE) gefundenen Unterlagen nunmehr feststünde, daß es im Dritten Reich keine Gaskammern gab, diese vielmehr eine Lüge seien.

Doch nein. Lediglich ein dpa-Vertreter nahm an der Pressekonferenz in London teil. Eine Meldung hierüber wurde aber nicht über die Ticker gesendet.

Auch die andere Seite sollte zu Wort kommen

Ähnlich erging es Irving, als deutsche Umerziehungs-Historiker, darunter in erster Linie ein gewisser Eberhard Jäckel, der unter anderem die gefälschten Hitler-Tagebücher als „authentisch“ bezeichnete, Wilfried Rott vom Sender Freies Berlin zwangen, den von ihm bereits eingeladenen Irving wieder auszuladen. Ansonsten würden sie nicht an seiner Sendung teilnehmen. Diskussionsthema sollte übrigens „Bücher zum Dritten Reich“ sein.

Wie lautete nun die Meldung von dpa? „Der umstrittene britische Historiker David Irving (51) hat deutsche Geschichtswissenschaftler als ‚Feiglinge und Lügner‘ beschimpft. Grund für die Vorwürfe war nach seinen Angaben am Dienstag vor der Presse in Berlin, daß der Sender Freies Berlin (SFB) seine Teilnahme an einer Talkshow am selben Tage im Dritten Fernsehprogramm abgesagt habe.

Nach Irvings Darstellung hat der Moderator der Sendung, Wilfried Rott, ihn wieder ausgeladen, nachdem die übrigen Teilnehmer gegen ihn protestiert hätten — darunter der Stuttgarter Historiker Eberhard Jäckel. Irving wollte dagegen vor dem SFB-Gebäude demonstrieren. Deutsche Historiker seien Feiglinge, weil sie einer Debatte mit ihm auswichen, meinte Irving, und Lügner, weil sie auf Fälschungen hereinfielen und sie verteidigten. Rott sagte dpa, er habe zwar bei Irving nachgefragt, ihn aber nicht konkret eingeladen und ihm später mitgeteilt, daß er von der Anfrage Abstand nehme.“

Abgesehen von dem fürchterlichen Deutsch der Meldung fällt aber eines auf: Durch den letzten Satz wird Irving quasi als unseriös dargestellt, als jemand, der sich in eine Sendung hineindrängen will. Auch der sonstige Text, aus dem in keiner Silbe erkenntlich wird, woraus die Meinungsdivergenzen zwischen Irving einerseits und den deutschen Historikern andererseits bestehen, erfüllt keinesfalls das Merkmal einer Nachricht, nämlich den Grundsatz der Objektivität. Vielmehr ist dies ein ganz klares Beispiel für Tendenzberichterstattung.

Die Drohungen mit dem Geld

Um dem Wort Nachricht seine Berechtigung zu geben, wäre nämlich zwingend erforderlich gewesen, auch Irvings Version von der an ihn gerichteten Einla-

dung darzustellen. Nur läßt sich diese mit Unterlagen beweisen und würde damit zu einem ganz anderen Ergebnis als von dpa gewollt führen.

Wie sah es denn nun wirklich aus? In einem Schreiben an Irving erklärte Rott am 15. August dieses Jahres, daß er sich über eine Teilnahme des britischen Historikers „ganz besonders freuen“ würde. Am 18. August rief Irving Rott an, der ihm sagte, er solle an dem betreffenden 3. Oktober eine Stunde vor Sendebeginn im Studio sein. Dieses wurde von Rott am 19. August telegrafisch noch einmal bestätigt.

Etwa eine Woche später erhielt Irving ein neues Telegramm von Rott, in dem dieser den Briten wieder auslud. Auf die telefonische Anfrage Irvings erklärte er diesem, er hätte unter Druck gehandelt. Die anderen eingeladenen „Historiker“ hätten es abgelehnt, sich mit Irving an einen Tisch zu setzen und mit einem Boykott der Sendung gedroht.

Diese Fakten sagen aber etwas ganz anderes aus, als aus der dpa-Meldung ersichtlich wird. Zwar ist es üblich, daß Agenturen oftmals einen sogenannten „Spot“ senden, dem dann eine ausführliche Langmeldung folgt. Dieses war aber nachweislich nicht der Fall. Damit hat dpa das alte Prinzip der Umerzieher des deutschen Volkes angewandt: „Wir lügen nicht, nur lassen wir einen Teil der Wahrheit weg.“

Dieses ist nur ein Beispiel, ein Beispiel, dem allerdings noch viele weitere folgen könnten. Zwar hat dies alles „absolut nichts mit dem BPA“ zu tun, doch soll sich der Leser nur mal eine ganz simple Frage stellen: Was würde geschehen, wenn die deutschen Nachrichtenagenturen auf einmal in aller Ausführlichkeit die Erkenntnisse und Ergebnisse des Revisionismus darstellen würden?

Die Antwort ist ganz einfach: Zwar würde das BPA niemals mit einer derartigen offiziellen Begründung die Gelder kürzen oder versuchen Druck auf die Nachrichtenagentur(en) zu nehmen, doch gibt es hierfür viel effektivere inoffizielle Kanäle. Oder es heißt dann plötzlich: „Der Etat zwingt zum sparen“ oder „Im Vergleich zu anderen Nachrichtenagenturen ist das an Sie gezahlte Honorar viel zu hoch“ oder ähnliches.

Belohnt wird der Gehorsam der Medien

Andere Abonnenten, in vorderster Front die ohnehin linkslastigen Fernseh- und Rundfunksender, würden ebenfalls lautstark protestieren und mit Kündigung drohen. Ergebnis: Die Berichterstattung wird wieder schnellstens auf die von den Umerziehern gewünschte Linie gebracht. Das gilt im übrigen sinngemäß auch für alle anderen Medien.

Also haben die Nachrichtenagenturen nur drei Möglichkeiten. Entweder sie berichten — zumindest bei den Kernpunkten — regierungskonform, erhalten ein hohes Salär des BPA und bekommen vor allem auch keinen Ärger mit ihren sonstigen Kunden. Entscheiden sie sich aber, objektiv über die zwölf Jahre zwischen 1933 und 1945 zu berichten und auch Vertreter des Revisionismus zu Wort kommen zu lassen, wird der Geldhahn über kurz oder lang abgedreht und ist angesichts der derzeitigen Geschichtsblindheit selbst als konservativ geltender Zeitungen wie der „Frankfurter Allgemeinen“ mit Kündigungen seitens der Kunden zu rechnen.

Möglichkeit drei wäre, daß jemand — oder vielleicht auch eine Gruppierung — mit einem beträchtlichen Vermögen im Hintergrund sich entschließt, als Einzelkämpfer den Kampf aufzunehmen und die dann mit Sicherheit anfallenden Verluste abdeckt. Leider ist aber niemand in Sicht. Es gibt zwar unbestritten viele Reiche und Superreiche, die im stillen Kämmerlein die Bestrebungen zur Durchsetzung der geschichtlichen Wahrheit unterstützen, sich aber sofort in ihr Schneckenhaus zurückziehen, wenn man sie zur leider nun einmal notwendigen Unterstützung auffordert.

Die Folge dessen ist dann aber, daß sich in der Medienlandschaft nichts ändert und die Umerzieher mit den von ihnen gesteuerten Zeitungen, Zeitschriften, Rundfunk- und Fernsehsendern die geschichtliche Aufklärung der breiten Massen auch weiter in ihren Händen halten. □



Vereinigt mit DIAGNOSEN – das zeitkritische Magazin

CHEFREDAKTEUR: Ekkehard Franke-Gricksch.

DEUTSCHE REDAKTION: Gunther Burkhardt, Heinz H. Schwan.

INTERNATIONALE REDAKTION: Afrika: Ivor Benson; Argentinien: Dr. Walter Beveraggi Allende; Europäische Gemeinschaft: Oscar Boline; Freies China: Joseph Yu-jui Ku; Großbritannien: C. Gordon Tether; Kanada: Patrick Walsh; Mexiko: Arturo Ramirez; USA: Charles Cooper, George Nicholas, Alec de Montmorency; Zentralamerika: Moises D. J. Ulloa Durate.
Die Mitarbeiter der internationalen Redaktion gehören dem Redaktionsteam der amerikanischen Wochenzeitschrift »The Spotlight«, Washington, an.

NAHOST-REDAKTION: Victor Marchetti, Mark Lane.

Die Mitarbeiter der Nahost-Redaktion sind Herausgeber des Informationsdienstes »New American View«, Washington.

LAYOUT: Grafik Design Team, Reutlingen.

CODE hat eine Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit der amerikanischen Zeitung »The Spotlight«, einer wöchentlich erscheinenden populistischen Zeitschrift aus Washington. »The Spotlight« wird herausgegeben von der Cordite Fidelity Inc., 300 Independence Ave. SE, Washington, D. C. 20003, USA.

CODE hat eine weitere Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Newsletter »New American View«, einem Informations- und Nachrichtendienst. »New American View« wird herausgegeben von Victor Marchetti und Mark Lane, 132 Third St. SE, Washington, D. C., 20003, USA.

CODE kostet als Einzelheft DM 7,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Das Abonnement kostet jährlich DM 72,– einschließlich 7 % Mehrwertsteuer und Porto.

Der Abonnementspreis für das Ausland beträgt jährlich DM 72,– zuzüglich DM 15,– Versandkosten für den einfachen Postweg.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.

Das Jahresabonnement kann jeweils mit einer Frist von 8 Wochen zum Ablauf des Abonnementsjahres gekündigt werden. Zahlungen für das Abonnement bitte erst nach Erhalt einer Rechnung.

CODE darf nur mit Verlagsgenehmigung in Lesezirkeln geführt werden.

CODE erscheint monatlich jeweils am letzten Mittwoch des Vormonats. Vertrieb Handel im In- und Ausland; Verlagsunion, Friedrich-Bergius-Straße 20, Postfach 5707, D-6200 Wiesbaden, Telefon (0 61 21) 2 66-0, Telex 4 186 116.

Gesamtherstellung: Greiserdruck, Karlsruher Straße 22, D-7550 Rastatt.

Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: Ekkehard Franke-Gricksch, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg

CODE erscheint im **Verlag Diagnosen GdbR**, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, Telefon (0 71 52) 2 60 11 **ISSN 0932-3473**

Die nächste Ausgabe der Zeitschrift CODE erhalten Sie am 31. Jannuar 1990 bei Ihrem Buch- oder Zeitschriftenhändler. Sollte er CODE nicht führen, dann fragen Sie Ihren Zeitschriftenhändler danach und bitten Sie ihn, daß er Ihnen die Zeitschrift besorgt.

Banker-Journal

IWF-Status wegen ungedeckter Darlehen in Gefahr

Der Betrag von ungedeckten Darlehen des Inernationalen-Währungsfonds (IWF) stieg im vergangenen Jahr steil an, auf drei Milliarden Dollar, oder etwa zehn Prozent der noch offenstehenden Darlehen, berichtete die „New York Times". Beamte des IWF räumten ein, daß „die Organisation über die stetig wachsende Zahl von Ländern", die über das vergangene Jahrzehnt in Rückstand geraten sind, besorgt ist".

„Das Anwachsen der Rückstände wird als ungewöhnlich erachtet, weil der Fonds einen Vorzugsgläubigerstatus hat, was bedeutet, daß er vor anderen Geldverleihern an die dritte Welt, mit Ausnahme der Weltbank, bedient werden muß", berichtet die „New York Times".

Bis zum 30. April 1989 hatten elf Länder schon über sechs Monate lang drei Milliarden Dollar an Darlehen noch nicht an den Fonds zurückgezahlt. Diese Länder waren Guyana, Kampuchea, Liberien, Panama, Peru, Sierre Leone, Somaliland, Sudan, Vietnam, Zaire und Zambia.

Die „New York Times" stellt fest, daß der IWF über einen Pool von 120 Milliarden Dollar an Devisen und Gold verfügt, der direkt von seinen Mitgliedern stammt. Die Weltbank, auf der anderen Seite, muß das Geld, das sie verleiht, von Finanzzentren borgen. Von dem Pool des IWF von 120 Milliarden Dollar sind nur 70 Milliarden Dollar in harter Währung zum internationalen Geldverleih geeignet. Von diesen 70 Milliarden Dollar sind nur 30 Milliarden verliehen worden, aber der IWF versucht jetzt, mehr Gelder aus den Mitgliederstaaten aufzutreiben.

Von der amerikanischen Bush-Regierung wird erwartet, daß sie die Forderung des IWF unterstützt, aber der immer schwächer werdende Bestand des Fonds könnte im US-Kongreß Fragen aufwerfen. Der Abgeordnete Jime Leach, der den IWF stark unterstützt, sagte zur „New York Times": „Zahlungsrückstände bringen es mit sich, daß Darlehen gefährdet und Steuergelder abgezweigt werden. Dies wird vermutlich eine der schwierigsten Fragen sein, wenn die Quotenerhöhung im kommenden Jahr vor den Kongreß kommt". □

Weltbank gibt Auswirkung des Drogengeldes zu

Ein neuer Bericht der Weltbank und ein Leitartikel in der drogenfreundlichen Tageszeitung „La República" argumentierten dahingehend, daß der illegale Drogenhandel einen entscheidenden Einfluß auf die Wirtschaft Kolumbiens ausübt, und daß der Krieg gegen die Drogen einen hohen wirtschaftlichen Preis verlangt.

„La República" berichtet, daß die Razzia bereits den Dollar-Fluß in das Sonderfenster, wo Drogengelder legal gewechselt werden, verringert hat, daß der Tourismus weg ist, und daß die Kapitalflucht aus dem Land heraus begonnen hat. Die Zeitung schreibt, daß die Geschäftstätigkeiten der Daeler davon betroffren sind, wie Einzelhandel, Bauwesen und der landwirtschaftliche Sektor, wo sieben Millionen Grundstücke — 20 Prozent des Staatsgebietes — den Dealern gehören. Das Land sei deshalb dazu verurteilt, eine drastische Wirtschaftsflaute hinnehmen zu müssen, die noch von den niedrigen, Kaffeepreisen verschärft wird.

Ein neuer Bericht der Weltbank kommt zu der gleichen Schlußfolgerung. Er besagt, daß die illegalen Drogenhändler über eine Million Hektar an fruchtbarem Land besitzen und argumentiert dahingehend, daß die Anwesenheit der Daeler in Kolumbien, wo sie an Geschäftsunternehmen beteiligt sind, ein wesentlicher Faktor für die Stabilität der Wirtschaft war. Die Daeler hätten unter Erzeugern von landwirtschaftlichen Produkten und Viehzüchtern eine Führungsposition erreicht und vielen Teilen des offenen Landes den Frieden gebracht. □

Japan will mehr Macht im IWF

Die Japaner wünschen eine größere Kontrollfunktion im Internationalen Währungsfonds (IWF), wenn sie zu dessen zweitgrößtem Beitragszahler werden, schreibt das „Journal of Commerce".

Das „Journal" berichtet über Pläne für den IWF und die Weltbank, nach denen eine Verdopplung der Hilfsmittel, die von den Mitgliedsstaaten beigesteuert werden, auf etwa 220 Milliarden Dollar erreicht werden soll. Japan, jetzt der fünftgrößte Beitragszahler, ist ausersehen Britannien als zweitgrößten Beitragszahler nach den Vereinigten Staaten abzulösen, falls die vorgeschlagene Beitragserhöhung in die Praxis umgesetzt werden sollte.

Berichten zufolge verlangt Tokio jedoch, daß als Gegenleistung für diesen stark erhöhten Beitrag ein japanischer Vertreter zum nächsten Generaldirektor des IWF, ein Posten, der bislang traditionell von einem Europäer besetzt war, ernannt wird. □

Eurocheque Europas neue Währung

Mit der Bereitstellung von insgesamt 1 000 Geldautomaten in Frankreich hat Crédit Mutuel 1989 die Expansion des europäischen Geldautomaten-Netzes einen entschiedenen Schritt vorangetrieben. Mittelweile können in zwölf europäischen Ländern, darunter allen wichtigen Touristenländern, 11 000 Geldautomaten von den insgesamt 35 Millionen Eurocheque-Karteninhabern, davon 23 Millionen in Deutschland, genutzt werden. Die grenzüberschreitenden Geldautomaten-Transaktionen werden im Jahr 1989 auf mehr als eine Million geschätzt.

Seit dem Start des Geldautomaten-Service mit 600 Automaten in Spanien, an denen damals Karteninhaber aus drei Ländern mit ihrer Eurocheque-Karte Bargeld abheben konnten, hat sich die Zahl der Transaktionen jährlich verdoppelt.

„Diese Entwicklung hat unsere Pläne bestätigt", erklärte Mark Van Wauwe, Geschäftsführer von Eurocheque International in Brüssel, „bis Ende 1990 sämtliche 25 000 bis 30 000 Geldautomaten in Europa in die Eurocheque-Geldautomaten-Kooperation Online einzubeziehen. Für Karteninhaber wie Mitgliedsbanken ist dies ein wichtiger Schritt."

In vielen Ländern ist bereits heute der Umfang der Bargeldabhebungen am Automaten auf nationaler Ebene höher als der Bargeldbezug am Bankschalter. Auch liegen Tarife für die Automatenbenutzung niedriger als bei papiergebundenen Transaktionen, worin sich die Zielsetzung der europäischen Banken wiederspiegelt.

Gegenwärtig wird die Eurocheque-Kartenpolitik grundlegend überdacht. Unter dem Aspekt der Scheckgarantie ist die Eurocheque-Karte im In- und Ausland schon heute universell einsetzbar. Durch die Weiterentwicklung der Karte zur elektronischen Debitkarte und die Ausweitung des elektronischen Systems auf den Handels- und Dienstleistungsbereich will man das Ziel erreichen, die Karte zu einer nationalen, paneuropäischen Multifunktionskarte zu machen. Die Bundesrepublik ist dabei eines der wichtigsten Eurocheque-Länder, nicht nur im Bezug auf die Ausgabe von Karten, sondern auch als Akzeptland von internationalen Eurocheque-Dienstleistungen. □

Reich durch Fleiß

Die Schwelenländer Honkong, Singapur, Südkorea und Taiwan verbuchen seit Jahren einen Exportrekord nach dem anderen. Ihre Erfolge auf den Warenmärkten in aller Welt füllen ihnen die Kassen. Die Devisenre-

serven der „vier kleinen Drachen“ haben sich zwischen 1981 und 1989 von 18 auf 123 Milliarden Dollar erhöht. Dagegen bleiben die Reserven aller übrigen Entwicklungsländer auf dem Niveau von 1981.

Beachtlich ist, daß die vier Newcomer aus Fernost mit Fleiß und Erfindungsreichtum ihre Kassen gefüllt haben. Wichtige Exportgüter sind nicht zuletzt moderne Produkte der Mikroelektronik. Diese Chip-Dollar haben maßgeblich zum Devisenschatz der vier Länder beigetragen.

Auch in der Vergangenheit schafften es Entwicklungsländer mitunter, in kurzer Zeit reich zu werden, so zum Beispiel die OPEC-Staaten in den siebziger Jahren. Allerdings: Sie hatten einfach Glück, auf wertvollen Rohstoffvorkommen zu sitzen. □

Moskau soll Mitglied des IWF werden

Die Trilaterale Kommission übt einen ungeheuren Druck aus, ihren Plan zu erfüllen, die Sowjetunion zu einem Mitglied des Internationalen Währungsfonds (IWF) zu machen, und um das zu schaffen, was sie eine „Eine-Welt-Wirtschaft“ nennt. Dies alles bedarf der massiven Unterstützung durch den Steuerzahler in den westlichen Industrieländern.

Gleichzeitig wollen die Trilateralen, daß der IWF seine Quoten unter den Mitgliederstaaten erhöht – die Vereinigte Staaten tragen den Löwenanteil der Gelder für die 150 Mitgliederstaaten –, so daß noch mehr Geld in die dritte Welt und in kommunistische Länder gepumpt werden kann.

Eine vom Overseas Development Council veröffentlichte Studie, die von der Rockefeller-Stiftung finanziert und von einem ihrer leitenden Mitarbeiter verfaßt wurde, sind die entsprechenden Empfehlungen enthalten.

Mit dem Titel „The International Monetary Fund in a Multipolar World: Pulling Together“ („Der Internationale Währungsfonds in einer multipolaren Welt: Zusammenrücken“) wurde die Studie von Catherine Gewin, Beraterin für Sonderprogramme an der Rockefeller-Stiftung, und Richard F. Feinberg, leitender Vizepräsident des Overseas Development Council und Mitglied des Council on Foreign Relations (CFR) sowie der Brookings Institution, mitverfaßt. Mehrere Autoren haben zu diesem 174 Seiten starken Buch ihren Beitrag geleistet.

Es besteht eine weitgehende Doppelmitgliedschaft in diesen geheimen Gruppen internationaler Banker und Politiker; sie gehören meistens gleichzeitig der Trilateralen Kommission und der Bilderberg-Gruppe an. Der CFR ist eine kleine beteiligte Gruppierung; die Hauptfunktion besteht darin, als Denk-Tank zu dienen, das heißt, die Erkenntnisse der Politiker der Trilateralen Kommission und der Bilderberger zu verkaufen.

Unter der Kapitelüberschrift „Die Eingliederung der sozialistischen Wirtschaft in die Eine-Welt-Wirtschaft“ heißt es in der Studie: „Die Mitgliedschaft der Sowjets würde dem IWF eine neue große Aufgabe zuweisen. Die Eingliederung der Sowjetunion sowie Osteuropas in die Weltwirtschaft könnte zum zentralen Zweck des IWF in den neunziger Jahren und darüber hinaus werden. Wäre er bei dieser Bemühung erfolgreich, dann hätte der IWF eine bedeutende Aufgabe mit dem Ziel einer liberalen und kooperativen Weltwirtschaftsordnung erfüllt.“

Die Studie ruft zu „einer fünfzigprozentigen Erhöhung der Quoten auf, teilweise um den Fonds mit den zusätzlichen Hilfsmitteln zu versorgen, die er schließlich benötigen wird, aber hauptsächlich um die Ziehungsrechte zu erhöhen.“ Das würde den Ländern der dritten Welt und des kommunistischenMachtbereichs gestatten, noch mehr Geld abzuziehen. □

IWF lehnt Dritte-Welt-Konferenz ab

Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat effektiv den von Indien, Ägypten und verschiedenen anderen Ländern gemachten Vorschlag zu einer internationalen Konferenz über die Schulden der dritten Welt abgelehnt, berichtete der Pressedienst United News of India aus Washington.

Auf einer Pressekonferenz über den Vorschlag befragt, sagte der Generaldirektor des IWF, Michel Camdessus: „Dies ist nicht das Forum, um solch einen Vorschlag zu diskutieren“.

Das Schuldenproblem, sagte er, werde von den 152 Ländern bei der gemeinsamen Sitzung der Weltbank und des IWF diskutiert. Darüber hinaus, setzte er hinzu, arbeitet der IWF und die Weltbank an einem Programm, das sich mit dem Schuldenproblem befassen wird.

Auf der IWF-Konferenz im September in Washington stellte Camdessus mit drohendem Unterton fest: „Die Länder, die mit ihren Zahlungsverpflichtungen an den IWF im Rückstand sind, verurteilen sich selbst.“ Camdessus bezog sich dabei auf eine Reihe von Ländern wie Peru, die ihre Schulden an den IWF nicht bezahlt haben.

Camdessus wies darauf hin, daß es eine Reihe von Maßnahmen gibt, die gegen solche Länder getroffen werden können. Erstens: Man könnte ihnen die Vergünstigungen der Quotenerhöhung entziehen; zweitens: Sie könnten von technischer Unterstützung abgeschnitten werden; drittens: der IWF könnte eine Erklärung der Nichtzusammenarbeit abgeben. □

Drogenhandel lebenswichtig für Banken

In einem Artikel im „Wall Street Journal“ wird zugegeben, daß das Bankwesen stark vom Drogenhandel und Drogengeldwäsche abhängig ist. „Wenn Drogengeld zum Wirtschaftsaufschwung beigetragen hat, was passiert, wenn der Krieg gegen die Drogen Erfolg hat“, fragt das „Journal“.

Lawrence Kudlow von der Investitonsbank Bear Stearns wird folgendermaßen zitiert: „Es ist fast unbestreitbar, daß der illegale Drogenhandel für die Wirtschaft leider ein großer Anreiz gewesen ist“.

Das „Wall Street Journal“ stellt dann fest, daß Drogengeld bislang in der Wirtschaft im „Untergrund“ arbeitet, was würde geschehen, wenn das Geld durch die Versteuerung von Drogenerlösen an die Oberfläche gebracht werden würde? Alan Reynolds von der Beratungsfirma Polyconomics sagt, wenn man dies tun würde, dann „könnte dies für das Bankwesen gesund sein“.

Die Zeitung schätzt, daß der Drogenhandel in den Vereinigten Staaten sich auf zehn bis 15 Prozent des Bruttosozialprodukts beläuft. „Unbeabsichtigte Geschäftemacher“ in den Luxusbranchen – Autos, Juwelen, Immobilien –, die von dem mit Drogen zusammenhängenden Geld profitieren, werden die Ersten sein, die den „wirtschaftlichen Rückzug“ spüren würden, wenn der Drogenhandel gestoppt wird. □

Bankenkartell lehnt Abschreibung für die Armen ab

Das Institut für International Finance, das 184 Banken vertritt, die mehr als 80 Prozent der Darlehen an die dritte Welt verwalten, warnte in einem Schreiben an die Politik machenden Ausschüsse des Internationalen Währungsfonds (IWF) und die Weltbank davor, daß, wenn die Banken gezwungen werden starke Verluste hinzunehmen, durch Abschreibung eines Teils ihrer bestehenden Dahrlehen, sie nicht mehr bereit sein würden, neue Kredite zu gewähren.

Der Brief, der von dem Generaldirektor Horst Schulman geschrieben wurde, verweist auf die Philippinen und Mexiko als Beispiele für Verhaltensweisen, die die Banken als annehmbar erachten. Beide Länder hätten weiterhin Geld an die Banken gezahlt als Verhandlungen über Umstrukturierung und Abschreibung der Schulden im Gang waren.

„Zinsrückstände sind ein großes Hindernis für die Bereitschaft der Banken sich auf freiwillige Schulden- und Schuldendiensterlasse einzulassen“, stellte Schulman in dem Schreiben fest. □

Banken

Terminmarkt schädigt Volkswirtschaft

Günther Jansen

Ende Januar 1990 ist ein bedeutendes Datum in der deutschen Finanzgeschichte, ein Datum, auf das die internationalen Finanzkartelle seit Jahren hingearbeitet haben: Dann wird nämlich der deutsche Terminmarkt eröffnet. War der Handel mit Optionen bislang nur Vollkaufleuten vorbehalten, kann sich dann jeder voll Geschäftsfähige in diesem hochspekulativen Marktsegment austoben. Das schlimmste daran ist aber, daß die Volkswirtschaft durch den Terminmarkt auf das schwerste geschädigt wird.

Auch in Deutschland war dieser Terminhandel früher erlaubt. Nach dem Börsenkrach im Oktober 1929, dessen Auswirkungen auch an den deutschen Börsen zu spüren waren und oftmals zu Totalverlusten der Anleger führten, wurde dieser jedoch hierzulande verboten.

Die Hoffnung der Banken

In Chicago, New York, London, Paris, Amsterdam und anderen Börsen konnten jedoch auch deutsche Investoren ihr Geld riskieren. Insgesamt gesehen machten jedoch nur sehr wenig hiervon Gebrauch. Nach Hoffnung der Banken soll sich dies aber nun ändern. Auch in der Bundesrepublik war seit 1970 — novelliert 1986 — ein eingeschränkter Handel mit Kauf- und Verkaufsoptionen auf ausgewählte Aktien für Vollkaufleute möglich.

Was besagt nun der Terminhandel? Ganz einfach, dadurch wird es Anlegern erlaubt, auf steigende oder fallende Kurse innerhalb eines bestimmten, vorher festgelegten Zeitraums zu spekulieren. Für die meisten „normalen" Anleger kommt dabei der Handel mit Kauf- (sogenannten „Calls") und Verkaufsoptionen („Puts") in Betracht.

Glaubt also zum Beispiel jemand, daß die XY-Aktie, die heute 100 Mark kostet, in einem halben Jahr 200 Mark wert sein wird, kauft er sich eine Kaufoption mit Basisprämie 100 Mark, einer Laufzeit von sicherheitshalber neun Monaten und zahlt dafür vielleicht 20 Mark.

Für das Recht, 100 Aktien zu 100 Mark kaufen zu können, bezahlt der Anleger also nur 2 000 Mark. Steigt die Aktie nun wirklich deutlich an, hat er zwei Möglichkeiten: Entweder er verkauft die dann ebenfalls im Wert gestiegene Kaufoption wieder oder bezieht die Aktien und verkauft diese dann weiter.

Bei einem steigenden Kurs der XY-Aktie auf beispielsweise 180 Mark, hätte die Kaufoption einen Wert von vielleicht 70 Mark. Damit hat der Anleger also 250 Prozent Gewinn gemacht, gegenüber 80 Prozent beim Kauf der Aktien und einer Investition von 10 000 Mark. Wenn die Aktie aber erst kurz vor Ende der Laufzeit der Option so stark steigt, die Option diese Kurssteigerung also kaum mitmacht, da sie eben bald ausläuft, dann bezieht der Anleger die Aktien und verkauft sie gleich weiter. Dann hat er noch immer 300 Prozent Gewinn gemacht (180 DM bis 120 DM Basispreis plus Optionsprämie = 60 DM Gewinn = 300 Prozent). Dieses Beispiel kann natürlich je nach Aktie und je nach der zu dieser Zeit herrschenden Stimmung an der Börse differieren.

Das Risiko weitgehend vermindert

Der Verkäufer der Kaufoption erhält den Optionspreis als sogenannte Prämie. Steigt der Kurs stark, hat er Pech, und er muß seine Aktien ohne den sonst für ihn fälligen Gewinn an den Käufer der Kaufoption verkaufen. Steigt die Aktie aber nur wenig oder fällt sogar, dann ist die Optionsprämie sein Gewinn. Das gleiche Beispiel gilt sinngemäß für den Kauf beziehungsweise Verkauf einer Verkaufsoption.

Diese Geschäfte können — müssen aber nicht — für die Volkswirtschaft sogar positiv sein, da durch den Kauf von Verkaufsoptionen bestehende Bestände abgesichert werden können. Im Fachjargon wird dies „Hedging" genannt. Wenn jemand, der sich die XY-Aktie, die jetzt 200 Mark kostet, zu 100 Mark gekauft hat, nun unsicher ist, wie er sich weiter verhalten soll, bietet sich folgende Möglichkeit an: Er kauft eine Verkaufsoption zu 200 Mark und bezahlt dafür vielleicht 20 bis 30 Mark. Fällt die Aktie nun wirklich wieder auf 150 Mark, macht er zwar auch noch immer einen niedrigeren Gewinn, als wenn er die Aktien zu 200 Mark verkauft hätte, vermindert aber seinen „entgangenen Gewinn". Steigt die Aktie aber auf 300 Mark, so läßt er die Verkaufsoption verfallen, ist dann zwar um 20 — 30 Mark ärmer, hatte aber immerhin sein Risiko weitgehend vermindert.

Kapital wird nicht produktiv angelegt

Diese „Hedging"-Geschäfte werden aber mit Sicherheit nur einen kleinen Teil der zu erwartenden Transaktionen ausmachen. Der größte Teil der Gelder wird in der Absicht angelegt werden, schnellstmöglich das große Geld zu verdienen. Und daß dies möglich ist, soll folgendes Beispiel verdeutlichen:

Am 16. Oktober 1989 kam es bekanntlich als Folge des sogenannten „Mini-Crashs" vom voraufgegangenen Freitag an der New Yorker Wall Street mit 12,8 Prozent zum größten Aktien-Tagesverlust aller Zeiten in der Bundesrepublik. Die Gewinner waren aber diejenigen, die sich mit Verkaufsoptionen eingedeckt haben. So stieg die Verkaufsoption auf Kaufhof-Aktien von zwei auf sage und schreibe 70 Mark! Ein Gewinn von 3 400 Prozent binnen weniger Tage. Die Verlierer waren die Käufer von Kaufoptionen, die oftmals um mehr als 90 Prozent fielen und bis zum Ende der Laufzeit wohl nie mehr auf ihren Einstandskurs steigen werden.

Und der Dresdner Bank DAX-Bear-Warrant, ein Optionsschein, der bereits heute die Terminspekulation auf den Deutschen Aktien-Index (DAX-Index) erlaubt, stieg an einem Tag von 80 auf 230 Mark — ein Gewinn von 187,5 Prozent an einem Tag! Der DAX-Bull-Warrant — mit „Bullen" werden im Börsenjargon die Haussiers und mit „Bären" die „Baissiers" bezeichnet — gab dagegen deutlich nach.

Und gerade die zuletzt aufgeführten Varianten sind das volkswirtschaftlich schädliche. Denn anders als bei Optionen auf Aktien, wo zumindest noch ein bestimmter Wert hinter der Transaktion steht, nämlich Anteile an einem Unternehmen, ist bei Optionen auf Aktienindices, auf Optionen auf Zinsen und sogar bei Optionen auf Optionen genau das Gegenteil der Fall. Hierbei wird das Kapital nämlich nicht produktiv angelegt, anders als bei Aktienkäufen. Denn die Kursentwicklung einer Aktie hat sehr wohl Auswirkungen auf das Unternehmen direkt, zum Beispiel bei der Möglichkeit von Kapitalerhöhungen, mittels derer der AG neues Kapital zufließt.

Die Terminbörse dient nur dazu, daß einige finanzstarke Leute oder Institutionen — denn diese werden die große Mehrheit aller Marktteilnehmer ausmachen — „spielen" können — und das im wahrsten Sinne des Wortes. Gleichzeitig besteht aber dadurch die große Gefahr von Manipulationen des Gesamtmarktes. So halten sich hartnäckig Gerüchte, daß die beiden Börsencrashs vom Oktober 1987 und Oktober 1989 von bestimmten Gruppen lanciert worden sind. □

Keine Stabilität für den US-Dollar

C. Gordon Tether

Das Federal Reserve System mit seinen Banken, eine Art amerikanischer Bundesbank, hat verfügt, daß es keine Geldstabilität in den USA geben wird. Zu Beginn der Achtziger meldeten die fortgeschrittenen Nationen der Welt eine durchschnittliche Inflationsrate von zwölf Prozent, was so ziemlich die höchste seit Ende des Zweiten Weltkrieges war. Bis 1986 wurde sie bis etwas über zwei Prozent heruntergedrückt. Darüber hinaus hatte rund ein Drittel der Länder, aus denen sich die Gruppe zusammensetzt, den Nullstand entweder erreicht, oder waren ihm so nahegekommen, daß es so aussah, als wären sie dabei mit festen Schritten in das verheißene Land der Geldstabilität einzumarschieren.

Leider sollte das nicht sein. Jetzt, wo das Ende der achtziger Jahre kurz bevorsteht, können die industrialisierten Länder auf eine durchschnittliche Inflationsrate von nicht besser als fünf Prozent — Bundesrepublik Deutschland über drei Prozent — verweisen, wobei die Hälfte von ihnen um mehrere Prozentpunkte über diesen Stand hinaus und nur eines oder zwei von ihnen immer noch etwa einen Prozentpunkt vom Nullstand liegen.

Inflation ist zur Zeit aktuell

In den weniger entwickelten Ländern liegen die Dinge schlimmer als je zuvor, mit einer durchschnittlichen Zahl von über 60 Prozent — zweimal so hoch wie Mitte der achtziger Jahre.

In der fortgeschrittenen Welt hat diese Kehrtwende, wie jeder weiß, ein Wiederaufleben der Besorgnis über die Inflationsgefahr seitens der jeweiligen Regierung hervorgerufen. In der Tat rangieren in den von der Inflation stärker heimgesuchten Ländern — zum Beispiel die Vereinigten Staaten und Großbritannien — Maßnahmen zur Bekämpfung der Inflation jetzt hoch unter den wirtschaftspolitischen Prioritäten. Aber die Erfahrungen der späten achtziger Jahre haben immerhin zu einer deutlichen Änderung der Einstellung zu dem Übel geführt.

Die Aufwärtsbewegung in den Inflationsraten, so wird allgemein erkannt, muß umgekehrt werden. Aber zur Zeit herrscht die Tendenz vor, darüber zu reden, wie man sie wieder auf vernünftige Niveaus herunterbekommt, anstatt das Problem ganz und gar zu beseitigen.

Was die Vereinigten Staaten von Amerika anbelangt, so hat der Vorsitzende des Federal Reserve Board, Alan Greenspan, in einer Reihe von Erklärungen klar und deutlich zu erkennen gegeben, daß dieses Vorgehen zur Zeit in Washington als modischfein gilt.

„Lassen Sie mich hervorheben", sagte er in seiner Ansprache vor dem Kongreß, „daß die derzeitige Inflationsrate, ganz zu schweigen von einer Erhöhung, nicht akzeptiert werden kann, und daß unsere Politik darin besteht, die Inflation in den kommenen Jahren zu verringern."

Die völlige Beseitigung des Übels wird augenscheinlich jetzt nur als das „Endziel" der Federal Reserve Bank (Fed) angesehen. Darüber hinaus wurde das Ziel selbst nur als „ausreichend stabile Preise, so daß das Warten auf Veränderungen bei wichtigen wirtschaftlichen Entscheidungen nicht zum Hauptfaktor wird".

Sehnsucht nach einer Nullinflation

Die Federal Reserve Bank von St. Louis, der Zweig des Fed-Systems der dafür bekannt geworden ist, daß er gründlich darüber nachdenkt, wie die Dinge sich entwickelt haben, hat dies dadurch anerkannt, daß er in der Mitte des Sommers 1989 erschienenen Ausgabe seines Bulletins der Frage, was eine angemessene Inflationsrate ist und den damit zusammenhängenden Fragen, einen Artikel widmet. Die allgemeine Schlußfolgerung dieser Untersuchung ist, daß Analysen einer bestimmten Inflationsrate damit beginnen müssen, sich die Frage zu stellen, was die optimale Rate ist — das heißt diejenige, die zwischen den Gewinnen und Kosten von Inflationsbekämpfungs-Kampagnen die beste Bilanz zieht. Was das betrifft, so findet die Studie, daß die Gültigkeit der Auffassung, ein gewisses Maß sei regelmäßig langfristig wünschenswert, ernsthaft in Frage gestellt werden muß. Dies ist so, weil, wie es in dem Artikel formuliert wird, „die überraschend hohe Anzahl von verzerrenden Auswirkungen, die von einer Inflation herrühren, die mögliche Rechtfertigung für eine verhaltene positive Inflation schwächt."

Nichtsdestoweniger wird in der Zusammenfassung des Artikels eingeräumt, daß die Sehnsucht nach einer Nullinflation auf lange Sicht nicht stillschweigend bedeuten muß, daß eine positive Inflationsrate niemals für irgendeinen Zeitraum annehmbar ist. Das ist so, wird in dem Artikel versichert, weil die vorübergehenden Kosten für die Verringerung der Inflation für einen kurzen Zeitraum hinweg im Verhältnis zu den Vorteilen einer schnellen Beseitigung der Inflation hoch sein können.

Die Untersuchung der Bank von St. Louis unterstützt schließlich die derzeitige inflationsbekämpfende Haltung des Federal Reserve System durch die Feststellung, daß die Kosten für die Bekämpfung der derzeitigen Inflation in den Vereinigten Staaten nicht ausschließen, daß eine inflationsbekämpfende Politik wünschenswert ist. Aber die abschließende Behauptung, daß die „Annehmbarkeit einer Inflation über die langfristig wünschenswerte Rate hinaus von den entsprechend maßvollen Vorteilen alternativer Wege zur Erreichung des Endziels hinsichtlich der Inflation abhängt", kann nur eines bedeuten.

Vier Prozent Inflation soll man ertragen

Es bedeutet, daß wir nicht vor dem Gedanken zurückscheuen sollten, daß es sinnvoll sein könnte, die langfristige Inflation als wünschenswert anzusehen, solange das Tempo mit dem sie fortschreitet, nicht übermäßig ist.

In Zusammenhang mit den eigenen Erklärungen des Fed-Vorsitzenden gelesen, bedeutet dies wahrscheinlich, daß wir damit rechnen können, daß das Beamtentum von jetzt an Inflationsraten in der Bandbreite von zwei bis vier Prozent im Jahr anstrebt, ohne mehr zu tun als in der Sache Lippendienste zu leisten für die Wiederherstellung der völligen Geldstabilität als Dauererscheinung der Wirtszene.

Wenn man an die Art von Inflationsraten denkt, mit denen die Vereinigten Staaten und andere Industrieländer in den letzten 10 bis 15 Jahren fertigwerden mußten, ist dies eine Aussicht, über die man sich scheinbar nicht sonderlich aufzuregen braucht. Aber man muß sich daran erinnern, daß eine jährliche Inflation auch in solchen verhältnismäßig bescheidenen Proportionen schließlich kommulative Auswirkungen einer ziemlich beeindruckenden Größenordnung haben kann.

Zum Beispiel bei einer angenommenen durchschnittlichen Inflationsrate von vier Prozent wäre der reale Wert von 1 000 Dollar heutigen Geldes in 10 Jahren um ein Drittel und in 25 Jahren um zwei Drittel gesunken. □

US-Dollar

Probleme mit Zinsen und Geldmenge

C. Gordon Tether

Die führenden Länder der Welt müssen jetzt mehr und mehr verzweifelte Anstrengungen unternehmen, um auf dem internationalen Devisenmarkt für den US-Dollar wenigstens den Anschein von Ordnung zu bewahren.

Das Dollar-Stabilisierungsprogramm, das die schrittmachenden Industrienationen, aus denen sich die sogenannte Gruppe der Sieben (G-7) zusammensetzt, in der letzten Zeit einführten, ziehlt darauf ab, die unbequeme Tendenz, die der Dollar zum Jahresbeginn 1989 deutlich zu zeigen begann, nämlich sich im Verhältnis zu den anderen Hauptwährungen zu verbessern, zu bekämpfen.

Tokio in peinlicher Verlegenheit

Warum, so kann man wohl fragen, wurde ein solches Verhalten des Dollar als unbequem angesehen? Die Antwort darauf ist: Dadurch, daß der Dollar auf Höhen geschoben wurde, die kaufkraftmäßig unrealistisch hoch waren, war er deutlich dazu bestimmt, die schweren Ungleichgewichte, die sich im Laufe der Jahre auf dem Gebiet des internationalen Handels und des Zahlungsverkehrs entwickelt hatten, anzuhäufen.

Vor allem dadurch, daß die Preise für amerikanische Ausfuhren in ausländische Märkte aufgebläht und gleichzeitig die Einfuhren von ausländischen Waren in die USA selbst verbilligt wurde, rechnete man sich aus, daß dadurch die Aufgabe, das massive Handelsdefizit des Landes zu verringern, stark behindert würde.

Es versteht sich, daß die gleichbleibende Größe dieser Lücke nicht allein für die amerikanischen Behörden ein ernsthaftes Problem ist. Unmittelbar vor dem vertraulichen Gespräch der G–7 teilten die japanischen Behörden mit, daß sie sich bei den Gesprächen die Stärke des Dollars zum „Ziel" setzen wollen.

Der große Überschuß in ihrer Auslandszahlungsbilanz mit den Vereinigten Staaten, der das Gegenstück eines beträchtlichen Anteils des amerikanischen Defizits ist, hat Tokio in peinliche Verlegenheit gebracht, weil die Japaner unter Druck gesetzt werden, ungewollte Änderung in ihrer heimischen Wirtschaftspolitik vorzunehmen, um den Überschuß zu verringern.

Zinsen bestimmen Kapitalfluß

Es mag überraschend erscheinen, daß es notwendig geworden ist, auf solche Mittel zurückzugreifen, wie das massive Eingreifen der Zentralbank in die Devisenmärkte, um zu verhindern, daß der Dollar auf unrealistische Höhen klettert. Hätte die Umsetzung dieser neuen Ideologie in die Praxis nicht dazu führen müssen, die Devisenmarktverhältnisse zwischen den Werten der Währungen durch natürliche Vorgänge auf viel engere Distanz zu den Realitäten der Kaufkraft zu halten als in der Vergangenheit?

Die Erklärung für dieses scheinbare Paradox findet sich in der von dem Vorstoß zur Liberalisierung des internationalen Finanzverkehrs aller Arten hervorgerufenen Freizügigkeit, auf die sich die führenden Länder in den letzten 10 bis 20 Jahren eingelassen haben. Durch die Sanktionierung — in der Tat Ermutigung — der massiven Beschaffung von Geldern, die geeignet sind auf dem internationalen Kapitalmarkt zu zirkulieren, hat diese Politik praktisch das Weltwährungssystem auf Gnade und Barmherzigkeit der Spekulation ausgeliefert, und das in einem Ausmaß, das niemals vorher auch nur im entferntesten erreicht wurde. Darüber hinaus hat sie den Weg für eine Situation geebnet, in der zumindest auf kürzere Sicht die relativen Anziehungskräfte von Währungen nicht von ihren Realwerten als Einheiten der Kaufkraft sondern von den Zinssätzen bestimmt werden, mit denen sie verknüpft sind. Seit einiger Zeit lagen die Zinssätze in den Vereinigten Staaten weit über denjenigen, die in den meisten anderen Ländern mit führenden Währungen vorherrschen.

Wie der Dollar nach oben geschoben wird

Als Folge davon herrschte die ständige Tendenz vor, daß Kapital in einem derartigen Ausmaß in die Vereinigten Staaten einströmte, das ausreicht, um den Dollar auf höhere Niveaus zu schieben, ungeachtet der Tatsache, daß alle anderen wesentlichen Faktoren in diesem Bild Druck in die entgegengesetzte Richtung ausübten. Das Ausmaß, in dem die Freizügigkeit in finanziellen Dingen zum Schwanz geworden ist, mit dem der Weltwirtschaftshund wakkelt, kann ermessen werden, wenn man das Verhalten der Beziehung zwischen dem Dollar und einer der hauptsächlichen starken Währungen der Welt — der Deutschen Mark — in den letzten 40 Jahren verfolgt.

So befand sich zu dem Zeitpunkt, als die G-7-Gruppe ihr neues Stabilisierungsprogramm aufstellte, dieser Wechselkurs auf fast genau dem gleichen Stand wie Ende der siebziger Jahre — das heißt 1,90 DM pro Dollar.

Doch in der Zwischenzeit bewegte sich dieser Wechselkurs — Mitte der achtziger Jahre — auf über drei DM Deutschmark pro Dollar nach oben. Danach fiel er im Zeitraum von wenigen Jahren auf rund 1,60 DM herunter, bevor er in den ersten Monaten dieses Jahres wieder auf den Stand von über zwei DM stieg.

Es braucht nicht gesagt zu werden, daß diese gewaltigen Schwankungen keine Ähnlichkeit mit dem Verlauf der Kaufkraft der beiden Einheiten über den gleichen Zeitraum hinweg aufweisen.

Da die Bundesdeutschen in den achtziger Jahren erfolgreicher waren die Inflation im Zaum zu halten als die Amerikaner, hätte der Dollar DM-mäßig an Wert verlieren müssen. Aber dies war weitgehend ein allmählicher Vorgang, der Anpassungen im Wechselkursverhältnis von nur wenigen Prozentpunkten pro Jahr erforderte.

Über einen Zeitraum von zehn Jahren hinweg ist die kommulative Auswirkung dieser jährlichen Anpassungen natürlich bedeutsam — woraus zu schließen ist, daß, wenn der Dollar kaufwertmäßig Ende der siebziger Jahre ziemlich korrekt auf fast zwei DM bewertet wurde, ein realistischer Kurs sich heute auf einem wesentlich niedrigeren Stand befinden müßte, als der, der vorherrschte, als die G-7-Übung vom Stapel gelassen wurde.

Das Wachsen der Geldmenge

Aber zu sagen, daß der neue internationale Vorstoß, einen Druck auf den Dollar nach unten auszuüben, wirtschaftsmäßig sinnvoll ist, heißt nicht, daß man sich darauf verlassen kann, daß er seinen Zweck erfüllt. Diejenigen die von der neuen Freizügigkeit in finanziellen Dingen Gebrauch machen, sind, wie die Erfahrung der letzten zehn Jahre zeigt, nicht so sehr über den Realismus der Wechselkurse besorgt. In dem Maße wie sie sich überhaupt nach irgendetwas richten, ist es das Verhältnis zwischen Zinssätzen in verschiedenen Geldzentren.

Und es scheinen keine Sofortpläne vorhanden zu sein, um die Zinssätze in der erforderlichen Größenordnung auf dem internationalen Feld in Gleichklang zu bringen. □

Drogen

Geldwäsche der Banker

Lawrence Patterson

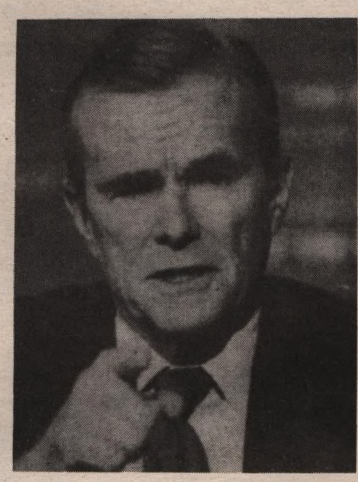
Ist der „Krieg gegen die Drogen" der amerikanischen Regierung ein Schwindel? Trotz der Tatsache, daß der Plan zu Neuausgaben von 2,2 Milliarden Dollar aufruft, um die Drogenplage zu bekämpfen, kommt dabei eine Hauptsache nicht zur Anwendung: Die strafrechtliche Verfolgung von Geldwäsche durch Banken über das US-Bundesgericht.

Obwohl der amerikanische Präsident George Bush in seiner Rede an die Nation von neuen Bemühungen gegen die Geldwäsche sprach, setzte er sich darin lediglich für eine Erweiterung der laufenden Investitionen und für zusätzliche Gelder ein. Die Rede enthielt keinerlei spezifische politische Empfehlungen außer einer Erweiterung der derzeitigen Bemühungen. Der US-Präsident selbst machte sich zum Echo der Worte der Banker, die sagen, daß die Fähigkeit der Regierung und der Banken, die Geldwäscherei anzugreifen, „begrenzt" sei. Es gibt jedoch eine Möglichkeit, die mächtigen Drogenkartelle lahmzulegen, aber aus irgendeinem Grund hat die amerikanische Regierung keinen Gebrauch davon gemacht.

Man könnte den Drogenhandel austrocknen

Tatsache ist, daß eine einfache Kapitalertragssteuer gegen alle Kabelüberweisungen von Geldern über eine festgesetzte Grenze hinaus, die nach Überprüfung der Quelle zurückzuzahlen wäre, den Drogenhandel lahmlegen würde, weil Drogenhändler das Geld dann nicht mehr aus dem Land herausbekommen würden. Wenn sie nicht mehr in der Lage wären, das Geld zu transferieren, dann würden die Profite des Drogenhandels austrocknen.

Drahtüberweisungen sind in all diesen Jahren überhaupt nicht beachtet, versteuert oder gemeldet worden, während die Drogenkrise Millionen von Menschen umgebracht und verkrüppelt, Städte unbewohnbar gemacht hat und die Bürger der Vereinigten Staaten mit der Beseitigung ihrer elementarsten verfassungsmäßigen Freiheiten bedroht.



US-Finanzminister Nicholas Brady soll besondere Einsatzgruppen bilden, die sich mit Drogenprofiten befassen.

Nach dem geltenden Gesetz muß sich ein gewöhnlicher steuerzahlender, schwer arbeitender Amerikaner, der eine Zahlungsanweisung über 3 000 Dollar durchführen will, der Kontrolle seiner bestimmten Akte unterziehen, aber Drogenhändler können zehn Millionen Dollar aus den Vereinigten Staaten herausbekommen — ohne Meldung oder irgendwelchen Papierkram.

David Robb, Sprecher des Büros des Drogenzars William Bennet, räumte ein, daß der Internal Revenue Service (IRS) mit dem Drogenplan nichts zu tun hat. Robb stellte fest: „Sie haben völlig Recht. Wir haben keine Strategie die den IRS einbezieht". Er gab sogar zu: „Sie treffen das Drogenproblem mitten ins Herz. Dies ist der beste Gedanke den ich bislang hörte."

Anscheinend besteht die Strategie der US-Regierung für den Krieg gegen die Drogen darin, das Schwergewicht auf die Beschneidung der Nachfrage nach Drogen in den Vereinigten Staaten zu legen anstatt das Angebot zu untersagen.



Bilder von Al Capone hängen in US-Amtsstuben mit der Unterschrift: " Nur ein Buchhalter kann ihn erwischen!"

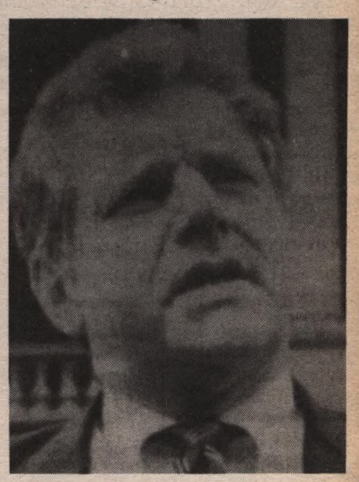
Man muß dabei im Auge behalten, daß das Drogenproblem als „schwerste Krise" und „Bedrohung unserer staatlichen Sicherheit" bezeichnet worden ist. Anscheinend ist die Bedrohung aber noch nicht ernsthaft genug, um eine durchdachte und gründliche Abschätzung aller Behörden zu verlangen, die zur Mithilfe in diesem Kampf gegen die Drogen herangezogen werden könnten.

Warum geht man im Drogenkrieg nicht gegen Drogenprofite vor? Hier wird eine einmalige Möglichkeit mißachtet. Die Geldbeschaffung für das Drogen-Bekämpfungsprogramm ist in den USA und den anderen westlichen Ländern ein wirkliches Dilemma. Nach den Vorschlägen der Regierungen sollen die Bezuschussung verschiedener Rehabilitationsprogramme für Jugendliche beschnitten werden, um Gelder für den Krieg gegen die Drogen freizubekommen.

Wir brauchen hier nicht noch einmal auf die Ernsthaftigkeit der Defizitkrise der USA einzugehen; sie füllt derzeit die Seiten jeder Zeitung. Was ist also logischer als den US-Finanzminister Nicholas Brady aufzufordern, eine besondere Einsatzgruppe zu bilden, die sich mit den Drogenprofiten befaßt?

Die Herauslassung des Finanzministeriums aus dem Drogenkampf ist so schwerwiegend und so schwer zu verstehen, daß die Ernsthaftigkeit der US-Regierung zurecht in Frage gestellt werden muß.

Eine Erklärung dafür, warum die Regierung es unterläßt, die Dienstleistung des Finanzministeriums und des IRS anzubieten, ist erforderlich, um die Glaubwürdigkeit wiederherzustellen. Tatsache ist, daß die Gewinnmarge selbst enorm ist. Neunzig Prozent des Einzelhandelswertes von Kokain sind Reingewinn. Ein Kilogramm Kokain kostet in Bogota, Kulumbien 2 000 Dollar. Beim Großhandel in Miami bringt das gleiche Kilo 14 000 Dollar ein.



William Bennett, amerikanischer Drogenzar, bekommt eventuell einen Kabinettsposten in der Bush-Regierung.

Wenn es zu „Crack" (Stoff) verarbeitet und zu zehn Dollar pro Dosis im Einzelhandel verkauft wird, dann ist das gleiche Kilo 140 000 Dollar wert. So wird 90 Prozent des Einzelhandelwertes direkt hier in den Vereinigten Staaten verdient. Und was erstaunlich genug ist, dieses Geld könnte besteuert werden. Der IRS und die Steuergesetze haben sich nämlich bei der Strafverfolgung von Berufsverbrechern und Mitgliedern des organisierten Verbrechens als einmalig wirksam erwiesen. Das Finanzministerium ist so stolz auf seine Geschichte der strafrechtli-

chen Verfolgung des organisierten Verbrechens, daß es eine Public Relations-Kampagne darum herum aufgebaut hat.

Bilder von Al Capone sind in öffentlichen Gebäuden und Anzeigen in Zeitschriften zu sehen mit der Unterschrift: „Nur ein Buchhalter könne Al Capone erwischen." Und doch spielt der IRS in dem kürzlich erklärten „Krieg gegen die Drogen" keine Rolle.

Die Ähnlichkeiten zwischen den Schnapsschmugglern aus der Zeit der Prohibition und den Drogenschmugglern von heute sind sehr frappierend.

Die für die Untersuchungen des IRS typische „Papierspur" würde nicht nur zur Verurteilung des Händlers wegen Steuerbetrugs sondern auch zur Entlarvung der Beteiligten aus höheren Kreisen führen. Es ist eine traurige Tatsache, daß die US-Regierung besorgter zu sein scheint, die Spitzenleute zu dekken, als den Krieg gegen die Drogen zu gewinnen.

Krieg gegen die Drogen ein Schwindel

Daß keine Meldepflicht für Drogenhändler besteht, macht den Krieg gegen die Drogen zu einem Schwindel. Es dürfte für unsere Leser Grund zum Erstaunen sein zu erfahren, daß bestätigt worden ist, daß die Drogenhändler völlig von den behördlichen Bestimmungen befreit sind, und daß es ihnen freisteht, Dutzende von Millionen Dollar außer Landes zu bringen. Es werden keine Anstrengungen unternommen, um die Wäsche von Drogengeldern zu überwachen und keine, um Drogengeld zu besteuern.

Dies wird alles in einem Geheimbericht der US-Regierung mit dem Titel „Investigation and Prosecution of Illegal Money Laundering: Narcotic and Dangerous Drug Section Monograph" („Untersuchung und strafrechtliche Verfolgung von illegaler Geldwäsche: Monograph des Gesetzes für Betäubungsmittel und gefährliche Drogen") bestätigt, in dem erklärt wird, wie Gelder legal und ohne Meldepflicht transferiert werden können.

Dieses Dokument, annähernd 300 Seiten lang, ist nicht für die Öffentlichkeit bestimmt. Es dient nur zum Gebrauch von Gesetzesvollstreckern, die unter dem Vorwand arbeiten, Geldwäscher strafrechtlich verfolgen zu wollen. Das Buch ist sozusagen ein brauchbares Handbuch für Drogenhändler, die wissen wollen, wie sie ihre Millionen an Drogenprofiten am besten außer Landes bringen können.

Aus diesen Vorgängen kann man drei Schlußfolgerungen ziehen. Erstens, es ist nicht beabsichtigt, Drogengeld zu versteuern. Zweitens, gibt es keine Bemühungen, die Wäsche von Drogengeldern durch die Banken zu kontrollieren. Drittens, diese illegalen Gelder könnten vorübergehend konfisziert werden, auf der Grundlage, daß sie auf Antrag an den US-Finanzminister Brady ohne weitere Maßnahmen freigegeben werden können. Neue Gesetze sind nicht erforderlich.

Auch ein Fehlschlag des Drogenkrieges nutzt

Der Krieg gegen Drogen bringt für das amerikanische Volk Gefahren anderer Art mit sich. Offensichtlich soll sich die Drogenkrise noch verschlimmern, bevor sich die Dinge bessern. Es scheint fast so, als ob der derzeitige Plan darauf angelegt wäre schiefzulaufen. Daher wird die Tür zu Unterdrückungsmaßnahmen geöffnet — unter Ausschaltung der elementarsten Freiheiten — gegen die eigenen Bürger in den USA. Der Durchschnittsbürger wird nicht erfahren, daß es hier eine geheime Tagesordnung gibt und wird gerne und tatkräftig die Beseitigung verfassungsmäßiger Grundrechte fördern.

Eine kürzliche Meinungsumfrage, die in den Medien einen breiten Raum einnahm, ergab, daß die Mehrheit der Amerikaner bereit ist, ihre grundlegenden Freiheiten dem Krieg gegen die Drogen zu opfern. Es wird nicht lange dauern, bevor das US-Finanzministerium vor den Kongreß geht und nach einem „vorübergehenden" Gesetz verlangt, das die Durchsuchung von Wohnungen ohne richterlichen Untersuchungsbefehl ermöglicht. □

David Rockefeller

Eine Hand wäscht die andere

James Harrer

Schon seit den Zeiten des alten „John D. der Erste" wurde das mächtige Rockefeller-Imperium stets nach dem durch Leona Helmsley berühmt gewordenen Grundsatz geleitet: „Nur die kleinen Leute zahlen Steuern"!

Die Nachrichtenmedien der westlichen Welt berichteten mit atemloser Bewunderung, daß Mitsubishi, ein großer japanischer Finanz- und Immobilienkonzern, einen beherrschenden Anteil am Rockefeller-Konzern erworben habe, dem unter anderen Holdingsgesellschaften, erstrangige Immobilien wie das Rockefeller-Center, Radio City Music Hall, das General Electrics Building und das Warner Communication Building in Manhattan gehören.

Wem gehören heute die USA?

Aber Journalisten haben erstaunliche Beweise dafür ermittelt, daß an dem Handel mehr dran ist, als die Medien des Establishments berichten. Nach ihren Untersuchungsergebnissen hat die Rockefeller-Dynastie einen steuerfreien Weg zu Bargeld über ihre geheimen Holdings in Japan — in diesem Falle Mitsubishi — gefunden, die sie kurz nach der Niederlage Japans im Zweiten Weltkrieg erwarben.

Wem gehören heute die Vereinigten Staaten? Diese Diskussion lebt jedesmal wieder auf, wenn ein ausländischer Geldanleger ein weiteres vertrautes Wahrzeichen Amerikas übernimmt.

Aber die wirkliche Frage stellt sich anders: Wem gehören die ausländischen Geldanleger? Die überraschende Antwort darauf ist, daß das höchst wahrscheinlich die Rockefeller sind.

„Seit fast 50 Jahren haben wir das große stille Geheimnis der internationalen Finanzwelt ignoriert: Wieviel von den Ländern der besiegten Achse — Deutschland, Japan und Italien — haben die siegreichen amerikanischen Banker nun nach dem Zweiten Weltkrieg aufgekauft?", fragt Ramsey Whitman, ein junger Historiker, der an der Columbia University ein Buch über die wirtschaftspolitischen Kriege des 20. Jahrhunderts schrieb.

Der Ausverkauf der Besiegten

„Und was noch bedeutender ist, wieviel besitzen sie noch."

Die Antwort darauf lautet: „Vielmehr als sie zugeben", wie Penny Lernoux, eine angesehene Auslandskorrespondentin und Verfasserin von „In Banks We Trust" sagte: „Die Rockefellers machten in den späten vierziger Jahren in Japan und sogar in Deutschland bedeutende Erwerbungen und kaschierten dann ihre Spuren mit erstaunlicher Tüchtigkeit. In jenen Tagen war die Kaufkraft des Dollar astronomisch; Wall Street schien die gesamte Wirtschaftsmacht in der Welt zu besitzen. Die Geschäftsleute der besiegten Länder waren machtlos; sie hatten keine rechtliche Handhabe, in der Tat keine Eigentumsrechte. Für die amerikanischen Kapitalisten war das natürlich eine vom Himmel kommende Gelegenheit."

„In den späten vierziger Jahren

David Rockefeller

Eine Hand wäscht die andere

wurde ein Großteil der nichtkommunistischen Welt vom US-Verteidigungsministerium und dem Außenministerium beherrscht, die ihrerseits in jenen Tagen von Bankern beherrscht wurden", erklärte Mrs. Lernoux. „Robert Lovett, Douglas Dillon, Bankers von Chase Manhattan; John J. McCloy, der amerikanische Hochkommisar in Deutschland, und Finanzleute hielten die Zügel der Macht in ihren Händen. Und am Steuer standen die Rockefellers, eine einzigartige Dynastie, die entschlossen war, das Schicksal der Welt zu bestimmen."

„Sie waren Erbauer von Zwangsimperien", erinnerte sich Mrs. Lernoux. „Nelson, der eine politische Laufbahn begonnen hatte, war von Geld besessen, während David, der Banker, wenig wirkliches Talent für Finanzen hatte. Er strebte nach Macht, nach politischer Macht, weit mehr als nach Reichtum. Lawrence war die graue Eminenz, der Planer hinter den Kulissen."

Rockefellers Eine-Welt-Strategie

Die drei Brüder bauten nach Ansicht dieser Kreise das Geldzentrum von Chase Manhattan zu einem weltweiten Schreckgespenst aus. „Chase war das ideale Vehikel für die internationalistische Doktrin und Eine-Welt-Strategie des Rockefeller-Kreises", sagt Whitman.

„Nach dem Ersten Weltkrieg wurde Chase zum führenden Finanzier des hervortretenden Sowjetregimes. Diese Megabank, damals noch nicht unter Rockefellers Kontrolle, setzte bereits die frühe Vision eines vereinigten amerikanisch-sowjetischen Systems in die Tat um."

Ganz abgesehen von ihrem langfristigen Plan, die amerikanische Verfassung und staatliche Souveränität durch eine globalistische Fusion zu ersetzen, waren die Rockefellers auf Profit ausgerichtete Finanziers mit einem scharfen Auge für gute Handelsabschlüsse, heißt es aus Kreisen, die mit der Dynastie vertraut sind.



Für 846 Millionen Dollar ging unter anderem auch das Rockefeller-Center anteilig an den japanischen Konzern Mitsubishi.

„Der Zweite Weltkrieg brachte Tod und Zerstörung für Millionen", sagt ein bundesdeutscher Geschäftsmann, der jetzt Vorstandsmitglied einer Firma in New York ist. „Aber er war für die Wall Street die größte Gelegenheit in der Geschichte, Geschäfte zu machen. Die besiegten Nationen lagen am Boden und waren der Plünderei ausgesetzt. Das Rockefeller-Konsortium stieg mit voller Kraft in das Geschäft ein."

Nach dieser Informationsquelle, die mit geheimen Erwerbungen des Rockefeller-Kombinats in Deutschland und Japan nach dem Zweiten Weltkrieg zu tun hatte, gründete und leitete Nelson Rockefeller eine Forschungsmannschaft, die dazu bestimmt war, eine Studie zu erstellten mit dem Titel: Infrastructure Rehabilitation, Economic Recovery and Investment Opportunities in the Postwar World (Verbesserung der Infrastruktur, Wiederaufbau der Wirtschaft und Investitionsmöglichkeiten in der Nachkriegswelt)."

Diese Studie, die streng verwahrt und niemals veröffentlicht wurde, befaßte sich im wesentlichen damit, wie der Rockefeller-Konzern die aussichtsreichsten Grundbesitze der besiegten Länder aufkaufen könnte, indem er einige Dollar hier und einige Dollar dort für Vermögenswerte zahlte, die im Grunde Tausende — jetzt natürlich Millionen von Dollar wert sind", bestätigte Whitman.

Hinter den Kulissen des Geschäfts

„Die Studie enthielt Leitlinien und Pläne für, wie sich später herausstellte, die beträchtlichsten Erwerbungen des Rockefeller-Konzerns in Deutschland, und vor allem in Japan."

Die Mitsubishi Estate Co, eine alteingessene mächtige und ungeheuer reiche Tokioer Immobilienfirma, deren Holdings vergleichbar — wenn auch unendlich erfolgreicher — sind mit einer Reihe von Immobilienkonzernen, die der Rockefeller-Konzern in New York aufgebaut hat, war ein erstrangiges Ziel für eine Erwerbung durch Rockefeller nach dem Kriege gewesen."

Nach einer offiziellen Mitteilung durch David Rockefeller auf einer Pressekonferenz am 30. Oktober 1989 in Manhatten hat „Mitsubishi jetzt einen 51prozentigen Anteil am Rockefeller-Konzern erworben", einer Familien-Holdinggesellschaft, der unter anderem die historischen Bürotürme des Rockefeller Center gehören.

Für ihren beherrschenden Anteil bezahlt die japanische Firma dem Rockefeller-Konzern — der 85 Nachkommen von John D. Rockefeller I. gehört — 846 Millionen Dollar in bar. Die Bedingungen dieses Handels sind jedoch alles andere als klar.

Rockefeller Center Properties Inc., eine separate Familienfiliale, besitzt Grundpfandrechte auf den Vermögenswerten des Rokkefeller-Konzerns in Höhe von 1,3 Milliarden Dollar, bei Fälligkeit in fünf Jahren konvertierbar in Eigenkapital.

Narrensicherer Weg die Steuer zu umgehen

„Wenn die Rockefellers diese Auswahlmöglichkeit wahrnehmen, dann wird die Mehrheitsbeteiligung von Mitsubishi zu einem 18prozentigen Minderheitsanteil verwässert", sagt Jurgen van Speebroeck, ein niederländischer Bankdirektor in New York, der sich auf internationale Immobiliengeschäfte spezialisiert. „Ich verstehe dieses Abkommen nicht; der trübe Anteil, den Mitsubishi für seine ungewöhnlich hohen Bargeldleistungen bekommt, macht es verdächtig."

„Andererseits nehmen wir einmal an, daß hinter den Kulissen die Rockefellers stehen, die schon seit den vierziger Jahren einen versteckten Anteil an Mitsubishi besitzen", erklärte van Speebroeck. „Dann hätte der Handel einen Sinn, wenn man annimmt, daß der Rockefeller-Konzern eine deftige Bargeldspritze von seinen großen japanischen Beteiligungen benötigte, was der Fall zu sein scheint."

Den Japanern zu gestatten, eine Zeitlang einige Rockefeller-Aktien zu besitzen ist ein einfacher — und narrensicherer — Weg, eine derart hohe Bargeldsumme zu transferieren, ohne sich den Komplikationen zu unterziehen, es waschen zu müssen." Außerdem würde es diese Art des Geschäftes den Rockefellern ermöglichen, die deftige Kapitalgewinnsteuer zu umgehen, der sie sonst unterworfen wären, da der Wert dieser Immobilienanteile sich seit dem Ersterwerb wesentlich erhöht hat.

Aber natürlich zahlen die Rokkefellers, wie alle äußerst wohlhabenden Leute in den USA, überhaupt keine Steuern. Diese vaterländische Pflicht wird den gewöhnlichen, schwerarbeitenden Bürgern der Mittelklasse dieses Landes überlassen. □

USA

Japan zahlt Reagan aus

John McBrien

Der ehemalige amerikanische Präsident, Ronald Reagan, erhält nicht nur ein herzliches Zwei-Millionen-Dollar-Danke-schön von den Japanern wegen seiner Freihandelspolitik, sondern es scheint so zu sein, daß der Handel bereits abgeschlossen worden sein könnte, als er noch US-Präsident war. US-Senator David Pryor meinte, es habe den Anschein, daß Reagans einwöchige Reise nach Japan „von dem Direktor der ehemaligen USIA (United States Information Agency), Charles Wick, in die Wege geleitet worden sein könnte, als er und Reagan noch im Amt waren".

Die Pläne für Reagans Reise wurden erst öffentlich bekannt gemacht, als er das Weiße Haus verlassen hatte. Aber es wurde berichtet, daß Wick sich im Oktober 1988 in Tokio mit offiziellen Vertretern der japanischen Fujisankei Communications Group traf und den Handel zum Abschluß brachte. Es wird gesagt, daß nur die darauf folgende Enthüllung des Recruit-Bestechungsskandals, durch den die Regierung von Premierminister Yasuhiro Nakasone gestürzt wurde, die Bekanntgabe des Reagan-Besuchs bis Februar 1989 verzögert hat.

Reagans lukrativer japanischer Schmaus

Es wurde angeregt, daß das amerikanische Justizministerium und Justizbehörden in Japan einmal näher untersuchen sollten, wann Reagans lukrativer Schmaus vereinbart wurde – vor oder nach dem Ausscheiden aus dem Präsidentenamt.

Reagans japanische Wohltäter stimmten zu, ihn um mindestens zwei Millionen Dollar reicher zu machen, weil er zwei kurze Reden gehalten und an zwei festlichen Ereignissen teilgenommen hatte. Es wird erwartet, daß die japanische Regierung mit weiteren zwei Millionen Dollar herüberkommen wird, um dazu beizutragen, Reagan eine Bibliothek einzurichten, in der seine Präsidenten-Unterlagen und Memorabilien untergebracht werden sollen. Reagans Gesamtreibach für eine Woche Arbeit wird über sieben Millionen Dollar betragen.

Wie bei allen ehemaligen US-Präsidenten wurde Reagan von einem vollen Kontingent von Leibwächtern des Geheimdienstes über den Pazifischen Ozean begleitet. Die Kosten hierfür wurden voll vom amerikanischen Steuerzahler getragen.

Pryor sagte, er und seine Mitarbeiter haben den Geheimdienst nicht dazu bringen können, viel über das Geld verlauten zu lassen, was es gekostet hat, um die Reagans während ihres Aufenthalts mit Leibwächtern zu versorgen. Es sei aber klar, daß die Kosten für solche Privilegien dramatisch gestiegen sind. Pryor sagte, die Rechnung für den Schutz von ehemaligen Präsidenten durch den Geheimdienst im Steuerjahr 1990 sei um 3,8 Millionen Dollar auf 12,1 Millionen Dollar gestiegen.

Dies ist natürlich zum Teil darauf zurückzuführen, daß es zur Zeit vier noch lebende Ex-Präsidenten der Vereinigten Staaten gibt, statt drei als Reagan noch im Weißen Haus saß.

Nichtsdestoweniger sind, wie Pryor feststellte, die Steuerausgaben für ehemalige Präsidenten über die vor drei Jahrzehnten vom Kongreß bewilligten ursprünglichen Pensions- und Bürozuwendungen beträchtlich hinausgewachsen.

Pryor sagte, ehemalige Präsidenten verdienen sicherlich jedermanns Respekt und Schutz, wenn sie das Weiße Haus verlassen, aber er ist sich durchaus nicht sicher, daß Steuergelder dazu herangezogen werden sollten, um das zu subventionieren, was Reagans Drang zu zukünftigen Geschäftsunternehmen zu sein scheint.



Ronald Reagan, ehemaliger US-Präsident, flog nach Japan, um die Belohnung für seine Politik zu kassieren.

Reagan verschaffte Japan Vorteile

Die ganze Reise ist natürlich ein extravagantes „Dankeschön" für Reagan und seine beharrlichen Bemühungen, Japans Wirtschaft – auf Kosten der Wirtschaft der Vereinigten Staaten – in Schwung zu bringen.

Reagan war ein scharfer Förderer des Freihandelsplans der „globalen Wirtschaft", der in Wirklichkeit ein völlig unbeschränkter Handel für jedes Land außer den Vereinigten Staaten bedeutet. Obwohl es einige Unstimmigkeiten zwischen der amerikanischen und der japanischen Regierung über die Exporte des asiatischen Landes gegeben hat, führte Reagans Politik im großen und ganzen dazu, daß Japan fast unbegrenzten Zugang zu den amerikanischen Märkten hatte, während es sich hartnäckig weigerte, die gleichen Rechte auf amerikanische Waren und Dienstleistungen zu erstrecken. Japans riesige Überschüsse aus seinem Handel mit den Vereinigten Staaten werden jetzt dazu verwendet, amerikanische Firmen, Industrien, Farmen, Grundstücke und sogar ein Filmstudio aufzukaufen.

Vielleicht noch katastrophaler war die Entscheidung der Reagan-Regierung, den Wert des Dollar unten zu halten, um das sich vergrößernde Ungleichgewicht im amerikanischen Handelsdefizit zu „korrigieren". Man war der Ansicht, zu Unrecht wie sich jetzt herausstellt, daß die Verwässerung der Dollar-Stärke die amerikanischen Exporte zu einem Gewinn machen und die Kosten ausländischer Einfuhren in die Höhe treiben würde. Das US-Defizit ist jetzt schlimmer als je zuvor; und weil die Kaufkraft des Yen nach oben ging, während die des Dollar gleichzeitig schwächer wurde, haben japanische Geldanleger amerikanische Vermögenswerte zu einem Rekordkurs aufgekauft. Gleichzeitig blüht die japanische Wirtschaft und behält ihren Handelsüberschuß gegenüber den Vereinigten Staaten bei.

Um die Dankbarkeit seines Landes zum Ausdruck zu bringen, verlieh Kaiser Akihito Reagan eine der höchsten Auszeichnungen Japans, das Große Band des höchsten Goldblumenordens. Immerhin sind die Millionen von Dollar, die Japan für Reagans Besuch ausgibt, die Sache wert, wenn man die Millionen von Dollar an Wirtschaftsgewinnen, die Japan dank seiner Politik eingestrichen hat, berücksichtigt. □

Mexikos Schulden-Probleme

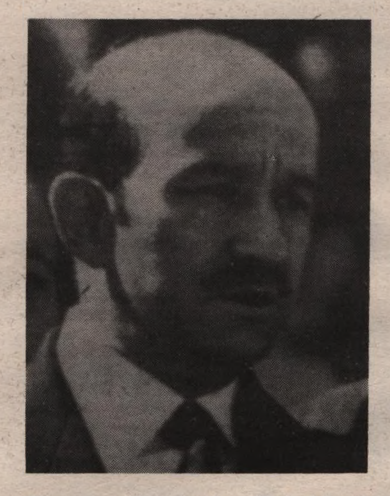
Martin Bruns

Im Juli 1989 wurde nach Monaten von Verhandlungen die „Krise" von Mexikos Schuldenverpflichtungen gegenüber den internationalen Großbanken gelöst. Man frage nur den mexikanischen Präsidenten Carlos Salinas, der feststellt: „Mexiko kann jetzt die Schuldenkrise hinter sich lassen. Dies ist ein großer Augenblick für die Mexikaner."



Ein mexikanischer Justizbeamte steht Wache vor einem Haus, das dem angeblichen Chef eines illegalen Drogenrings gehört.

Das „Wall Street Journal" erteilte dieser Abmachung den Segen. Voll des Lobes sowohl für Mexiko als auch für den amerikanischen Finanzminister Nicholas Brady stellt das „Wall Street Journal" fest: „Hier in Aktion, erweist sich der Brady-Plan tatsächlich als Modell für einen neuen Realismus über die Schulden der dritten Welt. Wenn ähnliche Abkommen getroffen werden können mit anderen verschuldeten Ländern, dann weil deren Politiker bereit sind ebensoviel politischen Mut an den Tag zu legen wie Salinas bei seinen Verpflichtungen für Mexikos Zukunft es getan hat."



Der mexikanische Präsident Carlos Salinas: "Mexico kann jetzt die Schuldenkrise hinter sich lassen."

Alte Schulden gegen neue Schulden

Dieser erfreuliche Ausgang war schon Monate vorher vorausgesagt worden als James Flanigan, der für die „Los Angeles Times" schreibt, die Meinung vertrat, daß Mexiko, wenn man ihm einmal eine Chance gibt, „für die Konjunktur bereit ist".

Um was für einen großen Durchbruch, der auch noch von anderen sich weit im Rückstand befindlichen Schuldnern nachgeahmt werden soll, handelt es sich hier? Das Ganze läuft auf drei Auswahlmöglichkeiten hinaus, die angeblich für Mexiko einen Schuldenerlaß und für seine Großbank-Gläubiger finanzielle Garantien beinhalten. Die Banken und Mexiko kamen darüber überein, daß Mexikos Geldverleiher, die von mittelgroßen und sogar noch kleineren Banken bis zu Großbanken wie CitiBank, Chase Manhattan und die Bank von Amerika reichen, eine der nachstehenden Auswahlmöglichkeiten für ihre bestehenden Darlehen an Mexiko auswählen können.

Bargeld kommt aus Washington

Erstens: Sie können ihren bestehenden Darlehensbestand gegen neue Schuldverschreibungen mit einem festen Jahreszinssatz von 6,25 Prozent im Vergleich zu den derzeitigen schwimmenden Zinssätzen von über zehn Prozent austauschen.

Zweitens: Sie können eine 35ige Reduzierung des Nennwertes ihrer Darlehen akzeptieren und die derzeitigen schwimmenden Marktzinsen auf neuen Schuldverschreibungen, die für die verbleibende Summe ausgestellt werden, beibehalten. Mit anderen Worten: eine Bank mit zehn Millionen Dollar mexikanischer Schulden, die sich für diese Option entscheidet, würde diese gegen 6,5 Millionen Dollar in „neue" Schuldverschreibungen zu einem schwimmenden Marktzinssatz austauschen.

Drittens: Sie können über die kommenden vier Jahre hinweg weitere Darlehen beschaffen. Banken, die sich für diese Auswahlmöglichkeit entscheiden, müßten weitere Summen entsprechend 25 Prozent ihrer mittel- und langfristigen Darlehen, die Mexiko jetzt zustehen, an den mexikanischen Staat verleihen; wobei die neuen Gelder zu Marktsätzen mit gleichen Raten über die kommenden vier Jahre verliehen werden. Vorhandene Darlehen bleiben zu den derzeit geltenden Sätzen in Kraft.

Mexikos anfängliche Verhandlungsposition war eine 50prozentige Verringerung des Nennwertes der Darlehen, oder ein fester Satz von 4,5 Prozent auf den vollen Nennwert, oder weitere Darlehen entsprechend 80 Prozent der dann fälligen Zinszahlungen, falls sich die Banken dafür entscheiden sollten, ihre laufenden Darlehen so zu belassen, wie sie sind und Marktzinsen auf den vollen Betrag zu erheben.

In der Zwischenzeit, in der die Banken überlegen, ob sie sich zu einem verringerten Kapital zu jeweils gültigen Zinssätzen entscheiden oder sich zu neuen Darlehen verpflichten sollen, braucht Mexiko flüssiges Bargeld. Dies wurde bereitgestellt vom amerikanischen Finanzministerium und der Federal Reserve Bank, und zwar in Form eines „Überbrückungsdarlehens" in Höhe von 22 Milliarden Dollar.

Profite durch Abschreibungen

Aus ersten Berichten ging hervor, daß die meisten Banker ihr Ausgesetztsein Mexiko gegenüber einschränken wollen. Das „Wall Street Journal" berichtet: „Banker und mexikanische Beamte sagen, ihre Probeabstimmungen deuten darauf hin, daß Inhaber von etwa 60 Prozent dieser Schulden sich für die neuen 6,5prozentigen Schuldverschreibungen entscheiden werden, während die übrigen sich gleichmäßig auf die Verringe-

rung des Schuldenkapitals und das Leihen von neuen Geldern aufteilen werden."

In späteren Kommentaren heißt es jedoch, daß mehr Banken sich dafür entscheiden könnten, Mexiko frisches Geld zu leihen. Laut Christopher Whalen, ein altgedienter Finanzdirektor bei Wires Ltd. in Washington, braucht Mexiko eigentlich keinen Schuldernerlaß und die Banken brauchen nicht damit aufzuhören, Geld zu verleihen. Whalen stellte fest:

„Natürlich haben viele kleine und mittelgroße regionale Banken in aller Stille ihre Anteile mexikanischer Darlehen auf dem Zweitmarkt verkauft oder sie gegen laufendes Einkommen abgeschrieben. Aber für größere Geldzentren bedeuten geringes Einkommen und magere interne Kapitalschaffung aggressive Schritte, um ihre Bilanzen von schlechten Darlehen an Mexiko, Argentinien und andere sich in Schwierigkeiten befindliche Länder zu säubern. Einige der größten amerikanischen Banken haben sich in einem bösartigen Endspiel verfangen und müssen weitere Darlehen an Mexiko oder enorme Kapitalverluste hinnehmen."

Dies bedeutet, daß kleine Banken, die ihre Schulden für etwa 40 Cents pro Dollar auf dem Zweitmarkt verkauft haben, Mexiko bereits von ihrer Liste gestrichen haben und von diesem Abkommen nicht betroffen sind. Diejenigen, die das Geld, das sie durch Verleihen geschaffen hatten, schon abgeschrieben hatten, erleben den unerwarteten Glücksfall, 65 Cents für jeden Dollar zu bekommen — die zehn Millionen Dollar, die sie vielleicht auf null Dollar abgeschrieben haben, sind plötzlich 6,5 Millionen Dollar wert und werden vom Internationalen Währungs-Fonds (IWF), der Weltbank und der Regierung von Japan garantiert.

Mexiko als heißer Tip

Die Großbanken sind jedoch zu sehr verausgabt, um garantierte 65 Cents auf den Dollar oder einen garantierten 6,25prozentigen Ertrag auf den Nennwert ihrer Darlehen zu akzeptieren. Sie müssen stattdessen die offizielle Fiktion aufrechterhalten, daß ihre Darlehen an Mexiko 100 Cents pro Dollar wert sind.

Mexiko schuldet seinen Überseeischen Gläubigern 107 Milliarden Dollar. Diese Schulden waren eine unerträgliche Last für das mexikanische Volk, dessen Lebensstandard seit 1982 um 50 Prozent gesunken ist. Als ich 1979 in Mexiko war, konnte man für einen Dollar über 22 Pesos kaufen. Heute kann man nur 2,535 stark angeschlagene Pesos dafür kaufen.

Mexiko hat ein weiteres ernsthaftes Finanzproblem: Es sind die rapide eskalierenden Inlandsschulden, die auf Pesos lauten. Diese Schulden in Dollar ausgedrückt sind von 23 Milliarden Dollar im Jahre 1987 auf über 50 Milliarden Dollar Mitte 1989 gestiegen und sie steigen weiter. Für die Staatsschulden sind Nennzinssätze zwischen 50 und 75 Prozent pro Jahr zu zahlen, was einem realen, der Inflation angepaßten Gewinn von 30 bis 40 Prozent pro Jahr entspricht.

Der Peso muß weiter abgewertet werden

Die mexikanischen Zinssätze und Inflationsraten sind so schwankend, daß niemand den zukünftigen Verlauf dieser Inlandsschulden und Zinslast genau voraussagen kann, aber Whalen sagte voraus, daß sie sich bis Anfang des Jahres 1990 verdoppeln könnten. Flanigan von der „Los Angeles Time" ist ein Befürworter weiterer Darlehen an Mexiko. Seine rosarote Brille aufsetzend, schreibt er: „In New Yorker Finanzkreisen geht das Gerede herum, daß Mexiko der nächste heiße Tip ist, der Schnellentwickler der neunziger Jahre, wie es die neu industrialisierenden Länder Asiens — Südkorea, Taiwan, Singapur und Honkong — in den achtziger Jahren waren.

‚Mexiko hat ein größeres Potential als alle Entwicklungsländer zusammengenommen,' sagt ein Investment-Banker an der Wall Street und spiegelte damit eine weitverbreitete Meinung wieder. Es hat eine disziplinierte Arbeitskraft, fähige und willige Arbeiter und genug davon.

‚New Yorks Zuversicht mißt sich mit der in Mexiko City. Wir werden einen Boom haben,' sagt John Rhoads, ein ehemaliger Kalifornier der CBI Casa de Bolsa, ein großes Investitionshaus in Mexiko City, leitet. Mexikos Wirtschaftswachstum, beruhend auf den Vorhersagen von Präsident Salinas, könnte sich auf mehr als sieben Prozent pro Jahr beschleunigen — von einem praktischen Nullwachstum seit 1982 ausgehend."

Flanigan redet natürlich nur schöne Worte. Ebenso Salinas. Flanigan hört sich an wie ein Anhänger der Willensfreiheit und Herausgeber eines Nachrichtenblattes, der für eine „heiße neue Aktie" in einer Firma wirbt, die ihm für jeden seiner Abonnenten, der kauft, eine Dividende zahlt.

Mexiko braucht Wachstum, kann es aber einfach nicht erreichen. Es ist zu sehr mit Inlands- und Auslandsschulden belastet. Trotz des vielen Lobes, den die Medien des Establishments Salinas wegen seiner politischen und wirtschaftlichen Reformen zuteil werden lassen, bleiben Mexikos Bürokratie und Infrastruktur am Ende korrupt und sein verstaatlichtes Bankwesen weiterhin unfähig, die Inflation in den Griff zu bekommen, oder den freien Fall des Pesos zu stoppen.

Die „International Currency Review" meint sogar, der Peso sei überbewertet und müsse schneller abgewertet werden.

Korruption als Epidemie

Ein grundsätzliches Problem in Mexiko, das oft beiläufig erwähnt, aber kaum tiefgründig kommentiert wird, ist die Korruption. Sie ist im ganzen Land endemisch — auf dem Banksektor der 1982 verstaatlicht wurde, bei den Steuerbehörden, den staatlichen und Gemeindebehörden und was am wichtigsten ist, bei der Polizei und den bewaffneten Streitkräften. Der letztere Bereich ist besonders entscheidend für die Erlaubnis, noch nie dagewesene Mengen an Drogen — Kokain, Heroin und Marihuana — über Mexiko in die Vereinigten Staaten zu schleusen.

Die Reporterin Elaine Shannon gibt in ihrem Buch „Desperados", das schwerpunktmäßig die Entführung und die Ermordung des Drogengesetzvollzugsbeamten Enrique „Kiki" Camerana, 37 Jahre alt, im Jahre 1985 in Guadalajara, Mexiko, behandelt, einen haarsträubenden Bericht über mit Drogen verbundene Korruption. Leider ist es ein Metapher für offizielle und nicht offizielle Korruption im ganzen Lande. Frau Shannon schreibt:

„Nach allem verfügbaren Beweismaterial war dieses Ausmaß an Korruption ohne Präzedenzfall. Ein Grund dafür war das neuerliche Hineinströmen von durch Kokainhandel erworbenem Vermögen. Der andere Faktor war der fallende Wert des Peso.

Die Währung verfällt immer mehr

Das Erdbeben vom September 1985, von dem Mexiko City heimgesucht wurde, hat die Flucht von Devisen und Vermögenswerten außer Landes beschleunigt, den Wert des bereits angeschlagenen Peso weiter nach unten gedrückt und Drogen zu einem noch wertvolleren Allzweck-Handelsgut gemacht, weil sie wertvoller waren als je zuvor. Mexikanische Polizeibeamte bemühten sich angesichts des Abrutschens ihres Landes in Schulden und Ruin verzweifelter als je zuvor in den Besitz von Jankee-Geld zu kommen.

In der Vergangenheit, als man für 24 Pesos einen Dollar kaufen konnte, beschmutzen sich Polizeibeamte, die Schutzgeld erpreßten, ihre Hände nicht mit tatsächlicher Arbeit. Nach dem Erdbeben als der Peso über die 600ter Marke nach unten stürzte, sahen amerikanische Juristen zahlreiche Anzeichen dafür, daß altgediente Polizeibeamte, darunter Kommandanten, schweißtreibende Arbeit für die Drogenringe vollbrachten, indem sie vor Verstecken Wache standen, Marihuana-Fahrzeugkolonnen zur Grenze brachten, Kokain aus Schmuggler-Flugzeugen aus- und einluden."

Kann sich jetzt, wo der Dollar 2 535 Pesos kostet — nicht nur 600 Pesos — irgendjemand vorstellen, daß sich die Lage gebessert hat?

Wenn man darüber nachdenkt, ist es unmöglich, irgendeine Währung ernst zu nehmen, wenn Tausende, wenn nicht gar

Banker

Mexikos Schulden-Probleme

Millionen ihrer Einheiten benötigt werden, um irgendetwas von Wert zu kaufen. Ein Big-Mac-Hamburger von zwei Dollar kostet über 5 000 Pesos. Ein Auto im Wert von 15 000 Dollar kostet über 38 Millionen Pesos.

So wie die Währung verfällt, schaut jeder mit überschüssigen Pesos auf den Dollar, entweder als Devise oder als Bankkonto in amerikanischen Banken. Diese völlig normale Reaktion wird als „Kapitalflucht" heruntergemacht und veranlaßt das Establishment dazu zu verlangen, daß mexikanische Staatsbürger ihr überschüssiges Bargeld an die korrupte mexikanische Bürokratie ausliefern.

Das Establishment will nicht nur, daß mexikanische Besitzer von Dollar mehr zur Bürokratie beitragen. Das „Wall Street Journal" hob eine andere Gruppe von Mexikanern besonders hervor: Die Kleinen der Geschäftsleute des Landes, die vielleicht nicht so viel Steuern zahlt, wie es dem „Wall Street Journal" recht wäre.

Matt Moffet schreibt: „Mr. Salinas muß die florierende Untergrundwirtschaft nach Übertage bringen. Die Untergrundwirtschaft hat während der Krise den sozialen Druck dadurch gemildert, daß sie Millionen von Mexikanern Arbeit gebracht hat. Aber einige Experten sagen, daß die Verbreitung von Fabriken und Tacobuden (Taco = mexikanisches Gericht, bestehend aus einer gebratenen zusammengeklappten Tortilla mit Hackfleisch und Gemüse), die nicht in den Büchern stehen, aus der Hand zu gleiten droht.

Die Kleinen tragen die Steuerlast

Die blühende Untergrundwirtschaft war ein Schlüsselfaktor hinter dem überraschenden Wachstum von 1,8 Prozent, das Mexiko für das erste Quartal von 1989 verzeichnete, was mexikanische Haushaltsbeamte verblüffte, die inflationsbekämpfende Wirtschaftskontrollen entwarfen, um die Wirtschaftstätigkeit einzudämmen. Die Untergrundwirtschaften übten einen starken Druck auf reguläre Firmen in der Wirtschaft aus, die jetzt mehr als das Doppelte der Mindestlöhne zahlen müssen, um Arbeiter zu bekommen.

Sie müssen auch einen unverhältnismäßig hohen Anteil der Steuerlast tragen. ‚Es ist eine unredliche Konkurrenz die den Geschäftssektor lahmlegt der die Regierung am stärksten unterstützt', heißt es in einem Bericht der Handelskammer von Mexiko City."

Weniger Konsum dafür mehr Export

Jetzt gibt es einen neuen Tiefpunkt in den Kommentaren, sogar für das „Wall Street Journal". Mexiko versucht seinen Haushalt auszugleichen und seine Auslandsschulden durch Besteuerung von Tacoständen und Flohmärkten abzuzahlen. Mexikanische Arbeiter sollen Arbeitsplätze mit Mindestlohn — weniger als ein Dollar pro Stunde —, die ihnen die Handelskammern „anbieten", dankbar akzeptieren.

Die gleichen Arbeiter und Tacostandbesitzer sollen die Wirtschaft dämpfen, indem sie weniger essen und ohne die grundlegenden Notwendigkeiten auskommen, um dadurch mehr Waren für den Export und zur besseren Bedienung der Chase Manhattan Bank freibekommen.

Mexiko hat eine Auswahlmöglichkeit, um mit seinen Gläubigern fertigzuwerden, mit der seine Hartwährungsschulden verringert oder sogar beseitigt werden könnten. Diese Option wäre legal und stünde im Einklang mit Mexikos „Verbindlichkeiten" als Mitglied des Internationalen Währungs-Fonds. Sie bezieht sich auf die Auslegung von Artikel VIII, Abschn. 2 (b) der Bestimmungen des Internationalen Währungs-Fonds. Er lautet wie folgt:

„Devisenverträge, die die Währung eines Mitgliedsstaates berühren und die den Devisenkontrollbestimmungen dieses Mitgliedsstaates, die entsprechend mit dieser Vereinbarung beibehalten oder auferlegt werden, zuwiderlaufen, können in den Gebieten eines Mitglieds nicht erfüllt werden.

Darüber hinaus können Mitgliederstaaten im gegenseitigen Einverständnis zusammenarbeiten zu dem Zweck, die Devisenkontrollbestimmungen jedes Mitgliedsstaates wirksamer zu machen, vorausgesetzt, daß solche Maßnahmen und Bestimmungen mit dieser Vereinbarung im Einklang stehen."

Für die USA ist Mexiko gesund

Die maßgebende, in London ansässige „International Currency Review" berichtete, daß Mexiko sich bei seinen Verhandlungen mit seinen Bankgläubigern diesem Artikel zugewandt hat. Mexiko hält sich für einen Musterschuldner und ist darüber verärgert, daß ihm, je verantwortungsvoller es sich seinen Gläubigern gegenüber verhält, umso weniger Rücksicht entgegengebracht wird. Mexiko ist darüber bestürzt, daß Venezuela und vor allem Argentinien sich weniger verantwortungsbewußt verhalten, ihre Geldverleiher ihnen aber trotzdem mehr Konzessionen einräumen.

Die „International Currency Review" kommentiert dazu: „Wenn daher in London und New York unterzeichnete Darlehensvereinbarungen als ‚Devisenverträge' zu bezeichnen wären, dann könnte Mexiko nicht dazu verpflichtet werden, seine Schulden in Fremdwährung zu bedienen. Wenn Mexiko sich auf diese Klausel berufen würde, könnte es zwischen seinen Gläubigern auswählen, je nachdem welche Vereinbarungen es honorieren möchte und welche es nicht honorieren würde.

Dies könnte unter den gegebenen Umständen schnell zum Zusammenbruch der kollektiven Vorgehensweise bei allen Verhandlungen führen, die derzeit ziemlich schwach zusammengehalten werden durch Darlehensvereinbarungen, die vorsehen, daß, wenn eine Bank ihr Geld erhält, alle ihr Geld bekommen müssen.

In der monolithischen Fassade der Handelsbanken sind bereits gefährliche Risse aufgetreten. Im Mai 1989 wandten sich mexikanische Behörden an ein Konsortium japanischer Banken wegen ‚Gespräche über Gespräche', die zu einer separaten Vereinbarung führen könnten. Die japanischen Banken waren anscheinend nicht unempfänglich für diesen Gedanken."

Die amerikanische Regierung besteht darauf, die offizielle Fiktion aufrechtzuerhalten, daß trotz der anerkannten Wirtschaftsprobleme mit Mexiko alles zum Besten steht. Das US-Außenministerium bescheinigt ständig, daß Mexiko bei den amerikanischen Bemühungen, den illegalen Drogenhandel zu beseitigen, voll mitarbeitet. Amerika duldet aber sowjetische und kubanische Spionage in ihren Stützpunkten in den jeweiligen Botschaften in Mexico City, gegen amerikanische Interessen in Mittelamerika, in der Karibik und in den Vereinigten Staaten selbst.

Die USA sind bereit, Industrie und Arbeitsplätze nach Mexiko zu exportieren, so daß Mexiko nach den USA exportieren und die Gewinne an die Banker ausliefern kann.

Probleme werden unter den Teppich gekehrt

Mexiko wäre gut beraten, sich auf Artikel VIII 2 (b) der Bestimmungen des Internationalen Währungs-Fonds zu berufen. Es könnte seine Auslandsschulden abzahlen — Geld, das aus dem blauen Dunst geschaffen und durch Verleihung durch die Handelsbanken entstanden ist — mit Pesos, die es direkt oder durch sein verstaatlichtes Bankwesen herbeischafft. Nach rund einem Jahr der Hyperinflation könnte eine Währungsreform in einem Land durchgeführt werden, das eine Schuldenlast von 107 Milliarden Dollar nicht mehr auf den Schultern trägt. Dann könnte Mexiko seine Wirtschaft wieder aufbauen.

Aber man verlasse sich nicht darauf. Die Vereinbarung mit seinen Bankschuldnern vom Juli 1989 hat Mexikos Probleme wieder einmal verkleistert, und die Vorhersage lautet dahingehend, daß sich dieser Prozeß fortsetzen wird, zumindest durch die sechsjährige Amtszeit des Präsidenten Salinas hindurch, die bis Dezember 1994 andauert. □

Praktische Produktideen für »CODE«-Leser – vorgestellt vom *VITAL*-Versand Tien:

neues – bewährtes – besonderes

NEU: Elektrischer Fensterreiniger

ohne Wasser-ohne Reinigungsmittel-in Sekunden glasklare Fenster

Endlich können Sie einfach und problemlos ohne Wasser, ohne Reinigungsmittel, ohne Kraftanstrengung Fenster und alle glatten Flächen reinigen. **Keine Streifenbildung.** Keine Schlieren. Der **Blitz-Blank-Meister** hat eine Reinigungsfläche von 20 x 8 cm und ist sehr handlich (nur 800 g schwer). Preis DM 198,00.

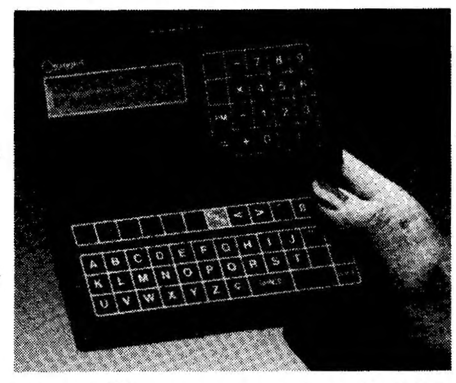
Einfachste Handhabung

Der neue elektrische Fensterreiniger Blitz-Blank-Meister funktioniert ohne großen Aufwand. Nach Aufheizen des Gerätes fährt man leicht über die zu säubernde Fläche. Eine leichte Dampfschicht zwischen der zu reinigenden Fläche und dem Gerät löst jeden Schmutz sorgfältig und sauber auf.

Wenn auch Sie in Zukunft auf moderne und einfache Weise Fenster putzen wollen, so fordern Sie Gratisprospekte des elektrischen Fensterreinigers telefonisch oder mit dem Coupon an. Bestellung des Gerätes auf Rechnung möglich.



elektronische Taschenübersetzer



Der erste Übersetzungscomputer der Welt **Hexaglot** hat insgesamt **6 Sprachen** zur Verfügung. Hexaglot verfügt über einen **Wortschatz von 40.800** Wörtern insgesamt. In jeder der Sprachen **Englisch, Französisch, Deutsch, Italienisch, Spanisch und Portugiesisch 6.800 Wörter**. Zusätzlich pro Sprache **50 Redewendungen**, die es Ihnen ermöglichen, sich immer und überall verständlich zu machen.

Per Knopfdruck kann von jeder in jede Sprache übersetzt werden. Preis DM 398,00. **Hexaglot** kann **14 Tage zur Probe** angefordert werden. Verwenden Sie den Coupon oder rufen Sie einfach bei uns an (Telefon 0 59 21 - 40 74).

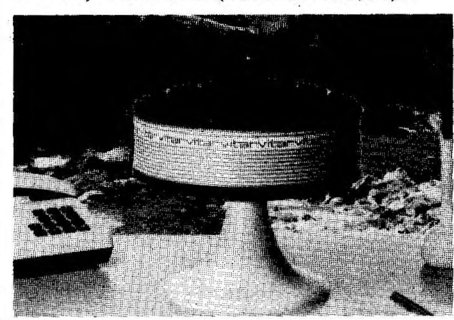
Auch bei uns erhältlich:

Langenscheidt alpha 40, der "Englisch-Profi" mit 40.000 Wörtern für Deutsch-Englisch. Mit unregelmäßigen Verben, persönlicher Datenbank und Taschenrechner. Preis DM 298,00.

Endlich Schluß mit Tabakqualm, Schmutzstoffen und Staub

Wohlbefinden durch "reine" Raumluft

Die Atemluft in **Wohn- und Schlafräumen, an Büro- und Arbeitsplätzen** wird mit dem patentierten und von der Universität in Bern empfohlenen **Raumluftreiniger und Ionisator VITAR** wirksam und sicher gereinigt; **ohne Wasser** und ganz **ohne Geräusche**! Lungengängige Schwebepartikel (wichtig **bei Zigarettenrauch**-Teerteilchen), **Schmutzstoffe, Bakterien, Ruß und sogar Viren, Pollen und Allergiestoffe** werden mit den VITAR-Ionen verbunden und am Gerät gesammelt. Dadurch effektive Beseitigung der Giftstoffe und keine tägliche Wartung und Pflege notwendig. Kein Luftzug. Geringer Stromverbrauch (nur 1 Watt). Preiswert (nur DM 478,00).



Für VITAR bieten wir Ihnen sogar einen 4-Wochen-Test ohne Vorauszahlung an, damit Sie sehen, was Sie ohne VITAR alles eingeatmet hätten.

Fordern Sie daher umgehend VITAR oder die Gratisprospekte an, um bald "reine" und somit gesunde Luft einatmen zu können.

Wählen Sie aus dem reichhaltigen Sortiment unseres Hauses sinnvolle und besondere Geschenke zu Weihnachten oder zu anderen Gelegenheiten aus. Auch für den Eigengebrauch eignen sich die Produkte bestens.

Anforderungen der Geräte oder Gratisinformationen können Sie schnell und einfach telefonisch oder mit dem Coupon vornehmen beim:

Spezialversandhaus
***VITAL*-Versand Tien GmbH, Bentheimer Str. 7-11/3, 4460 Nordhorn,**
Telefon (0 59 21) 40 74 (0-24 h)

☐ Bitte senden Sie mir schnellstmöglich über alle Artikel kostenloses Informationsmaterial.

Die Produkte haben auch mich begeistert und überzeugt. Ich fordere daher zur sofortigen Lieferung folgende Geräte an:

.. Stück **elektrische Fensterreiniger** DM 198,00
.. Stück **Hexaglot** 6 Sprachen DM 398,00
.. Stück **alpha 40** Dt./Engl. DM 298,00
.. Stück **VITAR** Raumluftreiniger DM 478,00

☐ zur Probe, zahlbar erst nach 14 Tagen oder Rücksendung des Gerätes
☐ auf Rechnung, +Versandspesen (ca. DM 5,00)
☐ per Nachnahme, ohne Versandkosten

Vorname Name

Straße und Hausnummer Telefon

PLZ und Ort

Datum und Unterschrift

VITAL-Versand Tien GmbH, 4460 Nordhorn

US-Atommüll kommt nach Deutschland

Das amerikanische Energieministerium hat Deutschland in aller Stille hochradioakties Cäsium und Strontium im Werte von 20 Millionen Dollar verkauft und bemüht sich darum, die Verschiffung von Hanford, US-Bundesstaat Washington, zur pazifischen Küste und dann durch den Panamakanal und über den Atlantik freizubekommen. Es wäre der erste Export von hochgradigem Atommüll in größeren Mengen, und die Mitarbeiter der Umweltschutzorganisation Greenpeace wollen den Versand nach Deutschland blockieren.

Die Bonner Regierung vereinbarte 1984 die 9,5 Tonnen Abfall von der Produktion von Kernwaffen zu kaufen, um sie bei Experimenten und Versuchen mit der Dauerentsorgung von Atommüll in stillgelegten Salzbergwerken zu verwenden.

Der Hanford-Betrieb des amerikanischen Energieministeriums hat den Müll, der zweimal so starke Gammastrahlungen wie Abfälle aus komerziellen Kraftwerksreaktoren emittiert, zu Glaselementen verarbeitet mit jeweils einem Gewicht von 300 Kilogramm.

Nach der Vereinbarung zwischen den beiden Regierungen wird das Material in 15 000 Kilo schweren Versandkisten verladen und den Deutschen in Hanford zur Verschiffung durch ein Privatunternehmen übergeben.

Nach ursprünglichen Plänen sollten die ersten drei Verschiffungen bereits im Herbst erfolgen, aber Beamte des amerikanischen Energieministerium und bei den staatlichen Bundesstaatsbehörden von Oregon und Washington sagten, daß die Vereinbarungen kaum vor dem kommenden Frühjahr erfüllt werden können.

Voraussichtlich sollen die Kisten per Lastkraftwagen von Hanford über die Interstate 84 durch die Landenge des Columbia River zum Hafen von Portland transportiert werden.

Beamte aus Oregon und Washington sagten, sie seien bereit den Transport durch ihre Staaten zu genehmigen, wenn sie sich davon überzeugt haben, daß alle Vorsichtsmaßnahmen getroffen worden sind.

Obwohl die Verkaufsvereinbarungen mit Bonn vor fünf Jahren getroffen wurden, setzte sich das US-Energieministerium erst in diesen Monaten mit den örtlichen Behörden wegen des Transports des Materials von Hanford nach Deutschland in Verbindung. □

Sowjets sehen in Deutschland eine Bedrohung für alle Nationen

Die Zeitung der sowjetischen Kommunistischen Partei „Prawda" klagte die Bundesrepublik Deutschland an, „für alle Länder auf dem europäischen Kontinent eine Gefahr zu sein".

Die Zeitung erklärte, daß die Bonner Regierung und politischen Parteien „unter dem Vorwand der Flüchtlingsfrage eine breite Kampagne der Provokation und der Haßpropaganda gestartet haben und für die Stabilität der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten, das Funktionieren der Gemeinschaft der sozialistischen Staaten und darüber hinaus für alle Staaten auf dem europäischen Kontinent eine Gefahr darstellen".

Das kurzfristige Ziel der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der DDR, so klagte die „Prawda" an, besteht darin, „auf die Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag in der DDR, an der Gorbatschow teilnahm, einen Schatten zu werfen".

Der sowjetische Marschall Sergej Akhromeyew, einer der Militärberater Gorbatschows, trug zu diesem Propagandafeuer bei, indem er in einer Rede vor dem finnischen Parlament behauptete, Deutschland sei immer noch Finnlands politischer Feind Nummer eins. Der sowjetische Heerführer, der derzeit über die finnischen Forderungen nach Änderungen im „Beistandspakt" von 1948 zwischen Finnland und der Sowjetunion verhandelt, erklärte, es könne keine Veränderung geben, weil die „grundlegende Situation" sich seit 1948 nicht geändert hat. □

Polen greift Moskau wegen der Invasion von 1939 an

Die Zeitung der polnischen Kommunistischen Partei „Trybuna Ludu" veröffentlichte einen noch nie dagewesenen Angriff auf die Invasion der Sowjets in Polen im Jahr 1939 und beschuldigte die sowjetischen Truppen „massiver Verbrechen". Die Zeitung führte aus, daß die Unterdrückung der Wahrheit über den Hitler-Stalin-Pakt, der den Weg für die Invasion freimachte, weiterhin die Beziehungen zwischen Polen und Russen belastet.

Der Kommentar wurde zu einem wesentlichen Teil von der Entscheidung der polnischen, von Solidarnosc beherrschten Regierung hervorgerufen, die des Jahrestages mit einer Kranzniederlegung in Warschau gedachte. Dies ist das erste Mal, daß das Ereignis in Polen offiziell anerkannt wird.

Die Londoner "Sunday Times" berichtete, der polnische Außenminister Krystof Skubiszewski habe angedeutet, daß Polen von der UdSSR Kriegsreparationen verlangen könnte. □

Britisch-französisches Raketenprojekt noch immer aktuell

Großbritannien erwägt immer noch ein gemeinsames Projekt mit Frankreich zur Entwicklung einer in der Luft abzuschießenden Atomrakete, die mit ihrer Reichweite in der Lage wäre, die unter dem Abkommen über die Intermediate Nuclear Forces (INF) verbotenen Waffen zu ersetzen, sagte der britische Verteidigungsminister Tom King.

Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem französischen Verteidigungsminister Jean-Pierre Chevènement stellte King nachdrücklich fest, daß die französische Luft-Boden-Mittelstreckenrakete neben anderen amerikanischen Alternativen „sehr ernsthaft" in Erwägung gezogen wird.

Kings Feststellung steht im Gegensatz zu früheren Erklärungen sowohl britischer als auch französischer Offizieller, daß Großbritannien die französische Auswahlmöglichkeit zum Ersatz der freifallenden Bomben der Royal Air Force verworfen habe und sich stattdessen für die in Amerika entwickelten Waffen entscheiden werde.

Die Londoner „Financial Times" kommentierte, daß eine anglo-französische Arbeitsgemeinschaft in der Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern auf dem Verteidigungsgebiet ein Durchbruch wäre. Die „Financial Times" stellt fest, daß Großbritannien und die Vereinigten Staaten bereits eine Denkschrift zur Verständigung unterzeichnet haben, um die Arbeit an einer Stand-off-Rakete mit einem britischen Sprengkopf zu erleichtern. □

Krise in Jugoslawien auf dem Siedepunkt

Die politische Krise in Jugoslawien verschlimmert sich rapide zu einem Zeitpunkt, an dem das Zentralkomitee der jugoslawischen Kommunistischen Partei und die jugoslawische Führung als Reaktion auf die Pläne der Führung in der nordwestlichen Provinz Slowenien, die auf ihr Recht zur Loslösung von der Föderation bestehen, in Belgrad die ersten Krisensitzungen abhielten. Es wird erwartet, daß das slowenische Parlament die Empfehlungen der Verfassungskommission der Provinz, das heißt die Abtrennung der Repu-

blik, die Aufnahme von Beziehungen zu einem anderen Staat und den Einsatz der bewaffneten Streitkräfte, so wie sie es politisch für richtig halten, ratifiziert werden.

Das jugoslawische Kollektivpräsidium drohte in einer Erklärung mit „schwerwiegenden Folgen", falls Slowenien den Plan weiter betreiben sollte. Der slowenische Führer Stanovnik erhob Kritik, die Belgrader Bundesbehörden hätten gegen Slowenien „einen Nervenkrieg" begonnen und warnte davor, daß jede Gewaltanwendung gegen Slowenien durch Belgrad eine Gegenwirkung hervorrufen würde. Er äußerte sich weiter, daß er hoffe, daß „die Vernunft die Oberhand behalten wird.".

Ein anderer slowenischer Sprecher ließ eine Erklärung vom Stapel, die die britischen Nachrichtenagenturen als „äußerst starke Zurückhaltung" gegenüber Belgrad bezeichneten. Die Stimmung in Belgrad sei herausfordernd und trotzig. Es gebe eine wachsende Spekulation im Land über eine „mögliche Gewaltanwendung" durch die zentralen Behörden, um die Slowenen in Zaum zu halten. □

Sowjetischer General verlangt Kürzungen bei der NATO

In einer Ansprache vor Parlamentariern in Washington verlangte der Sowjetische General Wladimir Lobow, Kommandeur des Warschauer Pakts, Kürzungen in den Militäreinrichtungen der NATO.

„Ich versichere noch einmal, daß wir nicht nur über die Dinge reden. Wir schreiten zur Tat und wir erwarten etwas von Ihnen", sagte Lobow. Sowjetische Kürzungen an Waffengerät und Soldaten sind der beste Beweis dafür, daß Moskau „den Krieg aus dem Leben der Menschen heraushalten will". Wir töten keine Menschen, wir erobern keine Gebiete. Wir zerstören militärische Technoloie. Dies ist eine Errungenschaft des menschlichen Geistes. Aber Sie, sagen Sie uns, wie Sie das machen. Bis jetzt noch nichts."

Der oberste Kommandeur der NATO, General John Galvin, konterte, daß einseitige Einschränkungen für niemand bindend sind und fügte hinzu: „Obwohl unsere Erwartungen hoch waren, sehen wir bislang nur wenig Verringerung in dem Niveau der Kampfkraft, die dem Osten zur Verfügung steht".

Lobow schoß zurück: „Vielleicht möchte er, daß überhaupt niemand gegen den Block antritt. Vielleicht möchte er nur einen Block haben: NATO. Ich verstehe diese Besorgnisse . . . aber wir können nicht die ganze Zeit einseitig handeln. Wir wollen daß sich auch auf ihrer Seite etwas bewegt." □

Gorbatschow setzt Japan-Besuch für 1991 fest

Der sowjetische Staatspräsident Michail Gorbatschow hat zugestimmt, Tokio 1991 zu besuchen. Der japanische Außenminister Taro Nakaya teilte dem sowjetischen Außenminister Schewardnadze mit, daß die neue japanische Regierung den Beziehungen mit der Sowjetunion einen hohen Vorrang einräumt. Er beklagte sich allerdings, daß bessere Beziehungen durch den „Mangel an einem starken politischen Willen seitens der Sowjetunion behindert werden.

Japanische Kreise glauben daran, daß durch die zeitliche Abstimmung des Gipfeltreffens für das kommende Jahr sichergestellt wird, daß ein amerikanisch-sowjetisches Gipfeltreffen vor dem erstmaligen sowjetischen Besuch in Tokio stattfinden wird.

Das Blatt der sowjetischen Kommunistischen Partei „Prawda" schrieb, daß die Sowjetunion und Japan tatkräftig nach einem Weg suchen, um einen Nachkriegs-Friedensvertrag zu unterzeichnen und bestätigte den geplanten Besuch Gorbatschows.

Die Tageszeitung schrieb auch über die sowjetisch-japanische Fehde wegen der Kurilen-Inseln „in weit ruhigeren Tönen, als in früheren Medienberichten über dieses Thema angeschlagen wurden", stellte die „Washington Times" fest. Die „Prawda" erkannte an, daß die vier Inseln vor dem Krieg zu Japan gehörten und wiederholte nicht die üblichen Erklärungen Moskaus, daß das Gebiet traditionell ein Teil der Sowjetunion sei. □

Kommission für Hitler-Stalin-Pakt unterdrückt

Eine Mehrheit der Mitglieder der sowjetischen parlamentarischen Kommission zur Untersuchung des Stalin-Hitler-Pakts von 1939 gab bekannt, die Ergebnisse ihrer Studie seien schon vor den für den 50. Jahrestag des Paktes geplanten Gedenkfeiern verzerrt und unterdrückt worden.

Juri Afanasjew, ein Historiker und Mitglied der Kommission, enger Berater Gorbatschows, handelte nach der Parteidisziplin als er verkündete, die Kommission habe herausgefunden, daß die geheimen Protokolle des Paktes zwar vorhanden gewesen seien, hätten aber nichts mit der Annektion der baltischen Staaten zu tun.

„Dies ist ein Fall reiner Desinformation", sagte er. Igor Grazin, ein Mitglied des Gremiums aus Estland, fügte hinzu: „Der Parteiapparat war offensichtlich der Meinung, daß unsere wirklichen Schlußfolgerungen unannehmbar seien, und daß er daher diesen Weg einschlagen mußte."

Im Schlußbericht der Kommission wird der Pakt für „null und nichtig vom Augenblick der Unterzeichnung an" erklärt. □

Schewardnadze kündigt Wirtschaftsflaute an

In seiner Rede vor der Foreign Policy Association in New York sagte der sowjetische Außenminister, Eduard Schewardnadze: „Direkt vor unseren Augen gleitet die Welt in eine tiefe Wirtschaftsflaute hinein. Die Schulden der Länder der dritten Welt, die Zinsen, die sie bezahlen müssen, und der Fortgang ihrer wirtschaftlichen Entwicklung — sind das nicht Anzeichen einer unmittelbar bevorstehenden Katastrophe? Die Reaktion darauf war jedoch höchst unzureichend. Die bislang getroffenen Maßnahmen können einige Trends nur zeitweilig mildern oder verlangsamen. Sie sind kein Ausweg aus der Lösung."

Doch das werden die von Schewardnadze vorgeschlagenen Lösungen auch nicht sein. Er rief zu „radikalen kühnen Schritten auf, eine Art New Deal, ein Übergang zu einer Politik, die die Entwicklungsländer in die wissenschaftliche, technologische und Informations-Revolution hineinziehen. Es wird notwendig sein, eine gewisse psychologische Schranke zu überwinden, über die nationalen Belange hinauszugehen und anzufangen in globalen Begriffen zu denken."

Mit anderen Worten, er schlug vor eine bösartigere Form des „globalistischen", „nachindustriellen" Wahnsinns anzuwenden, mit dem die Weltwirtschaft in die derzeitige Krise des Zusammenbruchs getrieben wurde.

Schewardnadze engagierte sich auch in dem beliebten russischen Zeitvertreib der Umschreibung der Geschichte und verglich wiederholt die wirtschaftliche Situation in der heutigen UdSSR mit der Zeit der großen Depression in den Vereinigten Staaten von 1929 bis in die dreißiger Jahre hinein. „1929", sagte er, „vollzog ein mächtiger Staat einen wirtschaftlichen Sturzflug. Die Leute standen am Times Square in New York nach Brot an und die Zelte der Arbeitslosen standen längs des Riverside Drive. In Washington kämpften Soldaten gegen die Bonus Army (Heer der Almosenempfänger), die in die Hauptstadt eingedrungen war. Die Leute starben bei Demonstrationen, Streiks und Aufständen".

Schewardnadze fuhr in der besten Tradition des logisch-positivistischen „dialektischen Materialismus" fort dahingehend zu argumentieren, daß, ebenso wie der Kapitalismus in den USA in den dreißiger Jahren überlebte, auch der Kommunismus seine derzeitige Krise in der Sowjetunion überleben werde. □

Frankreich

Verbündeter oder Siegermacht

Alfred König

Kaum scheint sich 45 Jahre nach Kriegsende Bewegung in der Frage des geteilten Deutschlands anzubahnen — zumindest was Mittel- und Westdeutschland betrifft — und ist auf mittlere Sicht selbst eine Wiedervereinigung oder zumindest Föderation nicht mehr auszuschließen, melden sich in der Welt wieder Stimmen zu Wort, die vor einem „zu starken Deutschland" warnen. Am lautesten ist dies wieder mal aus Frankreich zu hören, so daß sich die Frage stellt, ob sich dieses Land heute als Verbündeter Deutschlands ansieht oder nach wie vor als Sieger- und Besatzungsmacht des Zweiten Weltkrieges, die es durch Verrat und amerikanische Hilfe und nicht durch eigenes Vermögen geworden ist.

Während US-Präsident George Bush sagte, „es gibt in manchen Kreisen das Gefühl, daß ein wieder vereinigtes Deutschland schädlich für den Frieden in Europa, in Westeuropa, sein könnte. Ich sehe das nicht", klingt es bei unserem westlichen Nachbarn anders. Durch ein Erstarken der Bundesrepublik gewinne diese „als Attraktion für die osteuropäischen Länder möglicherweise ein zu starkes Gewicht", heißt es westlich des Rheins.

Eine Störung des Gleichgewichts

So billigte der französische Verteidungsminister Jean-Pierre Chevènement den Deutschen immerhin das freie Recht auf Selbstbestimmung zu, fügte aber sofort hinzu: „Das Gleichgewicht in Europa muß gewahrt bleiben". Als Störung dieses Gleichgewichts betrachtet Monsieur Chevènement nicht nur ein rund 80 Millionen starkes wieder vereinigtes West- und Mitteldeutschland, sondern führt als „deutsches Gleichgewicht" in der EG auch Österreich an. Er empfahl eine gemeinsame Ostpolitik, um die DDR zu demokratisieren, aber nicht zu destabilisieren.

Bereits vor Chevènement hatten Außenminister Dumas und der sozialistische Parlamentspräsident Fabius gefordert, der Westen müsse zwar alles für Reformen in Osteuropa tun, ohne allerdings „die Destabilisierung zu fördern, die verheerende Folgen haben könne". Daß besonders Frankreich nichts zu der Ende 1987 von der Bundesregierung geforderten gemeinsamen Ostpolitik beitrug, erwähnen die beiden Herren nicht.

Klare Worte sprach auch der französische Staatspräsident Francois Mitterrand. Taktisch klug erklärte dieser, er verstehe das Anliegen der Wiedervereinigung gut, aber die Sowjetunion sei hierzu nicht bereit. Und jetzt kommt, was sich jeder Deutsche zweimal durchlesen sollte: Von einer Zustimmungspflicht durch alle europäischen Länder wollte Mitterrand zwar nichts wissen, doch beharrte er darauf, daß die Wiedervereinigung der Zustimmung der vier Siegermächte bedürfe.

Man stelle sich einmal vor: 44 Jahre nach Beendigung des Zweiten Weltkriegs spricht der Staatspräsident eines „befreundeten" Landes also der Bundesrepublik das Recht auf eigene Souverenität ab und „beharrt" auf einer „Zustimmungspflicht" seines Landes bei einer Sache, die nur die Deutschen und sonst niemand anderen etwas angeht.

Der Grund hierfür ist die Angst Frankreichs, daß sie bei einem wiedervereinigten Deutschland über die EG ihre vielen Defizite nicht durch die Bundesrepublik — in erster Linie — wieder ausgleichen lassen können. Denn die Franzosen sind doch der eigentliche große Gewinner des Binnenmarktes. Ihr maroder Franc wird durch die Bildung der gemeinsamen Währung ECU und der darin enthaltenen Mark subventioniert und damit stabilisiert, sie erhalten viel mehr aus den EG-Kassen als sie einbezahlt haben.

Der Gewinner im Binnenmarkt

Man schaue sich aber einmal an, wie es nach einer Wiedervereinigung mit der DDR aussehen würde. Das Bruttosozialprodukt würde dann 1 075,9 Milliarden Dollar betragen — Bundesrepublik heute 893,1 Milliarden Dollar — gegenüber 706,5 Milliarden Dollar Frankreichs. Die wiedervereinigten beiden deutschen Teilstaaten hätten rund 22 Millionen Einwohner mehr als Frankreich, und der Export läge mit knapp 580 Milliarden DM um rund 322 Milliarden DM über dem unseres westlichen Nachbarstaates. Damit könnte Deutschland dann aber fordern, daß es endlich den Stellenwert in der Weltpolitik eingeräumt bekommt, der ihm heute noch vorenthalten wird. Dies würde aber zu Lasten Frankreichs gehen, was der Grund für das antideutsche Geschrei der Franzosen ist.

Fast noch skandalöser ist aber das Verhalten der SPD zu diesem Gehabe, das an den Vorherrschaftsanspruch Ludwigs XIV. im 17.Jahrhundert erinnert. Während sich der frühere Vorsitzende der Sozialdemokraten, der große Deutsche Kurt Schumacher, stets mit seiner ganzen Kraft dafür einsetzte, daß das geteilte Deutschland wieder eins wird, stimmte nun sein „Enkel", Vogel, dem französischen Staatspräsidenten voll zu.

Dies gilt auch für die Äußerung Mitterrands, daß sich zunächst „beide deutsche Staaten" — in Wirklichkeit gibt es aber nur einen geteilten deutschen Staat — einig sein müßten, da keiner dem anderen etwas aufzwingen könnte. Da zeigt sich wieder einmal, daß der sogenannte Deutschlandvertrag in Wirklichkeit nicht das Papier wert ist, auf dem er geschrieben ist, denn diese Erklärung des Franzosen ist genau das Gegenteil dessen, was in eben diesem Vertrag steht.

Während die außenpolitische Sprecherin der Unionsfraktion im Bundestag, Michaela Geiger, nur mit schwammigen Worten darauf hinwies, ist dagegen dem Generalsekretär des Bundes der Vertriebenen, Koschyk, zu danken, der dem mit ganz klaren Worten widersprach und erklärte, daß für die Bundesregierung nunmehr „ein erheblicher Erklärungsbedarf" bestehe, ob Frankreich zu seinen Verpflichtungen für die Wiedervereinigung stehe. Die Antwort der Bundesregierung hierauf ist Schweigen.

Bonns Mann des Jahres

Nur, ist dies wirklich so überraschend? Besonders Außenminister Genscher gilt als strengster Verfechter eines Dialog-Kurses. Bonn müsse jetzt „Kurs halten", das heißt die Festlegung der Oder-Neiße-Linie als Westgrenze Polens und die Ostverträge von den siebziger Jahren einhalten, sowie die deutsch-sowjetische Erklärung von Gorbatschows Besuch im Juni und die Schlußakte von Helsinki im Umgang mit den Staaten des Warschauer Paktes nutzen.

Gerade jetzt sei Besonnenheit und langer Atem gefordert, ebenso „Verantwortung im Handeln und im Reden, denn wir wollen stabile Bedingungen haben, unter denen sich die Reformprozesse dort, wo sie schon begonnen haben, vollziehen können", sagte Genscher, der jetzt von manchen sogar als „Mann des Jahres" bezeichnet wird, da es ihm zu verdanken sei, daß den tausenden von DDR-Flüchtlingen in den Botschaften Bonns die Ausreise in die Bundesrepublik erlaubt wurde.

Die Wirklichkeit sieht aber doch anders aus. Nicht Herrn Genscher ist es zu verdanken, daß den tausenden die Ausreise erlaubt wurde und wenn es jetzt wirklich zu Reformen in der DDR kommen sollte. Für die Ausreise sind nur die geänderten Verhältnisse in Ungarn und Po-

len verantwortlich. In einem Ungarn mit den Verhältnissen von vor zehn Jahren wäre dies alles niemals erlaubt worden. Und die Gespräche mit der DDR-Führung werden von Genscher doch schon seit 20 Jahren geführt. Erfolg waren minimale Lockerungen bei gleichzeitig unverantwortlich hohen Gegenleistungen Bonns.

Das „Kuratorium Unteilbares Deutschland" hat es vor kurzem auf einen kurzen treffenden Nenner gebracht: „Auch Bonn weiß in der DDR nicht weiter". Deren Vorsitzender, der SPD-Politiker Haack, hat in einem Interview mit der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" erklärt, er habe den Eindruck, daß die Fluchtbewegung die Politiker aller Parteien unvorbereitet getroffen habe. Ein Grund hierfür sei offenbar, daß sie sich ihr Bild über die DDR zu sehr in Gesprächen mit führenden SED-Politikern und bei offiziellen Kontakten gebildet hätten.

Nicht über das eigene Schicksal bestimmen

Dieses betreffe vor allem auch die SPD, die „in die Gefahr gekommen ist, sich zu sehr mit der gegenwärtigen SED-Führung einzulassen". Wie sehr Haacks Äußerungen über die SPD zutreffen, soll nur an zwei Beispielen gezeigt werden. So erklärte der SPD-Vorsitzende Vogel: „Es existiert keine in der Öffentlichkeit bekannte Oppositionsgruppe in der DDR, mit der wir keinen Kontakt haben."

Der im Juni 1988 aus der DDR ausgereiste Mitbegründer der Initiative „Frieden und Menschenrechte", Ralf Hirsch, erklärte hierzu jedoch: „Das ist einfach eine Lüge."

Und das Vorstandsmitglied der SPD-Bundestagsfraktion, Karsten Voigt, erklärte zur Frage der Wiederherstellung der deutschen Einheit: „Deutschland liegt zu zentral in Europa, ist zu wichtig für Europa, als daß es über sein Schicksal allein verfügen könnte — und dürfte."

Für kritikwürdig hielt Haak vor allem auch die undifferenzierte Verwendung des Begriffs „Stabilisierung der DDR" durch alle Parteien. Angesichts der Tatsache, daß die DDR im Inneren noch lange nicht befriedet sei, sei es „besonders unverständlich", wenn Politiker aus der Bundesrepublik, für die hierzulande ein noch so geringer Verzicht auf Freiheit indiskutabel sei, den Deutschen in der DDR einen „dritten Weg" aufreden wollten. Die Beseitigung der DDR zum derzeitigen Zeitpunkt zu fordern sei ebenso kontraproduktiv wie die Beschränkung auf „kleine Schritte" ohne eine weiterreichende konkrete Zielsetzung, ohne das Ziel einer Veränderung des SED-Regimes in seiner politischen Substanz, sagte Haack abschließend.

Falls es zu Reformen in Ostdeutschland kommen sollte, dann ist es nur den Bürgern dort zu verdanken, die eben nicht darauf warten wollten, daß durch das Geschwafel zwischen Bonn und Ostberlin endlich im Jahre 199X irgendwann einmal das Reisealter von 60 auf 58 Jahre gesenkt wird und bei Westreisen nicht der Ehegatte und eventuelle Kinder zurückbleiben müssen, sondern bei vier vorhandenen Kindern dann immerhin eins mitgenommen werden darf.

Die Achse Deutschland — UdSSR

Vielmehr gingen sicherlich ausgelöst durch Gorbatschows Politik in der Sowjetunion, tausende DDR-Deutsche auf die Straßen, flüchteten zum Teil unter Gefährdung des eigenen Lebens in die Botschaften Westdeutschlands, und zwangen eben durch diese Destabilisierung der DDR diese zum Einlenken.

Wie „vorausschauend" die etablierten bundesdeutschen Politiker sind, bewies der FDP-Vorsitzende Lambsdorff, der Mitte September vor einer Destabilisierung der DDR warnte. Nur diese ist es doch letztendlich, die Reformen auslösen kann. Denn die meisten der vielen tausend in jüngster Zeit in die Bundesrepublik Geflüchteten sind junge Leute unter 30, darunter sehr viele hochqualifizierte Facharbeiter. Und diese braucht die DDR doch, wenn das Land nicht ganz im Chaos versinken will.

Also bleiben der DDR-Führung nur zwei Möglichkeiten: Entweder Beibehaltung der stalinistischen Politik oder Reformen. Und solange Gorbatschow in der UdSSR an der Macht ist, so lange wird auch der Freiheitswille nicht brechen. Ein Vorgehen wie das der chinesischen KP kann sich die DDR aber nicht leisten, da sie zum einen viel mehr auf den Westen — aber auch auf die UdSSR — angewiesen ist und sie zum anderen, anders als am 17. Juni 1953, nicht auf die Hilfe eben dieser Sowjetunion zählen kann.

Überhaupt kommt Michail Gorbatschow eine überragende Bedeutung auf den Verlauf der Weltgeschichte zu. In Gorbatschows Plänen läuft letztendlich alles auf eine Achse Sowjetunion — Deutschland heraus. Dies war auch der Grund für die Veröffentlichung der Totenbücher von Auschwitz, mit den dort aufgeführten 74 000 und nicht Millionen Toten. Auch die Weigerung Gorbatschows zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Israel geht in diese Richtung.

Die Neutralität als Preis

Immer vorausgesetzt, Gorbatschow kann sich halten und wird nicht eines Tages entmachtet oder ermordet, kann man aus jetziger Sicht davon ausgehen, daß die Wiedervereinigung über kurz oder lang kommen wird — wahrscheinlich noch in diesem Jahrtausend —. Der Preis, den die Bundesrepublik dafür wahrscheinlich zu zahlen haben wird, wird die Neutralität oder zumindest eine Art von modifizierter Neutralität sein.

Zur Wahrung des deutschen, aber auch des Weltinteresses ist hierbei aber eine nationale Regierung vonnöten. Eine zu weit linksstehende Regierung könnte nämlich zu einer Art Finnlandisierung mit zu starkem Einfluß der Sowjetunion führen, während eine Politik der Konservativen eine zu starke Bindung an den Westen und damit die Verhinderung der Wiedervereinigung — oder zumindest eine Konföderation mit der DDR zu viel schlechteren Bedingungen — bedeuten würde.

Während es von daher sicherlich von der Bundesrepublik richtig ist, die Reformbestrebungen in der DDR und vor allem auch die Gruppen, die hierbei an vorderster Front stehen, mit Sympathie zu betrachten und weitgehend zu unterstützen, so ist aber doch aus nationaler Sicht auch allergrößte Vorsicht angebracht. Denn gerade das „Neue Forum", das sich als Führungsgruppierung der Reformkräfte außerhalb der SED herauskristallisiert, muß doch manche Vorbehalte wecken.

So erklärte das Gründungsmitglied des „Neuen Forums" Reinhard Schult im „Stern" folgendes: „Die Wiedervereinigung ist für uns kein Thema. Wir finden dieses CDU-Gedudel von den Brüdern und Schwestern im Osten nervend und widerlich. Als Verursacher von zwei Weltkriegen sollten die Deutschen die nationale Trommel in der Rumpelkammer stehen lassen, die Nachkriegsgrenzen endlich anerkennen und den Heimatvertriebenenverbänden den Status der Gemeinnützigkeit entziehen, damit dieses künstliche Trachtengetümmel endlich aufhört.

Man sollte nicht blindlings vertrauen

Es gibt kein Schlesien, Ostpreußen und Pommern mehr — und sollte es auch nicht mehr geben. Deutsche — wenn sie bereit sind, die Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen — müßten sich als Weltbürger begreifen und solidarisch mit allen Verfolgten auf dieser Welt sein. Einerseits jubelt die Bundesrepublik über jeden Deutschen, der aus dem Osten oder aus der DDR kommt, andererseits werden Flüchtlinge aus dem Libanon oder Ceylon, die nur das nackte Leben retten konnten, wieder zurück in den sicheren Tod geschickt."

Dieses ähnelt sehr stark dem, was man sich hierzulande alles von den Grünen anhören muß. Sicherlich kann man nicht erwarten, daß es in der DDR direkt zu einem Regierungswechsel von der SED zu einer politisch konservativen oder gar nationalen Regierung kommt und sicherlich muß man die Reformkräfte dort erst einmal unabhängig von ihrer politischen Grundeinstellung unterstützen, doch darf diese Gruppierung auch nicht blindlings hofiert werden. □

Terrorismus

Vertuschung des Unglücks mit der Pan Am 103

Victor Marchetti

Der amerikanische und israelische Geheimdienst versuchen im Einvernehmen mit der bundesdeutschen Kriminalpolizei ihre Nachlässigkeit im Zusammenhang mit einer möglichen Verhinderung des terroristischen Bombenanschlags auf den Flug 103 der Pan American Airlines über Lockerbie, Schottland, im Dezember 1988 zu vertuschen. Spitzenbeamte in allen drei Regierungen wissen um die Vertuschung und sind anscheinend dazu bereit, hier mitzuspielen.

Nach unseren Informationsquellen ist für den Bombenanschlag auf das Jumbo-Passagierflugzeug Boeing 747, bei dem 259 Passagiere und Mannschaftsmitglieder und elf Dorfbewohner getötet wurden, die Front für die Befreiung Palästinas verantwortlich. Diese extremistische Organisation, kommandiert von Achmed Dschibril, steht schon seit langem mit der PLO und deren Vorsitzenden Jassir Arafat auf dem Kriegsfuß. Dschibril und seine Anhänger lehnen es hartnäckig ab, die diplomatischen Bemühungen der PLO zur Herbeiführung einer friedlichen Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts zu unterstützen. Seine Organisation, die einst von Gaddafis Libyen aus operierte, ist jetzt in Syrien stationiert und erhält von dem radikalen Regime des Iran finanzielle Unterstützung.

Sprengstoff vom tschechischen Geheimdienst

Die Sprengvorrichtung, die verwendet wurde, um die 747 aus dem Himmel zu sprengen, wurde mit einem explosiven Kunststoff hergestellt, der Dschibrils Gruppe vom tschechischen Geheimdienst geliefert wurde. Die Vorrichtung wurde von den Terroristen über die Türkei und per Auto zum Frankfurter Flughafen gebracht, wo der Flug 103 begann.

Die Route, über die die Terroristen die Bombe nach Frankfurt transportierten, war dem israelischen Mossad, dem CIA und der bundesdeutschen Kriminalpolizei als eine solche bekannt, die von Drogendealern zum Transport von Heroin aus dem Nahen Osten nach Nordamerika benutzt wird.

Am Frankfurter Flughafen wurde der Koffer mit der Bombe von türkischen Gepäckarbeitern in der Ladezone, wo sie arbeiteten, versteckt. Die Türken, die einem wohlbekannten Drogenschmuggelnetz angehören, dachten, der Koffer enthalte eine für New York bestimmte Drogensendung. Bei der Beladung des Flugs 103 tauschten die Gepäkkarbeiter den Koffer mit der Bombe gegen einen gleich aussehenden Koffer aus, den ein Flugreisender am Ticketschalter aufgegeben hatte.

Es war ein Vorgang, den die Türken in der Vergangenheit schon viele Male für ihre illegal mit Drogen handelnden Chefs ausgeführt hatten. In diesem Falle wurde der Kofferaustausch sogar von einer durch die deutsche Polizei in der Gepäckabfertigung installierten Überwachungskamera festgehalten.

Nach unseren Informationsquellen hatten die Kripo und der CIA den Drogenring durchdrungen und überwachten dessen Tätigkeiten in Frankfurt scharf, in der Hoffnung, bald einen großen Drogenring sprengen zu können. Was die Amerikaner und die Deutschen jedoch nicht wußten war die Tatsache, daß Dschibrils terroristische Organisation, die geplant hatte, den Heroin-Schmuggelbetrieb zu benutzen, um die Bombe an Bord des Flugs 103 zu bringen, das Drogennetz ebenfalls durchdrungen hatte.

Es verlief alles wie geplant

Mittlerweile war der israelische Mossad auch in das Drogennetz im Nahen Osten eingedrungen. Aus diesen Kreisen erfuhr der Mossad von Dschibrils Plan, den Pan Am Flug 103 zu zerstören.

Ein paar Tage vor dem verhängnisvollen Flug sandten die Israelis eine Warnungsbotschaft an den in Frankfurt stationierten CIA und auch an die deutsche Kripo. Diese Warnung wurde von beiden Diensten weitgehend außer Acht gelassen, weil ihre Quellen in dem Drogennetz in Frankfurt keine Ahnung davon hatten, daß ein derartiger Anschlag bevorstand. Die Amerikaner und die Deutschen waren zuversichtlich, daß, wenn solch ein Plan im Gange ist, ihre Quellen wahrscheinlich davon unterrichtet werden.

Folglich verlief alles wie geplant. Der Koffer mit der Bombe wurde von Dschibrils Leuten von Paris nach Frankfurt gebracht und den türkischen Gepäckarbeitern übergeben, die glaubten, es handele sich um eine Heroinsendung. Sie verstauten den Koffer im Gepäckraum und vertauschten ihn später unter heimlicher Beobachtung durch den CIA und die deutsche Polizei gegen einen anderen und luden die Bombe auf den Flug 103. Wenige Stunden später explodierte die Pan-Am-Düsenmaschine in der Luft über Schottland und alle an Bord befindlichen Menschen — darunter drei Beamte des amerikanischen Geheimdienstes, die mit einem anderen Auftrag unterwegs waren — und fast ein Dutzend Dorfbewohner von Lockerbie kamen dabei ums Leben.

Am liebsten den Vorfall vergessen

In der Zeit unmittelbar nach der Katastrophe kam schließlich Klarheit in die Fakten — und ärgerliche gegenseitige Beschuldigungen wurden zwischen dem CIA, der deutschen Kripo und dem Mossad ausgetauscht. Alle drei Dienste hatten teilweise Schuld an der Katastrophe.

Seltsamerweise hat sich weder Dschibrils Organisation noch irgendeine andere anerkannte terroristische Gruppe jemals zu dem Bombenanschlag bekannt. Auch ist bis jetzt — nach monatelanger Untersuchung — noch keine Terroristenbande offiziell von der US-Regierung beschuldigt worden.

Es scheint, daß alle Beteiligten — mit Ausnahme der Familien der Opfer — es lieber hätten, wenn der ganze Vorfall vergessen werden würde. Versuche zur Wahrheit vorzustoßen werden von dem CIA und jetzt vom FBI behindert, mit Unterstützung des deutschen Bundeskriminalamtes und des Mossad, um ihre Nachlässigkeit zu vertuschen. Sogar die Pan Am und deren Versicherung scheinen willens zu sein bei der Vertuschung mitzuspielen, solange sie nicht für die Katastrophe verantwortlich gemacht und später von den Gerichten aufgefordert werden, den Familien der Opfer Entschädigung zu leisten.

Ob die Wahrheit jemals ans Tageslicht treten wird ist jetzt eine offene Frage. Diejenigen Personen, denen die Tatsachen bekannt sind, werden unter Druck gesetzt — und in einigen Fällen sogar bedroht — zu schweigen. Hunderte von Millionen Dollar und was noch wichtiger ist, der Ruf staatlicher Geheimdienste stehen auf dem Spiel.

Geheim bleiben Quellen und Methoden

Die Mauer des Schweigens, die um die Pan-Am-Katastrophe des vergangenen Jahres errichtet wird, hat ihre festen Fundamente in den Nachrichtendiensten, die am meisten daran beteiligt sind. Der israelische Mossad,

der sich zunächst groß aufspielte, um die Lorbeeren dafür einzuheimsen, daß er den CIA und das Bundeskriminalamt vor dem terroristischen Anschlag gewarnt hatte, überdachte schnell seine Position, als ihm klar wurde, daß seine Warnung nicht ausreichend war, — und daß sich eine große Zahl von amerikanisch-jüdischen Studenten der Syracuse University an Bord des Flugs 103 befanden.

Der Mossad weiß sehr wohl, daß eine verschwommene Warnung aus einer Hauptdienststelle in Jerusalem an die CIA-Basis in Frankfurt bezüglich einer terroristischen Aktion in unseren Tagen als Routineangelegenheit betrachtet wird. Was der Mossad hätte tun sollen war entweder den Stationsleiter des CIA in Jerusalem anzurufen und ihm die Botschaft zu übermitteln oder seinen Spitzenmann in Washington mit einer klaren Warnung zur Hauptdienststelle des CIA zu schicken.

Aber nach unseren Quellen waren die Israelis sich ihrer Informanten in Dschibrils Terroristengruppe nicht allzu sicher. Oder was noch näher liegt, sie befürchteten ihre Quellen zu gefährden, wenn sie den Amerikanern und Deutschen genaue Informationen gegeben hätten. Es gibt nichts was Geheimdienstagenten schärfer bewachen als ihre Quellen und Methoden.

Später als die Tat geschehen war, kam der Mossad zu dem Schluß, daß es besser sei, seine Informanten zu schützen, als sich dafür belobigen zu lassen, daß er im voraus um den Bombenanschlag wußte, sagen unsere Quellen. Und sie fügen hinzu, daß die Möglichkeit nicht von der Hand zu weisen ist, daß der Mossad selbst bei dem Anschlag seine Hand im Spiel hatte.

Zu der Zeit lag sich die zionistische Regierung im Kielwasser der unentschiedenen Wahlen, die gerade einen Monat vorher stattgefunden hatten, in den Haaren, die palästinensische Intifada war in vollem Gange und die scheidende Reagan-Regierung hatte es zugelassen, bezüglich der Friedensmöglichkeit im Nahen Osten Verhandlungen mit der gefürchteten PLO aufzunehmen.

Der andere Faktor, der für das Schweigen des Mossad spricht, ist die hohe Zahl von amerikanisch-jüdischen Opfern des Bombenanschlags. Man erwartet von Israel nicht nur die Sicherheit von Juden in der ganzen Welt zu gewährleisten, sondern es trägt auch eine besondere Verantwortung für amerikanische Juden — deren Stimme und Einfluß bei der US-Regierung das Lebensblut des Judenstaates sind. Eine Möglichkeit, das Leben der jüdischen Studenten zu retten, vermasselt zu haben, war unverzeihlich.

Das Versagen der Geheimdienste

Was den CIA betrifft, so möchte er den Vorfall vertuschen, um sein eigenes Versagen zu kaschieren. Er hatte sich zu sehr auf seine Quellen im Drogennetz in Frankfurt verlassen. Es gab keinen logischen Grund für die CIA-Beamten anzunehmen, daß ihre Quellen über einen terroristischen Plan, wie den von Dschibril Bescheid wußten, auch gab es keine Gewissheit dafür, daß die Quellen der CIA-Dienststelle benachrichtigt würden, wenn sie von dem Anschlag wußten, stellen unsere Quellen fest. Das Drogennetz wird nicht gerade von Freunden der USA oder was das betrifft der Israelis geleitet. Die Hoffnung auf die Zerschlagung eines Drogenrings in naher Zukunft vernebelte offensichtlich das Gehirn der amerikanischen Geheimdienstler.

Zu der Besorgnis des CIA wegen seines Rufs als Geheimdienst kommt noch die offensichtliche Tatsache hinzu, daß das Versagen des CIA viele Menschenleben kostete und ernsthafte Zweifel über die Fähigkeit der US-Regierung aufwirft, ihre Bürger vor solchen terroristischen Aktionen zu schützen. So ist es kein Zufall, daß der CIA versucht, seine Nachlässigkeit bei der Pan-Am-Katastrophe zu vertuschen und gleichzeitig in aller Stille Verhandlungen mit dem KGB aufgenommen hat, um nach Wegen der Zusammenarbeit bei der Lösung des Problems des Nahost-Terrorismus zu forschen.

Das bundesdeutsche Bundeskriminalamt befindet sich in einer ähnlichen Lage wie der CIA, nur nicht ganz im gleichen Ausmaß. Weder die Bundesregierung noch Bürger der Bundesrepublik Deutschland waren Ziele des terroristischen Anschlags. Daher waren die Deutschen auch eher dazu bereit, private Fahndungsbeamte bei ihren Ermittlungen in dieser Sache zu unterstützen.

Der Untersuchungsbericht kam in den Safe

Wenn der Mossad und die Regierung, die er vertritt, an einer Vertuschung von der Größenordnung wie die der Pan-Am-103-Affäre beteiligt ist, dann ist das eine Sache. Das ist von ihm zu erwarten. Aber es ist eine sehr viel ernsthaftere und beunruhigendere Angelegenheit, wenn der Leiter des CIA, der vom amerikanischen Präsidenten ernannt und vom US-Kongreß bestätigt wird, sich in eine derart verdammenswürdige Heuchelei einläßt. Leider scheint dies aber der Fall zu sein.

Die Pan Am und ihre Versicherungsgesellschaft, denen daran liegt, feststellen zu lassen, daß seitens der Luftfahrtgesellschaft keine Nachlässigkeit vorliegt, warb vor einigen Monaten eine Mannschaft von ehemaligen Geheimdienstbeamten an, um den Bombenanschlag von sich aus zu untersuchen. Diese Ermittlungen laufen mit den amtlichen, in der Öffentlichkeit wenig bekannten Untersuchungen einher, die von der US-Regierung — weitgehend durch den CIA — durchgeführt werden.

Pan Am und ihr Versicherer brauchen nach den Bedingungen der Warschauer Konvention, die die als Folge eines internationalen Flugzeugunglücks zu zahlenden Entschädigungen regeln, jeder der Familien der Opfer nur 75 000 Dolar zu zahlen. Wenn aber nachgewiesen werden kann, daß die Airline nachlässig gehandelt hat — wie im Falle des Abschusses der koreanischen 007 vor einigen Jahren —, dann können die Gerichte für den Tod jedes einzelnen Passagiers Millionen von Dollar gewähren. Daher liegen für Pan Am und ihre Versicherungsgesellschaft gute Gründe dafür vor, nachzuweisen, daß die Fluggesellschaft an dem Bombenanschlag gegen den Flug 103 keinerlei Schuld trägt — auch wenn dies bedeutet, die Unfähigkeit des CIA und des Mossad bloßzustellen.

Das ist genau das, was die Mannschaft von internationalen Fahndungsbeamten der Pan Am getan hat, indem sie die Fakten über Dschibrils Anschlag ans Tageslicht brachte. Indem sie dies tun, verweisen die Fahnder unvermeidlich auf das Versagen des Mossad und des CIA, die notwendigen Schritte zur Verhinderung des Bombenanschlags nicht unternommen zu haben. Offensichtlich will keiner der beiden Geheimdienste, daß diese Dinge an die Öffentlichkeit gelangen.

Darüberhinaus gab es in den letzten Wochen bedrückende Hinweise darauf, daß die Pan Am vielleicht durch den CIA und höhere Stellen in Washington in die Vertuschung hineingelockt worden ist. Nach Eingang des Untersuchungsberichtes von ihrer Mannschaft ehemaliger Geheimdienstagenten legte der Vorstandsvorsitzende der Pan Am ihn dem Richter William Webster, Leiter des CIA vor. Auf Anraten von Mitarbeitern seiner Dienststelle verwarf Webster die Untersuchungsergebnisse und bat darum, den Bericht hinter Schloß und Riegel verschwinden zu lassen. Und bis jetzt hat die Pan Am dementsprechend gehandelt.

Nachdem ihnen die Untersuchungsergebnisse des Pan-Am-Berichts bekanntgegeben worden waren, begannen der CIA und der Mossad — und kürzlich auch das FBI — mit einer verdeckten Kampagne, um die ehemaligen Geheimdienstbeamten, die den Bericht erstellt haben, unglaubwürdig zu machen. Dies geschah trotz der Tatsache, daß diese Beamten makellose Zeugnisse — sowohl von amerikanischen Geheimdiensten als auch von solchen aus dem befreundeten Ausland vorweisen können. Darüber hinaus haben der CIA und das FBI kürzlich damit begonnen, diese privaten Ermittlungsbeamten zu belästigen und einzuschüchtern, um sie zum Schweigen zu bringen. Die Untersuchungsbeamten haben aber nichtsdestoweniger zuständige Stellen im US-Kongreß von ihren Untersuchungsergebnissen unterrichtet und ihnen mitgeteilt, daß sie bereit sind, vor einem Untersuchungsausschuß des Kongresses über den Bombenanschlag gegen den Flug 103 auszusagen. □

Spetsnaz-Truppen in Alaska

Mike Blair

Ein im aktiven Dienst stehender Offizier der amerikanischen Armee bestätigte, daß sowjetische kommandoartige Einheiten, die von Unterseebooten oder entfernt liegenden sibirischen Stützpunkten aus operierten, in amerikanisches Territorium auf Inseln des Staates Alaksa und entlang der Küste des Festlandes von Alaska eindringen.

CODE berichtete bereits früher, daß sowjetische Spetsnaz (Yoyska Spetsial nago Naznacheniya oder „Sondereinsatz"-Verbände), die dazu ausgebildet sind, vor dem Einmarsch sowjetischer Invasionstruppen Unruhe und schwere Störungen zu stiften, in abgelegenen Bereichen der Küste von Alaska und auf Inseln Landungen vorgenommen haben.

Landungen sind gang und gebe

Jetzt teilte ein aktiver Offizier der US-Army mit, der zwei Jahre bei der Sixth (Light) Infantry Division in Alaska Dienst getan hat, daß Landungen in Alaska durch Spetsnaz-Truppen „beinahe gang und gebe" und die Berichte über sie unter den in Alaska dienenden amerikanischen Truppen weithin bekannt seien.

Der Offizier sagte, er habe während seiner Dienstzeit in Alaska persönlich von „mehreren" Berichten darüber gewußt, daß Schlupfwinkel mit sowjetischen Versorgungsgütern und Waffen längs der Küste von Alaska entdeckt wurden, wo sie anscheinend von Spetsnaz-Truppen hinterlegt worden waren.

Nichtdestoweniger heißt es im amtlichen Sprachgebrauch der US-Army, es gebe „keine Beweise" dafür, daß sowjetische Kommandos in amerikanisches Territorium eingedrungen sind.



Polarbärenfelle trocknen im Dorf Little Diomede an der Bering-Straße, nur 4 km von der sowjetischen Insel Big Diomede entfernt.

Aus einer Informationsquelle verlautet, daß Befehle zur Geheimhaltung der Verletzung der amerikanischen Hoheitsrechte durch die Sowjets „von höchsten Stellen in Washington", wahrscheinlich vom National Security Council (NSC), der dem Präsidenten direkt untersteht, erteilt worden sind.

Wir erfuhren, daß, um der Spetsnaz-Tätigkeit in Alaska entgegenzutreten, die US-Army 1987 eine aus 53 Männern bestehende Spezialeinheit aufgestellt hat. Sie hat den Auftrag, in abgelegenen Gebieten Alaskas und bei den der Küste vorgelagerten Inseln Streifendienste durchzuführen.

Patrouille mit Spezialeinheit

Als Long Range Surveillance Detachment (Weitreichende Aufklärungsabteilung) bezeichnet und dem 106th Military Intelligence Battalion der US-Army zugeteilt, hat diese Einheit nicht nur eine Ausbildung für Einsatzgruppen der Armee, sondern auch eine weitergehende Ausbildung für arktische Kriegsführung im Nothern Warfare Training Center in Fort Greeley, Alaska, und an der speziellen „cool school" der US-Air Force erhalten, wo die Lehrgangsteilnehmer lernen, sich an Wild heranzupirschen und mit Moorhuhn und Birkenrinde zu überleben.

Die Einheit setzt sich aus Soldaten der verschiedensten Eliteeinheiten zusammen. Mindestens einer der 53 Angehörigen dieses Kommandos ist ein Veteran der französischen Fremdenlegion.

Das Kommando übt häufig zusammen mit Einheiten der Eskimo Scouts der Alaska National Guard auf der Insel St. Lawrence im Beringmeer, etwa 50 km von der amerikanisch-sowjetischen Grenze entfernt. Auf diesem spärlich bevölkerten, etwa 160 km langen Landstreifen sind die meisten Einwohner Eskimos, und die meisten von ihnen leben in den Dörfern Gambell und Savoonga. Von Norden nach Süden ist die Insel etwa 50 km breit.

Auf dieser abgelegenen Insel St. Lawrence wurden die meisten Sichtungen von Spetsnaz-Einheiten durch Einheiten der Eskimo Scouts und zivile Eskimos gemeldet. Die Eskimos bezeichnen die Eindringlinge als „Yookhluk".

Trotz Dementis seitens des amerikanischen Verteidigungsministeriums und Kommandos der US-Army und der Eskimo Scouts in Alaska gibt es immer wieder Berichte darüber, daß die Spetsnaz-Einheiten die Insel St. Lawrence häufig aufsuchen.

Ziel ist der alte Radar-Stützpunkt

Nach einem Bericht des Eskimos Allen Alowa, ehemaliger Einwohner des Dorfes Savoonga, werden die Sichtungen von sowjetischen Kommandos schon „seit rund 20 Jahren" gemeldet.

Alowa behauptet: „Wir haben tote russische Soldaten gefunden

. . . russische Flaggen, Rationen, Abfälle, Unterstände, Dekkungslöcher und persönliche Gegenstände."

„So ziemlich jede Woche", berichtete Alowa, „hört jemand aus den Gebirgen abgefeuerte Schüsse. Vielleicht deuten die Schüsse darauf hin, daß die da oben Vögel oder Wild erlegt haben. Häufig landen unbeleuchtete schwarze Flugzeuge. Seltsame Unterseeboote tauchen vor der Küste auf. Wir haben diese Leute am alten White Alice-Standort am Nordostkap gesichtet."

Als Alowa vom „alten White Alice-Standort" sprach, meinte er einen alten Radar-Stützpunkt der Air Force, der Anfang der siebziger Jahre stillgelegt wurde, als die Air Force ihre Überwachungssysteme von Bodenanlagen auf Satelliten modernisierte. Die Insel St. Lawrence war während des Zweiten Weltkrieges eine Zwischenlandestelle für amerikanische Flugzeuge unter dem Pachtleihvertrag, die im Pendelverkehr von Nome, Alaska, aus die Sowjets in Sibirien mit Waffen und Versorgungsgütern belieferten.

Sie liegt an strategisch bedeutsamer Stelle im Beringmeer, von der aus praktisch die lebenswichtige Seeroute durch die Beringstraße, jener engen Passage die Alaska von der Sowjetunion trennt, kontrolliert werden kann.

Die meisten Militärfachleute sind sich darüber einig, daß bei einer Invasion der Vereinigten Staaten durch sowjetische Truppen über die Beringstraße hinweg bei den sowjetischen Militärplanern die Besetzung der Insel vorrangig wäre.

Ein Experte sagte uns, daß das Interesse der Sowjetunion an der Insel wahrscheinlich darin besteht, die militärische Tätigkeit der USA dort ständig zu beobachten und geheime Schlupfwinkel für Waffen und Nachschub für mögliche militärische Einsätze einzurichten.

Eine seltsam verstümmelte Leiche

Die Sowjets, sagte er, würden wahrscheinlich Spetsnaz-Einheiten als „Schocktruppen" verwenden, die schnell hereinkommen und die Insel besetzen, bevor deren dünnbesetzte Garnison von Eskimo Scouts verstärkt werden könnte.

„Die Einnahme der Insel wäre praktisch ein Stück Kuchen für die Sowjets", sagte er. „Die Scouts, so gut sie auch sein mögen, würden buchstäblich überwältigt werden."

Laut Mitteilung eines Assistenten von US-Senator Frank Murkowsky werden alle Informationen über Spetsnaz-Tätigkeiten in Alaska „und an anderen Orten" als streng geheim und als „unzugänglich" (of limits) für die Presse eingestuft.

Ein Bericht tauchte auf, wonach die Leiche eines Spetsnaz-Soldaten in einem Tauchanzug 1981 in der Nähe von Kotzebue auf Kotzebue Sound, an der Nordseite der Halbinsel Seward in Nordwestalaska, aufgefunden wurde.

Nach einem Bericht ordnete das amerikanische Verteidigungsministerium am 5. Mai 1981 eine Obduktion der Leiche an, die im Lazarett des US-Air Force-Stützpunktes Elmendorf bei Anchorage als „der Schwimmer" bezeichnet wurde.

Nach einer vorläufigen Obduktion dort, wurde die Leiche anschließend zum Luftstützpunkt McChord im Staate Washington geflogen und dann weiter nach Fort Lewis, ebenfalls im US-Staate Washington, wo weitere pathologische Auswertungen vorgenommen wurden.

Die Leiche wurde angeblich halb vergraben unter einem Rettungsfloß, etwa 50 bis 65 km landeinwärts von Kotzebue am Kobuk River gefunden. Die Finger waren abgetrennt worden, anscheinend um die Entnahme von Fingerabdrücken zu verhindern, und Kiefer und Zähne waren eingeschlagen worden, ebenfalls zur Abwendung irgendwelcher Versuche, die Leiche zu identifizieren. □



KGB

Haupttätigkeit Industrie-Spionage

John McBrien

Der sowjetische Geheimdienst KGB steht vor einer radikalen Änderung seiner Haupttätigkeit im ausländischen Agenteneinsatz: Einst zum Diebstahl von militärischer Technologie und Geheimnissen im Westen bestimmt, ist er jetzt im Zeitalter von Glasnost und Perestroika in die Niederungen der Industrie-Spionage abgestiegen.

Experten westlicher Geheimdienste betrachten Behauptungen, daß unter Gorbatschows Reformen der finstere KGB sich in eine FBI-ähnliche Untersuchungsbehörde gewandelt habe, mit Mißtrauen.

Desinformationen aus dem Kreml

Der KGB hat eine Public Relations-Kampagne gestartet; dazu gehören geführte Rundgänge für auserwählte Vertreter der westlichen Nachrichtenmedien durch Moskaus berüchtigtes Gefängnis Lefortowo, die darauf abgezielt sind, die Welt davon zu überzeugen, daß der KGB alle seine Bemühungen darauf konzentriert, die sowjetische Verbrechensspirale zum Halten zu bringen.

Für Kenner des Sowjetsystems ist die neue Rolle des KGB als „guter Polizist" wenig mehr als eine Fortsetzung der Desinformations-Kampagne des Kremls, und sie ist eher ein Versuch eine verstärkte Spionagetätigkeit gegen die westlichen Industrieländer zu kaschieren.

Stanislaw Lewschenko, ein KGB-Major der 1979 überlief, sagte kürzlich vor einer Zuhörerschaft in Kalifornien, daß der KGB mehr als wahrscheinlich plant, seine internationalen Aktivitäten zur Unterstützung von Gorbatschows bisher nicht verwirklichten Wirtschaftsreformen zu beschleunigen.

Der schnellste und zumindest billigste Weg für die Sowjetunion, den ungeheuren technologischen Vorsprung der westlichen Länder einzuholen, besteht ganz einfach darin, deren Daten zu stehlen und sie den Industriebossen in Moskau zur Nachahmung zu übergeben.

Der ehemalige CIA-Beamte und CODE-Mitarbeiter Victor Marchetti, zählt zu jenen, die der Meinung sind, daß dies die Absicht der Sowjets ist. Er stellte auch fest, daß die Werbekampagne des KGB deutlich nicht auf den Westen sondern auf das russische und sowjetische Volk selbst gerichtet ist, das den KGB als „bösartiges Unterdrückungswerkzeug des Politbüros" betrachtet, das unter verschiedenen Namen seit Beginn der bolschewistischen Revolution benutzt wird, um die Menschen bei der Stange zu halten und politisch Andersdenkende auszuschalten.

Unzufriedenheit und Mißmanagement

Es ist offensichtlich, daß der Durchschnittsbürger der Sowjetunion die fast allgemeine Lobhudelei Gorbatschows im Westen keineswegs teilt. Seine Unzufriedenheit gilt der durch die Reformen verursachten Verschiebungen und dem jahrelangen zentralisierten Mißmanagement.

Gorbatschow hat sich emsig darum bemüht, sich massive Darlehen von den internationalen Banken zu sichern, um die dem Tod geweihte sowjetische Wirtschaft zu retten. Er hat sich auch um Anschluß an den Internationalen Währungsfonds und die Weltbank, zwei führende von den westlichen Steuerzahlern stark subventionierte Organisationen, beworben.

Aber die Infusion ausländischen Kapitals in die Sowjetwirtschaft wird Jahre benötigen, um Früchte zu tragen, und Gorbatschow kann nicht solange warten. Deswegen, so sagen Geheimdienstexperten, besteht seine einzige kurzfristige Möglichkeit darin, den KGB von der Leine zu lassen um so schnell wie möglich Technologie herbeizuschaffen — wozu alle Mittel recht sind.

Was einigermaßen überraschend ist, der KGB ist schon seit langem ein treuer Unterstützer von Gorbatschow, einst ein Schützling des ehemaligen Sowjetchefs Juri Andropow. Andropow kam 1982 zur Macht, nachdem er 15 Jahre lang an der Spitze des KGB gestanden hatte und wollte anscheinend die Art und Weise, in der die Dinge in der Sowjetunion gehandhabt wurden, drastisch ändern. Aber Andropow starb bevor er viel erreichen konnte, und Gorbatschow übernahm das Ruder.

Experten stellen fest, daß Gorbatschows scheinbares Bündnis mit dem KGB weitgehend aus Bequemlichkeit heraus geboren wurde und tatsächlich dazu geführt hat, einigen seiner radikaleren Reformen Begrenzungen aufzuerlegen; schließlich ist der KGB kaum ein Muster für Demokratisierung. Nichtsdestoweniger unterstützt der geheime Polizei/Geheimdienstapparat Gorbatschow weiterhin, weil die Alternative der Zusammenbruch des kommunistischen Staates sein könnte.

Der KGB bleibt jenseits jeder Kritik

Es sollte beachtet werden, daß unter Gorbatschows Regime der KGB, als einzige von allen sowjetischen Institutionen, nicht der Kritik in den Medien unterworfen war und auch nicht gezwungen wurde, sich von Exzessen in der Vergangenheit zu distanzieren.

Um Gorbatschow an der Macht zu halten, erwartet man vom KGB, daß er seine Spionagetätigkeiten und die Bestechung von einheimischen Spionen in den Vereinigten Staaten und in anderen Ländern der freien Welt verstärken würde.

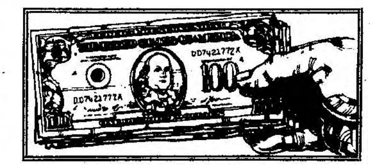
Lewschenko sagte vor seiner Zuhörerschaft in Kalifornien: „Für einen sowjetischen Düsenjäger könnte man 25 Millionen Dollar ausgeben. Für dieses Geld kann man 200 Agenten anwerben und sehr viel mehr dabei gewinnen."

Lewschenko und Marchetti sind sich darüber einig, daß Geld und nicht Ideologie die meisten angehenden Spione sowohl im Osten wie auch im Westen motiviert. Jedoch wären die von einem sowjetischen Meisterspion ausgegebenen Gelder nichts im Vergleich zu den riesigen Summen, die durch Verringerung der Militärhaushalte eingespart werden können, wenn statt dessen der Schwerpunkt auf Verbrauchsgüter gelegt würde, um die steigende Welle der Verstimmung unter einer sowjetischen Bevölkerung, die in den Regalen der Läden noch wenig Beweise für Perestroika vorgefunden hat, zu beruhigen.

Die neuen Triks aus Moskau

Was das neue Image des KGB betrifft, sollte der Westen eine Haltung des „Abwarten und Teetrinken" einnehmen, wie sei auf einem kürzlich von einem amerikanischen Denk-Tank veranstalteten Seminar exemplifiziert wurde, auf dem ehemalige amerikanische und sowjetische Geheimdienstbeamte zu einem gegenseitigen Austausch von Informationen zur Bekämpfung des Terrorismus aufriefen.

Es war bezeichnend, daß es der sowjetische Vertreter ablehnte, über vergangene Verbindungen zu terroristischen Organisationen zu diskutieren. Stattdessen sagten diese Männer, die als im Ruhestand lebende KGB-Offiziere identifiziert wurden, sie zögen es vor, sich auf zukünftige Ereignisse einer Zusammenarbeit mit Kreisen des amerikanischen Geheimdienstes zu konzentrieren. □



Mittelamerika

Das Ende des US-Einflusses

Warren Hough

Der Monroe-Doktrin und der amerikanischen Vorherrschaft in Mittelamerika, deren Ende durch den Einmarsch einer Friedenstruppe der Vereinten Nationen der Region signalisiert wurde, ist ein weiterer schwerer Schlag versetzt worden.

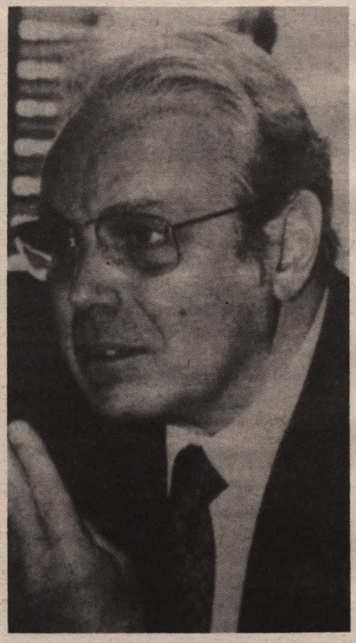
Da Mittelamerika sich jetzt anschickt ein internationales Protektorat zu werden, bereiten sich die Vereinten Nationen insgeheim darauf vor, ihre bewaffneten Polizeikräfte über die Karibik auszudehnen. Ein vertraulicher Bericht sagt, daß der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Perez de Cuellar, bald eine zweite multinationale Kommandostelle für Polizeidienste im Gebiet der Karibik einrichten will. Diese Erkenntnis hat „kalte Schockwellen durch das Weiße Haus und das amerikanische Außenministerium gejagt".

Von den USA im Stich gelassen

Diese Dinge entwickeln sich jetzt, wo sich der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen anschickt, die Stationierung von 600 Mann einer Friedenstruppe, die in fünf Nationen Mittelamerikas Polizeidienste leisten soll, zu ratifizieren.

Die UN-Truppen, die sich aus Kontingenten aus der Bundesrepublik Deutschland, Spanien, Kanada und einem noch nicht genannten lateinamerikanischen Land zusammensetzen, haben den Befehl, die antikommunistische Legion der nicaraguanischen Freiheitskämpfer, die unter dem Namen Contras bekannt sind, zu entwaffnen und aufzulösen.

„Ihr seid Nicaraguaner, Patrioten und das Volk von Nicaragua", sagte Francesco Vendrell, ein hochstehender UN-Beamter auf einer Versammlung von Contras in Honduras. „Laßt es nicht zu, daß Ihr zum Gegenstand einer Politik werdet, die vielleicht schon nicht mehr zeitgemäß ist, und bleibt nicht hier um von einem Land im Stich gelassen zu werden, das Euch einst half."



Javier Perez de Cuellar, UN-Generalsekretär, wird von lateinamerikanischen Politikern um Hilfe gebeten.

Die beinahe 3 000 Contra-Kämpfer, die Vendrells barsche Ansprache hörten, waren darüber „verblüfft", berichtete die „Washington Post" in ihrem ersten Bericht auf der ersten Seite, den sie jemals über diese gewichtige Krise veröffentlicht hat.

Weitere Staaten rufen nach UN-Truppen

Was die Bush-Regierung verblüffte waren gleichzeitige Berichte darüber, daß drei wichtige führende Persönlichkeiten in der Karibik den Vereinten Nationen insgeheim mitteilten, daß sie ebenfalls unter internationalen militärischen Schutz gestellt werden möchten.

Diplomatische Kreise, deren Glaubwürdigkeit außer Frage steht, teilten uns mit, daß Premierminister A. N. Robinson von Trinidad und Tobago, Premierminister Michael Manley aus Jamaica und John Compton der Premier von St. Lucia, einen gemeinsamen Aufruf an Perez de Cuellar erlassen haben, in dem sie um eine UN-„Schlagkraft" bitten, um die Region gegen „Drogenschmuggler, Verbrechen und gewalttätige Umsturzversuche" zu schützen.

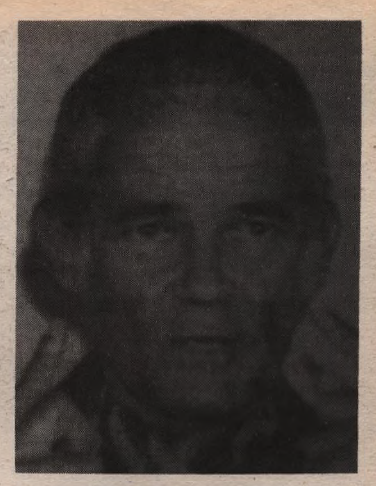
Obwohl es ungewiß ist, ob der Versuch dieser kleinen Inselstaaten sich von der traditionellen amerikanischen Vormundschaft loszueisen um effektiv zu Protektoraten der Vereinten Nationen zu werden, gelingen wird, deuten ihre Schritte doch auf den Zusammenbruch des Einflusses von Washington in der amerikanischen Hemisphäre hin, sagen Beobachter aus Lateinamerika.

Eine Verschwörung des Schweigens

In einer, wie ein altgedienter mittelamerikanischer Konsularbeamter es hier nennt, „erstaunlichen Verschwörung des Schweigens" haben große amerikanische Nachrichtenorganisationen die Informationen über die sich ausbreitende Bewegung des Losbrechens von der amerikanischen Oberhoheit unter den Ländern südlich der Grenze unterdrückt.

Die Medien des Establishments haben diese Berichte zu den Akten gelegt, um „nicht einen landesweiten Protest gegen diese erschreckende Abdankung der amerikanischen Vorherrschaft in einer Region, die seit mehr als einem Jahrhundert von der US-Führung abhängig ist, auszulösen", sagt Dr. Nestor Almeida Villares, ein ehemaliger venezuelanischer Diplomat, der jetzt an der University of Miami Geschichte lehrt.

In Zusammenhang mit den alarmierenden Berichten darüber, daß im Kielwasser des Losbrechens der mittelamerikanischen Staaten die Völker in der Karibik sich jetzt um Schutz an die Vereinten Nationen wenden, kommen bei der Bush-Regierung Zweifel über ihre bereitwillig gegebene Einwilligung in diese nationale Invasion von Nachbarländern auf, verlautet aus diesen Quellen.



Michael Manley, Premierminister von Jamaica, bittet die UN um Hilfe gegen Drogenschmuggler und gewaltätige Umsturzversuche.

Obwohl US-Außenminister James Baker, ein führender Internationalist, den Vereinten Nationen wiederholt versichert hat, daß die Vereinigten Staaten bereit sind, eine weitgehend europäische Militärmacht in Mittelamerika zu dulden, kann die Bush-Regierung sich ihre Führung in der Hemisphäre immer noch vorbehalten und aufs Neue absichern, verlautet aus diplomatischen Kreisen.

Warten auf das Erwachen in Washington

Insbesondere kann Thomas Pikkering, der amerikanische Botschafter bei den Vereinten Nationen, alle früheren Signale der Zustimmung aus Washington widerrufen und das US-Veto im Sicherheitsrat dazu benutzen, die nahe bevorstehende Entsendung der 600köpfigen UN-Friedenstruppe nach Mittelamerika zu blockieren.

Ein solcher Schritt wäre ein „deutliches Signal des wiedererstehenden Willens Amerikas, seine traditionelle Einflußsphäre zu erhalten" und würde die karibischen Führer dazu veranlassen von ihrem Vorschlag bezüglich einer zweiten UN-Armee zum Schutz gegen Drogenhändler und Aufständische Abstand zu nehmen. □

Nahost-Journal

Jonathan Pollard – Ein Soldat für Israel

Immer mehr amerikanische Juden sprechen sich offen zur Unterstützung der verräterischen Tätigkeiten des geständigen israelischen Spions Jonathan Pollard aus und demonstrieren damit, daß ihre vorrangige Loyalität nicht Amerika sondern dem israelischen Staat gilt. In einem kürzlich veröffentlichten Leserbrief schreibt Jacob Seidenberg aus dem US-Bundesstaat Maryland:

„Einer Eurer ‚Soldaten' und seine Frau verkommen in amerikanischen Gefängnissen. Der Wert des Beitrags von Jonathan Pollard zur Sicherheit Israels scheint außer Frage zu stehen. Die geringe Unterstützung für die Pollards gereicht nicht nur zur Schande der amerikanisch-jüdischen Führungspersönlichkeiten, sondern, wahrscheinlich noch stärker, des israelischen Establishments."

Und Irving Moskowitz aus Long Beach, Kalifornien, schreibt: „Weit davon entfernt, der amerikanischen Sicherheit zu schaden, hat Pollard den Vereinigten Staaten sogar dadurch geholfen, daß er ihrem wertvollsten strategischen Verbündeten half. Die Zeit ist gekommen, daß Israel Pollard die israelische Staatsbürgerschaft verleiht und darauf besteht, daß seine Freilassung und Rückführung nach Israel in einem Gefangenenaustausch mit den Arabern einbezogen wird." □

Israelische Justiz gegen Palästinenser

Mehr als 350 palästinensische Wohnungen sind seit Beginn der Intifada von israelischen Truppen in der West Bank und am Gazastreifen zerstört oder versiegelt worden, heißt es in einem vom israelischen Informationszentrum über Bürgerrechte herausgegebenen Bericht. Weniger als 30 Prozent der zerstörten Wohnungen gehören Leuten, die verdächtigt werden, mit einer Tötung in Verbindung zu stehen.

Weitere Gründe für die Zerstörung von Wohnungen sind das Werfen einer Benzinbombe, der Verdacht auf Aufstachelung zum Aufstand und Widerstand gegen Festnahmen. In einigen Fällen gehörten die zerstörten Wohnungen Verwandten oder Nachbarn der Verdächtigen. In den meisten Fällen wurde die schmutzige Arbeit von israelischen Truppen vollbracht, bevor die gerichtlichen Verfahren gegen die Verdächtigen durchgeführt waren. □

Sowjets fürchten israelische Raketenanlagen

Die sowjetische Regierung griff Israel wegen seiner Entwicklung von Raketenanlagen an, die den Nahen Osten und andere Regionen des Erdballs destabilisieren könnten.

Der Sprecher des sowjetischen Außenministeriums Gennady Gerasimow erklärte, die UdSSR sei „ernsthaft besorgt" über den Abschuß einer israelischen ballistischen Rakete ins Mittelmeer am 14. September 1989, da dieser die Suche nach einer Friedenslösung im Nahen Osten erschweren könnte. „Es ist bekannt, daß Israel über die technologische Basis zum Bau von Atomwaffen verfügt", fügte Gerasimow hinzu. „Die Verfügbarkeit von Abschußrampen macht Israel zur Quelle einer Destabilisierung, die weit über die Grenzen der Nahost-Region hinausgeht."

Der israelische Abschuß diente dazu, einen zweiten Spionagesatelliten in den Weltraum zu plazieren. Der erste Satellit wurde 1988 mit der Offeq-1-Rakete abgeschossen und war zwei Monate lang aktiv. Mit Offeq 2 ist geplant, daß der neue Satellit, der sich in einer Umlaufbahn befindet, die über den Nahen Osten führt, zwei Jahre lang in Betrieb bleibt. Israel gab zu dem Raketenabschuß keine Erklärung ab.

Die sowjetische Nachrichtenagentur TASS reagierte auf den Abschuß, indem sie behauptete, Israel habe eine ballistische Rakete mit einer Reichweite von 1 300 km willkürlich in Richtung Libyen abgeschossen. Der Abschuß erfolgte weniger als zehn Tage vor dem Wyoming-Gipfeltreffen, wo die beiden Supermächte die Bemühungen zur Einschränkung von Projekten für ballistische Raketen im Nahen Osten diskutierten. □

Israel fühlt sich von der UdSSR bedroht

Die israelische Zeitung „Defence Update" äußerte sich über die Bedrohung durch die neue sowjetische Doktrin der nachnuklearen Offensive. Die Einleitung zum ersten Teil einer Serie über sowjetische Luftlandetruppen lautet: „Nach der Vereinbarung über die Intermediate Nuclear Forces (INF) von 1987 unter der Langstreckenwaffen aus Mitteleuropa abgezogen werden sollen, haben die Sowjets das in die Wege geleitet, was sie das ‚nachnukleare' Einsatzkonzept nennen, und das derzeit bei den gesamten sowjetischen Streitkräften, gefolgt von den Ländern des Warschauer Paktes, eingeführt wird. Die von Gorbatschow in seiner weit verbreiteten Rede vor den Vereinten Nationen im Dezember 1988 angekündigte Verringerung der Streitkräfte ist eigentlich nur ein Teil jenes neuen Konzepts."

„Das ‚nachnukleare' Einsatzkonzept", so heißt es in dem Artikel, „hat die seit über drei Jahrzehnten vorherrschende Offensivplanung nicht beseitigt. Im Gegenteil, das neue Konzept schlägt einen Überraschungsangriff nach der Art des Blitzkrieges vor, um die NATO-Streitkräfte zu überwältigen, bevor sie tatsächlich ausschwärmen ... Die Sowjets scheinen einen Punkt erreicht zu haben, an dem sie kombinierte Boden- und Luftangriffsoperationen bei zukünftigen Einsätzen gegen Mitteleuropa in Erwägung ziehen. Während über die sowjetischen Luftlandestreitkräfte in der westlichen Presse und in Fachzeitschriften berichtet wurde, sind die dahinterstehenden Operationsgedanken verhältnismäßig unbekannt geblieben, und erst bei kürzlich stattgefundenen NATO-Übungen wurde der rückwärtigen Verteidigung die Aufmerksamkeit gewidmet, die sie verdient." □

Israelische und jüdische Interessen unterscheiden sich

Der israelische Premierminister Jitzhak Shamir erklärte, daß die Interessen der jüdischen Verbände und des Staates Israel nicht immer übereinstimmen. In einem Interview mit der „Jerusalem Post" verteidigte Shamir Israels Weigerung, sich in die Aufregung um das katholische Nonnenkloster im Konzentrationslager Auschwitz hineinziehen zu lassen. „Der Staat Israel sieht dies (Antisemitismus) jedenfalls nicht als Hauptkampflinie an. Das ist in der Tat immer unsere Politik in all den Jahren gewesen. Israel kann nicht gegen die ganze Welt kämpfen."

Über die israelische Politik gegenüber der katholischen Kirche befragt, sagte Shamir: „Wollen Sie damit sagen, daß der Staat Israel einen Krieg auf breiter Front gegen die Kirche erklären kann? Wir haben einen Disput mit der Kirche ... Das ist in unserem Leben nicht besonders günstig. Es wäre mir lieber, wenn wir herzliche, enge Beziehungen zu der katholischen Kirche hätten ... Es gibt Bereiche der Spannung, des Konflikts zwischen uns ... aber wir sollten weder Barrikaden aufstellen noch einen Krieg erklären."

„Wir brauchen keine Kriegserklärungen gegen die Antisemiten", meinte Shamir. „Kann ich etwa jeden Antisemiten in der Welt töten? Was ich versuchen muß ist, den Antisemitismus zu

töten . . . aber das ist ein historischer Prozeß der Jahrhunderte dauern wird.“ □

Der Machtkampf in Israel

Israel zittert am Rand eines Abgrundes. Die Intifada kommt weiter auf Touren, aber die Regierung unter Premierminister Jitzhak Shamir von der Likud-Partei weigert sich immer noch mit der PLO zu verhandeln, ungeachtet der Tatsache, daß Shamirs eigener Friedensplan langsam dahinstirbt. Und man spricht jetzt von bewaffneter Revolution in Israel, da die radikaleren Elemente des palästinensischen Widerstands angesichts der zionistischen Unnachgiebigkeit immer mehr in den Vordergrund treten.

Außerdem scheint die brüchige Likud-Labor-Koalition am Rand des Auseinanderbrechens zu stehen. Man munkelt über Neuwahlen, und zwei dominierende Männer der beiden Parteien — Shamir und Finanzminister Shimon Peres von der Arbeiterpartei — werden hinter den Kulissen von Rivalen innerhalb ihrer eigenen Parteien schnell manipuliert und ausmanövriert. Auf dem rechten Spektrum der politischen Landschaft unternimmt der wilde Ariel Sharon, jetzt Industrie- und Handelsminister, eigene Schritte um Shamir zu verdrängen und die Premierministerschaft zu übernehmen und seinen Konkurrenten „an Zähigkeit zu übertreffen“. Auf dem linken Flügel taucht indessen der Verteidigungsminister Jitzhak Rabin, der allgemein als rechts von Peres stehend angesehen wird, den Rabin aber verachtet, als Star der Arbeiterpartei und verschworener Hardliner hinsichtlich des Palästinenser-Problems auf.

Die politische Lage wird langsam so gespannt und so verwirrend, daß Insider den Vergleich ziehen, man habe es mit einem „vierköpfigen Ungeheuer“ zu tun. Der amerikanische Außenminister James Baker sieht sich bei seinem Versuch Israel in der Friedensfrage aus dem toten Winkel herauszubewegen in diesem klebrigen Gewebe verfangen. Jede Mitteilung, die er den einen oder den anderen Streithähnen in Israel macht, wird als Versuch verurteilt, die israelische Regierung zu spalten.

Es ist offensichtlich, daß die israelische Regierung, so wie sie derzeit konstituiert ist, hoffnungslos auf dem toten Punkt angekommen ist. Das interne Gerangel in Israel macht es den Israelis unmöglich, irgendeinen Kurs zu Gesprächen mit den Palästinensern und noch viel weniger zu einer friedlichen Lösung der Krise anzusteuern.

So ist die Bühne fertig für den Auftritt eines neuen Führers, eines starken Mannes, der die staatsmännischen Schritte unternehmen kann, um sein Land nach vorne zu führen. Die Qualifikationen eines solchen Führer sind Zähigkeit, unanfechtbare Beurteilungen als Hardliner und unangefochtene Herrschaft über den israelischen politischen Prozeß.

So scheinen die Dinge auf eine Auswahl zwischen Rabin und Sharon hinauszulaufen. Aber der Ausgang für Israel und die Vereinigten Staaten wird dramatisch unterschiedlich sein, je nachdem, wer sich als Nächster in den Mantel des Premierministers hüllt. Rabin wird von seinen Anhängern als der „israelische de Gaulle“ hochgejubelt — als Hardliner, der die Entscheidungen treffen könnte für die der rechte Flügel den liberalen Shimon Peres verdammen würde. Sharon hat sich andererseits den Ruf erworben und wird oft von seinen Anhängern umjubelt als der israelische Cäsar — ein Führer, der durch die besetzten Gebiete und darüber hinaus marschieren und alles als Teil von Eretz Yisreal annektieren wird. Seine Lösung des Palästinenser-Problems besteht darin, die Palästinenser loszuwerden — sie zu töten oder auszutreiben, egal, ob das eine oder andere geschieht.

Es steht außer Frage, daß Sharon den Job haben wird. Er hat seinen Wahlkampf praktisch schon begonnen. Zur Zeit befindet er sich auf einer Präsidentschaftswahlreise durch die Vereinigten Staaten, vorgeblich um den Verkauf seiner neuen Autobiographie zu fördern, aber eigentlich um Unterstützung — finanzieller und moralischer Natur — für seinen Kreuzzug innerhalb der einflußreichen zionistischen Gemeinde zusammenzutrommeln. Weder das Timing einer Publicity-Rundreise noch die Veröffentlichung seines Buches sind zufällig.

Rabin muß seinerseits — obwohl er tatsächlich der de Gaulle sein könnte, den die Israelis derzeit dringend brauchen — Sharons Stärken ausspielen, und wird von daher gesehen kaum Schritte in Richtung auf eine friedliche Lösung des Palästinenser-Problems tun, solange er nicht fest im Sattel sitzt und an der Macht ist.

Ganz gleich wer aus dem stärker werdenden Machtkampf, der derzeit in Israel im Gange ist, als Sieger hervorgeht, Frieden und Gerechtigkeit für die Palästinenser scheinen noch weiter von einer schließlichen Verwirklichung entfernt zu sein als am Beginn des Aufstandes. Und das Ausmaß des amerikanischen Einflusses in Israel scheint ebenfalls auf dem tiefsten Punkt aller Zeiten angelangt zu sein. □

USA wissen von Israels Atomwaffen

Sie waren lange damit davon gekommen, daß, als das Weiße Haus es in der letzten Zeit zu den Nachrichtenmedien durchsickern ließ, der israelische Premierminister Jitzhak Shamir vor der Kamera nichts Besseres zu sagen wußte als: „Das sind Lügen“!

Aber es sind nicht alles Lügen, und Shamir sowie Israel sind nun über ihr ganzes kollektives Gesicht mit Ei bekleckert. Die Tatsachen bleiben bestehen, daß Israel und Südafrika schon seit langem beim Bau von Atomwaffen und in jüngster Zeit bei der Entwicklung ballistischer Langstreckenraketen, die Atomsprengköpfe tragen können, zusammenarbeiten.

Es ist in Washington und verschiedenen anderen Hauptstädten überall in der Welt schon seit Jahren ein offenes Geheimnis, daß Israel Atom- und später thermonukleare Vorrichtungen entwickelt hat. Anfang der siebziger Jahre setzten im Ruhestand lebende CIA-Beamte amerikanische Kongreßausschüsse öffentlich über diese Tatsache in Kenntnis. Aber offiziell zog es die US-Regierung vor nicht davon Kenntnis zu nehmen oder mit Israel darüber zu reden.

Ende der siebziger Jahre entlarvten die Sowjets schließlich das israelische Atomprogramm, als Israel eine seiner Waffen vor der Küste Südafrikas testete. Die Carter-Regierung setzte nichtsdestoweniger die offizielle Vertuschung seitens der Amerikaner fort und log dabei sogar das amerikanische Volk an. Der von der zionistischen Lobby ausgeübte Druck war zu stark, als daß man ihm hätte widerstehen können.

Zuzugeben, daß Israel über Atomkraft verfügt, hätte Carters Pläne, damit zu beginnen 1,8 Milliarden Dollar pro Jahr an Militärhilfe nach Israel fließen zu lassen, damit dieser Staat sich gegen eine arabische Invasion verteidigen kann, überflüssig gemacht.

Die gleichen Erwägungen herrschten noch vor zwei Jahren vor, als Mordechai Vanunu, der israelische Techniker, der in der Fabrik zur Herstellung von Atomwaffen in Dimona gearbeitet hat, das volle Ausmaß von Israels Waffenarsenal über die britische Presse an die Öffentlichkeit brachte. Zu dem Zeitpunkt hatte die US-Regierung sogar noch mehr Grund, bei der Vertuschung mitzuspielen, so fadenscheinig sie auch geworden war.

Als einer der Unterzeichner des Nuclear Non-Proliferation Treaty (Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen) ist es den Vereinigten Staaten untersagt, einem Land, das Kernwaffen entwickelt, Militär- und Wirtschaftshilfe zu gewähren.

Und hier liegt bei den jüngsten Enthüllungen des Weißen Hauses, die seitdem durch Bestätigungen durch den CIA und das amerikanische Außenministerium kräftig unterstützt werden, der Hund begraben. Es ist jetzt offiziell bekannt, daß die Vereinigten Staaten um Israels Atomwaffenpotential Bescheid wissen und offiziell versucht haben, die Angelegenheit mit der zionistischen Regierung zu diskutieren. □

Edgar Bronfman

Die Geschichte einer Familie

Zweiter Teil

John Springfield

Einer der größten Finanzschwindel in der Geschichte wird derzeit direkt vor den Augen von Millionen ahnungsloser Opfer begangen. Der Schwindel heißt „Ozonverarmung" und sein unmittelbarer Mechanismus bewirkt das Verbot von Fluorchlorkohlenwasserstoffen (FCKW), die zu den vielseitigen und nützlichsten Chemikalien gehören, die dem Menschen bekannt sind, und deren Ersatz durch viel teuere patentierte Chemikalien vorgenommen werden soll. Dieser Schwindel wird den Hauptbeteiligten Milliarden Dollar an Profiten einbringen. Die Gefahr einer angeblichen Ozonverarmung ist ein Schwindel. Es gibt keine handfesten Beweise dafür, daß die Ozonschicht über der Erde, die schädigende ultraviolette Strahlen ausfiltert, abnimmt; das berühmte „Ozonloch" über der Antarktis, eigentlich eine „Verdünnung" der Ozonschicht, wurde von dem Pionier der Ozonforschung, Gordon Dobson, 1956, also Jahre bevor die FCKW in allgemeinen Gebrauch kamen, entdeckt.

Alex Cristoforo, Leiter des amerikanischen Büros für Environmental Protection Agency (Umweltschutzbehörde) für Atmospheric and Economic Analysis (Atmosphärische und wirtschaftliche Analyse) schätzt, daß nach den derzeitigen Richtlinien des Protokolls von Montreal von 1987 zur Reduzierung der Verwendung von FCKW Chemiekonzerne, die über Lagervorräte von FCKW verfügen, sechs Milliarden Dollar an zusätzlichen Gewinnen einstreichen werden, und zwar nur als Folge der Preiserhöhungen.

Die Jagd auf DuPont

Nach dem Protokoll liegt die Produktion von FCKW in etwa auf dem gleichen Stand wie 1986, während die Nachfrage nach FCKW, zur Kälteerzeugung und zu anderen Zwecken, bereits um 20 Prozent angestiegen ist, was Verknappungen und einen damit einhergehenden Preisanstieg zur Folge hatte. Diese sechs Milliarden Dollar an Reingewinn sind jedoch nur die Spitze des Eisbergs. Es sind über das kommende Jahrzehnt hinweg Hunderte von Milliarden Dollar zu machen.

Informationsquellen lenkten unsere Aufmerksamkeit auf eine bestimmte Person, die am meisten für die Unterzeichnung des Protokolls von Montreal und den derzeitigen Vorstoß, FCKW aus der Produktion zu nehmen und zu verbieten, verantwortlich ist: Edgar Bronfman. Obwohl Bronfman in engster Verbindung mit den Whiskey-Interessen von Seagram's begann, verfügt er jetzt über ein weitreichendes Finanzimperium, und in der Zeit von 1980 bis 1985 machte Bronfman systematisch Jagd auf E. I. DuPont de Nemours & Co und übernahm 1985 effektiv die Firma von der Familie DuPont.

Bronfman herrscht bei DuPont

Mitglieder der Familie sagen, Bronfmans Übernahme sei „von innen heraus" mit Hilfe von Irving Shapiro, dem ehemaligen Vorsitzenden und Noch-Mitglied des Aufsichtsrats von DuPont durchgeführt worden. Shapiros meteorenhafter Aufstieg in der Firma DuPont bleibt eines der Rätsel in der modernen Firmengeschichte.

Mitglieder der Familie DuPont, von denen die meisten nicht namentlich genannt werden möchten, teilten uns mit, daß die Privatfirma der Bronfmans, Seagram's Whiskey Distillers, jetzt annähernd 35 Prozent des Aktenkapitals von DuPont besitzt, und daß die Familie DuPont aus allen Managemententscheidungen, die jetzt von Bronfmans Günstlingen getroffen werden, herausgehalten wird.

Die beiden pro forma DuPonts die im Vorstand von DuPont verblieben sind, Irene DuPont und Edward B. DuPont, sind „Bronfmans Handschuhburschen", sagt Lewis DuPont Smith, einer der Erben des Vermögens der Familie DuPont. Laut Smith ist „Bronfmans Einfluß auf Managemententscheidungen der Firma DuPont enorm. Er ist Vorsitzender des Finanzausschusses des Vorstands, der innerhalb der Firma die größte Macht ausübt. Bronfman hat der Firma DuPont Seagram's Betriebsleitungsordnung und andere Firmenleitungsstrategien auferlegt."

Laut „Wall Street Journal" nennt Irving Shapiro die Bronfmans jetzt die DuPonts von Delaware.

Lewis DuPont Smith war in den letzten vier Jahren das Ziel einer bösartigen juristischen Vendetta seitens seiner Familie, in der Bronfman eine maßgebende Rolle hinter den Kulissen gespielt haben soll. Smiths Verfügbarkeit über seine eigenen DuPont-Aktien ist durch rechtliche Schritte beseitigt worden, wodurch sein Widerstand gegen Bronfmans Politik innerhalb der Firma effektiv zum Schweigen gebracht wurde. Andere Mitglieder der Familie DuPont, die der Übernahme der Firma durch Bronfman entgegenstanden, haben in der Öffentlichkeit zu diesen Dingen nicht Stellung genommen, aber viele haben Lewis DuPonts Kampf privat unterstützt.

Aus einer maßgebenden Informationsquelle, die das Geschehen sorgfältig verfolgt hat, erfuhren wir, daß Edgar Bronfman persönlich in den nächsten paar Jahren mit dem Schwindel der „Ozonverarmung" über zehn Milliarden Dollar verdienen wird.

Die Umweltschützer als Handlanger

Die Rolle, die Edgar Bronfman in der Firma DuPont spielt, ist entscheidend zum Verständnis der Funktion des Schwindels mit der „Ozonverarmung". Bis 1986 war die Firma DuPont Chemicals die hartnäckigste Verteidigerin von FCKW in der Welt; dann vollzog sie plötzlich eine merkwürdige Wende, trat auf die Seite der Umweltschützer und rief zu einer Produktionseinstellung und zum Verbot der FCKW auf.

DuPonts Verrat überrumpelte die westliche Industrie und führte zu den Verhandlungen, die 1987 mit der Unterzeichnung des Protokolls von Montreal im Rahmen des Umweltprogramms der Vereinten Nationen zum Abschluß kamen. Das Protokoll von Montreal schreibt eine Verringerung des Gebrauchs von FCKW um 50 Prozent bis zum Jahre 2000 vor. Das für den Erfolg der Konferenz entscheidende Element war trotz fehlender wissenschaftlicher Beweise die Unterstützung der Produktionseinstellung von FCKW und letztendlich deren Verbots durch DuPont. Kurz nachdem die harten Bedingungen des Protokolls von Montreal bekannt wurden, gab DuPont bekannt, daß man dort bereits über patentierte Chemikalien verfüge, um die jetzt zu verbietenden FCKW zu ersetzen.

In Gesprächen über die Ereignisse, die zu der plötzlichen Umkehr der Firma führten, strichen Mitglieder der Familie DuPont und ehemalige Angestellte der Firma die Rolle von Edgar Bronfman besonders heraus. Sie teilten mit, daß 1980, als Bronfmans Übernahme der Firma DuPont in die Wege geleitet wurde, dieser damit begann, radikale Veränderungen innerhalb der Firma zu erzwingen. War eine dieser Veränderungen eine Verschwörung, um den Ersatz von bewährten und reinen FCKW durch eine neue Technologie zu erzwingen, der Bronfmans DuPont in die Lage versetzen wür-

de, ungeheure Supergewinne einzustreichen? Der anschließende Verlauf der Ereignisse verleiht diesem Szenario gewiß Glaubwürdigkeit.

Taktieren mit der öffentlichen Meinung

Einige der Vorwürfe, die von ehemaligen Angestellten von DuPont erhoben wurden, sind durch den neuen Vorsitzenden der Firma, E. S. Woolard, am 4. Mai 1989 anerkannt worden. Woolard, von dem gesagt wird, er sei von Bronfman persönlich als Vorsitzender ausgewählt worden, teilte den Mitgliedern der Amerikanischen Handelskammer in London mit: „Wir in der Industrie müssen ein stärkeres eigenes Bewußtsein als Umweltschützer entwickeln. Ich bin mir persönlich dessen bewußt, daß ich als Vorstandsvorsitzender von DuPont auch der Hauptumweltschützer von DuPont bin . . . Wir müssen alle Möglichkeiten ausfindig machen, uns in die Reihe der Umweltschützer zu stellen und deutlich machen, wo Umweltschutz und Ziele der Industrie gut miteinander vereinbar sind. Mit anderen Worten, ich rufe zum Firmen-Umweltschutz auf . . . Umweltschutz ist die Hauptströmung unserer Zeit."

Indem er DuPonts Errungenschaften hinsichtlich des Umweltschutzes aufzählte, betonte Woolard: „1986 führten wir die Unterstützung von Verhandlungen auf internationaler Ebene über den Umweltschutz durch die Industrie an, die zum Protokoll von Montreal führten".

DuPonts Vorstandsvorsitzender stellte später fest: „Das dritte Hindernis, das dem im Wege stehen könnte, daß wir Firmen-Umweltschützer werden, ist die Technokratie moderner Industriegesellschaften . . . Wir beziehen manchmal zu einer Frage des Umweltschutzes allein auf der Grundlage von technischen oder wissenschaftlichen Daten Stellung. Wir waren zu sehr geneigt so zu handeln, als seien die Wünsche und Besorgnisse der Öffentlichkeit geringer zu bewerten als die technischen Gutachten von Wissenschaftlern und Ingenieuren. Aber in Wirklichkeit müssen wir uns mit der öffentlichen Meinung befassen, ungeachtet der technischen Tatsachen."

Mit anderen Worten, die wissenschaftliche Wahrheit ist unerheblich, und nur auf die öffentliche Meinung, so wie sie von den Umweltfanatikern geprägt wird, kommt es an.

Grün ist auch die Farbe des Dollar

Woolard beendete seine Rede, indem er sagte: „Die Industrie hat eine bunt gewürfelte Vergangenheit von Erfolgen und Fehlschlägen in Angelegenheiten des Umweltschutzes, und als Folge davon wurden Fabrikanten in den letzten Jahren in bunten Farben geschildert. Das muß anders werden. In Zukunft dürfen wir alle nur noch in einer Farbe gesehen werden. Und das ist am besten die grüne Farbe."

Wie wir bald sehen werden, kann die Beschäftigung mit dem Umweltschutz, besonders wenn sie die Konkurrenz aus dem Geschäft herausdrängt, für Firmen eine sehr lukrative Angelegenheit sein. „Grün" mag die Farbe der Bäume sein, aber es ist auch die Farbe des Dollar-Scheins.

Wer finanziert die Umweltschützer? Das maßgebende Element in dem ganzen Schwindel besteht darin, den Verbraucher der letztenendes die enormen Kosten des Verbots von FCKW bezahlen muß, davon zu überzeugen, daß durch den Gebrauch dieser Chemikalien eine Gefahr für die Ozonschicht heraufbeschworen wird. Dies ist die Aufgabe der Nachrichtenmedien und der Umweltschützer, die einen gut finanzierten und dirigierten Feldzug führen, um der Öffentlichkeit mit der Methode der Gehirnwäsche einzuhämmern, daß der Jüngste Tag nahe bevorstehe, ohne daß auch nur der geringste Fetzen eines wissenschaftlichen Beweises dafür auf dem Tisch liegt. Führende Wissenschaftler in aller Welt haben den Schwindel mit der „Ozonverarmung" weitgehend zurückgewiesen.

Wie hoch ist die gesamte finanzielle „Einnahme" dieser Umweltschutzgruppen und wer finanziert sie? Die Quellen eines Großteils dieser Beiträge sind in der Öffentlichkeit nicht bekannt; jedoch befinden sich in der amerikanischen Foundation Library (Stiftungs-Bibliothek) Unterlagen über jede Zuwendung an Umweltschutzgruppen durch ein Netz von steuerfreien Stiftungen, die von Amerikas blaublütigen Familien finanziert werden.

Aus einem Überblick über die Beiträge für 1988 geht hervor, daß Umweltschutzgruppen im vergangenen Jahr über 400 Millionen Dollar an Zuwendungen erhielten, um den Schwindel mit der „Ozonverarmung" und andere damit übereinstimmende Irreführungen durchzuführen. Die Ford-Stiftung ist weltweit der größte Finanzierer von Umweltbewegungen und hat allein in den letzten Jahren mehrere Hundertmillionen Dollar dafür ausgegeben.

Die Hauptfinanziers der Umweltschützer

Einer der Treuhänder des Rokkefeller Brothers Fund, eine weitere Hauptfinanzquelle der Umweltschützer, ist der ehemalige amerikanische Außenminister Henry A. Kissinger, ein sehr enger Gesellschafter von Edgar Bronfman. Ein weiterer Treuhänder ist Russell E. Train, Vorsitzender des World Wildlife Fund und der Conservation Foundation. Train, ein Mitglied der Trilateralen Kommission und des Council on Foreign Relations (CFR), ist wahrscheinlich weltweit die wichtigste Figur in der Umweltbewegung, nach Prinz Philip von Großbritannien. Trains Schützling William K. Reilly, ein ehemaliger Vorsitzender sowohl des World Wildlife Fund als auch der Conservation Foundation, ist jetzt Leiter der Environment Protection Agency (EPA) und ist damit beauftragt, die Produktionseinstellung und das schließliche Verbot der FCKW durchzusetzen.

Kurz nach Unterzeichnung des Protokolls von Montreal erhielt das World Resources Institute, einer der wichtigsten Denk-Tanks in Sachen Umweltschutz, der den Schwindel mit der „Treibhauswirkung" und der „Ozonverarmung" vorantreibt, eine Zuwendung von 25 Millionen Dollar von der MacArthur Foundation. Der Vorsitzende der MacArthur Foundation zu der Zeit war Thornton F. Bradshaw, der auch ein Treuhänder des Rockefeller Brothers Fund und der Conservation Foundation war. Bradshaws Firmenangliederungen sind eindrucksvoll: Vorsitzender von RCA Corporation, Direktor von Atlantic Richfield Compagny, und NBC. Als er den Direktorposten bei NBC innehatte, verwandelte Bradshaw die Rundfunkgesellschaft in eine Propagandamaschine für die Umweltbewegung.

Profite bringen die Ersatzstoffe

Wer über die erstaunliche Parteilichkeit der großen amerikanischen Fernsehsender gegenüber den Umweltschützern bestürzt ist, sollte sich lieber dafür interessieren, wem die Umweltbewegung wirklich gehört und wozu sie verwendet wird.

Zur Zeit beläuft sich die Produktion von FCKW auf annähernd 1,2 Millionen Tonnen pro Jahr. FCKW gehören zu den gutartigsten und vielseitigsten Chemikalien, die jemals erfunden wurden, und haben einen weiten Anwendungsbereich gefunden: Kälteerzeugung und Kühlung, Blasmittel in Schäumen und Isoliermaterial sowie industrielle Lösungsmittel. Halone, eine verwandte Gruppe von Chemikalien, die ebenfalls unter das Protokoll von Montreal fallen, sind die wirksamsten Chemikalien zur Feuerbekämpfung, die der Menschheit bekannt sind, und spielen eine wesentliche Rolle beim Schutz von elektronischen und Computer-Ausrüstungen und im Militärbereich.

FCKW und Halone kosten zwischen einem und zwölf Dollar das Kilo, und der Weltmarkt beläuft sich auf etwa drei Milliarden Dollar pro Jahr. FCKW sind für Bronfmans DuPont, die Firma beherrscht 25 Prozent des Marktes mit einem Jahresumsatz von annähernd 750 Millionen Dollar, ein bedeutendes Geschäft.

Es besteht ein intensiver Wettbewerb in der Produktion und dem Vertrieb von FCKW, so daß die Gewinnmargen zur Zeit sehr mager sind. Die Patente für alle hauptsächlichen FCKW sind schon vor vielen Jahren abgelaufen und kleine Chemiefirmen haben die Chemieriesen mit ih-

Edgar Bronfman

Die Geschichte einer Familie

rer Produktion herausgefordert. Höchst bedeutsam ist die Tatsache, daß andere Staaten eindrucksvolle Anlagen zur Herstellung von FCKW gebaut haben, die auf einem schnell expandierenden Dritte-Welt-Markt für die Chemieriesen eine Herausforderung sein werden.

DuPont behauptet, daß die dort entwickelten Ersatzstoffe für FCKW nur drei- bis fünfmal so teuer sein werden. Wissenschaftler, die an der Forschung zur Erzeugung dieser Verbindungen beteiligt waren, bestreiten jedoch diese Public Relations Behauptung und beharren darauf, daß wir es hier mit Chemikalien zu tun haben, die mindestens zehnmal so teuer sind wie FCKW. Die unterste Linie ist daher, daß der Markt unter den besten Voraussetzungen von drei Milliarden Dollar pro Jahr für FCKW auf neun Milliarden Dollar pro Jahr in die Höhe schnellen wird. Die Erhöhung ist im Endeffekt eine Steuer, die dem Verbraucher auferlegt wird.

Wenn die Preise für diese Ersatzstoffe im Vergleich zu FCKW um das Zehnfache oder darüber hinaus steigen, dann haben wir es mit einem jährlichen Markt von mindestens 30 Milliarden Dollar zu tun.

Anders als im derzeitigen Handel mit Kühlmitteln und anderen FCKW, werden die unter diesen Bedingungen gemachten Profite phänomenal sein. Da die Chemikalien patentiert sein werden, könnte Bronfmans DuPont exorbitante Preise verlangen.

Für die dritte Welt unbezahlbar

Darüber hinaus sind die vorgeschlagenen Ersatzstoffe für FCKW nicht nur teurer, sondern korrodierender, giftiger und weniger wirksam. Diese Ersatzstoffe sind nicht kompatibel mit über 80 Prozent der 135 Milliarden Dollar teuren festen Anlagen in den Vereinigten Staaten, die mit FCKW arbeiten. Die meisten dieser Anlagen, darunter Kühlschränke und Klimaanlagen, werden verschrottet und durch Ausrüstungen ersetzt werden müssen, die mit den Ersatzstoffen für FCKW kompatibel sind, auf Kosten des Verbrauchers, die sehr hoch sein werden. Der ahnungslose Verbraucher könnte sich bald gezwungen sehen, 200 Dollar zu bezahlen, um die Klimaanlage seines Wagens aufzuladen, statt 30 Dollar — wenn es überhaupt machbar ist.

Laut Tony Mash, dem amerikanischen Sprecher für die britische Gesellschaft Imperial Chemicals Industries (ICI), ist ein wütendes Rennen im Gange um Chemikalien zu entdecken und zu patentieren, die in 10 bis 15 Chemiefirmen FCKW ersetzen können.

Mash sagt, daß eine Firma, die „im Rennen bleiben will", Hunderte von Millionen Dollar ausgeben muß, um Ersatzstoffe zu finden. An der Spitze dieses Wettlaufs liegen DuPont, ICI und Allied Signal, die alle bereits patentierte Chemikalien haben, die weniger wirksam sind als FCKW, die aber nichtsdestoweniger im Falle eines Verbots von FCKW verwendet werden können.

DuPont, das weit an der Spitze liegt, hat bekanntgegeben, daß es bereits 134 Millionen Dollar in die Forschung gesteckt hat und beabsichtigt in den nächsten Jahren über eine Milliarde Dollar in Forschung und Produktion zu investieren. ICI hat über 100 Millionen englische Pfund (etwa 160 Millionen Dollar) für Forschung und Entwicklung ausgegeben. Preise und potentielle Profite in diesem Wettlauf sind enorm. Fehlschläge, wenn der Öffentlichkeit klar wird, daß FCKW die Ozonschicht nicht beeinflußt, könnten sehr kostspielig werden.

Die Folgen unzureichender Kühlung

Eine der unmittelbaren Folgen des Verbots von FCKW wird darin bestehen, die Hersteller von chemischen Produkten in der dritten Welt aus dem Rennen zu werfen. Die chemischen Industrien der dritten Welt besitzen nicht die Forschungsmöglichkeiten zur Herstellung von Ersatzstoffen für FCKW. Darüber hinaus gaben im März 1989 Sprecher für die Firmen DuPont und Penwalt bekannt, daß die Errichtung von Chemiefabriken zur Herstellung von FCKW in der dritten Welt gestoppt worden ist, und bestehende Verträge zum Bau von FCKW nicht eingehalten werden. Nach der neuen Firmenpolitik sollen FCKW für einige Jahre in diese Länder exportiert werden „bis zur Produktionseinstellung", wenn die Länder der dritten Welt die ziemlich teuren Ersatzstoffe kaufen müssen, die sie nicht einmal in ihren vorhandenen Anlagen verwenden können.

Ein Verbot von FCKW wird den Drang der unterentwickelten Länder, darunter vor allem Brasilien, Indien und China, ihre Bevölkerungen mit Kältegeräten zu versorgen, stoppen. Die meisten in der dritten Welt erzeugten Nahrungsmittel verderben, weil keine vorschriftsmäßigen Lagerungs- und Kühleinrichtungen zur Verfügung stehen.

Es wird geschätzt, daß Millionen, möglicherweise Hunderte von Millionen Menschen und darüber, als Folge eines Verbots von FCKW sterben werden. Dies ist eine Tatsache, die sogar von dem Ozonverarmungs-„Guru" Robert Watson bestätigt wird. In einem kürzlich stattgefundenen Interview, mit dem für mehrere Zeitungen schreibenden Kolumnisten Alston Chase, gestand Watson ein, daß „wahrscheinlich mehr Menschen an Nahrungsmittelvergiftung als Folge von unzureichender Kühlung sterben würden als durch die Ozonabreicherung".

Die Drohung mit einem Wirtschaftskrieg

Die dritte Welt daran zu hindern, Einrichtungen zur Kälteerzeugung zu bauen, ist eines der erklärten Ziele der Umweltschutzfanatiker, die jetzt in Washington die Politik machen. Der EPA-Chef brachte dies im Juli 1989 sehr klar zum Ausdruck als er feststellte: „Die Aussicht, Länder mit großen Entwicklungsplänen nach vorne kommen zu sehen, darunter, wie wir in China erfuhren, ein Vorschlag für 300 Millionen neue und möglicherweise auf FCKW basierende Kühlschränke, macht sehr deutlich, daß wir sie an diesen Prozeß binden und sie dazu bringen müssen, sich an der Wissenschaft und Forschung zu beteiligen."

Diejenigen Länder, die es abgelehnt haben, das Protokoll von Montreal zu unterzeichnen, werden mit einem Wirtschaftskrieg bedroht, wenn sie nicht kapitulieren. Der Rassismus und die Häßlichkeit dieser Kampagne kam deutlich zum Ausdruck in einem Kommentar im „Christian Science Monitor" von Frederic A. Moritz, dem ehemaligen Asien-Korrespondenten dieser Zeitung. Moritz schreibt: „Die Länder der dritten Welt könnten sich in der Frage der FCKW abblocken. Sie könnten Handels-, Kredit-, oder indirekte Finanzhilfe verlangen, bevor sie sich damit einverstanden erklären, derzeitige oder zukünftige Emissionen von schädlichen Substanzen wie FCKW einzudämmen.

Die US-Regierung sollte handeln

Es stimmt, daß die Armen eine Wirtschaftshilfe dringender benötigen als diejenigen, die es bereits geschafft haben . . . Aber derartige Argumente können leicht zu einer Tarnung für eine Art Erpressung auf internationaler Basis verkommen. ‚Subventioniert uns oder wir werden Eure Umwelt verschmutzen', lautet die stillschweigende Drohung.

Diese Art von Bedrohung ist sehr ernst zu nehmen, da eine globale Verschmutzung, die irgendwo verursacht wird, durch Wasser oder Luft weitergetragen werden und die Gesundheit und das Wohlergehen weltweit gefährden kann. Regierungen und Politiker die dahingehend argumentieren, daß schmutziges Wirtschaftswachstum notwendig ist, um den Armen in der dritten Welt zu helfen, verwischen die Dinge . . . Niemand muß die Luft oder das Wasser verschmutzen, sei er arm oder reich, der in den entwickelten Ländern oder in der dritten Welt lebt." □

TOP SECRET

David oder Goliath

Mark Lane

Rosh Hashana, das hebräische Neujahrsfest, ist traditionsgemäß für Juden eine Zeit des Nachdenkens und der Bewertung. Jetzt, wo sie in das Jahr 5750 eintreten, bleibt Israel ihr Hauptanliegen. Aber es gibt noch andere Probleme über die das Weltjudentum und vor allem die amerikanischen Juden beunruhigt sind. Die Gespräche über Themen konzentrieren sich nicht auf konkrete Vorschläge zu deren Lösung, sondern vielmehr wie man sie betrachten sollte. Diese Suche nach einem einzigartigen jüdischen Bezugsrahmen kennzeichnet die Diskussion innerhalb der westlichen Judenheit vor allem über die Hauptprobleme, denen sie in diesem Jahr gegenüberstehen.

Wie in einem kürzlich erschienenen Leitartikel in der Washingtoner „Jewish Week" ausgeführt, wurden drei Probleme angesprochen, die „einen besonderen Anspruch auf unsere Gefühle zu erheben scheinen". Diese Fragen bezogen sich auf den Palästinenser-Aufstand, auf das Karmeliterkloster in Auschwitz und auf das Problem „Wer ist Jude?". Bezeichnenderweise ist keine der drei Fragen zur Zufriedenheit der Diskussionspartner gelöst worden, und alle werden die jüdische Gemeinde noch über Jahre hinaus beschäftigen.

Es geschah vielleicht nicht zufällig

Bei der Untersuchung der Streitfrage über das Nonnenkloster in Auschwitz vertritt der Leitartikel die Ansicht, daß die Mehrheit der Juden glauben, daß das Nonnenkloster eine Beleidigung ist, daß das Leiden der Juden während des Holocaustes einmalig dasteht, daß, obwohl auch Polen in großer Zahl — wenn auch nicht so viele wie Juden — umgekommen sein können, diese jedoch nicht als Volk zum Völkermord bestimmt waren.

In dem Artikel kommt wieder einmal die oft vertretene Ansicht zum Ausdruck, daß die Polen, wenn sie auch nicht aktiv an dem Gemetzel teilgenommen haben, dieses immerhin stillschweigend gutgeheißen haben, und wegen der durchweg antisemitischen Atmosphäre in Polen vor und während der Kriegsjahre teilweise dafür verantwortlich sind. Wie der Leitartikel ausführt, geschah der von den Deutschen begangene Völkermord an den Juden „vielleicht nicht zufällig" auf polnischem Boden.

Obwohl dies eine Frage ist, über die sich die meisten Juden einigen können, kommt in dem Leitartikel ohne weiteren Kommentar eine saure Tonart zum Ausdruck: „Wie gerechtfertigt seine Forderungen auch immer sein mögen, das Schwergewicht des Weltjudentums wurde aufgefordert sich an einer Kampagne gegen eine kleine Gruppe von betenden Nonnen zu beteiligen."

Als Licht für die Nation

Die Frage „Wer ist Jude?" hinterläßt ebenfalls einen faden Geschmack in den Köpfen aller Beteiligten an der Diskussion, die sie hervorgerufen hat. Sie sollte nach dem Leitartikel ein Grund zum Optimismus über die Zukunft und den Fortbestand des jüdischen Volkes sein, weil sie eine direkte Frage der Tatsache ist, daß zum ersten Male seit Ende des Römischen Reiches der jüdische Glaube und das jüdische Volk durch Konvertierung und Verheiratung verstärkt werden. „Und doch scheinen wir durch diesen Ansturm von Liebe und Anteilnahme verwirrt zu sein."

Dies ist so, weil es sich um einen Ausdruck jüdischer Zweiseitigkeit gegenüber der Art und Weise handelt, wie Juden mit der übrigen Welt verkehren sollten, der die tiefsten Einblicke in den Kern der Diskussion unter Juden gewährt. Es ist in der Wurzel eine Frage, die, wie eine nähere Untersuchung zeigt, „den Verdacht bestätigen könnte, daß wir eine Sorte von Mensch sind, die sich von der übrigen Menschheit unterscheidet".

Dieses „Anderssein" kommt auf vielfache Weise zum Ausdruck. Da gibt es die Trennung der Ghettos, die Sicherheit bietet und die Probleme, die sich aus dem Umgang miteinander ergeben, vermeidet. Da ist auch die messianische Vision die das jüdische Volk als „Avantgarde für die Einheit des Menschentums", „als Licht für die Nationen" herausstellt, deren edle Absichten es von der übrigen Welt unterscheidet.

Weiterhin wird in dem Leitartikel gefragt: „Wollen wir mit Nichtjuden verkehren oder wollen wir getrennt bleiben? Glauben wir, daß ein Zusammenleben mit der nichtjüdischen Welt überhaupt möglich ist?"

Amerika ist das verheißene Land

Diese tiefgehenden und beunruhigenden Fragen werden in Fettdruck hervorgehoben, wenn die dritte Hauptfrage des Jahres, der Palästinenser-Aufstand, in diesem Zusammenhang betrachtet wird. Mit der neuentdeckten politischen Macht in Israel und dem, was das „Auftauchen" der amerikanischen Judenheit bezeichnet wird, ringend, wird es für das Weltjudentum bei seiner derart engen Identifizierung mit Israel schwierig sein mit der feindlichen palästinensischen Bevölkerung unter israelischer Herrschaft fertigzuwerden, wenn „ein einfacher Sinn des Ausgleichs der gegenseitigen Akzeptanz zwischen Juden und Nichtjuden uns nicht einleuchten will".

Der Leitartikel fragt: „Sind wir in ein neues von jüdischer Macht gekennzeichnetes Zeitalter eingetreten?". Wenn ja, „dann bedeutet jüdische Macht, daß wir der nichtjüdischen Welt nicht mehr auf Gnade und Barmherzigkeit ausgeliefert sind; wenn überhaupt, dann sind es die Palästinenser, die heute unserer Gnade und Barmherzigkeit ausgesetzt sind".

Und dies erfordert Umdenken hinsichtlich der moralischen Berechtigung von Israels Politik der starken Hand bei der Niederschlagung des Aufstands. Aber es gibt auch jene, die „der Meinung sind, daß unser Konflikt mit den Arabern den größeren Zusammenhang der fortdauernden Belagerung Israels durch die arabische Welt verdunkelt".

Wenn man diesen Gedankengängen folgt, dann ist Israel immer noch der Underdog in einer größeren Auseinandersetzung, und die Führer der Nation haben dem israelischen Volk gegenüber die moralische Verantwortung, entsprechend zu handeln. Die Schwäche der Palästinenser, so wird argumentiert, sollte keine weniger harte israelische Politik hervorrufen, da ihre relative Machtlosigkeit als Volk das Einzige ist, was sie daran hindert, Völkermord an den Israelis zu begehen.

Diese Denkart besteht weiter — und überwiegt — trotz der Tatsache, daß „unsere Generation vielleicht die erste psychologisch freie Generation von Juden in zwei Tausend Jahren ist". Das heißt Juden werden nicht mehr als verfolgte Minderheit bedroht und sind auch nicht mehr Opfer der Launen von gastgebenden Oberlehnsherren. Sie sind Herren ihrer selbst. Die amerikanische Judenheit ist im Aufstieg begriffen — und Amerika ist in jeder Hinsicht das verheißene Land, das die Juden weltweit jahrhundertelang vor Augen hatten —, während Israel als politisches Dasein von großer Macht unter seinen Nachbarn neu entstanden ist.

Während die Judenheit über „die Bedeutung unserer Geschichte" diskutiert, um festzustellen, ob „dies eine Zeit für Mitleid oder Härte seitens der Juden ist", leiden die Palästinenser, die seit 40 Jahren ohne Heimat und seit 20 Jahren unter militärischer Besatzung in der West Bank und im Gazastreifen leben, leider immer noch unter dem gleichen Zustand unter dem die Juden durch die Jahrhunderte hindurch gelitten haben: Staatenlosigkeit. □

Israel

Ein wirtschaftlicher Schlamassel

Mark Lane

Die israelische Wirtschaft ist rückläufig. Aber wen kümmert das? Sicherlich nicht die Israelis. Die israelische Wirtschaft setzt ihren Abstieg rapide fort, und obwohl es keinen Mangel an Ideen, Plänen und Vorschlägen gibt, sind nur sehr wenige konkrete Reformen erreicht worden.

Die Arbeitslosigkeit liegt bei zehn Prozent, die derzeitige Wirtschaftsflaute — die schlimmste seit Jahren — verschlimmert sich ohne daß ein Ende abzusehen ist, und die Regierung ist bis zur Untätigkeit gelähmt, weil sie sich nicht einig darüber ist, wie regiert werden soll. Die israelische Industrie ist ein Trümmerhaufen, die Rückzahlung der Auslandsschulden verschlingen einen immer größer werdenden Teil des Einkommens und höhlen den Lebensstandard weiter aus. Der Palästinenseraufstand schreckt die Touristen, Israels erstrangige Quelle von harter Währung. Die israelische Regierung gibt allein zur Eindämmung des Aufstandes jährlich eine halbe Milliarde Dollar aus.

Überraschend ist die Gelassenheit

Was bei dieser ganzen Sache überraschend ist, ist die Gelassenheit mit der die Israelis selbst diese kritische Bedrohung für ihre Zukunft betrachten. Die Wirtschaftsprobleme, mit denen Israel es zu tun hat, sind in der Tat eine mindestens ebenso ernsthafte Bedrohung für Israel wie der Palästinenseraufstand — eigentlich noch tödlicher, weil Israel weiß, daß es über überlegene militärische Stärke verfügt, um mit den Arabern fertigzuwerden, wenn es dazu kommen sollte. Aber es gibt keine so einfache und totale Lösung für den wirtschaftlichen Schlamassel.

Noch rätselhafter ist die geringe Besorgnis unter den amerikanischen Unterstützern Israels. Sonst immer die ersten, die mögliche Probleme für den zionistischen Staat ausfindig machen und darauf hinarbeitend sie zu beseitigen, haben die amerikanischen Freunde Israels und die amerikanisch-zionistische Pro-Israel-Lobby derzeit seltsamerweise wenig über die israelische Wirtschaftskrise zu sagen.

Kann es sein, daß sie glauben, daß Israel eigentlich wenig Grund hat sich Sorgen zu machen? Berichte in der amerikanisch-zionistischen Presse über die israelische Wirtschaftskatastrophe vermitteln den Eindruck, daß die meisten Mitglieder der Gemeinde glauben, daß wenn Amerika bereit ist seinen beträchtlichen militärischen und politischen Druck und Einfluß in die Waagschale zu werfen, um Israels Sicherheit gegen einen bewaffneten Angriff zu gewährleisten, es eine einfache Angelegenheit wäre, die israelische Wirtschaft aufzumöbeln falls diese einen Punkt erreicht, wo es kein Zurück mehr gibt.

Und kann diese Einschätzung der Sachlage so sehr falsch sein? Schließlich haben die Vereinigten Staaten Dutzende von Milliarden Dollar über die Jahre hinweg in die israelische Wirtschaft hineingepumpt, mit mehr oder weniger ständig größer werdenden Beträgen. Die amerikanisch-zionistische Gemeinde hat ebenfalls über die jüdischen Agenturen Milliarden in den israelischen Trichter geschüttet.

Die Wirtschaftskrise, die Israel durchmacht, ist weit weniger dramatisch als die drohende Invasion, an zwei Fronten kämpfen zu müssen, oder ein bewaffneter Aufstand. Die vielbeschworene arabische Drohung „Israel ins Meer zu treiben" feuert sicherlich die Phantasie an — und erweckt den großzügigen Drang, Israel Geld zu spenden — in viel stärkerem Maße als eine Arbeitslosenquote von 9,75 Prozent oder der drohende Rückgang in den öffentlichen Diensten.

Bekämpfung des Bürokratismus

Aber die Krise ist nichtdestoweniger sehr real, und die Israelis werden hart auf die Probe gestellt, mit einem umfassenden Plan aufzuwarten, um mit ihr fertigzuwerden. Der israelische Finanzminister Shimon Peres kündigte kürzlich Pläne zur Bekämpfung des Bürokratismus der Regierung an, der ein Hindernis gegen Neuinvestitionen darstelle. Anstatt das System zu reformieren, schlägt er vor, einfach einen außerordentlichen Drei-Mann-„Oberlehnsherren"-Ausschuß zu bilden um 100 auserwählte Projekte in einem Zeitraum von sieben Monaten durchzudrücken und dabei die Bürokratie — und das strukturelle Problem in der Wirtschaft — unverändert bestehen zu lassen.

Wirtschaft braucht Subventionen

Dieses strukturelle Problem kann aber nicht außer acht gelassen und seine Bedeutung nicht unterschätzt werden. Die sozialistische Wirtschaft Israels ist an Regierungssubventionen für den Privatsektor gebunden. Histadrut, die massive halboffizielle Gewerkschaft, ist gleichzeitig der größte Arbeitgeber des Landes und beherrscht annähernd 60 Prozent der Industrie des Landes. Sie beherrscht auch die größte Bank des Landes, Bank Hapoalim, und die größte Krankenkasse, Kupat Holim, die über Kliniken in jeder israelischen Stadt verfügt und eine Reihe von Krankenhäusern besitzt.

Der Rekordstand der Arbeitslosigkeit überall im Lande ist besonders akut in den Entwicklungsstädten der Negev und in Galiläa. Diese Projekte wurden ins Leben gerufen und finanziert durch das Gesetz zur Ankurbelung der Investition, wonach private Kapitalanlagen zur Entwicklung von Siedlungen in Gebieten subventioniert werden, die, obwohl sie sich in Israel selbst befinden, immer noch weitgehend arabisch sind.

Wie bei allen großen Plänen dieser Art liegt das Problem darin, daß die Projekte wirtschaftlich einfach nicht lebensfähig waren; sie wurden aus sozialen und politischen Gründen ausgewählt, ohne daß man ihrer wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit allzu viel Beachtung schenkte.

Deshalb scheinen Peres Vorschläge schon zum Scheitern verurteilt zu sein, bevor sie in Angriff genommen werden. Seine Lösung ist überhaupt keine Lösung; sie konzentriert lediglich die behördlichen Bemühungen auf Neuentwicklungen, was sich unter den gegebenen wirtschaftlichen und politischen Umständen als Sackgasse erwiesen hat. Trotz zahlreicher Aufrufe zur Umstrukturierung der israelischen Wirtschaft mehr nach den Richtlinien der freien Marktwirtschaft wäre der politische Preis, den eine Regierung zu bezahlen hätte, wenn sie diese Vorschläge in die Praxis umsetzen würde, enorm, wenn nicht gar tödlich.

Es hat halbherzige Versuche gegeben, so wie der kürzliche Verkauf von Vermögenswerten, der von der Regierung und Histadrut dirigiert wurde, aber die Ergebnisse waren keineswegs ermutigend. Die Regierung wird auf breiter Ebene kritisiert, weil sie den Verkauf der Jerusalemer Economic Corporation, der als Schritt zur Privatisierung hin angesehen wurde, verpfuscht hat. Anstatt ganz einfach Aktien zum Verkauf an die Öffentlichkeit anzubieten, verkaufte die Regierung 82 Prozent der Gesellschaft an eine amerikanische Investitionsbank, Bear Stearns, für 53 Millionen Dollar. Kritiker vertraten die Ansicht, daß die Regierung durch ein öffentliches Angebot das Doppelte bekommen hätte. Und Bear Stearns kann einfach die Profite aus dem Land herausziehen, wenn man das wünscht. □

Israel

Bauernfängerei als Wirtschaftspolitik

Mark Lane

Im Jahr 1992 werden die Länder des gemeinsamen europäischen Marktes der Europäischen Gemeinschaft (EG) sich zu einem einzigen festen Handelsblock zusammenschließen, der sich mit Einfuhren und Ausfuhren befassen wird. Als solcher wird die EG die wirtschaftliche Schlagkraft haben, Auge um Auge mit den Vereinigten Staaten und Japan, den beiden Haupthandelsmächten, zu konkurrieren.

Dies ist kein gutes Omen für die Vereinigten Staaten, die 1988 ein Handelsdefizit von 137,3 Milliarden Dollar erlitten. Da vorausgesagt wird, daß die EG 1992 europaweite Handelsschranken einzuführen plant, wird sich die amerikanische Handelsbilanz möglicherweise noch weiter verschlechtern.

Israel ist als Staat pleite

Aber gibt es da nicht schon Licht am Ende des Tunnels? Ein Verbündeter der USA, mit Freihandelsvereinbarungen mit der EG, hat sich angeboten, mit den USA ein Drei-Wege-Handelsabkommen zu treffen, nach dem amerikanische Produkte auf einer ausgewogeneren Basis in die EG gelangen können.

Eine gute Nachricht? Vielleicht, vielleicht aber auch nicht, denn dieser Verbündete ist Israel, eines der wenigen entwickelten Länder mit Handelsbilanzproblemen, die denen der Vereinigten Staaten nicht nachstehen.

Israel ist pleite. Es benötigt eine Spritze von drei Milliarden Dollar und mehr vom amerikanischen Steuerzahler nur um seine Nase über Wasser halten zu können. Israels Einfuhr- und Ausfuhrbilanz gegenüber der EG weist ein steigendes Defizit auf. Zum Beispiel im Jahr 1982 beliefen sich die israelischen Ausfuhren in Länder der EG insgesamt auf annähernd zwei Milliarden Dollar, während sich die Einfuhren auf etwa 2,6 Milliarden Dollar beliefen.

Aber 1988 machten die Ausfuhren annähernd 3,2 Milliarden Dollar aus, während sich die Einfuhren auf etwas über sieben Milliarden Dollar beliefen. Und dazu gehören Diamanten, für Israel ein großer Geldbeschaffer.

Es ist klar, daß Israel ebensowenig eine Lösung weiß wie die USA. Und doch, als Israel vorschlug, daß sich die USA an einem Programm des Drei-Wege-Handels beteiligen sollten, schwebte der Versuchsballon unangefochten über Washington. Der Gedanke ist, amerikanische Firmen zu veranlassen, in Israel juristische Personen einzurichten, um „Made-in-Israel"-Güter für die EG zu erzeugen. Auf diese Weise würden die Waren unter dem Freihandelsabkommen in die Länder der EG gelangen und gingen somit jeglichen gegen die USA gerichteten Handelsschranken aus dem Wege.

Genau betrachtet, ist die vorgeschlagene Vereinbarung gut für Israel. Es gibt keinen Beweis dafür, daß sie für die USA etwas anderes bringt, als daß es sogar noch notwendiger würde — „Israels Industrie zu retten heißt, die amerikanische Industrie zu retten" —, daß amerikanische Steuerzahler Israels Wirtschaft weiterhin unterstützen.

Amerikaner sollen Nutzen haben

Aber das wird man nicht hören, wenn die israelische Propagandamaschine auf Hochtouren gebracht wird, um den Gedanken schmackhaft zu machen. „Amerikanische Hersteller können zollfrei in den europäischen Markt eindringen, indem sie in Israel investieren", sagt Gabriel Levy, Israels Wirtschaftsbeauftragter für Nordamerika. „Israel dient als wahrhaftige Brücke zum europäischen Markt für amerikanische Firmen auf Grund seines einzigartigen Vorteils als einziges Land in der Welt, das Freihandelsvereinbarungen sowohl mit den Vereinigten Staaten als auch mit der Europäischen Gemeinschaft getroffen hat. Durch Ausnutzung der Vorteile, die sich aus diesen beiden Abkommen ergeben, kann sich ein amerikanischer Hersteller in Europa einen Markt aufbauen."

Man kann fast sehen, wie diese Worte in den Leitartikeln der großen amerikanischen Zeitungen wiederholt werden. Der Schlüssel für den Wettbewerb in Europa ist die Ausfuhr des amerikanischen Produktes nach dort über Israel. Ist das Produkt erst einmal in Israel, muß es teilweise in Israel hergestellt und einer ausreichenden Weiterverarbeitung unterzogen werden. Ein Produkt wird als „israelisch" angesehen, wenn es direkt von Israel zur EG transportiert wird; einer „ausreichenden Bearbeitung oder Weiterverarbeitung" in Israel unterzogen wird, das heißt, die verarbeiteten Waren müssen in eine andere Zolltarifrubrik kommen, und auf einer Liste von Produkten erscheinen, um den Nicht-aus-Israel-Wert eines verarbeiteten Produktes zu begrenzen. Solche prozentuale Anteile reichen von fünf bis 50 Prozent, je nachdem um welchen Artikel es sich handelt.

Arbeitsplätze und Exporte für Israel

Das neue israelische Produkt ist nun berechtigt, zoll- und quotenfrei in die EG eingeführt zu werden. „Eine solche Strategie ist lebenswichtig für jede Firma, die sich darauf vorbereitet, nach 1992 in Europa Geschäfte zu tätigen", sagt Levy. „Amerikaner können aus diesen Abkommen Nutzen ziehen, indem sie Aufträge an Subunternehmer vergeben oder Fertigungsfilialen in Israel einrichten, oder sich mit israelischen Firmen an Joint-Ventures beteiligen."

Sind es Amerikaner die daraus Nutzen ziehen oder amerikanische Firmen? Die AFL-CIO hat Jahre dazu gebraucht, um sich darüber klar zu werden, daß jedesmal, wenn sich ein Amerikaner einen ausländischen Wagen zulegt, er keinen amerikanischen gekauft hat. Das bedeutet mehr europäische Autoarbeiter und weniger amerikanische. Und jedesmal wenn amerikanische Firmen Anlagen nach Übersee verlagern, verlieren Amerikaner ihre Arbeitsplätze. Sicherlich wird der europäische Markt amerikanischen Firmen eröffnet, die über Israel arbeiten, aber das hilft der israelischen Handelsbilanz und der israelischen Wirtschaft — das heißt, Arbeitsplätze für Israelis und Exporte für Israel. Es nützt den amerikanischen Lohnverdienern nichts. Es werden keine amerikanischen Arbeitsplätze geschaffen und an der amerikanischen Handelsbilanz ändert sich auch nichts. Amerika hat bereits eine günstige — Israel sagt zu günstige — Handelsbilanz mit dem nahöstlichen Staat.

Aber der EG-Schritt ist ein zweischneidiges Schwert. Amerikanische Firmen investieren in Europa, um an Ort und Stelle zu sein, wenn die Vereinbarung von 1992 in Kraft tritt. Wenn sich amerikanische Firmen bereits in Europa befinden, dann brauchen sie Israel nicht mehr. Aber niemand in Israel spricht darüber mit Amerikanern.

Die Grundlinie ist der Schutz der israelischen Wirtschaft. Obwohl Israel ein Freihandelsabkommen mit der EG und Amerika hat, genießt es solche Privilegien im Fernen Osten nicht. Israel hat keine Möglichkeit die Konkurrenz aus dem Fernen Osten zu bekämpfen, und zwar wegen der äußerst niedrigen Lohnkosten dort, sagt der Generaldirektor des Industrie- und Handelsministeriums Yoram Blisovsky. □

Revisionismus

Das induzierte Irresein

Siegfried Gärtner

„Das deutsche Kriegsschuldbewußtsein stellt einen Fall von geradezu unbegreiflicher Selbstbezichtigungssucht ohnegleichen in der Geschichte der Menschheit dar. Ich kenne kein anderes Beispiel dafür, daß ein Volk diese wahnsinnige Sucht zeigt, die dunklen Schatten der Schuld auf sich zu nehmen an einem politischen Verbrechen, das es nicht begangen hat", schrieb der amerikanische Historiker Professor Harry E. Barnes.

Diese Feststellung ist so wahr, daß sich jeder Kommentar erübrigt. Es stellt sich aber die Frage: Warum verhalten sich die Deutschen so? Gerade in den vergangenen Monaten erlebten wir wieder in massivster Form wie historische Jubiläen dazu benützt werden, gebetsmühlenartig die ewige Litanei von der „deutschen Schuld" herunterzuleiern bis zum Erbrechen. Geschichtlich völlig ungebildet und daher unfähig zu politischem Denken, läßt die Masse der Deutschen das Ganze über sich ergehen und scheint die Schmutzkübel, die über sie ausgekippt werden, gar nicht mehr zu bemerken.



Die Verbrechen Lenins (links) und Stalins forderten 20 Millionen Menschen, Solschenyzin spricht von 100 Millionen.

Immer die gleichen Tricks der Medien

Es ist eine Tatsache, daß gerade die Kirchen bei diesem unrühmlichen Spiel voll penetranten Eifers mit von der Partie sind. Dabei werden von den Medien immer die gleichen Tricks angewandt. So erlebten wir Anfang September 1989, daß das Fernsehen zu den besten Sendezeiten Fotos von deutschen Soldaten neben erschossenen oder erhängten Polen zeigte.

Die Tendenz war deutlich: Es handelte sich um Originalfotos, die deutsche Soldaten selbst aufgenommen haben. Zweifelt ihr also immer noch? Der Angriff der antideutschen Agitation richtet sich somit jetzt frontal gegen den Feldgrauen, also das deutsche Volk selbst, während noch vor einem Jahrzehnt schwerpunktmäßig nur die SS, Hitler oder die NSDAP verteufelt wurden.

Was das Fernsehen jedoch stets unterdrückt, ist das einfache Hinterfragen. Dies nämlich ist der springende Punkt bei der Sache. Warum wurden diese oder jene Polen erschossen? Warum zeigt dieses „Deutsche Fernsehen" niemals die ermordeten und zerstückelten Volksdeutschen von Bromberg, in deren Gräber die Polen oft krepierte Hunde geworfen hatten?

Wenn nach 45 Jahren immer noch sogenannte deutsche Gerichte „deutsche Kriegsverbrecher" suchen und verfolgen, obwohl in den 180 Kriegen, die es seit 1945 auf der Welt gegeben hat, niemals nach Kriegsverbrechern auch nur gefragt wurde, dann scheint es natürlich, daß die siegreiche deutsche Wehrmacht 1939 und die von ihr befreite volksdeutsche Minderheit, die vorher brutal drangsaliert worden war, nun ihrerseits die polnischen Kriegs- und Friedensverbrecher zur Rechenschaft gezogen haben.

Das Schwarz-Weiß-Gemälde der Medien

Ganz abgesehen davon, daß Polen in leichtfertigster und chauvinistischer Weise in den Krieg gezogen ist, in dem Wahn, ihn leicht gewinnen zu können. Dies zeigte sich schon bei den Parademärschen der polnischen Armee durch Warschau in den Wochen vor dem Kriegsausbruch, als das polnische Publikum seine Soldaten in illusionären Hurrapatriotismus und geradezu kriegslüsterner Weise durch Sprechchöre hysterisch aufgehetzt hat. Als dagegen zur selben Zeit eine deutsche Panzerdivision durch die Reichshauptstadt fuhr, standen die Menschen dort ernst und schweigend: Die Deutschen wußten, was ein Krieg bedeutet.

Beim kürzlichen Historikertreffen in Pforzheim, bei dem natürlich kein einziger revisionistischer Historiker zugegen war, pries ein Pole als wilder Nationalist und Militarist sein Land. Er erklärte, Polen habe nie kapituliert und den Krieg im Untergrund fortgesetzt. Die sogenannte Armija krajowa (Heimatarmee) führte von 1939 bis 1944 einen unterirdischen Partisanenkampf gegen die deutsche Wehrmacht. Ehrlose Deutsche klatschten dazu Beifall.

Glaubt aber irgendjemand, daß die Wehrmacht damals anders als durch härteste Gegenmaßnahmen auf diesen heimtückischen völkerrechtswidrigen Bandenkrieg reagieren konnte? Und eben an diesen natürlichen Hinterfragen fehlt es. Die Fernsehgewaltigen glauben anscheinend, lauter Strohköpfe vor sich zu haben. Die Massenmedien zeigen der Welt ein Schwarz-Weiß-Gemälde.

Es ist nicht alles verlogen, was gezeigt wird, aber es wird zur Lüge durch die Einseitigkeit der Darstellung. Die Deutschen sind immer von vornherein die schuldigen Verbrecher. Die moralisierende Maske ist pure Heuchelei. Denn die bloße Wahrung deutscher Nationalinteressen, ja jeder deutsche Standpunkt überhaupt, so selbstverständlich er von der Sache her auch jeweils sein mag, wird als anstößig unmoralisch oder kriminell gewertet.

Sind die Deutschen eigentlich normal?

Umgekehrt entschuldigen oder begrüßen dieselben Bewältigungsfetischisten jede Gemeinheit, jeden brutalen Akt in Gegenwart und Vergangenheit, wenn er sich nur gegen das europäische Reich der Mitte richtet oder gerichtet hat. Seit den Zeiten der Inquisition hat die Welt nicht mehr einen solch exorzistischen Haß gesehen.

Was sollen wir zu diesem Wahnsinn, zu diesem induzierten Irresein sagen?

Noch keine Zeit hat sich bisher so sehr erniedrigt, eine furchtbare feindliche Greuelpropaganda aus Kriegszeiten einfach zur historischen Wahrheit zu erheben oder solches zuzulassen. Aufgeschlossene Ausländer fragen sich schon längst, ob diese Deutschen mit ihren ewigen Selbstbezichtigungen eigentlich noch normal sind.

Nur durch sorgfältige Analyse wechselseitiger Vorgänge und Zusammenhänge mit ihrer jeweiligen Kette aus Aktion und Reaktion kommen wir zu eini-

germaßen gesicherten historischen Erkenntnissen. Uns werden jedoch seit 1945 ständig Propagandathesen als geschichtliche Wahrheiten verkauft. Die Propaganda aber als Fortsetzung des Krieges mit psychologischen Mitteln folgt ihren eigenen Gesetzen. Eine objektive Propaganda gibt es nicht. Ihre Durchschlagskraft erhält sich durch extremste Einseitigkeit und deren ständige Wiederholung. Nach diesen Regeln arbeiten die Feinde des deutschen Volkes.

Es ist aber unsere Aufgabe, zu verhindern, daß die Propaganda endgültig über die Realität siegt, das heißt, über die objektive geschichtliche Wirklichkeit, wie sie sich in den wechselseitigen Beziehungen zwischen den Mächten, Machtstrukturen und politischen Kraftpunkten widerspiegelt. Nur so kann auch das induzierte Irresein überwunden werden, an dem unser Volk zugrunde zu gehen droht.



Bereits 1917 wurde in Moskau die rote Weltrevolution verkündet, das heißt eine Kriegserklärung an alle nicht-kommunistischen Staaten.

Gerade der derzeitige Umbruch im gesamten Osten scheint uns hier zu Hilfe zu kommen. Bereits 1917 wurde in Moskau die rote Weltrevolution verkündet. Diese beinhaltete an sich schon eine Kriegserklärung an alle nicht-kommunistischen Staaten der Welt. Lenin sagte damals: „Ich pfeife auf Rußland".

Insbesondere war Deutschland als das Herz Europas erstes Angriffsziel des bolschewistischen Umsturzes. Das durch Krieg und Versailler Vertrag geschwächte Reich, in dem Not und Elend herrschten, wurde zum bevorzugten Exerzierfeld der Weltrevolutionäre. Es kam zu zahlreichen kommunistischen Aufständen im Ruhrgebiet, in Hamburg, Sachsen und Thüringen. Moskauer Hauptemissär war damals Karl Radek, der später, wahrscheinlich mangels Erfolg, von Stalin liquidiert wurde.

Die Verbrechen von Lenin und Stalin

Bayern und Ungarn sahen kurzlebige Räterepubliken. Darüber hinaus hat Moskau in fast allen Ländern der Welt ununterbrochen Streiks, Aufstände, Morde, blutige Krawalle befohlen oder angestiftet. Von 1929 bis 1933 wurden allein in der Ukraine im Zuge der Zwangskollektivierung sieben Millionen Bauern durch Aushungerung oder Genickschuß liquidiert. Bis 1937 fielen dem Leninschen und Stalinschen Terror mindestens 20 Millionen Menschen zum Opfer, Solschenyzin spricht — ohne die Kriegszeit — sogar von 100 Millionen, der russische Statistiker Kurganow von 67 Millionen Opfern.

Außerdem forderte die kommunistische Wahnidee in China und anderen Ländern der Welt weitere Dutzende von Millionen Menschenleben. In Kambodscha haben die Roten Khmer im Namen kommunistischer „Volksbefreiung" jeden umgebracht, der mehr als seinen Namen schreiben konnte.

Ohne diesen Doppelangriff durch Demütigung und wirtschaftliche Verblendung seitens der Versailler Mächte und drohende Bolschewisierung von Osten her wäre es nicht zu der deutschen Umwälzung von 1933 gekommen. Die Millionen Verbrechen Stalins vor allem zwischen 1929 und 1933 waren im demokratischen Westen genau bekannt, wurden dort aber totgeschwiegen — wie teilweise heute noch —, weil schon damals die Absicht bestand, Deutschland endgültig zu zerschlagen und dabei die Mithilfe der roten östlichen Großmacht eventuell nötig schien.



Clemenceau, Wilson und Lloyd George legten bei den Friedensverhandlungen von Versailles den Keim für den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges.

Dies läßt die selbstgerechte heuchlerische Moralistenrolle, in der sich der Westen stets gefällt, in ihrem wahren Licht erscheinen. So handelten die Westmächte im Zuge ihrer Einkreisungspolitik im Sommer 1939 ein Militärbündnis zwischen Frankreich, England, Polen und der Sowjetunion aus. Das Abkommen lag unterschriftsreif in Stalins Schublade.

Unter anderen stellte die Sowjetunion laut Vertrag allein 120 Infanteriedivisionen, 9 000 bis 10 000 Panzer — der deutsche Präventivschlag 1941 begann mit 3 600 Panzern — und 5 500 Kampfflugzeugen. Somit konnte Stalin Hitler erpressen. Daß der Vertrag mit Polen und den Westmächten schließlich scheiterte, lag am allerwenigsten an England und Frankreich, sondern an der Weigerung Polens, die Russen durchmarschieren zu lassen, sowie an langfristigen Planungen Moskaus.

Durch den so erpreßten Nichtangriffspakt mit Berlin auf der Grundlage der Teilung Polens konnte Stalin aber den Krieg auslösen, genau wissend, daß beim beiderseitigen Einmarsch in dieses Land die westliche Kriegserklärung an Deutschland, nicht jedoch gleichzeitig an Moskau erfolgen würde.

Mit einem Minimum an Verlusten wollte die Sowjetunion später zu einem geeigneten Zeitpunkt angreifen, den Zweiten Weltkrieg siegreich beenden und mit dem Triumph der Weltrevolution krönen. Am 30. November 1939 überfielen die Russen Finnland, annektierten im Sommer 1940 Estland, Lettland und Litauen sowie die Nordbukowina und Bessarabien von Rumänien.

Das rote Riesenreich umfaßte somit 22 Millionen Quadratkilometer gegen die etwa 600 000 des Deutschen Reiches. Die Propagandathese vom deutschen Überfall wird im Licht solcher Tatsachen zu einem durchsichtigen Ammenmärchen.

Wer angesichts des tatsächlichen Ablaufs der geschichtlichen Ereignisse dieses Jahrhunderts weiterhin einseitig Siegerthesen vertritt, versündigt sich nicht nur an der historischen Wahrheit, sondern auch am deutschen Volk, das so ewig erpreßbar gehalten wird, ja, dem sämtliche Zukunftsmöglichkeiten abgeschnitten werden. Insbesondere wird so ein nationales Spaltungsirresein erzeugt, das die konkrete territoriale Aufspaltung unseres Landes verewigen soll. □

Ein Mord um die Geschichte zu verfälschen

James P. Tucker

Es kommt immer mehr Beweismaterial zusammen, daß Rudolf Heß in Berlin-Spandau ermordet wurde, um Historiker daran zu hindern, jemals von seiner persönlichen Kenntnis über Großbritanniens angebliche Entschlossenheit zum Zweiten Weltkrieg Gebrauch machen zu können.

Das Establishment hatte gehofft, daß der schwächliche, unter Gicht leidende Rudolf Heß, 93 Jahre alt, sterben und das furchtbare Geheimnis über Großbritanniens Weigerung, Frieden zu machen, mit ins Grab nehmen würde.

Geheimhaltung der Dokumente bis 2017

Man weiß, daß die Welt mit Empörung zur Kenntnis nehmen würde, daß der Zweite Weltkrieg eigentlich unnötig war, und daß 55 Millionen Soldaten und Zivilpersonen nicht hätten sterben müssen. Die Wirkung auf die amerikanische Außenpolitik, hätte die Welt aus dem Mund von Heß die Wahrheit erfahren, wäre gewaltig gewesen. Nahezu 300 000 Amerikaner starben in dem von dem britischen Premierminister Winston Churchill und dem amerikanischen Präsidenten Franklin Delano Roosevelt herbeigeführten Krieg.

Darum wurde Heß seit seinem Flug als Friedensbote am 10. Mai 1941 gefangengehalten, bis er 46 Jahre später in Berlin-Spandau — die Beweise sind überwältigend — ermordet wurde.

Das ist auch der Grund, warum alle britischen Dokumente bezüglich Heß und seiner Friedensmission bis zum Jahr 2017 geheimgehalten werden. Das britische Außenministerium will nicht sagen warum, sondern erklärt lediglich: „Gründe werden niemals bekannt gegeben".

Rudolf Hess mit seinem Sekretär Martin Bormann bei der Ankunft in Hitlers Hauptquartier.

Im Jahr 2017 wird der Zweite Weltkrieg 72 Jahre vorüber sein. Sehr wenige Menschen, die während des Zweiten Weltkrieges lebten, werden dann noch am Leben sein. Wenige Leute, die dann noch leben, werden sich an ihre Lieben erinnern, die im Zweiten Weltkrieg starben. Für die Menschen im Jahr 2017 wird der Krieg nur noch nebelhafte Geschichte sein.

Dann werden auch die Hauptschuldigen am Zweiten Weltkrieg längst tot sein, die furchtbare Wahrheit wird weniger Wirkung haben, wenn sie ans Tageslicht kommt. Aber es gibt keine absolute Sicherheit dafür, daß die Akte einfach „verlorengeht".

Das Szenario eines Selbstmords von Heß war schon in dem Augenblick unwahrscheinlich, als die Briten im August 1987 versuchten, den Sachverhalt so darzulegen. Die unmittelbare Frage war damals nicht, ob Heß ermordet wurde, sondern warum?

Warum durfte der alte Herr nicht einfach auf natürliche Weise sterben?

Es war seit vielen Jahren der einzige Gefangene in Spandau. Die Absurdität einen Mann hinter Gittern zu halten, weil er versucht hatte Europa den Frieden zu bringen, war so offensichtlich, daß sogar Amnesty International und andere liberale Gruppen seine Freilassung verlangten.

Die Westmächte — die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich — hatten ein bequemes Alibi: Die Sowjetunion widersetze sich seiner Freilassung. Unter den Nachkriegsvereinbarungen mußten alle vier Alliierte zustimmen, ob Heß freigelassen werden soll.

Er sollte sein Wissen mit ins Grab nehmen

Da die vier Mächte abwechselnd Spandau bewachten, wäre es ein Leichtes gewesen, ihn herauszulassen, und die Sowjets hätten nichts dagegen tun können. Die Wahrheit ist, daß alle vier Mächte wollten, daß Heß im Gefängnis sterben und sein Wissen — das nur er haben konnte — mit ins Grab nehmen sollte.

Aber diese bequeme Vereinbarung drohte auseinanderzuplatzen kurz bevor Heß getötet wurde. Heß' Sohn, Wolf-Rüdiger Heß, sagte man, habe ihm Anfang 1987 mitgeteilt, daß die Sowjetunion ihrerseits das Verbot, Heß in die Freiheit zu entlassen, aufheben werde.

Aus welchen Glasnost-Gründen auch immer, die Sowjetunion hatte ihr Interesse daran verloren, Heß weiterhin festzuhalten. Die Sowjets wissen, daß, wenn Heß' Friedensmission im Mai 1941 Erfolg gehabt hätte, Deutschland in einem Einfrontenkrieg an der Ostfront den Sieg davongetragen hätte. In diesem Falle hätte es niemals einen „Kalten Krieg" gegeben, weil eine sowjetische militärische Bedrohung für die freie Welt nicht vorhanden gewesen wäre. Josef Stalin und seine internationale kommunistische Bewegung hatten alle Gründe dafür einen Weltkrieg zu wollen, um den Druck von seinen bedrängten Kräften zu nehmen.

Dr. Werner Maser, ein angesehener deutscher Historiker, teilte uns mit, die Sowjets hätten einmal während ihres Wachturnus Heß eine Position des Luxuslebens in der DDR angeboten, wenn er sagen würde, daß Hitler die dortige Regierung gebilligt hätte. Heß habe „arrogant abgelehnt" und sei nach Spandau zurückgebracht worden.

Die Tatsachen, die auf die Ermordung – nicht auf den Selbstmord – von Heß hindeuten, wurden schnell von seinem Sohn öffentlich bekanntgegeben, doch von der Presse des Establishments ignoriert. Es ist für einen schwächlichen, von der Gicht geplagten Mann von 93 Jahren unmöglich, sich mit einer Lampenschnur zu erdrosseln. Er konnte nicht einmal ohne Hilfe von seinem Bett aufstehen. Seine Hände waren durch Gicht „verkrüppelt", sagte sein Pfleger. „Er konnte sich nicht einmal die Schuhe zubinden, geschweige denn seine Arme hoch genug erheben, um sich zu erdrosseln".



Das Wrack der Messerschmidt 110, in der Rudolf Heß am 10. Mai 1941 nach Schottland flog.



Das Spandauer "Kriegsverbrecher"-Gefängnis, in dem Heß bis zum 93. Lebensjahr einsitzen mußte.

Die Briten teilten mit, Heß sei unter amerikanischer Bewachung für einen Augenblick in einem kleinen Sommerhaus im Gefängnisgarten unbewacht geblieben. Dort, so heißt es, entfernte er eine Schnur von einer Leselampe und erhängte sich damit. Sie erklärten nicht, wie es Heß gelungen sein soll, die Schnur wieder in die Steckdose zu stecken, wo der Pfleger sie fand, als er kurz nach diesem „Selbstmord" an Ort und Stelle eintraf.

Tatsachen deuten auf Mord hin

Eine zweite Obduktion, die von seinem Sohn in die Wege geleitet wurde, ergab, daß Heß nicht durch Erhängen sondern durch Strangulation gestorben war. Hätte Heß sich selbst erdrosseln können?

„Es ist die absolute Ausnahme", sagte Dr. Wolfgang Spann, der die zweite Obduktion durchführte, „daß sich jemand erdrosselt, denn in dem Augenblick, wo er bewußtlos wird, verlassen ihn seine Kräfte und er läßt die Schnur oder was auch immer, wieder los."



Die Wahrheit wurde vertuscht

Angesichts solch starker Beweise, die der „Selbstmord"-Erzählung widersprechen und weil eine Untersuchung durch Scotland Yard im Gange war, entdeckten die Briten plötzlich einen „Abschiedsbrief". Dieser wurde schnell von Heß' Sohn verworfen:

„Diese Notiz spiegelt nicht das Denken meines Vaters im Jahre 1987 wider."

Sie sei in einer Ausdrucksweise verfaßt, die sein Vater schon seit Jahren nicht mehr verwendet habe, sagte er, und obwohl darin sein ehemaliger Sekretär genannt wird, werden seine Enkelkinder darin überhaupt nicht erwähnt. Das sei nicht die Art seines Vaters gewesen, denn die Familie Heß sei so eng miteinander verbunden gewesen, wie sie nur sein kann, wenn nur kurze monatliche Besuche unter Bewachung gestattet sind.



Rudolf Heß mit seinem Wärter auf einem Spaziergang im Garten des Spandauer-Gefängnisses.

Während das Establishment mehr als vier Jahrzehnte lang versucht hat die furchtbare Wahrheit über Heß und über die Ursprünge des Zweiten Weltkrieges zu vertuschen, ist ein Großteil des Beweismaterials für diesen Verrat schon seit langem öffentlich bekannt.

Heß war Hitlers Hauptstellvertreter, als er im Mai 1941 eine leichte Maschine nach Schottland flog und dort mit dem Fallschirm absprang. Daß er mit einem Friedensgesuch gekommen war, ist niemals in Frage gestellt worden. Die Beweggründe dafür, ihn einzusperren und auf sein Friedensgesuch nicht zu reagieren waren, daß Heß geisteskrank gewesen sei.

Hitlers Rücksicht auf England

Hitler hatte schon vorher Friedenssignale gesendet. Historiker des Establishments räumen freimütig ein, daß sie nicht erklären können, warum die Deutschen auf Hitlers direkte Befehle hin Gewehr bei Fuß standen und Großbritannien in der Zeit vom 28. Mai bis 1. Juni 1940 gestatteten, 338 000 britische Soldaten zu retten. Daß Hitlers Panzer, die die britischen Streitkräfte an der Küste festgenagelt hatten, diese hätten vernichten können, wird von niemandem bestritten. Es war eine weitere Friedensbotschaft.

Heß hätte der Welt sehr viel über jene Zeiten mitteilen können, aber er mußte sein Wissen mit ins Grab nehmen. Und die Akten sind bis 2017 unter Verschluß. □

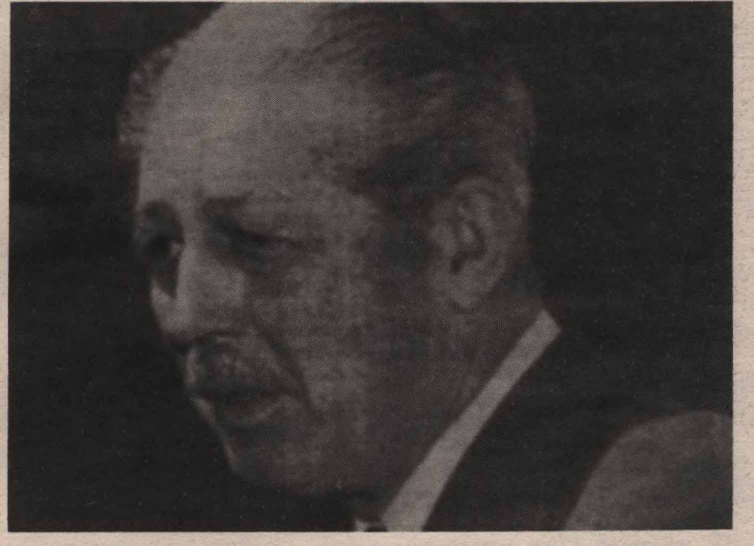
Zweiter Weltkrieg

Die Nachkriegs-Greueltaten von Macmillan

Vivian Bird

Als die Vorauseinheiten der britischen 8. Armee im April 1945 österreichischen Boden erreichten, fanden sie eine sehr verwirrte und chaotische Lage vor, die der ehemalige britische Premierminister Harold Macmillan später in seinen sogenannten Kriegstagebüchern, die er jedoch seinerseits sorgfältig manipuliert hat, beschrieb. Eine ganze deutsche Armee hatte sich in Österreich den Briten ergeben und diese zählte in ihren Reihen ein großes Corps von Russen und Kosaken, die freiwillig gegen Stalin gekämpft hatten.

Eine beträchtliche Anzahl der Offiziere und Mannschaften in diesen Reihen waren sicherlich keine sowjetischen Staatsbürger, sondern alte Emigranten aus der Zeit des russischen Bürgerkriegs — an dem Churchill selbst aktiv und begeistert teilgenommen hatte, indem er die weißrussiche Armee unterstützte —, die wieder bereit waren gegen die Bolschewisten zu kämpfen. Dazu gehörte General Peter Krasnow und drei andere weißrussische Generale, die im Zweiten Weltkrieg das Sowjetregime bekämpften, indem sie ihren Kampf gegen die Rote Armee fortsetzten.



Harold Macmillan erteilte den Befehl, tausende von Kriegsgefangenen der weißrussischen Armee Stalin auszuliefern.

Alle Beweise deuten auf Macmillan

Zunächst stellte sich General Sir Charles Keightley, inzwischen verstorben, der als britischer Kommandeur des 5. Corps seinerzeit der höchste britische Offizier in Österreich war, gegen jede willkürliche Auslieferung der Russen und Kosaken, die als Kriegsgefangene in seine Hände gefallen waren, an die Sowjets.

Alle Beweise deuten jedoch auf die Tatsache hin, daß Macmillan, der offensichtlich auf Anweisungen von Anthony Eden oder Winston Churchill handelte, Keightley dazu überredete, einer Übergabe dieser Gefangenen in großen Massen an die Sowjets zuzustimmen.

Diese Aktion war gegen das Völkerrecht, da diese Männer nicht an die Rote Armee ausgeliefert werden durften, nachdem sie sich den Briten gegenüber ergeben hatten. Aber sie wurden nichtsdestoweniger ausgeliefert und unverzüglich von Stalin hingerichtet, der eine lange Liste von Veteranen aus dem russischen Bürgerkrieg besaß, die in Moskau als gefährliche Feinde angesehen wurden. Darunter befand sich auch der legendäre General Schkuro, den die Briten während des Ersten Weltkriegs ausgezeichnet hatten.

Flecken auf der Ehre der Briten

Es muß zugegeben werden, daß eine kleine Minderheit unter den britischen Offizieren und Mannschaften sich ehrenwürdig und mutig verhielten, indem sie Kosaken und anderen Flüchtlingen zur Flucht verhalfen, aber die große Mehrheit der britischen Soldaten, die man schon seit langem einer Gehirnwäsche unterzogen hatte und die an den „freundlichen Onkel Joe" (Josef Stalin) glaubten, waren nur von einem Wunsch besessen, nämlich so schnell wie möglich nach England zurückzukehren. Es war ihnen gleichgültig was mit Stalins Feinden geschah.

Unter Befehl von oben, verhielten sich daher viele von ihnen mit furchtbarer Brutalität. Sie schreckten nicht davor zurück, Männer, Frauen und Kinder niederzuknüppeln, mit dem Seitengewehr zu erledigen oder sie zu erschießen, wenn sie sich weigerten, wie Vieh in die Lastkraftwagen getrieben zu werden, die sie zurück in die Sowjetzone und in den fast sicheren Tod fahren sollten.

Einerlei von welchem Standpunkt man die Dinge betrachtet, das Verhalten der britischen Truppen war ebenso ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit wie eine gesetzeswidrige Handlung, und bleibt ein ewig furchtbarer unauslöschlicher Flecken auf der Ehre der britischen Armee.



Winston Curchill, damaliger britischer Premierminister, wollte die Morde von Katyn den Deutschen in die Schuhe schieben.

Die daran Beteiligten haben sich ebenso wie ihre unmittelbaren und höheren Vorgesetzten der schlimmsten Kriegsverbrechen schuldig gemacht. Aber die Herrscher von Großbritannien damals wie heute, zusammen mit ihren Kriegsverbündeten, gehören nicht zu denjenigen, die Achtung vor dem Völkerrecht oder auch nur für den gewöhnlichen Anstand haben.

Unter dem Mantel der Gleichgültigkeit

Eine der schrecklichsten Anklagen, die erhoben werden, ist die, daß eine Bittschrift zur Rettung dieser unglücklichen Männer und ihrer Familien, die General Krasnow an Feldmarschall Alexander, den Obersten Kommandeur der britischen Armee, der während des Bürgerkriegs im Jahre 1919 Seite an Seite mit dem Kosakenführer kämpfte, gesandt hatte, von General

Keightley vorsätzlich unterschlagen wurde.

Macmillan war zusammen mit Keightley und anderen ebenfalls stark an der Zwangsauslieferung von über 200 000 antikommunistischen Jugoslawen beteiligt, die sich vor den vordringenden Kräften Titos nach Österreich zurückgezogen hatten, und die – leider vergeblich wie sich herausstellen sollte – darauf hofften, von den Briten beschützt zu werden. Eine Zeitlang hielten die Briten tatsächlich die roten Partisanen auf Abstand.

Dann wurde plötzlich ein Großteil dieser Jugoslawen in Eisenbahnzüge getrieben, die Viehwaggons verrammelt und auf die andere Seite des Gebirges gebracht, wo sie mit Maschinengewehren und Handgranaten niedergemetzelt und ihre Leichen in tiefe Gruben geworfen wurden.

Es gab einen monatelangen Todesmarsch von Zehntausenden ehemaliger kroatischer Soldaten, von denen nur wenige überlebten. Tatsächlich gelang es einigen von diesen Überlebenden zurück zu den britischen Linien zu gelangen, um sympathischeren Offizieren zu berichten, was vor sich ging.

Die Folge war, daß Alexander am 4. Juni den Befehl gab, die ganze Aktion abzublasen, so daß eine ordnungsgemäße Aussiebung erfolgen könne. Nur Leute mit nachgewiesener sowjetischer Staatsangehörigkeit sollten den Bolschewiken ausgeliefert werden. Bis zu dem Zeitpunkt waren schon eine Viertelmillion Menschen, wie Macmillan selbst zugab, der „Sklaverei, Folter und wahrscheinlich dem Tode ausgeliefert worden". „Aber", so fügte er mit grauenhafter Genugtuung hinzu, „es war notwendig".

Und seitdem sagte Macmillan nichts mehr und verkroch sich unter seinem ewigen Mantel der arroganten Gleichgültigkeit. Aber jetzt, viele Jahre später, wird diese „Notwendigkeit" beharrlich und nachdrücklich von verschiedenen Kreisen in Großbritannien in Frage gestellt, und es ist eine Anklage, die nie verstummen wird. Es war ein fauler Verrat an hilflosen Menschen.

Darüber hinaus werden jetzt, wo die unheilige Konglomertation von sich feindlich gesinnten Völkern, die als Jugoslawien bekannt ist, weiter auseinanderbricht und sich von dem kommunistischen Gift freikämpft, die Erinnerungen an den Verrat der Briten im Kriege, an Titos Blutbädern, wieder wach, und viele alte Rechnungen werden bald beglichen werden.

Alte Rechnungen werden noch beglichen

Macmillan trägt an diesen Ereignissen die Hauptschuld, wenn er auch vorgab, auf Anordnung von Eden und Churchill gehandelt zu haben. Er war seinerzeit, 1945, „Residierender Minister" im Mittelmeerraum und für einen weiten Bereich von Belangen dem britischen Kabinett gegenüber verantwortlich. Am 13. Mai 1945 flog er nach Klagenfurt und sprach mit Keightley, dem örtlichen Kommandeur der britischen Streitkräfte.

In seinem Tagebuch vermerkte Macmillan, daß er die Übergabe der Russen und Jugoslawen befehlen mußte. Aber es hat sich herausgestellt, daß die Wahrheit damals vorsätzlich von Keightley und möglicherweise sogar vor dem britischen Kabinett geheimgehalten wurde, woraus hervorgeht, daß er aus eigener Initiative handelte; eine sehr merkwürdige Handlung.

Es wird auch behauptet, an Dokumenten in britischen Archiven sei in allerjüngster Zeit herumgepfuscht worden, was auf einen kommunistischen Komplott unter Beteiligung der britischen Regierung und eines Sondereinsatzleiters, der als Agent fungierte, hindeutet. Es liegen mit Sicherheit mehr als genug Beweise dafür vor, um diesen Verdacht zu untermauern. Alles in allem ist das Ganze eine ziemlich schmutzige Geschichte, eine trübe, blutbefleckte Saga über den Verrat der Briten, mit bolschewistischem Unterton.

Die nackte brutale Wahrheit bleibt bestehen, daß die britische Armee auf politischen Befehl direkt für den Tod von Hunderttausenden hilfloser Männer, Frauen und Kinder zu einer Zeit verantwortlich war, als die Auseinandersetzung mit dem Feind beendet und die Betroffenen Kriegsgefangene waren. □

Revisionismus

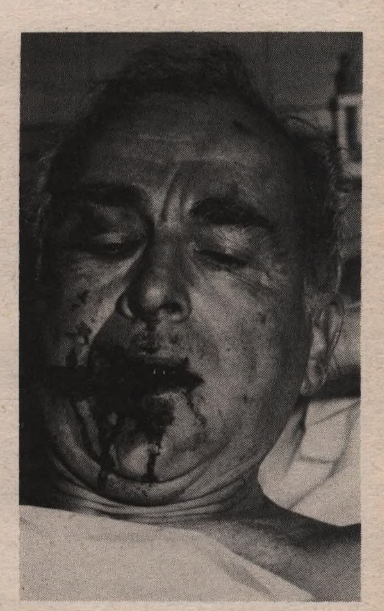
Mein Leben als Revisionist

Dritter Teil

Robert Faurisson

Der französische Professor Robert Faurisson muß immer wieder wegen seiner revisionistischen Äußerungen grausamen Terror erleiden. Mit seinen revisionistischen Erklärungen, Schriften und Studien hat er weltweites Ansehen erlangt und heftige Diskussionen unter den Historikern ausgelöst.

Ich werde mich nicht mit der Roques-Affäre aufhalten. Ich werde meinerseits nur einen Punkt hervorheben, der den Fortschritt des Revisionismus erhellt. Im Februar 1979 war es Léon Poliakov und Pierre Vidal-Naquet, beide jüdischer Abstammung, gelungen, 32 Personen zusammenzutrommeln, die als „Historiker" vorgestellt wurden und die eine gegen mich gerichtete Petition unterzeichnen sollten. Man nannte sie die „Erklärung der 43 Historiker" – „Le Monde, 21. Februar 1979, Seite 23 –; einige dieser Personen waren nicht jüdischer Abstammung. 1986 konnte Francoise Bédarida, ein zum Christentum übergetretener Jude, nur fünf „Historiker" gegen Henri Roques auf die Beine bringen – Pierre Vidal-Naquet und vier andere Personen, die ebenfalls jüdischer Abstammung sind –, einen Rabbiner und schließlich eine Persönlichkeit aus dem Medienwesen namens Harlem Désir – siehe „Libération", 31. Mai 1986, Seite 12; „Le Monde", 3. Juni 1986, Seite 14.



Robert Faurisson nach dem Anschlag vom 16. September 1989 im Krankenhaus von Vichy.

Die Paschoud-Affäre in der Schweiz

In der Schweiz kam es zur Paschoud-Affäre. Mariette Paschoud, 40 Jahre alt, wohnte in Lausanne. Sie lehrte im Gymnasium der Stadt Geschichte und Literatur. Sie ist auch Hauptmann der Schweizer Armee und Militär-Hilfsrichterin. Sie hatte sich nach Paris begeben, um an einer Veranstaltung teilzunehmen, wo Henri Roques über seine These zu den Geständnissen des Kurt Gerstein sprechen wollte. Sie trat nicht für die revisionistische These ein, aber sie plädierte für das Recht zum Zweifel und zur Forschung. Die Schweizer Presse griff die Frau mit derartiger Heftigkeit an, daß die Behörden des Kantons Vaud, ihre Arbeitgeber, glaubten, schnelle Maßnahmen treffen zu müssen. Mariette Pachoud darf von nun an nicht mehr Geschichte lehren. Aber der Rabbiner Vadnai erachtete diese Sanktion

Revisionismus

Mein Leben als Revisionist

als unzureichend. Eine neue Kampagne wurde entfesselt: Mariette Paschoud darf jetzt weder Geschichte noch Literatur lehren, und ihr Ehemann wurde von der Privatschule, wo er einen Rechtlehrgang leitete, entlassen.

Die Noyon-Affäre in der Schweiz

Ebenfalls in der Schweiz fuhr Pierre Guillaume, mein Verleger und ich selbst, auf Einladung zum Dokumentarfilm-Festival nach Noyon. Die Veranstalter glaubten uns eine Falle stellen zu können: Sie wollten Historiker aus dem Lager der Verfechter der Vernichtungsthese einladen, um uns eine Lektion zu erteilen und die Filme „Nacht und Nebel“ und „Die Ghetto-Zeit“ vorführen. Als die Verfechter dieser These erfuhren, daß wir in der Stadt waren, schickten sie uns in letzter Minute ein Telegramm; sie wollten uns nicht empfangen.

Die ganze Sache wendete sich trotz eines am Ende durch eine Fernseh-Berühmtheit ausgelösten Skandals für uns zum Guten. Als der gute Mann feststellte, welch großen Eindruck wir auf die Zuhörer machten, rief er aus, er fände unsere Leistung „obszön“. Einige Schweizer Zeitungen berichteten über das Ereignis mit Schlagzeilen. Die Veranstalter des Festivals entdeckten, wenn auch etwas spät, die „seriöse und gefährliche Natur“ des Revisionismus.

Die Affäre des Karikaturisten Konk

Später kehrte Pierre Guillaume mit Henri Roques in die Schweiz zurück, um dort einen Vortrag zu halten. Dieser fand unter schwierigen Umständen statt und anschließend sprach die helvetische Regierung gegen Guillaume und Roques für drei Jahre ein Einreiseverbot in die Schweiz (und nach Liechtenstein) aus — „Le Monde“, 6. Dezember 1986, Seite 7 —.

Konk (richtiger Name: Laurent Fabre) ist ein berühmter Karikaturist. Er kam von „Le Monde“ und ging dann zur Wochenzeitung „L 'Evénement du jeudi“, die von J. F. Kahn geleitet wird. Er entpuppte sich auch als Revisionist. In einem Zeichnungsband mit dem Titel „Aux Voleurs“ („Haltet die Diebe“) — Albin Michel, 1986 —, in dem Diebstahl, Lüge und Betrug in einigen Zeichnungen und Erklärungen in verschiedenen Formen angeprangert wird, faßte er geschickt meine Argumentation über die chemische Unmöglichkeit der „Vergasungen“ von Auschwitz zusammen. Ich empfehle die Lektüre der drei letzten Seiten dieses Zeichenbandes denjenigen, die eine durchschlagende Zusammenfassung wünschen, die sogar jüngere Schüler verstehen und an der sie Spaß haben werden.



Der Prozeß gegen Klaus Barbie war in Frankreich ein willkommener Anlaß, den Revisionismus zu verleumden.

Konk wurde von J. F. Kahn aus dem Verlag von „L 'Evénement du jeudi“ verjagt. Kürzlich ließ er ein Interview veröffentlichen, wo er eine Art Rückzieher machte — „Le Nouvel Observateur“, 25. September 1987, Seite 93 —. Am Vorabend der Veröffentlichung dieses Interviews rief er mich an, um mir davon Mitteilung zu machen und mir zu erklären, daß er überall verjagt werde und keine Arbeit finden könne und somit gezwungen sei, so weit zu gehen. „Le Figaro“ veröffentlicht von Zeit zu Zeit eine Zeichnung von Konk aber kein Vertrag verbindet die Zeitung und den Zeichner.

Michel Folco und seine Affäre

Michel Folco ist Journalist und Fotograf. Er arbeitet hauptsächlich für die satirische Monatszeitschrift „Zéro“, die von Cavanna geleitet wird, der ein anarchistischer Geist ist. Trotz seines ungezwungenen Gehabes ist er ein gewissenhafter und peinlich genauer Forscher. Von einer Untersuchung über Mauthausen ausgehend, sammelte er über die Kontroverse zwischen Revisionisten und Vernichtungsspezialisten eine Menge neuer Informationen, an denen die Historiker der Zukunft nicht mehr vorbeigehen können. Seine Interviews mit Georges Wellers, mit Pierre Vidal-Naquet und Germaine Tillion deckten ein bislang verschleiertes Gesicht der Vernichtungsspezialisten auf. Es ist bedauerlich, daß Cavanna diesen Artikeln von Michel Folco aus Furcht vor Reaktionen durch gewisse Personen plötzlich ein Ende gesetzt hat — siehe insbesondere „Zéro“ von April 1987, Seite 51—57, und Mai 1987, Seite 70—75 —.

Die Affäre der Union der Atheisten

Der Holocaust ist eine Religion. Man muß sich vor seinem eroberungssüchtigen und intoleranten Charakter schützen. Ich wollte wissen, ob es innerhalb der Union der Atheisten, der in Frankreich etwa 2 500 Personen angehören, möglich wäre, gegen jene Religion vorzugehen. Ich trat der Union der Atheisten bei, deren Statuten festlegen, daß jeder ohne Vorbedingung, nicht einmal finanzieller Art, beitreten und niemand ausgeschlossen werden darf. Mein Eintritt löste einen großen Wirbel aus, den die große Presse noch verstärkte.

Etwa einhundert Austritte erfolgten aus Protest gegen meine Aufnahme. Der Vorsitzende, Albert Beaughon, bat mich aus der Union auszutreten. Ich lehnte ab. Der Jahreskongreß der Union der Atheisten fand unter Tumult statt. Ich beharrte auf meiner Weigerung, auszutreten, und wartete auf das, was kommen wird. Um einen Ausdruck von Pierre Guillaume aufzugreifen, „wollten diese Atheisten mich exkommunizieren, weil sie mich nicht für zu katholisch hielten“. Aber ich muß auch sagen, daß ich festgestellt habe, daß viele Atheisten in dieser Union um der Toleranz willen und manchmal auch aus revisionistischer Überzeugung heraus auf meiner Seite standen — siehe insbesondere „Libération“, 6./7. Juni 1987, und 8. Juni 1987, Seite 18 —.

Die Affäre des Schriftstellers Alain Guionnet

Allain Guionnet ist Schriftsteller und Revisionist. Er veröffentlicht viele Flugblätter, die er mit „L'Aigle noir“ („Der schwarze Adler“) unterzeichnet. Er verteilt sie mutig selbst. Er ist Gegenstand zahlreicher Strafanträge. Die zionistischen Verbände und die Polizei- und Justizbehörden sind über die Erscheinung, die dieser Mann mit seiner freimütigen, manchmal jargonartigen, manchmal ausgesuchten Redeweise und mit seinem schwierigen und unberechenbaren Charakter darstellt, verzweifelt.

Michel Polac ist ein Star des französischen Fernsehens. Er war stets ein Streiter gegen den Revisionismus. Seit einigen Jahren griff er mich immer wieder an. Im Mai 1987 erklärte er im Fernsehen, daß ich verdient hätte, geohrfeigt zu werden. Am 12. September brachte er einen kurzen Auszug aus dem Videofilm von Annette Lévy-Willart mit dem Titel „L'Espion que venait de l'extrême-droite“ („Der Spion der von der extremen Rechten kam“), der teilweise dem Kongreß des Institute for Historical Review vom September 1983 gewidmet ist.

Die Affären Michel Polac und Annette Lévy-Willard

Im Juni 1983 hatte mich Annette Lévy-Willard beschworen, ihr die Adresse des Hotels in Los Angeles zu geben, wo der Kongreß stattfinden sollte. Mit Genehmigung von Willis Carto wurde ihr die Adresse im September übermittelt. An Ort und Stelle liefen diese Interviews in

einer derart revisionistenfeindlichen Atmosphäre ab, daß ich es ablehnte, ihr selbst ein Interview zu geben. Ich schlug stattdessen vor, vor ihrer Kamera eine einminütige Erklärung abgeben zu dürfen. Sie nahm das Angebot an, aber vor laufender Kamera hinderte sie mich daran, diese Erklärung abzugeben. Ich ließ sie stehen und weigerte mich, ihre Fragen zu beantworten. Wütend fuhr sie mich in der Halle des „Grand Hotel" von Anaheim scharf an und sagte mehrmals, daß sie sich rächen würde. Tom Marcellus, der Direktor des Instituts, war zugegen.

Die Rache, die diese Dame nahm, vollzog sich in Form jenes Videofilms, in dem sie vorgab, uns entdeckt zu haben, als wir in Los Angeles ein Geheimtreffen von Neonazis und Mitgliedern des Ku-Kux-Klan abhielten. Man habe mich gesehen, log sie, als ich dabei war mich zu verstecken (sic).

Michel Polac sagte am Ende seiner eigenen Sendung, er würde den Personen, die der Ansicht seien sich verteidigen zu müssen, in der darauffolgenden Woche das Recht zur Gegendarstellung einräumen. Ich begab mich dann in der darauffolgenden Woche mit meinen beiden Anwälten zu den Aufzeichnungsstudios. Michel Polac ließ uns ganz einfach durch Aufpasser den Weg versperren und schickte uns die Polizei in Zivil und die uniformierte Polzei auf den Hals.

Die Affären Jacques Chancel und Gilbert Salomon

Jacques Chancel ist ein anderer Star des französichen Rundfunks und Fernsehens. Er lud mich ein, in seinem Rundfunkprogramm vom 18. September 1987 mit einem Gilbert Salomon zu diskutieren. Ich nahm dankbar an. Nach Eintreffen in Paris erfuhr ich, daß meine Anwesenheit in jener Sendung „nicht geduldet" werden könne, und ich mußte nach Vichy zurückkehren. Die Sendung fand nur in Anwesenheit von Jacques Chancel, Gilbert Salomon, dem Journalisten Michel Meyer und einigen anderen entschieden antirevisionistischen Personen statt. Der Abwesende wurde ausgiebig beleidigt. Gilbert Salomon ging so weit zu sagen, daß, wäre ich zugegen gewesen, er mich wahrscheinlich geschlagen hätte. Er wurde von seinem „engen und fast brüderlichen Freund" Jacques Chanel vorgestellt, der verkündete, Salomon sei auf den Namen, verzeichnet sind, als handele es sich um Juden die in der Deportation gestorben sind. Jean-Marie Le Pen ist der Verantwortliche für die Front National, die populistische Bewegung, die über dreißig Abgeordnete in



Barbies Rechtsanwalt, Jacques Verges, verzichtete im Prozeß, die Vernichtungsthese in Frage zu stellen.

Tag genau zwei Jahre in Auschwitz interniert gewesen, nämlich vom 11. April 1943 bis zum 11. April 1945, und sei als einziger Häftling aus einem Transport von 1 100 Juden entkommen.

Die Wahrheit ist, daß er am 1. Mai 1944, das heißt mehr als ein Jahr nach dem von ihm angegebenen Datum, nach Auschwitz gekommen war und von dort nach Buchenwald gebracht wurde, daß sein Transport 1 004 Juden umfaßte, und daß Serge Klarsfeld trotz seiner manipulierten Statistiken gezwungen war in seinem „Mémorial de la déportation des juifs de France" — und dessen Ergänzungen — zuzugeben, daß mindestens 51 Juden spontan nach 1945 gekommen sind und sich bei dem Ministerium für Gefangene als noch lebend gemeldet haben. Darüberhinaus fand ich heraus, daß Gilbert Salomon von Serge Klarsfeld zu den „Vergasten" gerechnet wird!

Der Name von Gilbert Salomon, ein Millionär der heute in Frankreich „der Fleischkönig" genannt wird, steht daher als Vergaster auf einem Denkmal in Jerusalem, wo alle, in dem besagten „Mémorial" aufgeführten

der Nationalversammlung hatte. Er war Kandidat für die Präsidentschaft der Republik. Am 13. September 1987 wurde er in der Sendung „Grand Jury RTL-Le Monde" plötzlich über die „Thesen der Herren Faurisson und Roques" befragt. Bei seiner Antwort erklärte Le Pen: „Ich bin leidenschaftlich an der Geschichte des Zweiten Weltkriegs interessiert. Ich stelle mir Fragen. Ich sage nicht, daß es keine Gaskammern gegeben hat. Ich habe selbst keine gesehen. Ich habe mich auch nicht besonders mit dieser Frage befaßt. Aber ich glaube dies ist nur ein Detailpunkt in der Geschichte des Zweiten Weltkriegs."

Die Diskussion um Le Pen

Man muß sich die ganze Aufzeichnung dieses ziemlich verwirrenden Interview ganz genau anhören, um die Situation, in der sich Le Pen befand, und den Sinn seiner Gedankengänge richtig zu erfassen. In der Presse wiedergegebene Niederschriften sind fehlerhaft. Ich habe mir die Worte von Le Pen und die der Journalisten, die ihn mehrmals unterbrachen, persönlich Wort für Wort angehört.

Für mich ist klar, daß der Interviewte schon bei der ersten Frage seine Gelassenheit verloren hat; er war sich der Tragweite des angeschnittenen Themas bewußt und ein Abgrund tat sich vor seinen Füßen auf. Er fing sich wieder, als er weitersprach, aber durch die ständigen Unterbrechungen der Journalisten verlor er den Faden. Er hat den Ausdruck „Detailpunkt" tatsächlich verwendet. Es war ein unglücklich gewählter Ausdruck, der das, was er sagen wollte, nur schlecht wiedergab.

Was er sagen wollte ist, das was viele Verfechter der Vernichtungsthese am Schluß von Gesprächen, die ich mit ihnen führte, mir auch immer wieder sagten: „Ob es nun Gaskammern gab oder nicht, das ist nur ein Detail."

Zwanzigmal hatte ich die Verfechter der Vernichtungsthese dieses Argument verwenden gehört, als sie sich schließlich darüber klar wurden, daß diese Gaskammern letztenendes doch nicht vorhanden gewesen sein können. Le Pen vertrat die Meinung, daß das Mittel, um die Juden verschwinden zu lassen, nur ein Detailpunkt im Vergleich zum Ergebnis dieser Aktion sei.

Der Streit um die Details

Wenn man weiß, daß beispielsweise ein Mord stattgefunden hat, dann ist offensichtlich die Tatwaffe von relativer Bedeutung im Vergleich zum Mord selbst. Die Ironie liegt darin, daß ein Argument, auf das sich die Vernichtungsspezialisten berufen, um ihre These über die Vernichtung der Juden zu untermauern, hier Le Pen zur Last gelegt wurde, den man — meiner Ansicht nach nicht ganz zu Unrecht — des Revisionismus verdächtigt.

Eine weitere Ironie besteht darin, daß kein Revisionist mit Le Pen darin übereinstimmt, daß die Gaskammern nur ein Detailpunkt der Geschichte des Zweiten Weltkriegs seien. Ohne diese spezifische Tatwaffe ist das spezifische Verbrechen des Völkermords sachlich unvorstellbar.

Revisionismus

Mein Leben als Revisionist

Ohne Vernichtungssystem gibt es keine systematische Vernichtung. Ohne Gaskammern keinen jüdischen Holocaust. Die Gaskammern sind daher durchaus kein Detailpunkt.

Eine letzte Ironie besteht darin, daß Claude Malhuret, Staatssekretär zur Verteidigung der Menschenrechte, als Antwort auf Le Pen erklärte, daß „die Gaskammern einer der Schlüssel zur Geschichte des 20. Jahrhunderts sind" – „Libération", 15. September 1987, Seite 6 –.

Jeder Revisionist wird mit dieser Formulierung einverstanden sein, nur daß es sich um einen . . . Fälscherschlüssel handelt. Die Gaskammern sind ein wesentlicher Mythos. Die Gaskammern sind eigentlich weniger als ein Detailpunkt, weil sie nicht einmal vorhanden waren, aber der Mythos der Gaskammern ist sehr wohl „einer der Schlüssel zur Geschichte des 20. Jahrhunderts.

Fünf Tage nach seiner Erklärung hat Le Pen sie mehr oder weniger zurückgezogen. In einer für die Presse bestimmten Klarstellung nannte er „die Gaskammern" als eine unter anderen Waffen, an die er glaube. Aber in ihrem Rausch, ihn niederzubeugen, wollte die Presse diese Erklärungen nicht hören.

Insgesamt gesehen ist die Bilanz der Le Pen-Affäre für die Revisionisten positiv: Dank dieses Politikers haben alle Franzosen von denen gehört, die das Vorhandensein der Gaskammern bezweifeln und wissen jetzt mehr oder weniger genau, daß diese Skeptiker sich „Revisionisten" nennen. Wenn mich heute ein Unbekannter im Verlauf eines Gesprächs über den Zweiten Weltkrieg einstufen will, dann kann ich mich darauf beschränken ihm zu sagen: „Ich bin Revisionist". Vor der Le-Pen-Affäre hätte nur eine winzig kleine Anzahl von Franzosen dieses Etikett überhaupt verstanden.

Die Verfechter der Vernichtungsthese können das Argument nicht mehr halten, das sie in letzter Zeit mehr und mehr verwenden, um sich aus der Verlegenheit zu ziehen; sie können nicht mehr sagen: „Die Gaskammern sind ein Detailpunkt"; die Gaskammern werden zu ihrem Nessos-Hemd; sie müssen eine unhaltbare These – das Vorhandensein der Gaskammern – bis zum bitteren Ende vertreten, so wie man versucht den Hauptstützpfeiler eines Gebäudes zu erhalten.

Revisionisten von den französischen Medien verbannt

Die Bilanz meiner Auftritte im französischen Fernsehen ist einfach: In neun Jahren hat man mich einmal 30 bis 40 Sekunden lang gesehen und gehört, nämlich eines Abends im Juni 1987 um 22 Uhr 15 auf dem dritten Kanal; der Moderator, Jacqueline Alexandre, bemühte sich den Zuschauern klarzumachen, daß ich eine Art Ungeheuer sei, und nach meinem Auftritt bestätigte sie ihnen noch einmal, daß sie gerade eine Art Ungeheuer gesehen und gehört hätten. Der Rundfunk und die Zeitungen der Massenmedien sind uns verschlossen. Über kaum eine so kleine Gruppe, wie wir es sind, wird jedoch so viel geredet, aber nur negativ, ohne daß wir uns verteidigen können.

In neun Jahren konnte ich niemals auch nur einen wirklich öffentlichen Vortrag abhalten. Selbst einige meiner Vorträge „auf Einladung" konnten nicht stattfinden, weil die Polizei eingeschaltet wurde – zum Beispiel in Périgueux auf Verlangen von Yves Guéna und in Bordeaux auf Verlangen von Jacques Chaban-Delmas, beides Abgeordnete der „gaullistischen" Rechten –.

In Frankreich spielen die Revisionisten die Rolle des Teufels: Man hört viel von ihnen reden, aber man sieht sie niemals. Ich zähle schon gar nicht mehr die körperlichen Angriffe, denen Pierre Guillaume, andere Revisionisten und ich ausgesetzt waren. Ich persönlich glaube, daß ich als der am meisten in der ganzen westlichen Presse beleidigte Professor der Welt reif für das Guiness-Buch der Rekorde bin.

Drei spektakuläre Ereignisse werden manchmal in der französischen Presse als Reaktion auf das Ansteigen des Revisionismus gewertet: Die Ausstrahlung des Films „Shoah", die Vergabe des Friedensnobelpreises an Elie Wiesel und der Demjanjuk-Prozeß in Jerusalem.

Drei Shoah-Business-Ereignisse

Der Film „Shoah" erlebte in Frankreich im Vergleich zu der Publizität, die er in jeder möglichen Weise genossen hatte, eine derartige Pleite, daß man hier meiner Meinung nach von einem „Shoah-Business-Krach" sprechen kann. Ich möchte nur ein Interview erwähnen, das in „VSD" veröffentlicht wurde – 9. Juli 1987, Seite 11 –, in dem Claude Lanzmann nicht ohne Genugtuung über die Tricks spricht, die er verwendet habe, um die deutschen „Zeugen" zu befragen, die man in seinem Film sieht. Er erfand für sich einen Namen: Claude-Marie Sorel; einen Titel: Doktor der Geschichte; und ein Institut: Das „Centre de recherches et d'études pour l'histoire contemporaine" (Forschungs- und Studienzentrum für Zeitgeschichte); Briefpapier mit falschem Kopf: „Académie de Paris" – er durfte gewiß sein, daß seine Freundin Madame Ahrweiler, Rektor der Académie de Paris, keinen Strafantrag stellen würde –. Und schließlich bezahlte er seine Zeugen nicht so knapp: 3 000 DM pro Kopf. Claude Lanzmann nahm im Dezember 1987 am internationalen Kolloquium an der Sorbonne teil, das von Madame Ahrweiler veranstaltet wurde.

Elie Wiesel bekommt den Friedensnobelpreis

Im Dezember 1986 erhielt Elie Wiesel den Friedensnobelpreis. In „Le Monde" vom 17. Oktober 1986, auf der ersten Seite, unter der Überschrift „Un Nobel éloquent" („Ein redegewandter Nobel") wird unterstrichen, daß diese Belohnung gerade zur rechten Zeit kommt, denn:

„Man hat in den letzten Jahren erlebt, daß sich im Namen eines angeblichen ‚historischen Revisionismus' Thesen entwickeln, vor allem in Frankreich, die darauf abzielen, das Vorhandensein der nazistischen Gaskammern und vielleicht darüber hinaus den Völkermord selbst in Frage zu stellen."

In meinem Vortrag hier vor dem Institut for Historical Review im September 1983 sagte ich:

„Elie Wiesel leidet, wenn ich mir erlauben darf einen vertrauten Ausdruck zu verwenden, unter einem furchtbaren Dorn im Fuß: der Dorn des Revisionismus. Mit allen Mitteln hat er versucht, sich davon zu befreien. Es gelang ihm nicht. Er hat immer weniger Hoffnung sich davon zu befreien. In dieser Hinsicht geht es ihm wie den Revisionisten, die auch nicht wissen, wie Elie Wiesel sich vom revisionistischen Dorn befreien wird" – „The Journal of Historical Review", Sommer 1985, Seite 178 –.

Im Sommer 1986 veröffentlichte ich einen Text mit der Überschrift „Un grand faux témoin: Elie Wiesel" („Ein unredlicher Kronzeuge: Elie Wiesel"). Ich erinnere daran, daß dieser Kronzeuge Elie Wiesel in seiner Autobiographie mit dem Titel „Die Nacht" nicht einmal das Vorhandensein von „Gaskammern" in Auschwitz erwähnt. Für ihn haben die Deutschen die Juden vernichtet aber . . . durch Feuer, indem sie sie vor den Augen aller Deportierten unter freiem Himmel in offene Feuer warfen. Ich hätte hinzufügen können, daß im Januar 1945, nachdem die Deutschen ihm angeboten hatten entweder im Lager zu verbleiben und die Ankunft der Sowjets abzuwarten oder mit seinen Wächtern das Lager zu verlassen, Elie Wiesel sich dazu entschloß, das Lager mit den deutschen „Judenvernichtern" zu verlassen, anstatt die sowjetischen „Befreier" willkommen zu heißen. Sein Vater und er trafen gemeinsam diese Entscheidung, obwohl sie beide hätten im Krankenhaus von Birkenau bleiben können, der junge Elie als verhätschelter Genesender und sein Vater entweder als Kranker oder als Krankenpfleger getarnt – „La Nuit", Les Editions de Miniut, 1958, Seite 123–130 –.

Im Dezember 1986 fuhren Pierre Guillaume, Serge Thion und ich nach Oslo zu der Nobelfriedenspreis-Feststunde. Das Flugblatt:

„Ein unredlicher Kronzeuge — Elie Wiesel" wurde an Ort und Stelle in französischer, englischer und schwedischer Sprache verteilt, unter anderem auch an politische Würdenträger wie Madame Mitterrand und Elie Wiesel selbst.

Der Demjanjuk-Prozeß

Der Demjanjuk-Prozeß verdeutlicht einmal mehr die Gesetzmäßigkeit, mit der die Anwälte der „Nazis" oder ihre „Komplizen" der Anklage in die Hand Spielen. In diesem Prozeß lehnen es die Anwälte ab, das Dogma der Judenvernichtung in Frage zu stellen und tun so, als glaubten sie tatsächlich daran, daß Treblinka ein Vernichtungslager war. Es handelte sich jedoch in Wirklichkeit um ein bescheidenes Durchgangslager, das nichts Geheimnisvolles an sich hatte. Es befand sich 90 km von Warschau in der Nähe einer Eisenbahnlinie, die eine Kiesgrube bediente. Eine einfache topografische Studie würde in wenigen Minuten den Mythos der riesigen geheimen Gaskammern und der nicht weniger beachtlichen Verbrennungsgruben unter freiem Himmel, wo 700 000 bis 1 500 000 Juden verbrannt worden sein sollen, zerstören. Aber die „Papierhistoriker" sowie die Richter und Anwälte in Jerusalem wagen es nicht, mit dem Anfang zu beginnen, das heißt mit der Untersuchung des Tatorts dieses historischen „Verbrechens". „Treblinka" wurde zum Gipfel der großen Geschichtslüge, mehr noch als Auschwitz.

Fortschritte des Historischen Revisionismus

Im Januar 1987 schrieb eine sehr bekannte jüdische Wochenzeitung: „1986 war für Henri Roques, Mariette Paschoud, Pierre Guillaume und Robert Faurisson ein erfolgreiches Jahr. In Frankreich und in der Schweiz waren sie in aller Munde" — „Allgemeine Jüdische Wochenzeitung", 23. Januar 1987, Seite 12 —.

In der Tat war der Zeitraum, den ich hier behandele — September 1983 bis September 1987 — gut für den europäischen Revisionismus. Im allgemeinen, wenn man das betrachtet, was in den Vereinigten Staaten, in Kanada und in Europa geschah, dann kann man sagen, daß in diesen vier Jahren die Fortschritte des Revisionismus bedeutsam waren und der Rückzug der Verfechter der Vernichtungsthese sich beschleunigt hat.

Am 4. Juli 1984 vernichtete ein verbrecherischer Brandanschlag das Institute for Historical Review in Torrance, Kalifornien, von oben bis unten. Willis Carto, Tom Marcellus und ihrer Mannschaft gelang es unter beträchtlichen Anstrengungen, das Institut — wenn auch gezwungenermaßen mit verlangsamtem Tempo — wieder zum Leben zu erwecken. Trotz dieses kriminellen Brandanschlags und trotz der schädlichen Machenschaften des Herrn Mermelstein ist das „The Journal of Historical Review" weiter erschienen.

In Frankreich schuf Pierre Guillaume eine Vierteljahreszeitschrift mit dem Titel „Annales d'Histoire Révisionniste". Die erste Ausgabe, die von der Justiz beschlagnahmt wurde, löste eine Sensation aus; die große Presse und sogar das Fernsehen berichteten über den Inhalt und insbesondere über die Studie von Carlo Mattogno „Der Mythos der Judenvernichtung".

Pierre Guillaume veröffentlichte auch 1986 sein eigenes Buch „Droit et Histoire" („Recht und Geschichte"), ebenso wie die Übersetzung/Überarbeitung des Buches „Der Auschwitz-Mythos" von Wilhelm Stäglich in die französische Sprache, mit einem Nachsatz von 25 Seiten, auf denen ich die Fotos selbst kommentiere, und eine Dokomentation in Bezug auf diesen Mythos.

Frankreich ist das erste Land der Welt, wo — im Juni 1985 — eine revisionistische These als Doktorarbeit herauskam, nämlich die von Henri Roques über die Geständnisse des Kurt Gerstein. Im gleichen Jahr erschien in Italien aus der Feder von Carlo Mattogno „Il Rapporto Gerstein, Anatomia di un falso", („Der Gerstein-Bericht Anatomie einer Fälschung"), ein noch tiefer gehendes und vollständigeres Buch als die Doktorarbeit des Henri Roques, das weiter nichts beabsichtigt hatte, als die Gerstein zugeschriebenen Texte zu untersuchen. Mattogno ist ein Gelehrter wie seine Vorfahren aus der Renaissance; er ist peinlich gewissenhaft und ein Vielschreiber; er wird in der Zukunft zur ersten Reihe der Revisionisten gehören.

Es ist möglich, daß im kommenden Jahr der Spanier Enrique Aynat Eknès für seine Arbeit über Auschwitz das gleiche Niveau erreichen wird. In zwei Jahren wird der Franzose Pierre Marais zweifellos das Ergebnis seiner Forschungen über den Mythos der Gaswagen zur Menschentötung veröffentlichen. In den Vereinigten Staaten veröffentlicht das Institut for Historical Review das Werk von W. Sanning „The Dissolution of Eastern European Jewry" (Deutsche Ausgabe: „Die Auflösung", Grabert-Verlag, Tübingen, 1983) und das des Dekans der Historiker der revisionistischen Schule, James J. Martin, „The Man Who Invented Genocide". Die englische Übersetzung des Buches von Stäglich ist in Vorbereitung.

Tribut von Michael de Boüard

Michel de Boüard war in Mauthausen interniert. Als Professor für Geschichte des Mittelalters und Mitglied des Comité d'histoire de la deuxième guerre mondiale (Paris) beendete er seine Laufbahn als Dekan der philosophischen Fakultät an der Universität von Caën. Er ist Mitglied des Unstitut de France. 1986 verteidigte er Henri Roques und kritisierte mehr im allgemeinen die Literatur der Vernichtungsspezialisten und sprach sich anerkennend über die Qualität der revisionistischen Studien aus. Ein Journalist von „Quest-France" — 2./3. August 1986, Seite 6 — fragte ihn:

„Sie waren Vorsitzender des Verbandes der Deportierten von Calvados (Normandie) und sind im Mai 1985 zurückgetreten. Warum?" De Boüard antwortete: „Ich befand mich hin- und hergerissen zwischen meinem Gewissen als Historiker und den Verpflichtungen, die es mir auferlegt, und der Mitgliedschaft einer Organisation von Kameraden, die ich sehr liebe, die aber die Notwendigkeit nicht erkennen wollen, diese historische Tatsache, nämlich die Deportation, mit den Methoden einer gesunden Geschichtsforschung zu untersuchen. Ich werde von dem Gedanken verfolgt, daß in 100 Jahren oder auch nur 50 Jahren die Historiker sich über diesen Aspekt des Zweiten Weltkrieges befragen werden und was sie dann entdecken werden. Die Akten sind verseucht. Es gibt einerseits sehr viele Fabelgeschichten, Ungenauigkeiten, die beharrlich wiederholt werden, *vor allem auf dem Gebiete* der Zahlen, Verquickungen, Verallgemeinerungen und andererseits sehr zusammengedrängte kritische Studien, die die Nichtsnutzigkeit dieser Übertreibungen zeigen. Ich befürchte, daß diese Historiker dann sagen werden, daß die Deportation summa summarum ein Mythos gewesen sein muß. Da liegt die Gefahr. Dieser Gedanke verfolgt mich."

Die Revisionisten, die man hartnäckig als negative Geister verteufelt, leisten eine positive Arbeit: sie zeigen was tatsächlich geschehen ist. Sie erteilen auch eine Lektion in „Positivismus" in dem Sinne, daß ihre Argumente oft physikalischer, chemischer, topografischer, bautechnischer und dokumentarer Natur sind, und weil sie das Wahrheit nennen, was nur überprüfbar ist. Sie verteidigen die Geschichte, während ihre Gegner die Geschichte abgeschrieben haben wegen etwas, was sie „die Erinnerung" (la mémoire) nennen, das heißt in Wirklichkeit wegen ihrer mythologischen Tradition.

Rückzug der Vernichtungsspezialisten

In den Jahren 1983 bis 1987 profitierte die Vernichtungsthese von einer ebenso eindrucksvollen wie wirkungslosen Mobilisierung der finanziellen, politischen und Medienkräfte.

Für Raul Hilberg, Rudolf Vrba, Elie Wiesel und Claude Lanzmann waren diese Jahre reich an Geld, Publizität und verschiedenen Ehrungen, aber katastrophal in bezug auf ihre moralische Glaubwürdigkeit.

Raul Hilberg, der beste „Experte" für die Vernichtungsthese, wurde während des Prozesses in Toronto sozusagen am Boden zerstört und machte sich eines

Revisionismus

Mein Leben als Revisionist

Meineids schuldig, so daß er meiner Ansicht nach nicht das Risiko eingehen wird, noch einmal in einem Prozeß dieser Art auszusagen.

Rudolf Vrba, Zeuge Nummer eins der Vernichtungsthese, entpuppte sich als eine Art Hochstapler: Seine schriftlich niedergelegte „Zeugenaussage", so mußte er selbst im Prozeß von Toronto einräumen, war zum größten Teil, wenn nicht sogar in Gänze ein Werk der Dichtung.

Elie Wiesel, der berühmteste Reisende im Shoah-Business, hat sich bei seinen eigenen Leuten in Verruf gebracht. Einige Monate nach der Erstveröffentlichung und Massenverbreitung meines Flugblatts „Ein unredlicher Kronzeuge — Elie Wiesel" sah sich Pierre Vidal-Naquet persönlich veranlaßt zu erklären:

„Da haben Sie zum Beispiel den Rabbiner Kahane, diesen extremistischen Juden, der aber nicht so gefährlich ist wie Elie Wiesel, der alles mögliche erzählt . . . Es genügt eine gewisse Beschreibung in ‚La Nuit' (‚Die Nacht') zu lesen, um zu wissen, daß einige seiner Beschreibungen nicht der Wahrheit entsprechen, und daß er sich schließlich in einen der Shoah-Händler verwandelt . . . Er fügt auch der historischen Wahrheit einen Schaden, einen ungeheuren Schaden zu" — „Zéro", April 1987, Seite 57 —.

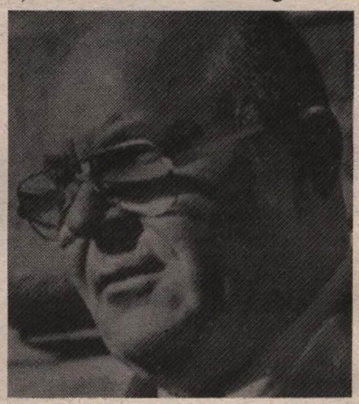
Claude Lanzmann wurde wie der Messias erwartet. Zehn Jahre lang hatte er versprochen mit seinem Film „Shoah" dem Revisionisten eine gehörige Abfuhr zu erteilen; doch in Frankreich hatte dieser Film eine gegenteilige Wirkung; er lies deutlich erkennen, daß es keine vernünftigen Argumente für die Vernichtungsthese gibt, und er gab dem Revisionismus ungewollt einen derartigen Schwung, daß Lanzmann von Panik erfaßt, durch Vermittlung der Fédération française de journalistes zur juristischen Unterdrückung der Revisionisten aufforderte.

Der „Funktionalismus" ist ein beträchtliches Zugeständnis, das dem Revisionismus gemacht wurde, und die „Intentionalisten" sind sozusagen von der Bildfläche verschwunden.

Bankrotterklärung in zehn Punkten

Die Konkursbilanz der Verfechter der Vernichtungsthese kann folgendermaßen erstellt werden. Die Vernichtungsspezialisten sind von nun an gezwungen anzuerkennen, daß es kein einziges Dokument — weder deutscher- oder alliierterseits — gibt, um ihre These zu untermauern:

1) weder einen Befehl zur Judenvernichtung;
2) noch einen Plan zur Durchführung dieser Judenvernichtung;
3) noch einen zentralen Organismus um die Ausführung eines solchen Planes zu koordinieren;
4) noch einen Haushaltsplan, aber ohne Geld und Kredite geschieht bekanntlich nichts;
5) noch ein Kontrollorgan, in Kriegszeiten muß jedoch einfach alles kontrolliert werden;



John Demjanjuk wurde im "Nazi-Fieber" die US-Staatsangehörigkeit aberkannt und nach Israel ausgeliefert und dort vor Gericht gestellt.

6) noch eine Tatwaffe, denn es gibt kein Gutachten über die Tatwaffe, sei es über die Gaskammer zur Menschentötung, sei es über die Gaswagen zur Menschentötung;
7) noch eine Leiche, denn es liegt kein Obduktionsbericht vor mit dem ein Mord durch Giftgas nachgewiesen wird;
8) noch ein Protokoll über den Hergang der Tat, obwohl zumindest in Frankreich die Untersuchung eines Mordes normalerweise mit Rekonstruierung des Tatortes einhergeht;



Le Pen sorgte mit seinen Erklärungen dafür, daß der Revisionismus in Frankreich zu einem Begriff wurde.

9) noch einen über den eigentlichen Sachverhalt des Verbrechens ins Kreuzverhör genommenen Zeugen, denn im Prozeß von Toronto (1985), wo man erstmals diese Art des Kreuzverhörs gewagt hat, waren die besten Zeugen verwirrt;
10) noch ein überprüftes Geständnis, denn die Geständnisse des Gerstein und des Rudolf Höss, die schließlich analytisch untersucht wurden, erwiesen sich als völlig wertlos und unvertretbar, selbst durch einen Raul Hilberg.

Ich befürchte, daß bei der schnellen Aufeinanderfolge dieser Aufzählung die Bedeutung jeder dieser zehn Punkte verloren gehen könnte. Ich möchte daher für einen Augenblick bei dem ersten von ihnen verweilen: das Nichtvorhandensein — was heute allgemein zugegeben wird — eines Befehls zur Judenvernichtung. Von 1945 bis 1980 wurden jene verteufelt, die es wagten den Gedanken zu äußern, daß dieser Befehl niemals erteilt worden ist. Entweder gab es diesen Befehl und man muß ihn vorweisen, oder es gab ihn nicht und man muß das zugeben: das sagt einem der gesunde Menschenverstand, aber das ist auch das, was keiner der Beobachter dieses Streitfalls (Journalisten, Historiker, Professoren) auszusprechen wagen.

Fünfunddreißig Jahre lang hielten die Vernichtungsspezialisten einen Betrug aufrecht. Sie blokkierten die Geschichtsforschung und legten jede Reaktion des gesunden Menschenverstands lahm. Die Lektion, die ihnen jetzt erteilt wird, verdient es, daß man einmal über sie nachdenkt. Die Waldheim-Affäre, um nur diese zu nennen, war nur eine Wiederholung dieser Lektion: wenn Leutnant Waldheim sich eines „Kriegsverbrechens" oder eines „Verbrechens gegen die Menschheit" schuldig gemacht hat, dann soll uns Edgar Bronfman, Präsident des Jüdischen Weltkongreß, einmal genau sagen was das für ein Verbrechen war und uns einen Beweis vorlegen. Alles übrige ist nur Medienspektakel, geistiger Terrorismus oder Herstellung falscher Dokumente. □



Medizin

Krebstherapie in der Sackgasse

Heinrich Nehus

In allen Teilbereichen des Lebens und der Forschung ist der Fortschrittsglaube die große Ersatzreligion der Neuzeit geworden. So hat sich auch die heutige Medizin als Kind dieser Zeitepoche ganz der Naturwissenschaft und dem Fortschrittsglauben verschrieben. Und der Fortschritt hat sich in der technisch-naturwissenschaftlichen Medizin verselbständigt; die Technik ist nicht mehr Mittel zum Zweck, sondern die Haupttriebfeder allen Handelns geworden. Was technisch machbar ist, wird in Angriff genommen. Der Spezialist bekommt immer mehr Macht.

Durch die rasanten Fortschritte auf vielen Teilgebieten, wie der Transplantationschirurgie, der Reproduktionsmedizin der Genchirurgie, den bildgebenden Verfahren auf dem diagnostischen Gebiet, erfuhr die naturwissenschaftliche Medizin besonders in den sechziger Jahren die höchste Einschätzung. Man glaubte schon, die Medizin durchgängig zu einer exakten Wissenschaft machen zu können.

Hat sich dieser Fortschritt wirklich gelohnt?

Die euphorische Grundstimmung der sechziger Jahre ist passé. Es wurde deutlich, daß die vom morphologischen Gedanken getragene naturwissenschaftliche Medizin offenbar nicht in der Lage war oder je sein würde, Wesentliches zur Ätiologie der Krankheiten und zu einer kausalen Therapie beizutragen. Durch die zunehmende Technisierung und Spezialisierung der Medizin haben wir zwar immense neue Erkenntnisse von Teilaspekten organischer Funktionsabläufe gewonnen, doch je mehr die Medizin den Menschen nur noch als biochemisches Substrat sieht und erforscht, desto weiter entfernt sie sich von einer Ganzheitsschau und von einer kausalen Therapie der Krankheiten.



Immer mehr Arzneimittel kommen auf den Markt mit dem Therapieziel der Schulmedizin: Symptomverbesserung. Aber keine Hauptwirkung ohne Nebenwirkung!

Jede Spezialisierung bedingt eine Einengung des Gesichtsfeldes, aus der die Sicht der großen übergeordneten Zusammenhänge nicht mehr möglich sind. Für die medizinische Spezialisierung bedeutet das in vielen Fällen die Mißachtung physiologischer Erkenntnisse zugunsten einer oberflächlichen Detailbeobachtung.

Durch die rasanten technischen Fortschritte auch in der Diagnostik, hinkt die Grundlagenforschung immer mehr hinterher in Bezug auf objektive Bewertung dieser Verfahren und auch möglicher schädlicher Nebenwirkungen, weil das Kausal-Denken fehlt.

Wir müssen uns fragen: Haben nicht die zunehmenden machbaren Versuche am Genmaterial, am Feten, am Menschen, angefangen von der Transplantation eines Affenherzen auf einen todkranken 70jährigen Patienten durch Hardy, nicht etwas sittlich Zerstörendes, etwas Dämonisches an sich?

Überschreitet der Chirurg, der Spezialist generell nicht unsere menschlichen Kompetenzen? Der Vergleich mit den Versuchen des Teufels in der Wüste im Neuen Testament drängt sich auf (Professor Dr. med. Zöckler über Grenzfragen in der Medizin).

Krankheiten werden nur transportiert

Wir müssen uns immer vor Augen halten, daß selbst die spektakulärsten Erfolge unserer heutigen technischen Medizin — besonders auch auf dem Gebiet der Chirurgie — in den seltensten Fällen eine Heilung von Krankheit bedeuten, sondern höchstens, über die nur Beseitigung des Symptoms, eine meist nur kurzfristige Verbesserung der Lebensqualität, also immer symptomatisch, die nie eine kausale Therapie sein kann, nie eine Heilung des Grundleidens und die Lebenserwartung wird nicht verlängert.

Durch die sensationellen technischen Erfolge werden Krankheiten nur von einem Stadium in das andere nächst schwerere transportiert.

Alle Experten sind sich letztlich darüber einig, daß die Transplantationschirurgie niemals als Therapie, als Standardtherapie angesehen werden kann. Transplantationen, besonders Herztransplantationen, können daher nur in einigen wenigen Herzzentren unter strengsten und engen Indikationen, das heißt vorwiegend bei Kindern mit angeborenen Herz- oder Organschäden, deren übrigen Organe noch intakt sind, durchgeführt werden.

Und wie sieht es heute aus? Jeder ehrgeizige Spezialist oder Politiker möchte sein eigenes Herz- oder Transplantationszentrum aufbauen. Welch ein teurer Wahnsinn! Und dann noch falsch. Kann noch verantwortet werden, wo die ganze Medizin, besonders die innere Medizin versagt, immer noch der Chirurgie zugemutet werden, unter einem irrsinnigen Aufwand bis zum Letzten zu gehen ohne echte Hilfsmöglichkeit?

Allein die medizinischen Kosten einer Herztransplantation betragen rund 400 000 DM im ersten Jahr. Natürliche Grenzen sind gesetzt durch Mangel an Organen, Geldmittel und Kapazitäten.

Nimmt man die steigenden Kosten aller Transplantationen, der Zytostatika, Dialyse, der teuren Diagnosen, so stellt sich die Frage, ob sich eine Gesellschaft wie unsere das leisten will und kann, einen so aufwendigen Solidaritätszwang auf alle Mitglieder dieser Gesellschaft auszuüben, letztlich immer mehr und immer weiter Dinge zu finanzieren, die nur sehr wenigen einen nur sehr unsicheren Nutzen bringen!

Medizin

Krebstherapie in der Sackgasse

Es kann nicht Aufgabe und Ziel einer humanen Medizin sein, immer mehr junge und alte Patienten mit immer mehr Implantaten und Transplantaten zu versorgen, durch die der Patient immer unmündiger wird und schließlich Leben und Tod von der Technik und von den überwachenden Spezialisten abhängt. Dies ist ein Irrweg der modernen Medizinwelt, weil er nicht ursächlich hilft und mehr Krankheit zur Folge hat.

Es muß auch politisch entschieden werden

Warum werden trotz der modernen Medizin mit ihren von ihr selbst gepriesenen neuen diagnostischen und therapeutischen Möglichkeiten die Krankheiten nicht weniger, die Therapie nicht einfacher, Heilstätten, Reha-Kliniken und Medikamente immer mehr?

Man stirbt nicht mehr an Pokken, eher an Aids, nicht mehr an Tbc, dafür an Herz-Kreislauferkrankungen oder Krebs, nicht mehr an Wundfieber, dafür an Hospitalismus, im Auto, Haushalt, beim Sport.

Mit welchen Krankheiten müssen wir in Zukunft rechnen? Ist das der Preis, den die Medizin zu zahlen hat, weil Leben und Sterben oft manipuliert werden? Nein, es muß nicht der „Preis" sein, wenn man endlich eine Kausal-Therapie sucht und betreibt, wie wir sie anbieten.

Durch die unbefriedigten Ergebnisse der kurativen Medizin gibt es jetzt einen Umbruch zur präventiven Medizin. Auch hier gilt eindeutig festzustellen: Eine schulmedizinische Primärprävention ist immer teuer und von der Effizienz indiskutabel, sie bringt nicht mehr als die Befolgung der alten schlichten Regeln für ein gesundes Leben.

Kommen wir zur Onkologie, eine der Säulen der modernen, „wissenschaftlichen Medizin", die zu Beginn von so vielen Hoffnungen getragen wurde. Wie keine andere Disziplin der naturwissenschaftlichen Medizin hat sie der heutigen Zeit und Mentalität entsprechend — ein nie zuvor gekanntes Freund-Feind-Verhältnis in die Medizin gebracht. Die Medizinsprache ist militarisiert worden, es dominiert die „Kampfmedizin". Man spricht von bösartigen Killer-Viren oder Killer-Zellen, von diagnostischen und therapeutischen Waffen, es wird die Krebsangst geschürt. Krieg gegen die Krankheit und den Tod an der ganzen Front und der Patient bleibt auf der Strecke.

Wie sollen Patienten sich mit dem Sterben aussöhnen und es als etwas zum Leben gehörig, als Gott- und naturgewollten biologischen Fakt ansehen, wenn das Sterben und der Tod als reines Vernichtungswerk eines Aggressors angesehen wird?

Resignation bei der Kampfmedizin

Wie soll der Arzt dem Unheilbaren beim Sterben helfen, wenn er den Tod bedingungslos bekämpft vom Symptom her, von der falschen Stelle? Fragen der grundsätzlichen Bewertung von Krankheit und Tod.

Der Fortschrittsmythos, daß man immer neue Mittel und Methoden findet, um den Tod in immer weitere Ferne hinauszuschicken, oder zu zwingen, zwingt den Arzt zu einem puren Feindschaftsverhältnis zur Krankheit, um nicht sehen zu wollen, daß generell eine echte Abwehr auslöst in Richtung Ursachen-Findung und deren Versuch zur Selbstheilungs-Tendenz?

Trotzdem ist schon heute in der „Kampfmedizin" eine Resignation festzustellen. Glaubt man endlich eine Krankheit „heilen" zu können, stellt man kurze Zeit später fest, daß wie bei einer Hydra zwei und mehr neue Krankheiten nachwachsen.

Da man jedoch die Krankheiten nur symptomatisch beeinflußte, wird durch polytherapeutisches Trommelfeuer die ärztliche Ratlosigkeit ersetzt.

Wo steht nun die moderne Krebstherapie heute in der Diganostik und Therapie, und wie sieht bei sachlich objektiver Betrachtung ihre Erfolgsbilanz aus? Vor rund einem Vierteljahrhundert trat die moderne Onkologie weltweit mit kaum zu überbietendem Selbstbewußtsein und immenser finanzieller Rückendeckung ihren Kampf gegen den Krebs an.

Verfolgt man heute die onkologischen Kongresse, so sind eine zunehmende Resignation und Unsicherheit in Bezug auf ihre Zukunft nicht zu übersehen. Auch von den neuen Forschungseinrichtungen der Onkologie mit Wachstumsfaktoren, Immuntherapie, Interferon, Interleucin ist heute nicht mehr als ein Hoffnungsschimmer in Sicht.

Trotz aller Anstrengungen und stetig gestiegener Ausgaben, sterben unverändert immer mehr Menschen an Krebs.

Fortschritt bei der Behandlung einiger weniger Krebsformen wie Karcinome und Leukämien im Kindesalter, M. Hodgin und Hodenkrebs, die ungefähr zehn Prozent aller Krebsarten ausmachen, werden durch die Zunahme der häufigsten Krebserkrankungen besonders Lungen-Ca, Brust-, Kopf-, Hals-, Prostata-, Pankreas-, Blasen-, Kolorektale- und Endometrium-Karcinome, mehr als aufgewogen. Mißt man das Ergebnis an der alterskorrigierten Krebsmortalität in den USA, geht der „Krieg", den die amerikanische Regierung dem Krebs vor 20 Jahren offiziell erklärte, verloren.

In der Mehrzahl aller Krebserkrankungen wird die Chemo- und Strahlentherapie rein palliativ verabreicht. Und dieses Vorgehen ist fragwürdig, weil nicht dauerhafte Remissionen gelingen. Die meisten Patienten haben unter den toxischen Nebenwirkungen zytotoxischer Chemotherapie und der Strahlenterapie immens zu leiden, ohne wirklich von dieser Therapie zu profitieren. In der Zeitspanne von einem Vierteljahrhundert, hat sich die Fünf-Jahres-Überlebensrate für alle Krebsarten nur um zwei Prozent verbessert, zwei Drittel aller Krebspatienten sterben an ihrer Krankheit.

Erfolge durch Vergewaltigung der Statistik

Von rund 70 registrierten Krebsarten sind nur ungefähr drei oder vier einer systematischen Krebsvorsorge zugänglich, wobei Vorsorge bedeutet: möglichst mit einer noch besseren apparativen Medizin die Krebsgeschwulst noch eher zu erkennen; die ineffektive Therapie bleibt die gleiche.

Wenn keine echten Erfolge vorzuweisen sind — und jede intensive und mit großem finanziellem Einsatz durchgeführte Tätigkeit braucht ihre Erfolgsergebnisse — um die hohe Einsatzbereitschaft und den Fluß der finanziellen Mittel aufrecht erhalten zu können, ist es verständlich, daß „Erfolge" nunmehr herbeibilanziert werden durch entsprechend ausgelegte Studien und Vergewaltigung von Statistiken.

Immer mehr Wissenschaftlern und Ärzten, die sich mit der Frage nach der Entstehung der Krebserkrankungen befassen, wird klar, daß die bisherige Auffassung über die Kausalbeziehung zwischen Krebsnoxen — inzwischen sind rund 2 000 registriert — und Krebsentstehung, zu simpel ist. Nach Professor Dr. Gebhart, Erlangen, darf die Mutationsrate nicht weiter durch zellkernschädigende exogene Noxen steigen. Man müsse darauf achten, daß nicht durch unerkannte Mutagene mit womöglich breitem Anwendungsspektrum, die vorgegebene Spontanmutationsrate der Gesamtbevölkerung in untragbarem Maße erhöht wird.

Kausal-Prophylaxe, nicht Therapie, ist hier das Gebot der Stunde. Das Erkennen derartiger Einflüsse sei erschwert durch große inter- und intraindividuelle Schwankungen in den Möglichkeiten des Zellkerns, kompensierend oder reparierend auf das Agens zu reagieren. Daher finden Mutationen oftmals erst nach Generationen ihr phänotypisches Äquivalent — und werden dann fälschlich als Spontanmutationen angesehen.

Verdeutlicht hierfür sei das Ansteigen von Spontanaborten, die Erhöhung der perinatalen Mortalität und Fehlbildungen nach Strahlen- oder Zytostatikatherapie. Als Beispiel seien hier die erschreckenden Zahlen aus Hiroshima und Nagasaki und Nachkommen von Patienten nach M. Hodgintherapie. Bei letzteren findet man in der ersten Generation eine Fehlbil-

dungsrate von 8,5 Prozent.

Generell müßten alle Substanzen, die etwa im Sinne der Krebsentstehungstheorie Veränderungen des Genotyps hervorrufen können, auch als chromosomenschädigend in Keimzellen angesehen werden. Wir wissen, daß immer mehr Zweittumore durch die Therapie entstehen, so auch nach Transplantationen. Tumorzellen werden oft gegen das gegen sie eingesetzte und auch gegen andere Zytostatika, resistent.

Verhängisvoller Irrtum der Medizin

Wie die Krebstherapie, sind auch die immer breiter werdenden Nachsorgeprogramme größtenteils ineffizient und teuer, belastend für den Patienten, mehr ein politisches, auch berufspolitisches, als ein wissenschaftlich-medizinisches Problem anzusehen.

Warum ist aus unserer kausalen „Regena-Ganzheitsschau aller Krankheiten", der Kampf gegen den Krebs nicht zu gewinnen, und deshalb sind wir im Gegenteil dazu fest davon überzeugt, daß die moderne wissenschaftliche Krebstherapie als ein verhängnisvoller Irrtum in die Medizingeschichte eingehen wird?

Erstens: Der modernen Krebstherapie fehlt eine ganzheitliche umfassende Forschungshypothese beziehungsweise ein gedanklich-philosophischer Unterbau in Bezug auf kausale Ursachen, sowohl akuter wie chronischer Krankheiten und speziell der Krebserkrankungen.

Auf Grund dieser falschen Foschungshypothese werden zwangsläufig auch richtige wissenschaftliche Forschungsergebnisse — durch Verwechslung von Ursache mit Wirkung — falsch interpretiert und darum zwangsweise zu Fehlschlüssen geführt.

Zweitens: Da die Krebsursachen schulmedizinisch noch weitgehend im Dunkeln liegen und der Krebs individuell unterschiedlich praktisch nie in seiner Entstehungsphase, sondern mehr oder weniger je nach den zur Verfügung stehenden apparativdiagnostischen Möglichkeiten, im Endstadium erkannt wird, gibt es nicht nur keine echte kausale Prophylaxe oder Präventation, sondern es gibt — was noch gravierender ist — keine kausalen Therapieansätze.

Drittens: Übrig bleibt die Therapie mit Stahl, Strahl und Zytostatika, die tragenden Säulen der Onkologie, und heute noch eine völlig falsch bewertete irrige Immunitäts- oder Abwehr-Therapie-Vorstellung.

Daß auch die Chirurgie in der modernen Krebstherapie nur symptomatisch ist und nie kurativ, sollte uns allen klar sein.

Die Strahlen- und Chemotherapie, speziell die Zytostatika, sind in ihren Wirkungen und Nebenwirkungen ähnlich.

Keine Hauptwirkung ohne Nebenwirkung

Ihre Therapieziele sind im kurativen Sinne auf Heilung und Lebensverlängerung, im palliativen Sinne auf Symptomverbesserung und Verbesserung der Lebensqualität ausgerichtet.

Keine Hauptwirkung ohne Nebenwirkung! Dieser klassische Fundamentalsatz der speziellen Pharmakologie, hat für Arzneimittel mit geringer therapeutischer Breite — wie Zytostatika — besondere Bedeutung. Zytostatika wirken nicht nur selektiv auf Tumorzellen, sondern auch auf gesunde Zellen. Durch Kontamination — Arbeiten mit den Substanzen am Arbeitsplatz, beim Vorbereiten von Infusionen und Tabletten, bei der Entsorgung, Körperausscheidungen von zytotoxisch behandelnden Patienten besonders Urin und Erbrochenem —, besteht ein ebenfalls nicht zu unterschätzendes Gefahrenpotential.

Das Gefährdungspotential der Zytostatika, wie praktisch auch der Strahlentherapie besteht hauptsächlich in: Blutbildveränderungen, Schleimhautveränderung, Störung der körpereigenen Abwehr, erbgutverändernde (mutagene), fruchtschädigende (teratogene) und krebserzeugende (kanzerogene) Wirkung. □

Dr. med. Heinrich Nehus, Wilhelmshaven, ist Mitglied des Regena-Ärztekreis. Sie erhalten die Anschriften der Mitglieder über die Firma Regenaplex, Robert Bosch Straße 3, D-7750 Konstanz.

Vertrauliches

Spionage

Geheimnis um „Werther" gelüftet

Die Schweizer Zeitschrift „Eidgenoss" berichtet, einer der wichtigsten Spione der Alliierten im Zweiten Weltkrieg, „Werther", sei nun enttarnt worden. Es sei Ernst Freiherr von Weizsäcker, Staatssekretär im Außenministerium und SS-General, der Vater des Bundespräsidenten. Angeblich hätten Journalisten in Südafrika Zugang zu englischen Archiven bekommen, aus welchen dies eindeutig hervorginge. Bestätigt wurde das aber bisher nicht, die Meldung ist bis zu einer Beweisvorlage nur mit allem Vorbehalt zu betrachten. □

Rechtsprechung

Soldaten sind potentielle „Mörder"

Selten hat ein Urteil soviel Aufregung verursacht wie das Frankfurter „Schandurteil" (so der Bundeswehrverband) vom 20. Oktober 1989, nach dem ein 42jähriger Arzt mit dem Ausspruch „Alle Soldaten sind potentielle Mörder" diese Soldaten wohl beleidigt, aber „in Wahrnehmung berechtigter Interessen" gehandelt habe.

Das Urteil hat viele empört, man spricht von Rechtsbeugung, Volksverhetzung und notwendiger Gesetzes- und Verfassungsänderung. Doch niemand weist darauf hin, daß diese „Rechtsprechung" gar nicht verwunderlich ist. Sie ist nur eine logische Folge dessen, was man von höchster Warte aus seit nunmehr 45 Jahren betrieben hat: die Diffamierung der deutschen Soldaten, die Umkehrung aller Werte und Tugenden, die Umerziehung ganzer Generationen — einschließlich der Richter.

Hat nicht die SPD im „Vorwärts" übelste Schmähreime auf die deutschen Soldaten veröffentlicht? Und der CDU-Minister Stoltenberg? „Wer Soldaten als potentielle Mörder bezeichnet, verletzt die Menschenwürde von 500 000 dienenden und vieler Millionen ehemaliger Soldaten unserer Bundeswehr" erklärte er, und er beschränkt sich ganz bewußt auf die Bundeswehr. Unsere Väter, die Soldaten der deutschen Wehrmacht, darf man also nach CDU-Meinung weiter mit Dreck und Schmutz bewerfen.

Solche Urteile mußten und müssen noch viel mehr kommen, damit der Michel aufwacht. Während man sich über das Urteil von Frankfurt erregt, baut man vielerorts fleißig Denkmäler für Deserteure. □

Malaysia

Militärgruppe zur Drogenbekämpfung gebildet

Malaysia will den Vereinten Nationen vorschlagen, eine internationale Militärgruppe zu bilden, um die Privatarmeen der Drogenbarone zu bekämpfen. Der stellvertretende Premierminister Ghafar Baba sagte vor einer politischen Versammlung: „Ich werde die Sache vertreten, daß das Drogenproblem schwerwiegende Ausmaße angenommen hat. Es bedarf der gemeinsamen Anstrengung aller Länder, um es einzudämmen."

Nach diesem Vorschlag würde die Streitmacht auf Anforderung allen Ländern zur Verfügung gestellt, in denen die illegalen Drogenhändler Armeen aufgestellt haben, um die Pflanzen zur Drogenherstellung und die Laboratorien zu schützen. Mehr als 80 Menschen sind in Malaysia bislang wegen illegalen Drogenhandels gehenkt worden. Mehrere Heroin erzeugende Laboratorien wurden in den letzten zwei Jahren im Land ausfindig gemacht, die bis vor kurzem als Durchgangszentrum für Drogen aus Opium erzeugenden Regionen des Goldenen Dreiecks von Südasien dienten. □

Indien

Herstellung des Kernbrennstoffes U-233

Der Abteilung für Röntgenmetallurgie im Atomforschungszentrum von Bhabba ist es gelungen U-233-haltigen Brennstoff für Indiens kommende Generation von Kernreaktoren herzustellen.

Dr. C. Ganguly, Leiter der Abteilung, sagte, dies sei der erste Reaktor, der U-233-haltigen Brennstoff, das wirksamste thermisch spaltbare Material, in thermischen Reaktoren verwende.

Die Verwendung von U-233 ist die zweite Phase des indischen Kernkraftprogramms. Die erste Phase bestand darin, einen einheimischen Schwerwasserreaktor zu entwickeln, der mit natürlichem Uran beheizt wird. Das dritte und letzte Stadium umfaßt die Entwicklung von schnellen Brütern, die U-233 als thermisch spaltbares Material verwenden und im gleichen Reaktor U-233 aus Thorium 232 brüten.

Indien hat bereits einen 40-Megawatt-Versuchsbrüter in Betrieb genommen, und es ist geplant gegen Ende dieses Jahrhunderts in die kommerzielle Produktion von Brütern zu gehen. □

Interpol

Jagd auf schmutziges Geld

Gerald Moeibus, Chef von Interpol, hat die internationale Polizeiorganisation als Clearingstelle zur Berichterstattung über verdächtige Bargeldbewegungen als eine Möglichkeit, an die Gewinne des Drogenhandels heranzukommen, angeboten.

„Je näher Sie bei dem Geld sind, um so höher stehen Sie in der kriminellen Hierarchie. Verfolgen Sie das Geld und Sie kommen an den Organisationsplan heran", sagte er. Moeibus, in dessen Organisation 147 Länder vertreten sind, machte das Angebot, den Zentralrechner der Interpol in Lyon für die Arbeit zu verwenden.

Der französische Staatspräsident Françoise Mitterrand und der ehemalige italienische Premierminister Bettino Craxi trafen sich in Paris, um zu erörtern, wie die europäische Seite des Krieges gegen die Drogen verstärkt werden kann. Craxi bat Mitterrand, er möge als derzeitiger Präsident der Europäischen Gemeinschaft einen europäischen Beitrag zur Unterstützung der lateinamerikanischen Länder vorschlagen.

Craxi schlug auch einen internationalen Gerichtshof zur Aburteilung von drogenbezogenen Verbrechen vor, den er einen „Justizbunker" nannte. Mitterrand versprach, er werde den Vorschlag auf der Sitzung des EG-Gipfels vortragen.

Craxi erhielt kürzlich in Rom Besuch von dem peruanischen Präsidenten Alan Garcia und wurde nach Kolumbien und Bolivien eingeladen. Craxi sagte zu Journalisten, es sei wichtig in Italien ein neues Drogenbekämpfungsgesetz zu erlassen und es bestehe die Gefahr, daß die gesamte Region von Mezzogiorno in Süditalien in die Hände der Drogen-Mafia fallen könnte. □

Libanon

Arabische Liga für syrischen Plan

Die Vermittler der Arabischen Liga in der Libanon-Krise haben anscheinend Syriens Forderung zu größerer Machtteilung mit der islamischen Bevölkerung im Libanon akzeptiert. Der Fehlersucher der Arabischen Liga, Lakhdar Librahimi, hatte bekanntgegeben, daß der fünfköpfige Ausschuß die Beendigung der syrischen Blockade gegen von Christen beherrschte Häfen und die Öffnung des Flughafens von Beirut angeordnet habe.

Die syrischen Streitkräfte werden nur unter der Bedingung größerer Machtbeteiligung Zug um Zug über zwei Jahre hinweg einen Rückzug aus dem Raum Beirut zurück in das östliche Bekaatal vollziehen. Anscheinend

bestand das einzige Zugeständnis der syrischen Besatzer darin, die Blockade des Hafen von Beirut, der Christen versorgt, aufzuheben.

Der libanesische Premierminister General Michel Aoun drehte seine frühere Einstellung um 180 Grad und lehnte den Plan der Arabischen Liga ab, wobei er auf Syrien wegen seiner Weigerung, seine Truppen in Stärke von 33 000 Mann sofort abzuziehen, hinwies. Aoun sagte, er habe den durch die Arabische Liga vermittelten Friedensvorschlag nur unter „internationalem Druck" akzeptiert, und er fügte hinzu: „Ich behalte mir das Recht vor, jedes Mittel anzuwenden, um die Befreiung des Libanon zu erreichen". Bezüglich des Friedensplans sagte Aoun: „Er ist blockiert"!

Papst Johannes Paul II. appellierte in einem noch nie dagewesenen Hirtenbrief an den Generalsekretär der Islamischen Konferenz an die Moslems, den Libanon zu retten. „Möge Gott uns, Moslems und Christen, zusammen am Bettrand unserer libanesischen Brüder finden, wenn sie dort an Geist und Körper verwundet liegen."

Der Papst rief zu einer Beendigung dessen auf, „was wahrlich das Massaker an einem ganzen Volk genannt werden muß . . . ein Land, das jetzt auf dem Weg zur völligen Vernichtung ist . . . Das Verschwinden des Libanon wäre zweifellos eine der größten Tragödien der Welt. Seine Erhaltung ist eine der edelsten Aufgaben, zu deren Übernahme die Welt in unseren Tagen aufgerufen wird." Der Papst sagte, der Libanon müsse „von jeder Besatzungsmacht" befreit werden. □

China

Kommunisten eilen Kissinger zu Hilfe

Die Nachrichtenagentur des kommunistischen China, Xinhua, verteidigt den ehemaligen amerikanischen Außenminister Henry Kissinger gegen den behaupteten Interessenkonflikt, der darin bestehe, daß seine öffentliche Unterstützung für die chinesische Regierung von seinen Geschäftsinteressen in China beeinflußt werde.

Die Nachrichtenagentur der Volksrepublik China soll berichtet haben, daß Kissinger in einem Interview „verleumderische Angriffe gewisser Leute über seine Ansichten nach der Niederschlagung des gegenrevolutionären Aufstandes zurückgewiesen hat".

Die „South China Morning Post" berichtete über Behauptungen im „Wall Street Journal" über Kissingers Geschäftsverbindungen, die, wie die „Post" schreibt, „in den Vereinigten Staaten eine ziemliche Kontroverse ausgelöst haben".

Die Londoner „Times" stellt fest, „Henry Kissingers Ruf scheint plötzlich ziemlich befleckt zu sein". In dem Artikel wird Kissingers Erklärung, in der er sich gegen alle Sanktionen gegen China ausspricht, zitiert und berichtet, daß „andere Organisationen seitdem die Geschäftstätigkeiten Henry Kissingers und Kissinger Associates untersucht haben", und daß „sie festgestellt haben, daß er wesentliche Interessen in China hat".

Die „Times" zitiert Kissingers „Empörung" darüber, daß irgendjemand annehmen könnte, irgendwelche „kommerziellen Erwägungen" könnten die „Einschätzungen, die ich öffentlich zum Ausdruck gebracht habe", beeinflussen. Festzustellen ist, viele hätten Kissinger nicht in Anspruch genommen, wenn man von seinen kommerziellen Bindungen an Rotchina gewußt hätte. □

Weltbevölkerung

Ein Fünftel leidet unter Gesundheitsproblemen

Ein Fünftel der Weltbevölkerung leidet unter schweren Gesundheitsproblemen, gab die Weltgesundheitsbehörde in ihrem jährlichen „Bericht über die Weltgesundheit" bekannt.

In Südostasien leiden rund 500 Millionen Menschen — 40 Prozent der Bevölkerung — an Unterernährung und Krankheit. Im subtropischen Afrika sind es 160 Millionen Menschen, die unter einer der ernstesten Krankheiten, die der Menschheit bekannt sind, darunter Aids, Malaria und parasitische Krankheiten, leiden.

Fast 25 Prozent der Bevölkerung von Süd- und Mittelamerika ist krank, ebenso wie die Bevölkerung von Nordafrika und des Nahen Ostens. Etwa 46 Millionen Kinder in der ganzen Welt sind nicht voll immunisiert gegen die sechs hauptsächlichen tödlichen Krankheiten — Spinale Kinderlähmung, Tetanus, Masern, Diphterie, Keuchhusten und Tuberkulose —, die jährlich 2,8 Millionen Kinder dahinraffen und weitere drei Millionen zu Invaliden machen. □

Japan

Tausende von neuen Arbeitsplätzen

Japan wird nach einem Plan, der auf einer Zusammenkunft von Vertretern der Japan International Development Organization (JAIDO) und der Confederation of Engineering Industries vorgelegt wurde, mehr als 20 000 neue Arbeitsplätze schaffen und durch Joint-ventures in Entwicklungsländern über die kommenden fünf Jahre hinweg Wirtschaftsentwicklungs-Gewinne in Höhe von mehr als zwei Billionen Yen machen.

JAIDO, eine Aktiengesellschaft mit Kapital, das von über 100 Privatfirmen in Japan und dem Overseas Economic Cooperation Fund (Fonds für Wirtschaftsentwicklung in Übersee) stammt, wurde im April 1989 gegründet, um die direkte Investition in Entwicklungsländern zu fördern. Sie wird im Schnitt je 200 Millionen Yen in jedes der etwa 100 zur Diskussion stehenden Projekte investieren.

Japan ist inzwischen auch bekannt, daß es der Weltbank in den kommenden drei Jahren 300 Millionen Dollar zur Ausbildung von Menschen in armen Ländern zur Verfügung stellen wird, damit sie zur Entwicklung ihrer Länder beitragen können.

„Japan ist jetzt dazu bereit, insgesamt 300 Millionen Dollar in einen Sonderfonds in der Bank einzuzahlen", sagte der Außenminister Hashimoto auf der Jahresversammlung des IWF und der Weltbank. □

USA

Sony-Gründer verurteilt Finanzpolitik

Akio Morita, der Gründer der japanischen Elektronikfirma Sony, ist Mitverfasser eines Buches, in dem die amerikanische Finanz- und Investitionspolitik kritisiert wird. mit dem Titel „The Japan That Can Say No — The New US-Japan Relations Card", behauptet Morita, Amerikaner machen Geld, indem sie „durch Fusion und Erwerbungen einfach Geld hin- und herbewegen". Er argumentiert dahingehend, daß es nicht die Aufgabe des Geldes sein sollte Banken und Wertpapierfirmen reicher zu machen, sondern der Produktion den Weg zu ebnen.

Das Buch ist keine angenehme Lektüre, wahrscheinlich weil es genau den Kernpunkt trifft. Die Amerikaner haben anscheinend vergessen, was sie vor 40 Jahren den Japanern über die Betreibung einer erfolgreichen Wirtschaft beigebracht haben. Morita schreibt: „In Japan planen und entwickeln wir unsere Geschäftsstrategien zehn Jahre voraus, während Amerikaner nur um Gewinne in den nächsten zehn Minuten besorgt zu sein scheinen".

Morita äußert sich besonders kritisch über die amerikanischen „Investment-Houses", die „gegenwärtig Aktien in riesiger Anzahl kaufen und verkaufen und dabei versuchen, möglichst hohe Gewinne zu machen. Für Amerikaner heißt das Spiel nur ‚schnelle Gewinne'. Unternehmer und Geldanleger gleichermaßen lassen ihr Geld nicht in langfristigen Projekten stecken. Die amerikanische Wirtschaft ist ohne Substanz." □

Briefe

Betr.: Hitler-Stalin-Pakt „Hoffnung auf sowjetische Annullierung“, Nr. 10/89

Es ist mir unverständlich, wie Sie in Ihrem Artikel von einer „völkerrechtlichen Verpflichtung der Sowjets, den Polen den ihnen damals geraubten Teil ihres Staatsgebietes zurückzugeben“, schreiben können. Dieses sogenannte Ostpolen wurde doch von Polen nach drei Angriffskriegen gegen die Westukrainische Republik, Sowjetrußland („Wunder an der Weichsel“) und Litauen in den Jahren 1919/1920 annektiert. Polen mißachtete damit die Vereinbarung des „Obersten Rates der Alliierten“ von 1919, mit der die Sprachgrenze als Ostgrenze Polens (Curzon-Linie) festgelegt worden war. Die heutige (1945 festgesetzte) polnische Ostgrenze folgt fast genau dieser Curzon-Linie, die die einzig mögliche gerechte Grenze darstellt, auch wenn die Westmächte nach anfänglichem Protest 1923 der Annexion zustimmten.

In diesem sogenannten Ostpolen stellte die polnische Bevölkerung nur eine Minderheit dar (ca. 3 000 000). Die Mehrheit der Bevölkerung (9 000 000) waren Ukrainer, Weißrussen, Litauer und Juden, die von den chauvinistischen Polen rücksichtslos unterdrückt wurden (1930 Aufstand der West-Ukrainer).

Statt sich also — getrieben von einer opportunistischen Polonophilie — für ein unrechtmäßiges Ostpolen einzusetzen, sollte man auf eine rasche Rückgabe der besetzten deutschen Ostgebiete und eine Aussiedlung der dort zur Zeit widerrechtlich lebenden Polen und Russen dringen.

Wer Frieden, „eine Ordnung des Rechts“, anstrebt, sollte beherzigen, daß „das Recht über Stimmungen, Volksmeinungen, Umfragen, Statistiken, Schlagzeilendemagogie und tagespolitische Spekulationen steht“ (Böll), das man nicht beiseiteschieben kann, auch wenn es sich „nur“ um deutsches Recht handelt: „Opus iustitiae pax“ (Pius XII.).

Dr. Bonifaz Ullrich, Blieskastel

Betr.: US-Dollar „Der Untergang einer Weltmacht“, Nr. 9/89

Die ganze Entwicklung über EG und Gatt mit Öffnung der Grenzen und den massiven wirtschaftlichen Konzentrationsbestrebungen sind nur möglich durch die Anonymität des Geldes. Auf diesem Gebiet eine grundlegende Aufklärung zu betreiben, müßte Code sich zur vordringlichen Aufgabe machen. Auch wenn ich mich darum bemühe, sind mir die Zusammenhänge Notenbank-Weltbank-Währungsfond im einzelnen nicht klar.

Wenn ich an den Ausspruch von B. Baruch denke, den er seiner Zeit nach einem Besuch bei Stalin machte, „Das Kapital von morgen (zwischen Ost und West) muß ein gleiches sein“, dann wird mir heute klar, daß durch die wirtschaftliche Hintertür der EG der Ausspruch von Lenin zutrifft, „Der Westen liefert uns den Strick“ für den Sieg des Sozialismus über den Kapitalismus, auch wenn heute von einem Demokratischen Sozialismus die Rede ist. James Schlesinger hat einmal gesagt: „Politik ist die Kunst des kalkulierten Betrugs, aber so, daß der Betroffene nichts davon merkt.“

Im Klartext heißt es für die ganze Entwicklung auf der politischen Bühne, die heutige Jugend wird sich an den Sowjetstern genauso gewöhnen müssen, wie meine Generation sich an das Hakenkreuz gewöhnen mußte. Die Darstellung der einzelnen EG-Mitgliedsländer durch einen Sowjetstern in der Europafahne ist doch kein Zufall!

Broder Ingwersen, Tettwand

Betr.: Zweiter Weltkrieg „Eisenhowers Todeslager“, Nr. 11/89

Nach der Kapitulation war mein zweiter Sohn in einem solchen Gefangenenlager wie sie in dem Beitrag beschrieben werden.

Er wurde am 28. November 1928 geboren, wurde überdurchschnittlich groß und stark. 1944 mußte er zum Arbeitsdienst nach Polen und kam Anfang 1945 zurück. Zu Ostern wurde er noch eingezogen zur Ausbildung in ein Pionierbatallion in der Nähe von Leipzig. Nach der Kapitulation besorgte er sich Zivilkleider und machte sich auf den Weg nach Hause. Von Amisoldaten wurde er aufgehalten, und weil er keinen Ausweis hatte, brachten sie ihn in ein solches Gefangenenlager bei Bingen.

Nach etwa zwei Monaten konnte er flüchten und kam zu meiner ältesten Schwester in Fürstenberg in Mecklenburg, wo er in einer Maschinenfabrik kurze Zeit arbeitete, aber weil er sehr geschwächt war, wurde er krank und Anfang 46 kam er heim und mit einem Vertriebenentransport kamen wir am 24. März in das Barakenlager Schönebeck bei Magdeburg.

Weil Gerhard sehr geschwächt war, wurde er im Lager sehr krank und bekam hohes Fieber und weil wir noch keine Wohnung hatten, mußte er ins Krankenhaus Schönebeck. Dort konnten sie ihn nicht richtig behandeln und so wurde sein Zustand immer schlechter.

Bald bekamen wir in Wegeleben bei Halberstadt eine richtige Wohnung und so konnte er schwer krank mitte Oktober zu uns gebracht werden. Der dortige Arzt bekannte uns, daß es für ihn keine Hilfe mehr gibt und am 13. Dezember 1946 starb er als Opfer der amerikanischen Unmenschlichkeit. Wenn er nicht so gesund und kräftig gewesen, wäre er doch schon im Gefangenenlager gestorben.

Ich habe das berichtet, damit Leser dieses Berichtes nicht auf die Meinung kommen, der Bericht sei ein Greuelmärchen. Und die gegenwärtige amerikanische Regierung wird aus eigenem Antrieb wissen, wie sie sich dazu verhalten soll.

Schon vor fast 100 Jahren haben Silvio Gesell und Rudolf Steiner die allein wirksamen Friedensgrundlagen gefordert und es ist nicht zu leugnen, daß der Militarismus die Todeskrankheit der Menschheit ist. Nur das Land, das mit seiner Abschaffung vorangeht, erwirbt unvergänglichen Ruhm.

Die Menschheit ist in der unaufhaltsamen Wende, in der die Gewalthaber vor den Gewaltlosen weichen müssen.

Walter Michel, Berlin

Betr.: Parteien „Grenzdiskussion als Stimmenfang“, Nr. 11/89

Die BRD wurde auf Weisung der Westbesatzungsmächte etabliert und ist daher gehalten, deren Direktiven Folge zu leisten. Die BRD besitzt daher nur eine beschränkte Souveränität. An diesem Besatzungsstatus der BRD können alle bisherigen und alle zukünftigen Plebiszite nichts ändern, zumal ja das Deutsche Reich 1945 nur militärisch aber nicht politisch kapituliert hatte, und deshalb in seinem Umfange vor dem 8. Mai 1945 (und nicht im Umfange des Versailler-Diktates von 1937, das längst überholt ist) auch heute noch de jure existent ist.

Die BRD kann also als Lizenzstaat der Westmächte keine deutschen Interessen vertreten, sondern muß die Interessen der „Siegermächte“ wahrnehmen.

Die Aufgabe der BRD-Lizenzpolitiker besteht darin, den Status quo von Jalta, also die Teilung Berlins und Deutschlands, das Kriegsziel der „Siegermächte“, nachdem es nicht gelungen war, das deutsche Volk 1945 total zu vernichten (Morgenthau-Ehrenburg), aufrechtzuerhalten — aufgrund der von den Lizenzpolitikern verkündeten „vererblichen deutschen Kollekivschuld“, die das deutsche Volk der Willkür des Auslandes auslieferte. Alle Äußerungen von Lizenzpolitikern und den „Siegermächten“ in bezug auf die „deutsche Frage“ sind nur Lippenbekenntnisse und dienen der Täuschung der „dummen Deutschen“.

Der bekannte Prediger und Jesuitenpater Leppich erklärte 1984: „Die Polen sind bei uns eingebrochen. Breslau ist keine polnische Stadt. Ich bin das Gerede von der Schuld der Deutschen satt. Unser Schuldgefühl ist pervers. man soll endlich die deutsche Jugend damit verschonen, zumal auch die anderen Völker genug Grund haben, für ihre Greueltaten um Vergebung zu bitten.“

Die BRD-Bürger werden also von Politikern und Parteien geführt, die von einem „perversen Schuldgefühl“ besessen sind. Der USA-Präsident Bush erklärte: „Ich werde mich niemals für Amerika entschuldigen, wie immer auch die Fakten sind!“ Zum Beispiel für die Atombombenabwürfe auf die japanische Zivilbevölkerung oder den Bombenterror gegen die deutsche Zivilbevölkerung oder den Holocaust an den gefangenen deutschen Soldaten.

Die BRD-Politiker aber entschuldigen sich ständig und belasten das deutsche Volk mit der pathologischen „Vererblichen Kollektivschuld“. Die deutschen Soldaten werden gerichtsnotorisch als „Mörder“ diffamiert. Deutschland in seiner bisher tiefsten Erniedrigung.

Die Interessen der „Siegermächte“ sind keinesfalls, wie das BRD-Politiker weismachen, mit denen des deutschen Volkes identisch: „Die Westmächte wollen die Wiedervereinigung nicht!“ (Andreotti).

Schließlich hatten die „Siegermächte“ Deutschland den Krieg erklärt, um das verhaßte Deutsche Reich und Volk zu vernichten.

Die „Wiedervereinigung“ (von der Rückgliederung der annektierten deutschen Ostgebiete ganz zu schweigen) läuft ihrer traditionell deutsch- und europafeindlichen Politik zuwider, die sie seit je verfolgten, gleich wer oder welches Staatssystem in Deutschland herrschte, ob Monarchie, Demokratie oder Diktatur. Bei der Vernichtung Deutschlands waren den „Siegermächten“ auch die Juden völlig gleichgültig, die sie ebenso wenig beachteten wie die „Helden des 20. Juli 1944“, und ihnen sogar das Asyl verweigerten — im Namen der „Menschenrechte“.

Helmut Golz, Köln

Betr. Deutschland „Begann der Zweite Weltkrieg 1939 und endete er 1945?“

Wenn sich auch die Abhandlung abgesehen von der Bemerkung, die Provinz Posen sei rein deutsch gewesen, erfreulich an die geschichtlichen Tatsachen hält, so wäre es doch gut gewesen, auch darauf hinzuweisen, daß sowohl die braunen Machthaber wie auch schon Jahrzehnte vorher die maßgeblichen Fürsten an der schwerwiegenden Fehleinschätzung der Gesamtlage und dem Mangel an diplomatischem Geschick gescheitert sind.

Dr. Helmut Weber, Burgkirchen



»Der namenlose Krieg«, 448 Seiten mit 84 Abbildungen
DM/Sfr 36,–
ISBN 3-923864-04-3
Verlag Diagnosen D-7250 Leonberg
Zu beziehen über den Buchhandel